



CHRONJK
BAND 9

Inhaltsverzeichnis

Seite	III. Vorwort des Verfassers.
	01. Rund um den Fünfjahrplan 1951 bis 1955.
	04. Der 1. Mai.
	08. Die Entwicklung der Landwirtschaft (bis 1960).
	12. Flugblatt - Großbauer Zander -.
	13. Extrablatt anlässlich der Wahlen am 23.06.57.
	18. Der Bau der Bodestauwerke.
	25. Zweiter Fünfjahrplan 1956 bis 1960.
	27. Verpflichtungen der Belegschaft der Papierfabrik.
	29. Verpflichtungen der Belegschaft des „Magdeburger Eisen- und Stahlhandels“, Außenstelle Weddersleben
	31. Verpflichtungen der LPG 7. November.
	31. Verpflichtungen der Samenzüchterei Richard Fitze jun.
	31. Verpflichtungen der Konsumgenossenschaft.
	32. Verpflichtungen des Kolonialwarengeschäfts Gehrke in der Bockstraße.
	32. Verpflichtungen der Firma Hecht und Schreiber, Holzwarenfabrik.
	32. Weitere Verpflichtungen der Organisationen.
	34. Einige Beschlüsse der Volksvertreter.
	34. Eisenbahnunglück am Bahnübergang am Ortsausgang Weddersleben in Richtung Quedlinburg.
	35. Der Siebenjahrplan von 1960 bis 1967.
	36. Der Marschallplan und der „Kalte Krieg“.
	39. Hetzblatt an die Bevölkerung der DDR.
	47. Die Zeitung „Freiheit“ für die Bevölkerung der BRD.
	55. Flugblätter, die in unserer Feldflur gefunden wurden.
	73. Flugblatt an sowjetische Soldaten, gefunden auf dem Grasweg hinter den Gärten.
	77. Die satirische Zeitschrift „Eulenspiegel“ für Westberlin.
	80. Ein Hirtenbrief des Bischofs an alle evangelischen Kirchen.
	83. Die Antenne des BRD-Senders Torfhaus und Parabolspiegel, die auf die DDR gerichtet sind.
	86. Die politische Zugehörigkeit unseres Ortes nach 1949.
	87. Kampfgruppen und Stäbe der Zivilverteidigung.

- Seite 90. Trotz alledem ging es auch bei uns langsam bergauf.
Das Quedlinburger Blumenfest vom 15. bis 18.09.1955.
97. Auch in Weddersleben gibt es nach dem verheerenden Kriege ein kulturelles Erwachen.
Der Volkschor Maiengruß.
112. Der Dorfklub zu Weddersleben und seine Aktivitäten.
115. Die Ausstellung „Meine Liebhaberei“.
121. Eine Glosse über die Konsumgaststätte „Weißer Schwan“
123. Neunhundert Jahre Weddersleben im Jahre 1963.
125. Und so sah der Festumzug aus.
137. Zwei Lieder, die anlässlich der 900-Jahrfeier gedichtet und komponiert wurden.
140. Die jährlichen Volksfeste.
143. Veranstaltungsplan des Dorfklubs Weddersleben anlässlich der Festwoche unserer Gemeinde vom 12. bis 17.08.1964.
147. Das Volksfest vom 17. bis 19.07.1981.
148. Die Volksfeste 1983, 1984, 1985 und 1988.
161. Das Volksfest 1989.
167. Das Volksfest 1990.
179. Einige Bemerkungen zu den Volks- und Schützenfesten.
181. Die Schützenkönige, Jungschützenkönige, Beste Ballwerferinnen und Schlumpschützenkönige.

Vorwort zum 9. Band.

Es war mir ein Bedürfnis, auch einige Zeilen über die Zeiten des „Kalten Krieges“ zu schreiben. Im Vernichtungskrieg gegen das faschistische Deutschland waren sich die Siegermächte einig. Schon vor dem Ende des Krieges hatten sie Deutschland in besetzte Zonen aufgeteilt. Dann aber wurde Deutschland zur Pufferzone des kalten Krieges zwischen Amerika und den Westmächten und dem kommunistischen Erbfeind der UdSSR. Die junge DDR hat das sehr zu spüren bekommen.

Über die jährlichen Volksfeste waren leider nur wenige Aufzeichnungen vorhanden. Ich konnte mich fast nur auf meine eigenen Fotos berufen.

Für Hinweise und Zuarbeit danke ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere Frau Rietz für die Fotos und Herrn Bink für die Hinweise zu den Flohmärkten.

Weddersleben, im November 1998

Hans-Joachim Reiche

Rund um den ersten Fünfjahrplan 1951-1955.

Das Gesetz über den ersten Fünfjahrplan wurde nach längerer Diskussion in den Betrieben und in Parteiversammlungen am 1. November 1951 durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht vor der Volkskammer begründet und anschließend einstimmig beschlossen. Das umfangreiche Werk umfasste nicht nur den Aufbau der Betriebe und die Steigerung der Produktion, sondern stellte den Werktätigen und ihren Familien auch Aufgaben zur Verbesserung aller Lebenslagen. Er sollte die Voraussetzung schaffen für ein Leben in Glück und Wohlstand für alle Bevölkerungsgruppen.

Nach sowjetischem Vorbild wurde die sozialistische Planwirtschaft weiter gefestigt. Für jeden Wirtschaftszweig wurde eine Dachorganisation, die „Vereinigung volkseigener Betriebe“, gebildet, (VVB). Die VVB gab den ihr unterstellten Betrieben die Planaufgaben entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Volkswirtschaft vor. Einheitlich wurde in allen Betrieben die „Doppelte Buchführung“ eingeführt. Sie sollte Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Betrieben und für den überbetrieblichen Wettbewerb bieten. Gleichzeitig war es aber auch die Vorstufe für den späteren Einsatz sowjetischer Personal Computer. Der Ausblick auf sowjetische Computertechnik war notwendig, weil die junge DDR keine Erfahrungen auf diesem Gebiet besaß und die westlichen Länder den Export in die sozialistischen Staaten boykottierten. In das Geschehen des Betriebes, vor allem aber in die Planung der Maßnahmen zur Steigerung der Produktion wurden die Werktätigen der Betriebe auf breiter Grundlage mit einbezogen. Es wurden zwischen der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung jährlich Kollektivverträge abgeschlossen. Diese enthielten neben der Produktionsaufgabe auch die Investitionsvorhaben, die Lohnbedingungen und die wesentlichen Punkte des Kultur- und Sozialplanes. In den ersten Jahren wurden auch die persönlichen Verpflichtungen der Werktätigen mit aufgenommen. Der Betrieb erhielt neben dem Lohnfonds auch einen Prämienfonds zur Ausschüttung für besondere Leistungen, später für Wettbewerbserfolge und einen Kultur- und Sozialfonds. Die Höhe dieser Fonds wurde nach der Erfüllung des Produktionsplanes errechnet.

Die Mitarbeiter wurden in Produktions- oder Verwaltungskollektive eingeteilt. Diese Kollektive oder jeweils ein Produktionsbrigaden führten und Brigadetagebuch. Es enthielt die Produktionsaufgaben die persönlichen Verpflichtungen zur Erfüllung dieser Aufgaben. Die Bildung von Kommissionen in jedem Kollektiv sorgte für die Mitarbeit vieler Werktätiger. Die Arbeitsschutzkommission war für die Belange des Arbeitsschutzes zuständig und sorgte für die Abstellung von Mängeln auf diesem Gebiet. Die Gesundheitskommission war für die Betreuung der Kranken zuständig. Sie führte Krankenbesuche bei Kollektivmitgliedern durch und hatte neben Kontrollfunktionen auch die Aufgabe, den Kranken bei Bedarf manuelle Hilfe zu

leisten. Die Kulturkommission hatte die Aufgabe, kulturelle Höhepunkte für das Kollektiv zu organisieren. Alle Höhepunkte des Kollektivs fanden ihren Niederschlag im Brigadetagebuch. Gemeinsam durchgeführte Wanderungen, Theaterbesuche oder auch ehrenamtliche Einsätze nach Feierabend in der Landwirtschaft oder zur Verschönerung des Wohngebietes, um nur einiges zu nennen, fanden ihren Niederschlag im Tagebuch. Bewundernswert war es, mit welcher Sorgfalt und Begeisterung viele dieser Tagebücher geführt wurden. In der Regel vierteljährlich wurden dann diese Tagebücher ausgewertet. Sowohl die Führung als auch der Inhalt der vielen guten Taten wurden entsprechend aus dem Wettbewerbsfonds prämiert. Alle diese Aktivitäten förderten das Gemeinschaftsgefühl unter den Mitarbeitern und die Einsatzfreude für den Betrieb. Es gab natürlich auch Übertreibungen. So gab es Führungskräfte in Betrieb und Gewerkschaft, die auch die Mitgliedschaft im Gewerkschaftsbund (FDGB) oder in der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF) oder das Abonnement der Tageszeitung „Neues Deutschland“ in den Wettbewerb mit aufnehmen wollten.

Für die enormen monatlichen Beiträge, die der FDGB erhielt, hatte er besondere Aufgaben zu leisten. So wurde ihm z.B. der gesamte Feriendienst übertragen. Durch Übernahme von Hotels und Ferienheime und den Bau neuer Heime in landschaftlich geeigneten Gegenden wurden viele Ferienplätze geschaffen, die an die FDGB-Mitglieder in den Betrieben verteilt wurden. Betriebliche Ferienkommissionen übernahmen die Verteilung und bemühten sich, keine Ungerechtigkeiten aufkommen zu lassen. Ein solcher Familienurlaub war von jeder Familie zu bezahlen, weil der FDGB für die An- und Abreise sowie für den Ferienaufenthalt hohe Zuschüsse zur Verfügung stellte. Eines der neu erbauten Heime war in unserer Gegend z.B. das Fritz-Heckert-Heim bei Gernrode. Neue Heime wurden in allen bedeutenden Feriengebieten gebaut.

Aus dem betrieblichen Kultur- und Sozialfonds wurden u.a. folgende Ausgaben finanziert:

- Zuschüsse zur Werkverpflegung. Einer der ersten Befehle der sowjetischen Militäradministration befasste sich mit der Einführung einer Pausenverpflegung in den Betrieben. Für 50 Pfennig, bis 1 DM konnte eine vollwertige warme Mahlzeit eingenommen werden. Auch im Schichtbetrieb gab es für jede Schicht diese Versorgung.
- Das Programm „Frohe Ferientage für alle Kinder“. Die Betriebe wurden verpflichtet, für die Kinder der Betriebsangehörigen Ferienlager zu schaffen, in denen mindestens die Kinder ab 8 Jahre erholsame Ferien für jeweils drei Wochen verbringen konnten. Zuerst wurden Verträge mit Schulen abgeschlossen, da die Klassenräume in den Ferien sowieso leer standen. Auch die Säle größerer Landgaststätten wurden angemietet. Oft stellten sich Elternteile als Ferienhelfer zur Verfügung. Die Kinder lernten durch die Teilnahme landschaftlich schöne Gegenden kennen. Die Finanzierung erfolgte voll durch die Betriebe. Nach und nach wurden dann größere Ferienlager aus

gebaut, weil auch die Rentabilität eine Rolle spielte. Die Betriebe tauschten ihre Einrichtungen gegenseitig aus, um den Kindern Abwechslung zu ermöglichen. Mit staatlicher Unterstützung entstanden zentrale Pionierlager. So war z.B. das EHW Thale Eigentümer des zentralen Ferienlagers Güntersberge. In Friedrichsbrunn besaßen die Buna-Werke ein großes Kindeferienlager. Weitere Ferienlager in unserer reizvollen Gegend sollen hier nicht aufgezählt werden.

- Betriebliche Schulungs- und Ferienheime. Auf höhere Anweisung wurden für einzelne Gruppen von Werktätigen, vor allem aber für leitende Mitarbeiter regelmäßig Weiterbildungslehrgänge vorgeschrieben. Sie dienten der Einführung neuer Arbeitsmethoden und Techniken, waren aber auch politisch motiviert. Hierfür wurden in späteren Jahren betriebliche Schulungsheime geschaffen, die in Saisonzeiten auch als Ferienheime genutzt werden konnten. Das EHW Thale mit seinen mehr als 7.000 Beschäftigten besaß moderne betriebliche Heime in Benneckenstein und in Heringsdorf an der Ostsee. Oftmals haben Werktätige der Betriebe in ehrenamtlichen Einsätzen an Wochenenden am Aufbau und der Instandhaltung dieser Einrichtungen mitgewirkt. Sie konnten dafür bevorzugt zum Selbstkostenpreis die Heime an Wochenenden benutzen.

Auch große kulturelle Veranstaltungen mit namhaften Künstlern wurden aus diesem Fonds finanziert. Großbetriebe hatten dafür eigene Klubhäuser, in denen regelmäßig Veranstaltungen durchgeführt werden. Auf viele andere Ausgaben soll hier nicht näher eingegangen werden.

Der 1.Mai

Auf dem internationalen Arbeiterkongress im Jahre 1889 in Paris wurde beschlossen, alljährlich den 1. Mai als Kampf- und Feiertag der internationalen Solidarität der Werktätigen und der brüderlichen Verbundenheit der Arbeiter aller Länder zu feiern. Erstmals wurde er 1890 mit Demonstrationen Arbeitsruhe und Veranstaltungen zur Erkämpfung des Achtstundentages begangen. Für unseren Ort lässt er sich als Feiertag erst im „Dritten Reich“ nachweisen. Schon am Vorabend wurde auf dem Bodeberg oder auch auf einem anderen Platz mitten im Ort ein Maibaum errichtet. Er bestand aus einer hohen Stange an deren Spitze eine Fichte und darunter ein großer geschmückter Kranz befestigt waren. In manchen Jahren waren auch die Handwerkszeichen der örtlichen Handwerker angebracht. Am Vormittag des Feiertages versammelten sich die Werktätigen des Ortes vor dem Gemeindebüro zur Demonstration durch den Ort. Die örtlichen Betriebe marschierten geschlossen, dahinter die übrigen Werktätigen. Es wurden Fahnen und Transparente mitgeführt. Auch die Schulkinder des Ortes nahmen geschlossen mit ihren Lehrern an dem Umzug teil. Schon am Vortage konnte man vom Gemeindebüro Tannengrün abholen, um damit die Häuser zu schmücken.

Am Maibaum angekommen, führten die Schulkinder Tänze vor, sagten Gedichte auf und sangen Mailieder. In den ersten Jahren endete der Festumzug oftmals auch vor dem Weißen Schwan und die Teilnehmer hörten im großen Saal die Rede Adolf Hitlers an.

Nach dem Kriege wurde bei uns der 1. Mai zum Volksfeiertag. Ein zentrales Maikomitee gab jährlich Richtlinien heraus über die Gestaltung von Transparenten und die Finanzierung dieses Tages. Das Kreismaikomitee gab bis zu 10-seitige Pläne heraus und koordinierte z.B. den Einsatz von Rednern in den Orten des Kreises und die Marschmusik, die auch zentral bezahlt wurde. Schon vorher wurden Plaketten und Mainelken aus Papier an alle Einwohner zum Preise von 1,-DM verkauft, deren Erlöse zur Deckung der Unkosten verwendet wurden.

In den Betrieben wurden am Vorabend oder auch direkt am 1. Mai staatliche Auszeichnungen vorgenommen. Hervorragende Arbeitsleistungen wurden mit dem Staatstitel „Aktivist“, Verdienter Aktivist, Held der Arbeit und vielen anderen Auszeichnungen geehrt.

Das Ortsmaikomitee endlich setzte sich zusammen aus Vertretern der Gemeinde, der Parteien und Massenorganisationen und der örtlichen Betriebe.

Ein Organisationsplan sieht z.B. Wie folgt aus:

1. Beschaffung von Tannengrün für die Bevölkerung.
Verantwortl.: Bürgermeister, Arbeitskräfte, örtliche Betriebe
2. Ausschmückung des Ortes:
 - a) Transparente
Verantwortl.: Bürgermeister
 - b) Girlanden
 - c) Maibaum

- d) Ausschmückung der Betriebe
und Handelseinrichtungen Verantwortl.: Betriebsleiter
- e) Funkanlage Verantwortl.: Betriebsleiter
- f) Bühne und Rednertribüne Verantwortl.: Betriebsleiter
- g) Gestellung eines
Tafelwagens für Trib. Verantwortl.: Betriebsleiter
- h) Gestellung von Gesundheitsh. Verantwortl.: örtl. Rote Kreuz
- i) Sicherung der Veranstal. Verantwortl.: Polizei
- j) Ausschmückung des Ortes Verantwortl.: Bürgermeister
- k) Festlegung der Marschroute Verantwortl.: ABV

Es gab Festlegungen über den Ablauf der Veranstaltungen nach dem Festumzug. So gab es Vorführungen durch einzelne Schulklassen Sportveranstaltungen, Fußball, Vorführungen des Hundesport Vereins usw. Wesentlichen Anteil an Festumzug hatte die Schule. Der Schuldirektor war deshalb gezwungen, einen eigenen Plan mit Verantwortlichkeiten aufzustellen.

Abends war dann Tanz im großen Saal des „Weißen Schwan“. Da viele Werktätige auswärts überwiegend in Thale oder Quedlinburg arbeiteten, mussten sie in ihren Betrieben antreten. Durch die Brigadeleiter wurde streng darauf geachtet, dass alle Mitglieder auch anwesend waren. Aus Prestigegründen war es für die an der Spitze des Betriebes marschierenden Betriebsleiter, Gewerkschafts- und Parteileitung erforderlich, einen möglichst großen Marschblock hinter sich zu haben. Beim Vorbeimarsch an der Ehrentribüne wurden sie von einem Redner begrüßt. Dabei wurden die Produktionserfolge des Betriebes hervorgehoben und die neuen Aktivisten namentlich genannt. Um eine gute Teilnahme zu erreichen, gab es, besonders in den ersten Jahren nach 1945 Betriebe, die den Teilnehmern am Festumzug kostenlos belegte Brötchen oder eine Bockwurst verteilten (Die Liebe geht eben doch durch den Magen.)

Kleinere Betriebe zahlten ihren Teilnehmern am Festumzug auch Bargeldebeträge in Höhe von 5 bis 10 Mark aus. Es war jedoch nicht möglich, diesen Betrag gleich in die Kneipe zu bringen, denn die Gaststätten durften erst nach Beendigung der Festumzüge öffnen.

(1)



Umzüge am 1. Mai, etwa 1958.
Vorn rechts Bürgermeister Hans Schmall



Die Schüler in Pionierkleidung mit blauem Halstuch.



Der Festumzug in der Quedlinburger Straße,
vorbei am Dach der alten Tankstelle vor der Schmiede.



Festwagen der LPG



Landwirtschaftliche Maschinen

Die Entwicklung der Landwirtschaft.

Die Lage der landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Ort war nach dem Kriege recht kompliziert. Entsprechend der Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche erhält der Ort die staatliche Planaufgabe für abzuliefernde landwirtschaftliche Erzeugnisse, zu denen auch das Aufkommen an Schlachtvieh, Milch, Eiern und anderen Erzeugnissen gehörte. Entsprechend der bearbeiteten Hektarzahl erfolgte eine Einteilung in Ablieferungsklassen.

Die Bearbeitung der Felder erfolgte mit Pferdegespannen. Aussaat und Ernte, aber auch Pflegemaßnahmen erfolgten manuell. Vor 1945 wurden in Spitzenzeiten Frauen aus dem Ort für Pflege- und Erntearbeiten eingestellt. Sie arbeiteten für geringe Stundenlöhne. (1939 = 25 Pfennig je Stunde.) Zum Verziehen der Rüben, zum Auflesen der Kartoffeln und für andere Arbeiten arbeiteten auch Kinder des Dorfes mit (1939 10 bis 15 Pfennig je Stunde).

Im Jahre 1945 konnte die Arbeit in der Landwirtschaft mit nur wenigen Kriegsschäden wieder aufgenommen werden. Es war jedoch trotzdem ein schwerer Anfang. Die Viehbestände waren in den Kriegsjahren sehr stark zurückgegangen. Sie mussten aufgebessert werden. Die erste Herbstbestellung nach dem Kriege konnte Termingemäß durchgeführt werden. Auf einzelnen Höfen fehlten die Männer. Sie waren entweder im Kriege gefallen oder befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft. Die Zahl der Gespanne reichte nicht aus. Zusätzliche Arbeitskräfte waren knapp. Frauen arbeiteten lieber in Industriebetrieben, weil sie dort bessere Stundenlöhne erhielten. Kinderarbeit war in unserem Staat gänzlich verboten. Lediglich die Einwohner mit privaten Ackerflächen leisteten noch Arbeitsstunden beim Bauern, weil sie als Gegenleistung ihren Acker zurechtgemacht bekamen oder auch mal mit Fuhrleistungen rechnen konnten.

Notgedrungen wurde auch Pachtacker liegengelassen, um in eine günstigere Abgabestufe zu kommen. Um die liegengebliebenen Felder zu bewirtschaften, wurde ein „örtlicher Landwirtschaftsbetrieb“ gegründet. Er bestand aus ehemaligen Kleinganbauern. Auch die Flächen des enteigneten Betriebes des Dr. Zimmermann wurden so einer Bewirtschaftung zugeführt. Das Gründungsjahr dieses Betriebes konnte nicht mehr ermittelt werden. Er begann seine Tätigkeit mit 37,5 Hektar Land und 4, später 5 Gespannen. Zur Unterstützung der Landwirtschaftsbetriebe wurde die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ gegründet. Sie sollte die gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Maschinen, vor allem der Großmaschinen ermöglichen. Sie organisierte aber auch Lehrgänge über moderne Methoden der Landwirtschaft, Viehzucht usw.

In der Kreisstadt Quedlinburg wurde eine Maschinen- und Traktorenstation (MTS) gegründet und eine Reparaturstation für Traktoren, (RTS) sorgte für die Instandsetzung der angeschafften Traktoren. Die Sowjetunion leistete bei der Gründung der MTS brüderliche Hilfe durch Lieferung von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen. So erhielt die junge DDR als

erste Lieferung im Jahre 1949 1.000 Traktoren. So mähte bereits 1951 ein sowjetischer Mähdrescher in unserer Flur Wintergerste und im Herbst des gleichen Jahres kam eine Pflugbrigade mit 6 Raupen und pflügte dort, wo es notwendig war, die Winterfurche. Viele Landwirte sahen damals den ersten Einsätzen in unserer Feldflur zu. Teils wurde die neue Technik als fortschrittlich empfunden, teils wurde sie aber auch abgelehnt mit der Begründung, dass der Boden zu tiefgepflügt wurde, dass das Gewicht der Traktoren die Krume wieder festigte, dass bei den kleineren Stücken die Anwender nicht gepflügt werden konnten usw. Die Kosten für die Einsätze waren erschwinglich.

Im Jahre 1952 beschloss die Partei, auch in der Landwirtschaft den Aufbau sozialistischer Verhältnisse zu beginnen, um den Unterschied zum Leben in der Stadt weitgehend abzubauen. So begann man im Jahre 1952 mit der Gründung von „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) in unserem Kreis.

Im August 1952 fuhr eine Delegation von Landwirten zum Besuch einer Produktionsgenossenschaft in die Sowjetunion. Der Jungbauer Helmut Dube aus Rieder sagte über seinen Besuch in der Sowjetunion:

„Mit ganzer Kraft werde ich die Eindrücke und die vielen Erfahrungen in den Dienst der schnellen sozialistischen Entwicklung stellen und in unserer Landwirtschaft auswerten.“

Noch im gleichen Jahr bildeten sich in Rieder, Badeborn und Ditzfurt die ersten LPG in unserem Kreisgebiet. Sie erhielten sozialistische Hilfe durch Patenbetriebe aus der Industrie.

Auch in Weddersleben wurde im Dezember 1952 die LPG „Aufbau“ gegründet. Vor dieser jungen Genossenschaft, die aus landarmen Kleinbauern bestand, standen Aufgaben, die sie nicht bewältigen konnten. Sie wurde deshalb im Juni 1953 wieder aufgelöst.

Am 7. November 1957 wurde dann eine LPG des Typs III gegründet. Das heißt, dass auch das Vieh gemeinsam bewirtschaftet wurde. Nicht alle Landwirte unseres Ortes wurden gleich Mitglied dieser LPG. Es war auch nicht einfach, sich von alten Gewohnheiten zu trennen, den Acker, der von Generationen von Vorfahren oft unter großen Entbehrungen erworben wurde, der vielleicht aus Unland urbar gemacht und immer wieder durch Ablesen der Steine und gute Düngung verbessert wurde, nun in die LPG einzubringen. Die Bäuerin musste die Kühe, die sie täglich gefüttert und gemolken hatte abgeben, weil sie in Gemeinschaftsställen untergebracht wurden. Die wenigen Maschinen, Mähmaschinen, Kartoffelroder usw. die stets gepflegt wurden, wurden abgegeben. Es gab zwar eine Entschädigung. Sie konnte jedoch die vielseitigen Verluste nicht ausgleichen. Kein Wunder, dass es gewaltiger Aufklärungsarbeit bedurfte, auch die letzten Landwirte zu überzeugen, der LPG beizutreten. Es reichte nicht aus, dass der Jungbauer Dube begeistert über die Besichtigung einer LPG in der Sowjetunion berichten konnte, die vielleicht nur ein gut eingerichteter Vorzeigebetrieb war. Parteimitglieder wurden aufgeboten, durch Agitationseinsätze

auch die letzten Landwirte zu gewinnen. Das Ziel war, große Flächen für die Bewirtschaftung mit Großmaschinen zu gewinnen. Nur so konnte die Landwirtschaft rentabel arbeiten. Ziel war es aber auch, die Landwirtschaft industriemäßig zu betreiben, das heißt, die Mitglieder der LG im Schichtdienst einzusetzen, ähnlich wie in den Industriebetrieben. In den Privatlandwirtschaften begann die Arbeit in den frühen Morgenstunden mit der Fütterung und Pflege des Viehes, dann kam die oft schwere Feldarbeit und abends kam wieder das Vieh an die Reihe. Dieser Ablauf geschah an 7 Tagen in der Woche.

Hier muss nun auch gesagt werden, dass die Werbung oft auch mit lauterem Mitteln geschah. So wurde von höchster Stelle zum Beispiel der Einsatz von hauptamtlichen Agitationsbeauftragten gefordert. Die Kreisleitung der SED in Quedlinburg erteilte einigen Industriebetrieben die Auflage, Genossen zu benennen, ab sofort diese Aufgabe übernehmen. Auf die Frage eines Parteisekretärs, was zu tun sei, wenn kein Genosse da ist, der etwas von der Landwirtschaft versteht, antwortete der Vorsitzende der Parteikontrollkommission: „Ihr werdet doch wohl jemand finden, der ein Kornfeld von einem Rübenacker unterscheiden kann!“ Unter ähnlichen Voraussetzungen kam auch das auf der nächsten Seite abgelichtete Flugblatt zustande.

Die Meinung des Bauern Zander war, dass er den leistungsstärksten Hof im Ort habe. Er erfüllt alle Planaufgaben und liefert darüber hinaus zusätzliche Erzeugnisse ab. Er denkt nicht daran, seinen gut geführten Hof und seine Felder, ein Vieh, seine Maschinen einzubringen und sich dann die Arbeit mit den Besserwissern, die vorher nichts hatten, zu teilen.

Auch diese neu gegründete LPG hatte zunächst mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Das EHW Thale und auch die örtlichen Betriebe leisteten Patenschaftshilfe. Mit Hilfe der Patenbetriebe wurden die Ställe in der Maaßschen Mühle umgebaut und Arbeiterbrigaden halfen an Wochenenden die Ernte einzubringen. Auch Soldaten der sowjetischen Garnison in Quarmbeck halfen bei der Einbringung der Kartoffelernte, konnten sie doch mit ihren Einsätzen auch ihre eigene Ernährungslage verbessern. Die jungen Soldaten kamen so auch mal aus ihrer Kaserne hinaus.

Der erste Bestand der LPG betrug zirka 80 Ha Ackerland, 20 Ha Wiesen, es waren 180 Schweine, 20 Zuchtsauen, 50 Kühe, 20 Rinder und 3 Gespanne vorhanden. Die Feldarbeiten wurden vorwiegend durch die MTS ausgeführt.

Langsam ging es aufwärts. Bereits 1959 traten die restlichen Einzelbauern der LPG bei und auch der örtliche Landwirtschaftliche Betrieb wurde übernommen.

Im Jahre 1960 kam der nächste Schritt. Die Produktionsgenossenschaften der Gemeinden Weddersleben, Neinstedt und Bad Suderode schlossen sich zu einer Groß-LPG mit Namen „1. Mai“ zusammen.

Durch den Zusammenschluss entstanden größere Ackerflächen. Der Maschinenpark der MTS wurde in die LPG überführt. Die LPG 1. Mai Neinstedt erhielt 4 Mähdrescher, 2 Raupen, 1 Rübenkombi, 2 Siebkettenroder und moderne Zugmaschinen. Die Mitgliederzahl

wuchs auf 124 Mitglieder. Es wurden Komplexbrigaden für die einzelnen Tätigkeiten gebildet. Die LPG war nun so weit mechanisiert, dass freiwillige Helferbrigaden nicht mehr eingesetzt zu werden brauchen.

Folgende Zahlen sollen die Aufwärtsentwicklung aufzuzeigen.

Entwicklung der Viehbestände:

Rinder	01.01.1960: 424	01.01.1963	503
darunter Kühe	134		160
Schweine	681		1.436
darunter Sauen	104		139
Schafe	477		552

Steigerung der tierischen und pflanzlichen Produkte:

Rind	1960: 312 dt	1961: 530 dt
Schwein	600 dt	790 dt
Milch	2.800 dt	3.458 dt
Eier	229.000 Stück	335.063 Stück
Getreide	1.884 dt	2.900 dt
Kartoffeln	2.866 dt	2.600 dt

Die LPG baute seit ihrem Bestehen:

1 Sauenstall und Futterhaus	1 Schafstall
1 Abferkelstall	1 Geflügelaufzuchtstall
1 Jungviehaufzuchtstall	2 Kükenställe
1 Rinderoffenstall	1 Legehennenstall
1 Fischgrätenmelkstand	1 Entenstall

Die weitere Entwicklung zur Groß-LPG Westerhausen mit dem Sitz der Verwaltung in Warnstedt soll zu einem späteren Zeitpunkt aufgezeigt werden. Große Ackerflächen, die über die Feldwege hinweg gingen, prägten nunmehr unsere Feldflur. Nur kleine Stücke, auf die die LPG keinen Wert legte, blieben in Privathand und wurden von kleinen Krautern, die noch ein Pferd hatten, bewirtschaftet.

Ähnlich, wie in unserem Ort vollzog sich die Entwicklung auch in anderen Orten. Das hatte zur Folge, dass bereits 1957 die Rationierung der Lebensmittel aufgehoben werden konnte.

Ein Flugblatt, anlässlich der Neuwahl der Gemeindevertretung am 23. Juni 1957 herausgegeben, schildert die Aufwärtsentwicklung und ist als Ablichtung auf den folgenden Seiten zu sehen.

(2)

Das ist Großbauer Zander!

Herbst 1958: Werktätige Bauern in Weddersleben erklären sich durch Unterschrift bereit, Mitglied der LPG „7. November“, Typ III, zu werden, darunter auch ... **Großbauer Martin Zander.**

Am 1. Januar 1959: Die Bauern nehmen ihre Arbeit in der LPG auf, nur nicht ... **Großbauer Martin Zander.**

Die Bauern standen, wie man es von Männern erwartet, zu ihrem Wort, nur nicht ... **Großbauer Martin Zander.**

Warum? Will Herr Zander den Arbeiter-und-Bauern-Staat an der Nase herumführen?
Hat Herr Zander kein Vertrauen zum Sieg des Sozialismus in der DDR?

Wir haben den Eindruck, daß beides zutrifft.

Warum verlangt er heute die Teilung seiner Wirtschaft?

Das hat vorher überhaupt nicht zur Debatte gestanden.

Also - Großbauer Zander will sich ein Hintertürchen offen lassen.

Weshalb gibt er seinem Sohn eine rückwärtige Entwicklung, als Einzelbauer anzufangen und nicht die Perspektive, Diplomlandwirt für sozialistische Großbetriebe zu werden?

Also - Großbauer Zander hat kein Vertrauen zum Sieg des Sozialismus.

Wir sagen: Bewußt oder unbewußt unterstützt er mit einer solchen Handlungsweise die Kriegspolitik der Adenauer-Clique in Westdeutschland!
Er hemmt und bremst den Kampf der ganzen Bevölkerung der DDR für die Erhaltung und Sicherung des Friedens!

Die Einwohner in Weddersleben, die Kollegen der MTS, der Patenbetriebe des EHW Thale, DHZ Metall Quedlinburg und der Papierfabrik Weddersleben verlangen eine klare Antwort.

Herr Zander,

wie stehen Sie zu Ihrem Wort?

wie stehen Sie zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat?

wie stehen Sie zum Sieg des Sozialismus in der DDR?

Extra-blatt Weddersleben

Mai 1957

Lesen und weitergeben!

Einwohner von Weddersleben!

In allen Städten und Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik werden am 23. Juni 1957 die örtlichen Volksvertretungen neu gewählt. Wir wollen beweisen, wie in Weddersleben durch die Politik der Arbeiter- und Bauernmacht, durch die aktive Unterstützung der Wedderslebener Volksvertreter und der Bürger Glück und Wohlstand ins Dorf eingezogen sind.



Einmal nachgedacht!

**War es schon immer so im Dorf?
Wo sind die Erfolge Eures Aufbaues?**

Wußtest Du daß es junge Wedderslebener Pioniere waren, die in ihrer Forschungsarbeit feststellten, daß unser Ort in den Jahren 300–531 n. d. Z. von Siedlern aus Jütland gegründet wurde; daß um das Jahr 900 Weddersleben Widesleben hieß, und die ersten Häuser wahrscheinlich die Nummern 13, 24, 29, 39, 41, 70 und 95 in der Friedensstraße waren;

daß 1868 die ersten Straßen gepflastert und die Baumaterialien durch den Abbruch der Teufelsmauer gewonnen werden sollten;

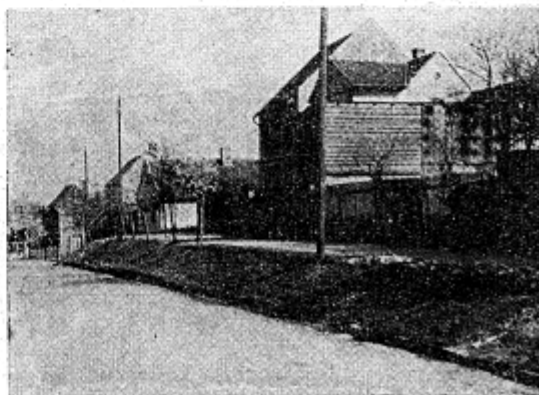
daß von 1934–1945 keine Straßenbauarbeiten stattfanden, weil die Faschisten, Militaristen und Imperialisten die Gelder für die Aufrüstung und für den Krieg verpulverten;

daß in den Jahren 1954–1956 31340,- DM für den Straßenbau ausgegeben wurden;

daß allein im Jahre 1957 im Haushalt unserer Gemeinde

15 000,- DM

für den Straßenbau zur Verfügung stehen!



Große Erfolge wurden im Nationalen Aufbauwerk erzielt!

Der neue Sportplatz! Wunsch und Traum zweier Generationen. Er konnte gebaut werden, weil die Arbeiter-und-Bauern-Regierung 30000,— DM zur Verfügung stellte, und die sportbegeisterten Einwohner tatkräftig mithalfen.

Beim Bau des Platzes leisteten

die Aufbauhelfer:

77950 Stunden

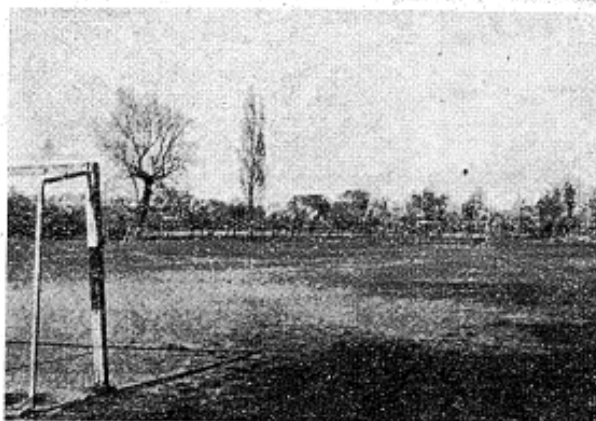
die Fahrzeugbesitzer:

161 Fahrzeugstunden

die Landwirte:

79 Gespannstunden

Gesamtwert: 60 000,— DM



So haben wir nur noch die Erinnerung



Zum Wohle der gesamten Einwohnerschaft wurde in den Jahren 1954/55 ein vorbildlich eingerichtetes Feuerwehrdepot gebaut.

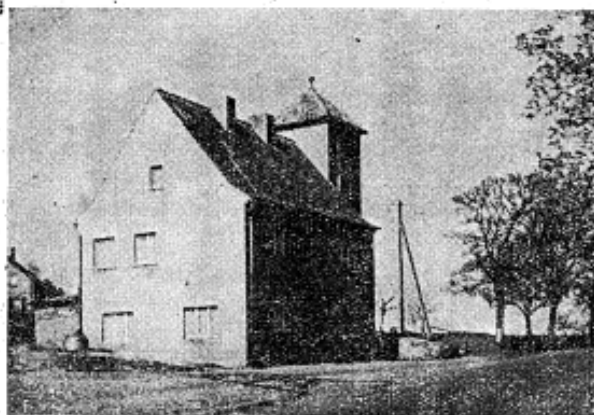
Unsere Freiwillige Feuerwehr besitzt nun den nötigen Raum, um die Löschgeräte entsprechend unterzubringen. Außerdem befindet sich im Neubau ein Aufenthaltsraum für die Feuerwehrmänner und eine Wohnung für den Löschwart.

Gesamtwert: 22 000,— DM

Geleistet wurden:

10 312 Aufbaustunden
357 Gespannstunden
49 LKW-Stunden

Im Nationalen Aufbauwerk wurden im Dorf allein im Jahr 1956 Werte in Höhe v. 30 000,— DM geschaffen.



Wir wählen am 23. Juni: Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus!

Im gesamten Dorf steigt der Wohlstand!

So gab es beispielsweise 1939 in Weddersleben 7 PKW, 22 Motorräder — heute besitzen


8 Einwohner ein Auto
49 Einwohner ein Motorrad
11 Einwohner ein Moped

Die Viehbestände steigerten sich:

	1953		1956
198 Stck.		Rindvieh	213 Stck.
79 „		Pferde	58 „
612 „		Schweine	718 „
414 „		Hühner	3375 „

Bei den werktätigen Bauern erhöhte sich das Einkommen.

VOLKSEIGENER ERFASSUNGS- UND AUFKAUF-BETRIEB
FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE ERZEUGNISSE
VEAB QUEDLINBURG



Herrn _____
_____ Weddersleben
_____ str. _____
_____ den _____ 1956

Für die von Ihnen im freien Verkauf 1956 übernomm-
enen Naturalien usw. überweisen wir Ihnen
24.000,- DM

Du wirst vielleicht sagen:

„Na ja, ein Einzelfall“

Nein! Durchaus kein Einzelfall!
Die Jahreseinkommen unserer
Bauern aus der Pflichtabliefe-
rung und dem freien Verkauf
liegen zwischen

2.400,— DM und 24.000,— DM

Hat es solche Einkünfte für werktätige Bauern jemals gegeben?

Das interessiert auch Dich!

Im Adenauer-Staat sind fast alle Gemeinden mit mehr als der Hälfte ihres Jahreshaushaltes verschuldet. Unsere Gemeinde ist schuldenfrei. Wie wurden die Gelder bei uns ausgegeben?

	1954	1956	1957
Straßenbau	14.500,— DM	11.600,— DM	15.000,— DM
Gesundheitswesen	3.200,— DM	4.430,— DM	7.200,— DM
Sozialwesen	3.400,— DM	2.420,— DM	5.600,— DM
Volksbildung	16.960,— DM	24.780,— DM	35.000,— DM

Fragen, die die Arbeiter stellen

Ist das Demokratie, wenn „Volksvertreter“ eines angeblich frei gewählten Parlamentes in Wirklichkeit Konzernvertreter sind?

Ist das Demokratie, wenn die Monopole im Rüstungsgeschäft aus den Steuergroschen Riesengewinne schinden?

Ist das Demokratie, wenn dreißig Millionäre am Rüstungsgeschäft verdienen und Westdeutschland deshalb remilitarisiert und die Spaltung Deutschlands vertieft wird?

• **Das ist keine Demokratie!**

**Wohlstand und Frieden gedeihen nur, wenn Arbeiter und Bauern regieren!
Was des Volkes Hände schaffen — soll des Volkes Eigen sein!**

**Wie war es,
als Du zur Schule gingst?**

1900	229 Schüler	3 Lehrer
1905	260 „	4 „
1924	250 „	4 „
1939	5 Klassenräume	
1924	pro Kopf eines Volksschülers 4,— DM für sächliche Kosten	

**Wie ist es heute
im Arbeiter-und-Bauern-Staat?**

1946	219 Schüler	7 Lehrer
1954	226 „	8 „
1957	216 „	8 „
1957	1 Schulküche	
	7 Klassenräume i.d. Zentralschule	
	184 qm großen Werkraum	
1957	pro Kopf eines Grundschulers 60,— DM für sächliche Kosten	

Was meinst Du wohl, welcher Staat mehr für Dein Kind sorgt?

Vor 1945 gab es keine Ferienbetreuung für unsere Kinder!

Heute fahren die Schüler und Pioniere im Sommer drei Wochen in ein Ferienlager und können sich erholen. Allein in unserem Dorf wurden von 1950—1956 für Ferienbetreuung
26 300,— DM
ausgegeben.

Weddersleber und Warnstedter Kinder
als Schulwandergruppe
12 Tage in der deutschen Hauptstadt
Sommer 1956



**Große Erfolge haben wir erzielt —
noch größere werden wir erreichen!**

Zur Vorbereitung der Wahl am 23. Juni 1957 kommen wir nach Weddersleben, um mit Euch über folgende Fragen zu sprechen:

- Was unsere Arbeiter-und-Bauern-Regierung uns brachte?
- Welche dringenden Aufgaben in Weddersleben gelöst werden müssen?
- Was wir gegenwärtig unternehmen müssen, um den Weg zu Glück und Wohlstand weiter zu gehen?
- Welche Bedeutung die Wahl der örtlichen Volksvertretung hat?

Die Agitatoren Eures Patenbetriebes

VEB EISEN- UND HÜTTENWERKE THALE, Walzwerk

**Unsere gesamte Kraft für einen vollen Erfolg der Wahlen am 23. Juni 1957!
Die Macht dem schaffenden deutschen Volke!**

Immer wieder wies unsere Regierung auf die landwirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion hin und empfahl, von der Sowjetunion zu lernen. Als es durch die schnelle Steigerung der Viehbestände an Ställen fehlte, wies man auf die Erfahrungen mit Rinder- und Schweineoffenställen hin. Der Einsatz dieser primitiven Schweinehütten und Rinderställe mit nur geringen Auslaufmöglichkeiten für den relativ hohen Tierbesatz führte jedoch bei uns zu Tierverlusten infolge Krankheiten. Das Land versumpfte, die Tiere standen in der Nässe und hatten nicht genügend Auslauf.

Der erste Sekretär des ZK der KPdSU, Nikita Chruschtschow stattete der jungen DDR in den fünfziger Jahren einen Besuch ab und besuchte auch einige landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Bei der Diskussion über Futtergrundlagen stellte er die Frage: „Warum wird in der DDR zu wenig Mais angebaut! Mais ist die Wurst am Stiel“. Er schlug auch vor, mehr Sonnenblumen anzubauen. Diese Vorschläge kamen sicher aus ehrlichem Herzen. Chruschtschow stammte aus der Ukraine. Dort herrschen andere Klimaverhältnisse als bei uns. Unsere Bauern jedenfalls wurden mit diesen Bodenfrüchten nicht recht froh. Der Ausspruch: „Die Wurst am Stiel“ hielt sich noch lange im Sprachgebrauch und wurde stets mit einem Lächeln gebraucht.

Der Bau der Bodestauwerke.

Die jährlichen Frühjahrshochwasser der Bode führten immer wieder zu mehr- oder weniger starken Überschwemmungen im Bodetal und im Harzvorland. Erinnert sei an das besonders schwere Hochwasser an 31. Dezember 1925. Die angerichteten Schäden waren oft sehr hoch. Schon lange gab es deshalb Pläne, den wilden Strom der Bode in geordnete Bahnen zu lenken durch ein Stauwerk, das gleichzeitig für weite Landschaftsgebiete der Trinkwasserversorgung dienen sollte. Schon nach dem ersten Weltkrieg machte man sich Gedanken über den Bau einer Talsperre. Im Jahre 1924 wurden am Bodeufer Messtellen errichtet, um Durchlaufwerte des Wassers zu ermitteln. Man richtete auch Anfragen an die Gemeinden, ob sie bereit wären, von der zu bauenden Talsperre Trinkwasser abzunehmen. Weddersleben erklärte sich einverstanden. Etwa im Jahre 1938 wurden an einem Waldwege zwischen Neuwerk und Wendefurth Baracken errichtet, Unterkünfte für Häftlinge, die vorbereitende Erdarbeiten durchführen mussten. Diese Arbeiten wurden aber zu Beginn des Krieges wieder eingestellt, die Baustelle wurde zunächst aufgegeben.

Erst der jungen DDR war es vorbehalten, dieses für die Region so wichtige Bauwerk in Angriff zu nehmen. Was sollte erreicht werden?:

- Bannung der Hochwassergefahr.
- Gewinnung von Trinkwasser, vor allem für die Industriegebiete Halle; Leuna Buna und weiter südlich, und Magdeburg.
- Erzeugung von Elektroenergie für das Stauwerk und zur Abgabe an das öffentliche Netz.

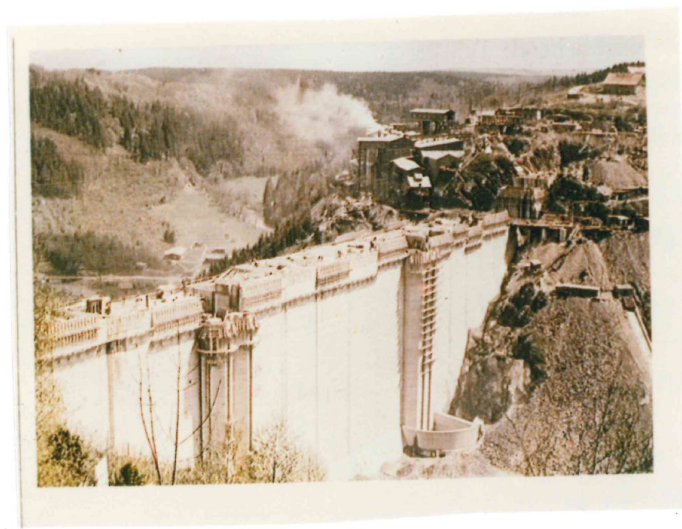
Die Grundsteinlegung der Rappbodetalsperre erfolgte im Jahre 1952. Die Fertigstellung sollte bis zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR erfolgen. Dieses Ziel wurde auch erreicht. Unter großer Anteilnahme aller an dem Bau beteiligten und ihrer Familien erfolgte am 3. Oktober 1959 die feierlich Übergabe der großen Staumauer. Sie ist 450 m lang und 106 m hoch. Über sie hinweg führt die Straße nach Rübeland. Der aufgestaute See umfasst 390 ha mit 109,1 Millionen m³ Wasser. Sie ist an der Sohle 80 m breit und verjüngt sich nach oben. Messgeräte im Inneren der Sperrmauer, die durch Kontrollgänge zu erreichen sind, sorgen für die Sicherheit... Insgesamt wurden 860.000 cbm verarbeitet, wobei 70 m tiefe Zementeinpressungen in den Untergrund erfolgten. Trotz aller Sicherheitsmaßnahmen gab es Stimmen, die von einem Bruch der Mauer bei hoher Belastung sprachen und vor schrecklichen Folgen warnten. Inzwischen war das große Becken bei extremen Witterungsbedingungen schon mehrmals randvoll und das Wasser lief über. sie hat allen Belastungen standgehalten.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse
unseres Arbeiter- und Bauernstaates
die großen Leistungen
der am Bau beteiligten
Arbeiter, Techniker und Ingenieure
waren die Grundlagen
der Entstehung dieses Werkes
Anerkennung und Dank den Erbauern

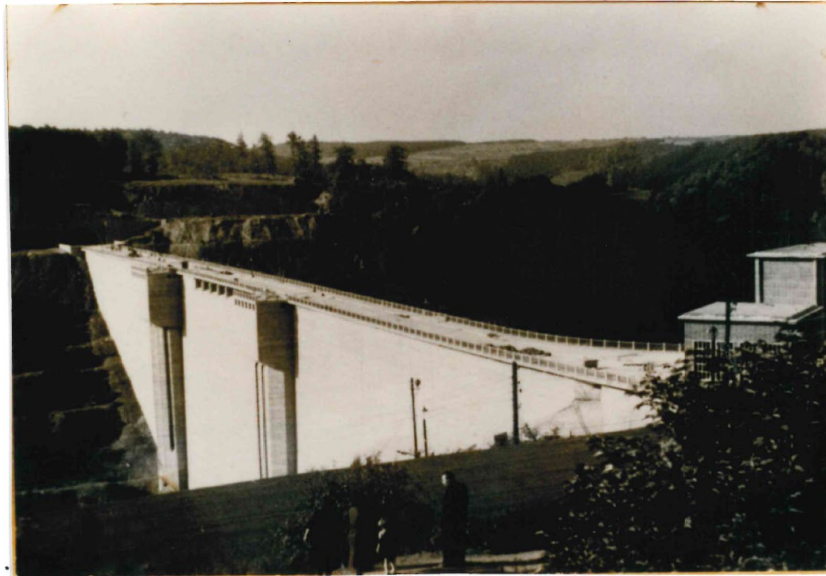
Inschrift der Gedenktafel an der Rappbodetalsperre



Wasserseitige Ansicht der Rappbodetalsperre
während der Bauarbeiten mit Kabelkränen



Wasserseitige Ansicht der Rappbodetalsperre
während der Bauarbeiten.



Wasserseitige Ansicht der Rappbodetalsperre während der Bauarbeiten.



Baubetonkübel mit einem Fassungsvermögen von $2,0 \text{ m}^3$



Ansicht der Rappbodetalsperre, April 1994

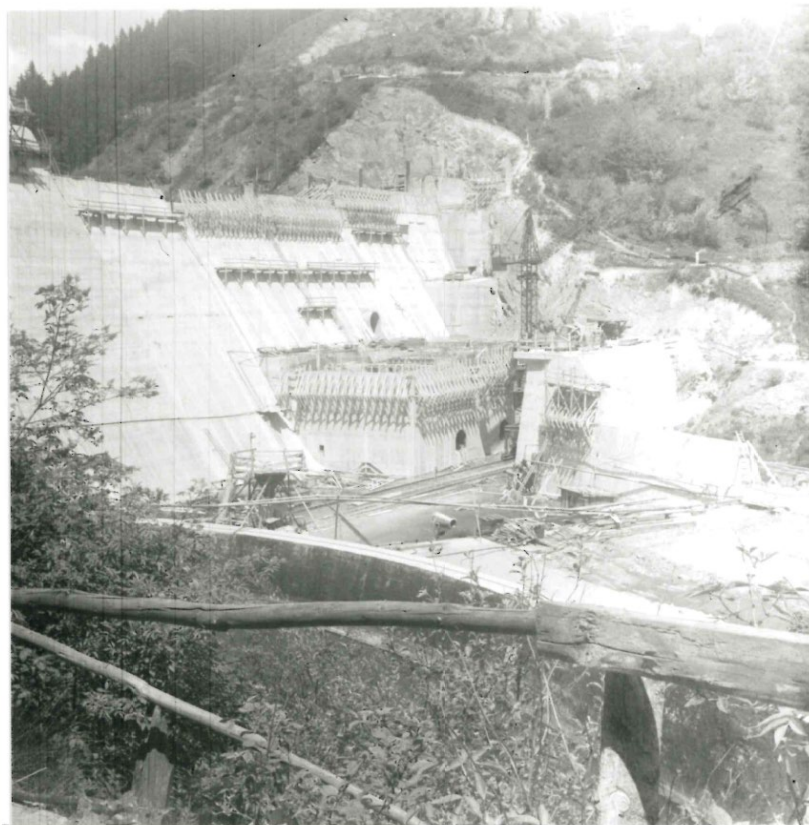


Die Ehrentafel am Eingang des Tunnels.

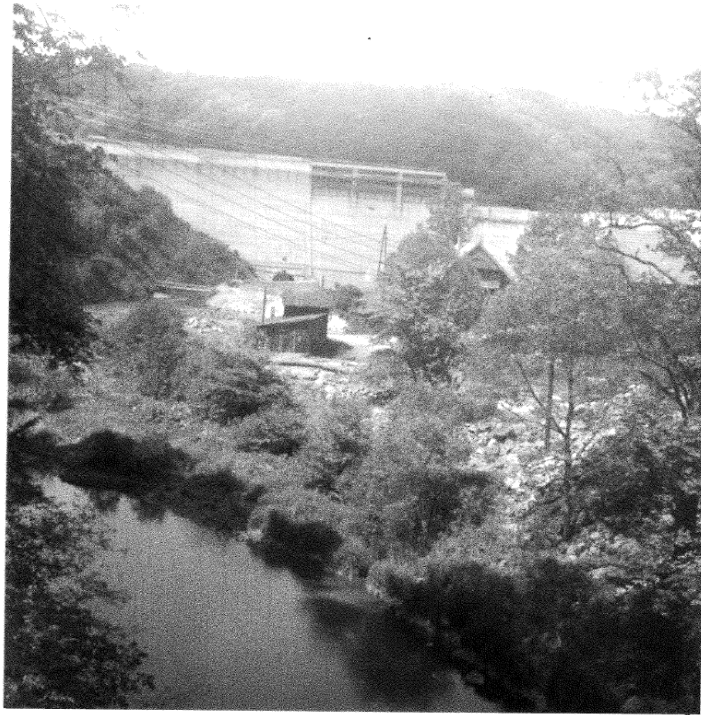
Zum gewaltigen Bodestauwerk gehören außerdem noch die Vorsperren Rappbode und Hassel, die Überleitungssperre bei Königshütte, das Pumpenspeicherbecken und die Talsperre bei Wendefurth.



Luftseitige Ansicht der Talsperre Wendefurth während der Bauarbeiten.



Wendefurth 1963 (Foto Lerche H.J.)



Wendefurth 1963 (Foto H.J. Lerche)



Wendefurth 1963 (Foto H.J. Lerche)



Talsperre Wendefurth im April 1994.
Auf dem Stausee Anlegestellen für Sportboote



Wasserabgabe von der Talsperre Wendefurth,
April 1994.

Zweiter Fünfjahrplan 1956 bis 1960.

Der erste Fünfjahrplan hatte einen fühlbaren Aufschwung in der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Lebensmitteln gebracht. Der überwiegende Teil der Lebensmittelkarten kam damit in Wegfall. Lediglich die Versorgung mit Einkellerungskartoffeln war noch für einige Jahre an Bezugskarten gebunden. Der zweite Fünfjahrplan sollte mit Hilfe der arbeitenden Bevölkerung diese Aufwärtsentwicklung in verstärktem Maße fortsetzen. Steigerung der Industrieproduktion um über 50%, der Löhne um 30%, Senkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, das waren die Hauptziele dieses Planes. Erreicht werden sollten diese Aufgaben durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, durch Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, den Einsatz von Kernenergie und eine Erweiterung des staatlichen Anteils der Wirtschaft.

Die gute Entwicklung in den ersten beiden Jahren veranlasste die SED auf ihrem 5. Parteitag 1958 neue, völlig unrealistische Wirtschaftsziele zu formulieren. Walter Ulbricht wollte den Aufbau des Sozialismus mit allen Mitteln vorantreiben und verkündete, dass es unserem Staat gelingen werde, die Bundesrepublik wirtschaftlich bis zum Jahre 1961 zu überholen. Das „Nationale Aufbauwerk“ wurde propagiert. Der Rat des Kreises gab einen Plan zur Erschließung aller örtlichen Reserven heraus. Er gleicht einem Appell an die Bevölkerung, die Anstrengungen zu erhöhen, um den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden, nämlich mehr und bessere Lebensmittel auf den Markt zu bringen. Die Protokolle der Gemeindevertretung befassen sich deshalb weiterhin hauptsächlich mit der Steigerung der Abgabe landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Eine Zählung der Schweine am 10.7.1959 ergibt folgendes Bild:

Vorhanden sind	496 Schweine
davon 2 Eber	
56 Sauen zur Zucht	
62 Schweine unter 2 Monate	
134 Schweine für Hausschlachtungen	

Es verbleiben danach 242 Schweine für die Ablieferung von Fleisch

Plan des Marktaufkommens 1959	= 500 dz
Geliefert sind	= 161 dz
somit fehlen	= 339 dz
geliefert werden noch zirka	= 286 dz

Es verbleibt ein Rückstand von zirka 53 dz, dazu fehlen zirka 45 Schweine.

Der Aufkaufplan für landwirtschaftliche Erzeugnisse sieht für 1959 folgende Ergebnisse vor:

Lebendvieh ohne Schweine	= 170 dz
Schwein	= 500 dz

Geflügel	= 100 kg
Eier	= 180.000 Stück
Milch	= 2.520 kg
Wolle	= 1.740 kg
Getreide	= 826 dz
davon Brotgetreide	= 523 dz
Hülsenfrüchte	= 35 dz
Ölfrüchte	= 44 dz
Kartoffeln	= 1.102 dz
Gemüse	= 550 kg
Obst	= 350 dz
Zuckerrüben	= 4.320 dz
Samen von Faserpflanzen	= 16 dt
Heu	= 13 dz
Stroh	= 153 dz

Dazu gibt es Planzahlen über Sauenbedeckung und viele andere Einzelheiten, die den Landwirten vorgeschrieben werden und meist doch nur auf dem Papier stehen.

Für Übererfüllung der Pläne werden zusätzliche Prämie gezahlt.

(3)

Der Bearbeiter für Landwirtschaft in der Gemeinde hatte alle Hände voll zu tun, um auf Grund des bewirtschafteten Bodens eine echte Beauftragung durchzuführen und die Ablieferung ständig zu kontrollieren. Das war jedoch noch nicht alles. Die Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Kreises und die gleiche Abteilung bei der Kreisleitung der SED bombardierten ihn, wie die Gemeinden im gesamten Kreisgebiet ständig mit Anordnungen und Hinweisen und verlangten Vollzugsmeldungen, die Aufstellung von Plänen für die Frühjahrsbestellung, die Erntevorbereitung, die Durchführung eines Wochenendes mit Besichtigung der benötigten Maschinen und Geräte, Meldungen über Vorbereitung von Druschplätzen, über den Einsatz und die Auslastung eines Mähreschers, Meldungen über vorhandene Saatgutmengen usw., um nur einiges zu nennen.

Regelmäßig mussten statistische Meldungen über den Stand der Ablieferung, der Frühjahrsbestellung, der Ernte usw. schriftlich abgegeben werden. Eine ehrenamtliche Landwirtschaftskommission, bestehend aus zirka 6 Mitgliedern, musste regelmäßig Flurbegehungen durchführen, um unbearbeitete Ackerstücke ausfindig zu machen und sich über Pflegearbeiten zu informieren. Auch hierüber wurden Protokolle gefertigt.

In den Industriebetrieben, im Handel und den Dienstleistungsbetrieben verlief die Entwicklung der Planwirtschaft ähnlich. Auch hier wurden alle Planaufgaben vorgegeben. Ständige Berichterstattungen an die vorgesetzte Dienststelle, an den Rat des Kreises und an die Kreisleitung der SED waren an der Tagesordnung. Dazu gab es ständig zusätzliche Beauftragungen. Die Vorbereitung des 10. Jahrestages der Gründung der DDR war Anlass zu einer allseitigen Verpflichtungsbewegung.

Verpflichtungen der Belegschaft der Papierfabrik.

Die Papierfabrik, der größte Betrieb unseres Ortes, hatte durch Ausfall eines Generators größere Planrückstände. Es wurde die Verpflichtung abgegeben, durch 12 Sonderschichten an 6 Sonntagen die Planrückstände aufzuholen.

Die Jugendlichen dieses Betriebes beteiligten sich an den Zusatzschichten und gaben außerdem folgende Verpflichtungen ab:

- Besuch einer Gewerkschaftsschule,
- Ausbau einer neuen Schmiede bis Jahresende
- Persönliche Pflege aller Maschinen.
- Be- und Entladung der Eisenbahnwaggons standgeldfrei durchzuführen.

Aus dem mehrseitigen Programm „Wettbewerb das schöne Dorf“ sollen hier nur Auszüge gebracht werden:

1. Erarbeitung eines Planvorsprungs, einhalten zu können.
2. Beschaffung eines Notstromaggregats durch den Werkleiter.
3. Ideologische Verpflichtungen, wie Teilnahme an den Produktionsberatungen usw. um bei Havarien den Plan
4. a) Die Bodestraße und die Mauer unterhalb des Bodebergs in Ordnung zu bringen.
b) Die Ufer des Mühlgrabens mit Steinen zu befestigen.
c) Hilfe bei der Vorbereitung und Durchführung des Volksfestes.
d) Den Fabrikgebäuden und Werkwohnungen durch Farbanstrich ein besseres Aussehen zu geben.
e) Die LPG durch Bereitstellung von Fahrzeugen und Arbeitskräften laufend zu unterstützen.

Weiteren Verpflichtungen sind :

- Vorbereitung einer 4. Produktionsschicht.
- Einführung einer siebentägigen Produktionswoche, um im Pro - Kopf - Verbrauch von Papier Westdeutschland einzuholen.(!)
- Abstellung eines Druschführers für die Landwirtschaft während der Ernte.
- Delegation einer Fachkraft zum Wiederaufbau der Abgebrannten Papierfabrik Schönfelde.
- Sozialistische Hilfe für das EHW Thale durch Abstellung eines Mitarbeiters für 4 Wochen.
- Neuaufnahme von Mitgliedern für die DSF usw.



Kampfplan zur Aufholung der Planrückstände

Bei Wiederaufnahme der Produktion am 12.9.1959 ergibt sich für unseren Betrieb nachstehendes Bild:

Die Planrückstände betragen an diesem Tage 10,5 Produktionstage plus 8 Verpflichtungstage anlässlich des 10. Jahrestages. Um diesen Rückstand bis Jahresende aufzuholen wurde zunächst ein Kampfstab gebildet, welcher sich aus folgenden Kollegen zusammensetzt: Kollege Schäfer, Werkleiter; Kollege Böhnstedt, BPO-Sekretär; Kollege Grabe, BGL-Vorsitzender; Kollege Hahn, Heizer, Kollege Kleye, PM - Führer. Diese 5 Kollegen werden täglich beraten, wie der Aufholeplan realisiert wird und ständig mit allen Kollegen darüber sprechen. Des weiteren hat jeder Genosse unserer Partei den Parteauftrag erhalten, alle Kräfte zur Erreichung dieses großen Kampfzieles einzusetzen. Der Kampfplan wurde wie folgt aufgestellt:

12.9.59 Rückstände 10,5 Tage planmäßig plus 8 Verpflichtungstage.
Betriebsplan täglich 13,346 kg.Lt. Kampfplan 14.500 kg = 108,6 %

Restliche Planmenge bis Jahresschluß	1.353,8 to
+ Verpflichtung 8 Tage	<u>106,8 to</u>
insgesamt	1.460,6 to
	=====

Um dieses Ziel zu erreichen wurden folgende Maßnahmen beschlossen:

91 verfügbare Arbeitstage x 14,5 to	1.319,5 to
Bußtagsarbeit	14,5 to
Verkürzung der wöchentlichen Reparaturen	
um 2 Std. x 15 Wochen = 30 Std. 615 kg	18,5 to
Bei Dampfangel Dieseleinsatz 75 Std.	49,6 to
12 Sonntagsschichten an 6 Sonntagen	<u>50,5 to</u>
insgesamt soll produziert werden	1.460,6 to
	=====

Um mit den verfügbaren Arbeitskräften auszukommen, werden die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung in der Produktion mitarbeiten, damit Überstunden einerseits nicht anfallen und andererseits der körperliche Einsatz im Betrieb durchgeführt wird.

Mit diesem Plan ist die Werkleitung einer Forderung unserer Belegschaftsmitglieder nachgekommen, den Kampfplan zu erstellen. Bei Aufnahme der Produktion wurden erstmalig der neue Knotenfänger und der Economiser eingesetzt. Auch hier versprechen wir uns beim Knotenfänger eine bessere Qualität und beim Economiser eine Kohleinsparung von ca. 15 %

Unsere 4 sozialistischen Brigaden werden ihre Hauptaufgabe darin sehen, daß dieser Kampfplan erfüllt wird, obwohl sie sich im Klaren sind, daß es noch nie einen solchen Plan gegeben hat. Dieser Plan verlangt das letzte aus jedem Kollegen.

VEB Papierfabrik Weddersleben

gez. Schäfer
Werkleiter

gez. i.V. Riets
(Böhnstedt BPO)

gez. Grabe
BGL

Auch die Mitarbeiter des Magdeburger Eisen- und Stahlhandels, Außenstelle Weddersleben (gegenüber dem Bahnhof) gaben entsprechende Verpflichtungen ab:

siehe folgende Seiten.



- 32 -
DEUTSCHE HANDELSZENTRALE METALLURGIE

Mitteleisen, Magdeburg

Auslieferungslager Weddersleben

DHZM Niederlassung Magdeburg, Berliner Chaussee 50

**Stand der Verpflichtungen des Magdeburger Eisen und
Stahlhandels, AL III, Weddersleben zum Wettbewerb
"Das schöne Dorf" und Stand der Realisierung am 2.10.1959**

Ihr Zeichen Ihr Schreiben vom Unsere Abteilung und Zeichen Hausruf Tag

Betreff:

1. Unser Plan, Fertigstellung der neuen Kranbahn im AL ist am 30.9.1959 realisiert.
Die Verpflichtung: Am 10. Jahrestag 80 % der Planerfüllung wurde in unserem Betriebsteil am 14.9.59 erreicht.
2. Zum Wettbewerb das schöne Dorf wurden vom Betrieb folgende Verpflichtungen übernommen:
 - a. In der Hackfruchternte 8 Kollegen der LPG auf Abruf in den Schworpunktzeiten zur Verfügung zutellen.
realisiert: 100 %
 - b. Die Pflege und Reparaturarbeiten aller landwirtschaftlichen Geräte, soweit es sich nicht um Generalreparaturen handelt, zu übernehmen.
realisiert: 100 %
 - c. In der Vorbereitung und Durchführung des Volksfestes verpflichteten sich die Kollegen des Betriebes 80 Stunden zu leisten.
realisiert: 100 %
 - d. Im Nat.-Aufbauwerk verpflichteten sich die Kollegen 200 Std. zu leisten.
realisiert: 280 Std.

II.

**Welche Verpflichtungen werden zusätzlich vom Betrieb
übernommen.**

Fernruf:
336 35/76

Fernschreiber:
01 82 44

Telegramme:
DHZM Mitteleisen

Versandort:

v.S.

Bank:
DN Magdeburg
Konto-Nr. 2351/14
Kenn-Nr. 107 001

- a. Die Elektrifizierung der neuen Kranbahn bis zum 10. Jahrestag abzuschließen.
- b. Die ausgefallenen Auto-SIS Krane sofort instandzusetzen.
- c. Den Lagerplatz vor der Halle bis zum 10. Jahrestag zur Aufnahme von neuen Materialien zusätzlich zugewinnen.

Neue Verpflichtungen zum 10. Jahrestag:

Die Kollegen des Lagers verpflichten sich, trotz Arbeitskräftemangel von 15,7 % den Plan bis zum Jahresende in seinem bisherigem Vorsprung zu halten.

AL-¹Leiter

Stümpert

BGL

Stümpert

BPO

Stümpert

Verpflichtungen der LPG 7. November.

- Übererfüllung des Planes um
 - 10.000 Stück Eier
 - 400 dz Milch
 - 1.000 Stück Hähnchen
 - 500 Stück Enten
 - 15 dz Rindfleisch.
- A) Bau eines Kükenaufzuchtstalles, (2.000 Küken zusätzlich).
- B) Bau von zwei Schweinepölsen und Fertigstellung eines Stalles für zusätzlich 600 Tiere.
- C) Bau eines Hühnerhauses für 2.000 Junghennen.
- D) Es folgen persönliche Verpflichtungen der LPG-Mitglieder über zusätzliche Stundenleistungen im Verlaufe des Planjahres. Dabei sollen folgende Werte geschaffen werden:
 - Bau einer Mühlgrabenbrücke,
 - Im Obstanbau,
 - Waggons entladen,
 - Kies fahren,
 - Umzäunung des Hühnerhofes,
 - Arbeiten für die Feuerwehr,
 - Elektroarbeiten,
 - Ausheben von drei Teichen für die Seerosenzucht.
 - Bau des Fundamentes für ein neues Gewächshaus

Verpflichtungen der Samenzüchterei Richard Fitze jung.

Zusätzliche Lieferung von

- 248 Stück Eiern
- 3.846 Kg Milch
- 496 Kg Schweinefleisch
- 1.044 Kg Rindfleisch

Es werden Verhandlungen geführt mit der Gärtnerischen Produktionsgenossenschaft Quedlinburg über die Aufnahme des Betriebes und man wünscht, dass ab 1960 ein freiwilliger Zusammenschluss erfolgt.

Verpflichtungen der Konsumgenossenschaft.

- Umgestaltung des Landwarenhauses, um es attraktiver zu machen,
- Umstellung der Lebensmittelabteilung auf Selbstbedienung.
- Übererfüllung des Jahresplanes um 100.000 Mark
- Übererfüllung des Umsatzplanes der Fleischwaren.
(Erfüllung per 30.9. = 215.593 Mark.)

Verpflichtung des Kolonialwarenladens Gehrke der Bockstraße.

„Ich verpflichte mich, zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR mein Schaufenster würdig zu gestalten.“

An
d. Rat der Gemeinde
Weddersleben

Hecht & Schreiber SEIT 1888 KG.
BURSTENHÖLZER-FABRIK - SÄGEWERK
Weddersleben, Ostharz

DATUM 1.10. 1959.

Obgleich die Belegschaftsstärke nur noch 60 % der vorgesehenen und geplanten Zahl beträgt, hat der Betrieb vom 1. Januar 1959 bis 30. September 1959, in den 9 Monaten des Jahres, das gesetzte Soll mit 106 % erfüllt, das sind 79% des Jahressoll. Bis zum 7.10. 1959, dem Geburtstage unserer Republik, ist das Jahressoll mit 81,3 % erfüllt. - Wir hatten die Verpflichtung abgegeben, daß wir bis zum Geburtstage der Republik 80 % des Jahressoll erfüllen. Somit haben wir dem Plan mit 1,3 % übererfüllt. Und das bei einer um 40% geminderten Belegschaftsstärke.

Hecht & Schreiber
Weddersleben

Fernruf: Quedlinburg 471 · Telegramme: Schreiber · Bahnstation: Neinstedt
Bankkonto: Quedlinburg · Postscheck: Magdeburg 6755 Betr.Nr.: 54/320/4007

Deutsche Notenbank

WMS IV/18/11 · 57/320/4003 · Q 14664

Weitere Verpflichtungen.

Das Rote Kreuz, Ortsgruppe Weddersleben, verpflichtet sich, alle Brunnen des Ortes und die Lebensmittelgeschäfte regelmäßig zu kontrollieren.

Die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) verpflichtet sich, einen neuen Schießstand auf dem Anger zu bauen.

Die Freiwillige Feuerwehr verpflichtet sich,

- den Mannschaftsraum im Feuerwehrhaus zu renovieren,
- anlässlich des Volksfestes das Schankzelt aufzubauen,
- die Mühlenstraße mit einer Nasskiesdecke zu versehen.

Die Pionierfreundschaft „Heinrich Heine“ gibt folgende Verpflichtungen ab:

- 19 Lernbrigaden und Patenschaften werden eingerichtet.
- Flugblätter und Briefe werden nach Westdeutschland geschickt.
- Unterschriften für den Abschluss eines Friedensvertrages werden gesammelt.

- Schrottsammlung 0 8.523 Kg Altpapier und Lumpen 0 1510 Kg, Flaschensammlung 0 2.384 Stück, Heinkräutersammlung 0 350 Kg, Eiersammlung 0 141 Stück.
- Es wurden ferner 1.826 Stunden im Nationalen Aufbauwerk geleistet.
Davon 26 Bäume gepflanzt, 15 ha Mais gepflanzt und in persönliche Pflege genommen.
- Erwerb von Sportabzeichen usw.

Hierzu muss gesagt werden, dass an der Schule eine Pionierleiterin beschäftigt wird, die für die Jugendarbeit zuständig ist.

Die Mitglieder der LPG verpflichten sich zur Ableistung von zusätzlich 860 Arbeitsstunden für ihren Betrieb.

Die Lehrer geben hauptsächlich agitatorische Verpflichtungen ab. Es werden aber auch Verpflichtungen zur Durchführung von Malerarbeiten in der Schule während der Ferien abgegeben.

Die Volksvertretung gibt kein gutes Beispiel ab:

- Teilnahme an den monatlichen Schulungen,
- pünktlich und gut vorbereitete Teilnahme an den Sitzungen usw.

Ähnliche Verpflichtungen gab es zu vielen Anlässen in allen Betrieben und Kollektiven. Die Frage ist:

„Wie sind sie zustande gekommen? Stehen die Werktätigen mit Herz und Hand hinter ihren Verpflichtungen?“ - Es gab wohl kaum Menschen, die nicht daran interessiert waren, aus der traurigen Situation der Kriegs- und Nachkriegszeit herauszukommen und persönlich mitzuarbeiten, damit die Situation möglichst schnell verbessert wird. Diese Verpflichtungsbewegung, die weite Bevölkerungskreise erfasste, schweißte die Kollektivmitglieder zusammen und verbesserte irgendwie die gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme.

Es gab aber auch angeordnete Übertreibungen. Sie wurden meist hingenommen, ohne ihnen einen besonderen Wert beizumessen, eben nur, weil sie vorgeschrieben waren und weil ohne sie der Wettbewerb nicht gewonnen werden konnte. Dadurch wurde nach und nach der Wettbewerb mit den dazugehörigen Verpflichtungen zu einer finanziellen Angelegenheit. Viele Verpflichtungen brachten Wettbewerbspunkte, man musste nur Wege finden, die zu einer optimalen Erfüllung führten. So wurden Verpflichtungsbewegung und Wettbewerb nach und nach verwässert.

Die Mehrzahl der Werktätigen stand jedoch weiterhin hinter den persönlichen Verpflichtungen, solange zu merken war, dass ein Nutzen dabei herausprang. Solange die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne zu sozialen Verbesserungen führte (Erhöhung der Löhne und Gehälter, Preissenkungen im Handel, Verbesserung des Warenangebotes usw.) standen die werktätigen dahinter. Stagnierte die Entwicklung ließ die Begeisterung nach.

Einige Beschlüsse der Volksvertretung

31.03.1954. Die Dornenhecke an der Word ist ein Schuttabladeplatz. Es wird beschlossen, sie durch die Feuerwehr entfernen zu lassen.

- Es wird beschlossen, auf dem Gelände des ehemaligen Schießstandes der Schützengesellschaft einen Sportplatz zu bauen, weil der alte Sportplatz bei „Ackermanns Loch“ nicht den internationalen Maaßen entspricht und nicht erweitert werden kann.

24.01.1954. Bürgermeister Soldin wird verabschiedet. Wagner wird Bürgermeister.

09.10.1954. Bürgermeister Wagner wird verabschiedet. Hans Schmell aus Bad Suderode wird Bürgermeister .

27.10.1959. Bürgermeister Schmell wird verabschiedet. Ernst Marx aus Thale Wird Bürgermeister.



Ein Foto aus dem Jahre 1951 zeigt die Dornenhecke auf der Word. Die Thiestraße ist noch ein Hohlweg.

Eisenbahnunglück am Bahnübergang Weddersleben, Richtung Quedlinburg.

Am 23. November 1956 gab es am Bahnübergang Quedlinburg - Weddersleben eine Kollision zwischen einem Omnibus und der Eisenbahn. Der Bus wurde schwer beschädigt. Es war nicht der erste Unfall an dieser Stelle. Es war ein Glück, dass der Bus nur mit wenigen Personen besetzt war, die alle vorn saßen. Es gab nur vier Leichtverletzte.

(5)

Der Siebenjahrplan von 1960 bis 1967.

Schon 1959 wurde beschlossen, den Fünfjahrplan durch einen Siebenjahrplan zu ersetzen. Dieser verlief parallel zum Siebenjahrplan der Sowjetunion. Hatte der „Große Bruder“ ein Machtwort gesprochen, um sein Land und die übrigen Ostblockstaaten der DDR in der Entwicklung anzupassen? Wir wissen es nicht. Die Wirtschaft wurde umorganisiert. Es erfolgte eine Arbeitsteilung im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), dem von der UdssR gelenkten Wirtschaftsverbund der Ostblockstaaten. In der DDR wurde vor allem die chemische Industrie gefördert. Viele Industrieprojekte, die in der DDR bereits einen guten Entwicklungsstand erreicht hatten, wurden plötzlich nicht weiterentwickelt, weil der RGW beschlossen hatte, die Produktion einem anderen Land zu übertragen. So wurde zum Beispiel darüber diskutiert, dass in der DDR elektronische Fernsprechvermittlungsanlagen entwickelt wurden, die technisch dem neuesten Stand entsprachen. Die Herstellung wurde jedoch eingestellt, die Produktion von Vermittlungsanlagen Bulgarien übertragen. Die von dort gelieferten Anlagen entsprachen in keinem Fall dem Weltstand und waren über dies noch mit großen Mängeln behaftet, sodass sie vor dem Einbau bei uns erst instandgesetzt werden mussten. Ähnliche Tendenzen gab es auch bei der Entwicklung und Herstellung von Werkzeugmaschinen. Dies alles führte zu großer Unsicherheit bei den Führungskräften unseres Staates und zu einer Stagnation der Wirtschaftsentwicklung. Mit immer neuen Plänen glaubte man, den Sozialismus festigen und einen hohen Lebensstandard erreichen zu können. Bei Überbietung der Planzahlen wurden den Volkseigenen Betrieben hohe Erfüllungsprämien zugesichert. Die Betriebe teilten die Planaufgaben auf die einzelnen Kollektive auf und sicherten den Produktionskollektiven ebenfalls hohe Erfüllungsprämien zu. In der Praxis ergaben sich jedoch oftmals große Schwierigkeiten. So klappten zum Beispiel die Zulieferungen nicht, sodass dadurch die Pläne nicht erfüllt werden konnten. Im Rahmen des RGW kam es oft vor, weil der andere Partner nicht so schnell nachziehen konnte. Die westlich orientierten Staaten blockierten eine Zusammenarbeit mit den Staaten des RGW.

In der Bundesrepublik dagegen hatte der Marschallplan, auf den noch zu sprechen zu kommen ist, Fuß gefasst. Die Bundesrepublik setzte mit ihrem „Wirtschaftswunder“ neue Maßstäbe, die der jungen DDR sehr zu schaffen machten. Viele Menschen orientierten sich westlichen Fortschritt, der mit Hilfe der westlichen Medien lautstark propagiert wurde und von den Grenzgängern ständig in Augenschein genommen werden konnte. Es nützte kaum etwas, dass man bei Nichterfüllung der Produktionspläne die Planzahlen änderte und die Ist-Ergebnisse als Planzahlen einsetzte, um den Werktätigen Erfüllungsprämien zahlen zu können. Das Endergebnis fehlt und somit fehlte letzten

Endes auch das zusätzliche Warenangebot. Durch regelmäßige Senkung der Lebensmittelpreise und mäßige Lohnerhöhungen, sowie durch soziale Verbesserungen wurden die Werktätigen immer wieder beruhigt.

Der Marshallplan und der „Kalte Krieg“.

In einer Rede vor Studenten der ehrwürdigen Harvard-University am 5. Juni 1947 entwickelte der amerikanische Außenminister George C. Marshall einen Plan, um dem katastrophal kriegsgeschädigten Europa mit einem Aufbauprogramm zu helfen, wieder auf die Beine zu kommen. Der später nach ihm benannte Plan mit seinen auch politisch-militärischen Weichenstellungen ging als kühner Schachzug in die Geschichte ein.

Die Vorgeschichte:

Der Marshallplan wurde nach dem Hungerwinter 1945/47 entwickelt und war gleichzeitig der Beginn des „Kalten Krieges“ gegen kommunistischen Staaten.

- 07. Mai 1945: Deutschland unterzeichnet die bedingungslose Kapitulation.
- 02. August 1945: Das Potsdamer Abkommen sieht vor, dass ein Kontrollrat der Besatzungsmächte wesentliche Fragen gemeinsam entscheidet.
- Mai 1946: US-Militärgouverneur Lucius Clay stellt Reparationslieferungen an die UdSSR ein, weil die US-Zone entgegen dem Potsdamer Abkommen bisher keine Nahrungsmittel aus der Sowjetzone erhalten hat. (Kommentar: Die Sowjetzone hungert selbst.)
- 1946/47: Die europäische Wirtschaft steckt in der Krise.
- 01. Januar 1947: Amerikaner und Briten gründen die Bizone. Die Deutschen sollen dadurch unabhängiger von Hilfslieferungen werden.
- 24.4.1947: Nach dem Scheitern der Londoner und Moskauer Außenministerkonferenz über Deutschland beschließen die drei Westmächte die Zusammenlegung ihrer Zonen.
- 05. Juni 1947: US-Außenminister Marshall schlägt ein europäisches Wiederaufbauprogramm mit amerikanischer Hilfe vor. Voraussetzung ist, dass sich die europäischen Staaten auf ein Programm einigen und den internationalen Handel wieder in Schwung bringen.
- 27. Juni 1947: Der britische Außenminister lädt die europäischen Staaten zu Gesprächen über Marshalls Vorschlag ein. Die Sowjetunion lehnt ab.
- 12. Juni 1947: In Paris kommen die Vertreter von 16 Staaten und der Westzonen zu Beratungen zusammen, um ein europäisches Aufbauprogramm zu entwerfen.
- 19. Dezember 1947: Der amerikanische Präsident Truman legt dem Kongress das „Europäische Wiederaufbau-Gesetz“ vor. Das Gesetz tritt am 03. April 1948 in Kraft.

Bis 1952 stellen die USA den beteiligten europäischen Staaten rund 13 Milliarden Dollar zur Verfügung. Damit kaufen die Europäer Investitionsgüter und technisches Wissen. Die Verteilung übernimmt die neue Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC).

Amerikas Staatskasse und die Vorratslager öffneten sich dem

Kontinent. In vier Jahren flossen Werte in Höhe von 13,4 Milliarden Dollar über den Atlantik, 1,39 Milliarden davon nach Westdeutschland.

Nun wird behauptet, dass diese Hilfe durch den osteuropäischen Staaten angeboten worden wäre. Die Regierung der UdSSR hätte diese Hilfe jedoch abgelehnt und seine Verbündeten ebenfalls veranlasst, diese wirtschaftliche Hilfe abzulehnen. Der Widerspruch dieser Aussage liegt darin, dass die USA mit diesem Plan auch politische Ziele verfolgten und dies auch ganz offen propagierten. Die Milliarden des Marshall-Planes machte aus Hungernde Partner. Er diene als wirtschaftliche und politische Grundlage des westlichen Bündnisses, das den kalten Krieg führte, schrieben selbst amerikanische Wissenschaftler. Die - „große Hilfe der Amerikaner -“ trug nicht allein zum Aufschwung bei, sondern war mit einer zukunftsweisenden Aufgabe verbunden: „Die Europäer sollten zusammenarbeiten. Nur ein wirtschaftlich starkes Europa könne auch ein Bollwerk gegen den Kommunismus sein, meinten die Politiker in Washington. Auch westdeutsche Bundeskanzler Adenauer wusste genau, weshalb er gegen ein vereinigtes Deutschland war. Er befürchtete, dass Prozess der politischen Umwandlung im Osten bei einer Wiedervereinigung in den Anfangsjahren nach dem Krieg auch auf den Westen übergreifen könnte. (6)

Die beste und erfolgreichste Maßnahme war, wie die amerikanischen Wirtschaftsexperten vorausgesehen hatten, das Wirtschaftswunder West. Innerhalb von vier Jahren wurde erreicht, dass durch den rasanten Wiederaufbau der Industrie genügend Arbeitsplätze entstanden. Die Werktätigen waren sofort in der Lage, für ihr verdientes Geld Lebensmittel und Industrieerzeugnisse zu kaufen. Bananen, Apfelsinen sonstige Südfrüchte, Schokolade, alles Dinge, auf die während der Kriegs- und kurzen Nachkriegszeit verzichtet werden musste, waren plötzlich da und überschwemmen die Märkte.

Besucher aus dem Osten machten große Augen. Auch ihr Lebensstandard erhöhte sich nach und nach, wobei garantiert wurde, dass die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot und Brötchen, Gemüse usw. konstant blieben und die zunächst höheren Preise für Fleisch- und Wurstwaren nach und nach gesenkt wurden, aber Importwaren, wie Kakao und Südfrüchte gab es in kleinen Mengen höchstens in der Weihnachtszeit. Wer im Osten gut verdiente, konnte im kleinen Grenzverkehr nach dem Westen fahren und unter bestimmten Umständen am „Wirtschaftswunder“ teilnehmen. Dadurch gab es für die Experten ungeahnte Möglichkeiten, die junge DDR zu schädigen. Die Währungen waren verschieden, die Einkommensunterschiede ebenfalls. Es wurden Umtauschkurse künstlich festgelegt, wobei die dollargestützte Westmark, mit der man alles kaufen konnte, immer sehr gut abschnitt.

Eine recht günstige Einkaufsmöglichkeit bestand in Berlin. Es gab Ost- und Westsektoren. Die S-Bahn, von der DDR betreut, verkehrte in ganz Berlin. Die Banken Westberlins schufen Umtauschmöglichkeiten DM West gegen Mark Ost. Der Kurs

schwankte. Es gab Zeiten, da betrug der Kurs 10 zu 1. Man bekam also für 100 Ostmark 10 Westmark. Der Senat von Westberlin kam den Einpendlern entgegen und verkaufte ihnen an bestimmten Stellen bei Vorlage des Personalausweises Fahrkarten für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Ostgeld. Mit 10 DM in ein Kaufhaus zu gehen, das bringt natürlich nicht viel. Ein Kg Bananen, ein Paar Perlonstrümpfe, eine Tafel Schokolade für die Kinder, mehr ist da nicht drinnen. Ein Arbeiter, mit einem Monatseinkommen von damals etwa 300 Mark, konnte sich mehr nicht leisten. Trotz Trotzdem erzielt die Banken sicher größere Umsätze.

Für die Westberliner war der Rücktausch jedoch ein gutes Geschäft. Für 10 DM West erhalten sie, sagen wir nach Abzug einer Umtauschgebühr, etwa 80 bis 90 Mark Ost. Ein Brötchen im Osten kostet 5 Pfennig, ein Brot, drei Pfund schwer, 75 Pfennig, Fleisch und Wurstwaren waren zuerst noch etwas teuer, sagen für 30 Mark das Kg, was lag näher als der Einkauf für das tägliche Leben in Ostberlin. Ein Ausverkauf in Ostberliner Läden setzte ein.

Mit großem Aufwand versuchten nun der Westen und auch die DDR sich gegenseitig zu beeinflussen. Die BRD versandte sogenannte Informationsbriefe an leitende Mitarbeiter der DDR. Als Absender wurde ein „Untersuchungsausschuss für freiheitliche Juristen“ genannt.

Auch die DDR schickte Propagandabriefe nach Westdeutschland. Hier war es die SED, die besondere Ausgaben ihres Presseorgans „Die Freiheit“ im Kleinformat drucken ließ und von besonders vertrauenswürdigen Genossen an vorgegebene Adressen zum Versand brachte. Die Empfänger waren meist Genossen der kommunistischen Partei, die das Material für ihre Propagandaarbeit benutzen sollten.

Die Organe der DDR waren natürlich bestrebt, BRD-Sendungen abzufangen. Deshalb wurden von Angehörigen der Staatssicherheit Postkontrollen durchgeführt und es fiel oftmals nicht schwer, Massenbriefsendungen mit Propagandamaterial ausfindig zu machen. Auch die Grenzkontrollen zwischen BRD und DDR und den Übergängen Berlin wurden genutzt, um solches Material einzuziehen.

Nun wurden Ballons benutzt, die bei günstigen Luftströmungen in großem Umfange Zeitungen über der DDR abwarfen.

Auf den Seiten 39 bis 56 die Kopie eines Informationsbriefes, der an einen Wedderslebener Einwohner verschickt worden ist.

INFORMATIONSBRIEF

FÜR DIE MITTELDEUTSCHE BEVÖLKERUNG

Ratschläge, Hinweise und Nachrichten vom
Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen

Nr. 107 Berlin-Zehlendorf-West - Februar 1959 - erscheint monatl.

DIE GENOSSEN STAATSFUNKTIONÄRE MISSACHTEN DIE "PARTEI DER WERKTÄTIGEN"

In einem Leitartikel in der sowjetzonalen Zeitschrift "Deutsche Finanzwirtschaft" vom 1. November 1958 rügt der Sekretär der Betriebsorganisation im Ministerium der Finanzen, Baltrusch, die Genossen der staatlichen Leitung dieses Ministeriums, weil sie "die führende Rolle der Partei" nicht ausreichend anerkannt, ja, sogar bewußt ignoriert haben. Baltrusch wäscht kräftig die schmutzige Wäsche der Genossen Staatsfunktionäre, weil er sich davon offensichtlich mehr Zustimmung bei der Bevölkerung verspricht, als wenn er in sonst üblichem Parteijargon von "ideologischen Abweichungen" sprechen würde. Solche zwar nicht alltäglichen, aber bereits gewohnten Zwistigkeiten in der Ehe zwischen Partei- und Staatsfunktionären hält die SED-Führung offenbar in gewissen Zeitabständen für erforderlich, um den Staatsfunktionären durch Bedrohung mit dem Verlust ihres einträglichen Postens klarzumachen, daß sie ihre behördliche Arbeit voll und ganz der Partei unterzuordnen haben, daß sie nicht dem Staate als solchem zu dienen haben, sondern der "Neuen Klasse", die den Staat bildet. Die politische Unaktivität der Staatsfunktionäre bezeichnet Baltrusch mit "Verspießerung". Die "Neue Klasse" hingegen verkörpert - so meint Genosse Baltrusch - "die Weisheit des Kollektive".

Wir betrachten solche Zwistigkeiten als Komödie, die durch die persönliche Tragik der passiv handelnden Staatsfunktionäre an Lächerlichkeit nur gewinnt. Immerhin ist es interessant zu wissen, wieweit die "Partei der Werktätigen" nicht nur beim Volke, sondern selbst bei ihren Funktionären, die nur durch sie in ihre Ämter kamen, jede Achtung verloren haben.

Wer waren die Staatsfunktionäre, die Baltrusch wegen Mißachtung der Partei rügt?

Karl Pauligk und Walter Kirsten!

Unser biographisches Handbuch sagt:

Pauligk, geboren 1904, schon 1920 Funktionär des kommunistischen Jugendverbandes, seit 1925 Mitglied der KPD, nach 1945 Stadtrat für Volksbildung im Stadtkreis Brandenburg, ist seit 1950 Leiter der Hauptabteilung Staatshaushalt im Ministerium der Finanzen.

Kirsten, Walter, langjähriger Funktionär der SED und stellvertretender Minister der Finanzen.

Was kann an einer Partei gut sein, die von so stark geförderten eigenen Funktionären mißachtet wird! Das ist die eine uns hinreichend bekannte Feststellung, die durch den Krach im Finanzministerium von neuem bestätigt wird.

Es kommt ein weiteres interessantes Geständnis hinzu:

Genosse Baltrusch vergißt in seinem maßlosen Zorn über die selbstzufriedenen Staatsfunktionäre an den gut gefütterten Krippen jede Furcht vor dem Klassenfeind. So kann man in der Anklagerede des Baltrusch gegen den Stellvertreter des Finanzministers lesen:

"In einem Referat, das unter seiner Leitung (der Leitung des stellvertretenden Ministers Kirsten) ausgearbeitet und vor verantwortlichen Mitarbeitern der örtlichen Organe gehalten worden war, wurde praktisch verlangt, daß durch Verweigerung von Ausnahmekrediten, mindere Materialbereitstellung und Eintreibung von Steuerrückständen die privaten Unternehmer zur Inanspruchnahme staatlicher Beteiligung gezwungen werden sollten."

Genau dasselbe hatten wir stets behauptet: die privaten Unternehmer werden ständig durch behördliche Maßnahmen - Kreditverweigerungen, mangelhafte Warenzuteilung, unberechtigte Steuernachzahlungen, rücksichtslose Steuereintreibung - zur Aufnahme der staatlichen Kapitalbeteiligung gezwungen. Wenn wir das sagten, war es westliche Lügenhetze. Jetzt wird die Anwendung unerlaubter Zwangsmittel von einem führenden SED-Funktionär offen zugegeben.

Wir halten dieses Geständnis der Partei, abgegeben für ihren Minister, für ungeheuerlich, denn hinter den gerügten Tatsachen steht großes menschliches Elend, viel Tränen über die bedrohte Existenz und für Tausende von privaten Unternehmern der Verlust der Heimat.

Man ist doch immer schnell dabei, wegen "Verleitung zur Republikflucht" Anklage zu erheben. Warum setzt man nicht den SED-Minister, der nach eigener Erkenntnis viele, viele fleißige Bürger aus der Heimat trieb, auf die Anklagebank?! Dann würde man dem Parteisekretär Baltrusch wenigstens glauben, daß seine Anklage gegen den Genossen Kirsten ehrlicher Entrüstung über das Unrecht entsprach, das man den privaten Unternehmern zufügte. Aber Minister Kirsten blieb und wird sich durch erneute klassenkämpferische Leistungen bewähren. Und vor allem das Unrecht gegen die privaten Unternehmer blieb. Nichts geschah, um die bösen Taten des Ministers Kirsten wiedergutzumachen. So sind die Inhaber der privaten Handels- und Industriebetriebe darauf angewiesen, selbst zu versuchen, ihr Recht zu erhalten. Mit Unterstützung ihrer Helfer in Steuersachen oder der "volkseigenen" Steuerbüros, wenn diese noch vertrauenswürdig erscheinen, was in manchen Städten der Fall ist, könnten sie ihre früher abgelehnten Anträge auf Kreditgewährung, bessere Warenzuteilung und Steuerstundung wiederholen.

Die kleinen Staatsfunktionäre in den Kreisen und Bezirken tun gut daran, aufmerksam den Artikel in der Zeitschrift "Deutsche Finanzwirtschaft", Heft 21, aus dem Jahre 1958, Seite 513, zu lesen und zu bedenken, daß schon oft hohe Funktionäre in Ost-Berlin mit einer öffentlichen Rüge davon kamen, während kleine Funktionäre in den Kreisen und Gemeinden wegen eben derselben Handlung eines schweren Fehlers bezichtigt wurden und ihre Stellung verloren.

Warum sollten sie nicht aus dem Fall Kirsten lernen? Man kann von ihnen schließlich nicht verlangen, daß sie die Anträge der priva-

ten Unternehmer ablehnen, nachdem ihr Minister wegen eines solchen Tuns scharf gerügt wurde. Auch werden sie gerade jetzt aufmerksam beobachtet werden, denn jetzt können sie beweisen, ob sie Scharfmacher sind wie Minister Kirsten oder vernünftig und tolerant.

EINSPRUCH GEGEN ENTSCHEIDUNGEN DER SOWJETZONALEN VERWALTUNGEN

Den Bewohnern der Sowjetzone und Ost-Berlins sind nur beschränkte Möglichkeiten gegeben, sich gegen rechtswidrige Maßnahmen der Verwaltungsbehörden zu wehren. Wer durch Entscheidungen der Verwaltung in seinen Rechten eingeschränkt wird, kann zwar bei der verfügbaren Dienststelle Gegenvorstellungen erheben. Er kann sich auch mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde an die übergeordnete Dienststelle der Verwaltung wenden. Nach einzelnen gesetzlichen Bestimmungen, zum Beispiel der Wohnraumlenkungs-Verordnung, können auch innerhalb der gesetzten Fristen förmliche Rechtsmittel, nämlich Einspruch und Beschwerde, gegen bestimmte Entscheidungen der Verwaltung eingelegt werden. Gegen Bescheide der Steuerbehörden ist ein Einspruch bei der übergeordneten Dienststelle sowie eine Berufung beim Finanzministerium möglich. Führt der Verwaltungsweg jedoch nicht zu einer Aufhebung der angefochtenen Entscheidung, bleibt dem betroffenen Bürger lediglich eine Beschwerde an den Staatsanwalt oder eine Eingabe an die Volksvertretungen oder an den Zonenpräsidenten übrig.

Alle Entscheidungen der Verwaltungen dürfen jedoch nur mit Zustimmung der herrschenden Staatspartei, der SED, getroffen werden. An diese Weisungen sind auch die übergeordneten Dienststellen gebunden. Es ist daher schwierig, auf dem Verwaltungswege die Aufhebung einer getroffenen Entscheidung durchzusetzen. Das gleiche gilt für die verfassungsmäßig zugelassenen Eingaben an die Volksvertretungen und den Zonenpräsidenten. Dies ist bei den vielen Eingaben über Ausreiseanträge wieder besonders deutlich geworden, die nur damit beantwortet wurden, daß der Zonenpräsident und die Volksvertretungen die ablehnenden Entscheidungen der Verwaltungsdienststellen aus politischen Gründen nicht aufheben könnten.

Die Entscheidung eines unabhängigen Gerichts kann der Bürger der Sowjetzone oder Ost-Berlins gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden jedoch nicht anrufen. Die Verfassung der Sowjetzone sieht zwar im Artikel 138 die Errichtung von Verwaltungsgerichten vor, seit 1952 bestehen jedoch keine Verwaltungsgerichte mehr. Auch der Rechtsweg vor den Zivilgerichten steht den Bürgern des gesamten sowjetischen Besatzungsgebietes in Verwaltungssachen nicht offen. Die Beschwerdemöglichkeit an die Staatsanwaltschaft ist kein Ersatz für die fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Bei einem so eingegengten Rechtsschutz gegen Entscheidungen der Verwaltungsbehörden kommt es besonders darauf an, die vorhandenen Möglichkeiten wirksam auszunutzen. Ist auf einer Entscheidung der Verwaltung ein Rechtsmittel angegeben, so muß dieses auch frist- und formgerecht eingereicht werden. Es sollte auch das Ersuchen enthalten, den Einspruch oder die Beschwerde zur Entscheidung an die übergeordnete Dienststelle weiterzugeben, sofern die angegriffene Entscheidung nicht selbst abgeändert wird. Besonders wichtig ist es aber, bei allen Einwendungen gegen Verfügungen der Verwaltung, die keine Rechtsmittelbelehrung enthalten - und das ist durchweg der Fall - den Charakter der Beschwerde, in diesem Falle einer Dienstaufsichtsbeschwerde, deutlich zu machen. Hier muß hervorgehoben werden, daß auf jeden Fall die Entscheidung der übergeordneten Dienststelle angerufen wird, wenn keine Abhilfe

durch die erlassende Verwaltung erfolgt. Fehlt dieser Hinweis, so wird die Beschwerde des betroffenen Bürgers zumeist als Eingabe im Rahmen des sogenannten Vorschlags- und Beschwerderechts der Werktätigen behandelt. Sie wird allgemein abschlägig entschieden; es vergeht eine lange Zeit, und eine Weitergabe an die nächst höhere Dienststelle erfolgt nicht. Die übergeordnete Verwaltung ist aber verpflichtet, zumindest eine Überprüfung der angefochtenen Entscheidung vorzunehmen. Deshalb besteht hier eine gewisse Aussicht auf Abhilfe, und es ist wichtig, daß die Beschwerde diese Dienststelle erreicht.

Wird auch durch die höhere Verwaltungsdienststelle die angefochtene Entscheidung nicht abgeändert, sollte von der Beschwerdemöglichkeit an den Staatsanwalt Gebrauch gemacht werden. Es ist auch vielfach zweckmäßig, die Eingaben an die Volksvertretungen oder den Zonenpräsidenten gleichzeitig einzubringen.

ANTRAG AUF ALTERS- UND HINTERBLIEBENENRENTE

Einwohner der Sowjetzone, die wegen Erreichung der Altersgrenze Anspruch auf Rente haben, sind oft der irrtümlichen Auffassung, daß die Rente automatisch einem Manne mit seinem 65. und einer Frau mit ihrem 60. Geburtstage gezahlt würde. In der Sozialversicherung wird jedoch keine Leistung automatisch gewährt, es muß stets ein besonderer Antrag gestellt werden. Die Verfahrensordnung vom 11. Mai 1953, die auch nach Übernahme der Sozialversicherung durch den FDGB in Kraft geblieben ist, schreibt vor, daß die Gewährung von Renten, Pflegegeldern und laufenden staatlichen Unterstützungen schriftlich zu beantragen ist, und zwar bei der für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Außenstelle der Verwaltung der Sozialversicherung, deren Anschrift bei der örtlichen Gemeindeverwaltung oder Polizei zu erfahren ist. Für die Anträge gibt es Vordrucke, die bei den Außenstellen angefordert werden können. Es empfiehlt sich, den Antrag möglichst früh zu stellen, denn die Rente wird am Ersten des Monats, in dem der Antrag gestellt wird, wirksam, sofern nicht die Voraussetzungen für den Bezug der Rente erst nach der Antragstellung eintreten.

Der Antrag kann bereits vor dem 65. oder 60. Geburtstag gestellt werden, auch wenn noch nicht alle Unterlagen beisammen sind. In diesem Falle sind dem Antrag zunächst die vorhandenen Unterlagen beizufügen. Gleichzeitig ist mitzuteilen, daß die übrigen Unterlagen nach Beschaffung nachgereicht werden. Freilich wird über den Antrag erst bei Vorliegen aller Unterlagen entschieden, aber das ist unwesentlich, weil die Rente nach Bewilligung nachgezahlt werden muß. Auf keinen Fall wird eine Rente nachgezahlt, wenn im Bestreben, den Antrag nur mit vollständigen Unterlagen zu stellen, mit seiner Einreichung gewartet wird, bis alle Unterlagen vorhanden sind.

Die Berechnung der Steigerungsbeträge für die Rente erfolgt nach dem Gesamt-Lebensverdienst. Als beweiskräftige Unterlagen dienen für die Zeit bis zum 30. Juni 1942 die Invalidenversicherungskarten, die Aufrechnungsbescheinigungen von Landesversicherungsanstalten sowie Karten, Bescheinigungen und Quittungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Mit dem 30. Juni 1942 wurde die Ausgabe von Versicherungsmarken eingestellt. Seitdem gelten als Nachweis die Entgeltbescheinigungen der Arbeitgeber. Seit der Ausstellung des Versicherungsausweises nach 1945 dient dieser als Nachweis des Verdienstes für die auf ihm bescheinigte Zeit.

Sollten die bis zum 30. Juni 1942 geklebten Marken nicht dem tat-

sächlichen Verdienst entsprechen, ist es gestattet, den Nachweis zu führen, daß der tatsächliche Verdienst höher war. Wird dieser Nachweis nicht durch Lohnunterlagen geführt, die im Besitz des Antragstellers sind, sondern durch Bescheinigungen, die ein Betrieb erst nachträglich ausstellt, muß der Betrieb ausdrücklich bestätigen, daß die Angaben über den Verdienst nach vorhandenen Lohnunterlagen gemacht wurden. Freilich kann die Anrechnung höherer Verdienste nur innerhalb der Grenzen des höchstanrechnungsfähigen Jahresverdienstes erfolgen. Dieser betrug vom 1. Januar 1891 bis zum 31. Dezember 1912 2 000 Mark, vom 1. Januar 1913 bis zum 31. Juni 1921 4 500 Mark und erst von 1924 an 7 200 Mark.

Vielen Antragstellern, besonders heimatvertriebenen, werden Unterlagen verlorengegangen sein. Dann ist der Nachweis auf andere Weise zu führen. Das kann zum Beispiel durch die schriftliche Bekundung zweier Zeugen über den Arbeitgeber, den Ort und die Dauer der Beschäftigung geschehen. Die Unterschrift der beiden Zeugen ist polizeilich oder notariell zu beglaubigen. Die sowjetzonale Selbstverwaltung rühmt sich, verhältnismäßig großzügig derartige Bescheinigungen anzuerkennen. Man sollte sie deshalb beim Worte nehmen.

ÄNDERUNG VON SORGERECHTS-ENTSCHEIDUNGEN

Mehrfach wurden in letzter Zeit an den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen Anfragen gerichtet, ob Kinder aus getrennten Ehen, die bei dem sorgeberechtigten Elternteil in der Bundesrepublik oder in West-Berlin leben, zu dem in der Sowjetzone ansässigen Elternteil reisen können, ohne befürchten zu müssen, daß sie entgegen der getroffenen Vereinbarung in der Zone festgehalten werden. Dazu ist grundsätzlich folgendes zu sagen:

in den Jahren seit 1953, in zunehmendem Maße jedoch in den letzten Monaten, sind uns schriftlich und mündlich Fälle zur Kenntnis gebracht worden, in denen den in der Bundesrepublik oder in West-Berlin ansässigen sorgeberechtigten Eltern die Übergabe ihrer in der Sowjetzone oder in Ost-Berlin lebenden Kinder von den sowjetzonalen Behörden verweigert wird.

Die sowjetzonalen Gerichte und Verwaltungsbehörden - Referate Jugendhilfe und Heimerziehung in den Abteilungen Volksbildung - gehen bei den zu erlassenden Sorgerechtsentscheidungen grundsätzlich davon aus, daß diese Entscheidung in erster Linie unter Berücksichtigung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse und im Interesse einer sogenannten fortschrittlichen Erziehung des Kindes zu treffen sind. Richtschnur sämtlicher Sorgerechtsentscheidungen in der Zone und in Ost-Berlin ist der § 38 des Familiengesetz-Entwurfes, der - im Jahre 1954 veröffentlicht - bisher zwar noch nicht zum Gesetz erhoben wurde, dessen Bestimmungen jedoch bereits seit Jahren als geltendes Recht angesehen werden. § 38 lautet:

"Die elterliche Sorge umfaßt das Recht und die Pflicht der Eltern,

1. das Kind zu betreuen und für seine Gesundheit zu sorgen;
2. das Kind zu einem selbständigen und verantwortungsbewußten Bürger des demokratischen Staates, der seine Heimat liebt und für den Frieden kämpft, zu erziehen;
3. dem Kind eine Berufsausbildung zu geben, die seinen Fähigkeiten entspricht und es auf eine gesellschaftlich nützliche Tätigkeit vorbereitet."

Die Gerichte und Verwaltungsstellen der Sowjetzone vertreten nun aber die Auffassung, daß eine derartige im Gesetzentwurf geforderte Erziehung nur im Gebiet der Sowjetzone selbst oder im Ostsektor Berlins verwirklicht werden kann. Daher wird das Sorgerecht - wenn ein Elternteil sich im Osten und einer im Westen Deutschlands aufhält - regelmäßig demjenigen Elternteil zuerkannt, der sich in der Sowjetzone oder in Ost-Berlin befindet, ungeachtet dessen, ob eine solche Regelung im Einzelfall tatsächlich dem Wohle des Kindes entspricht.

Die für die Anordnung des Sorgerechts maßgebenden Gesichtspunkte erlangen jedoch besondere Bedeutung, wenn von einem Elternteil, der sich nach erfolgter Sorgerechtsregelung in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin begeben hat, Herausgabe-Ansprüche geltend gemacht werden. In diesen Fällen wird das in der Sowjetzone oder in Ost-Berlin zurückgelassene Kind dem sorgeberechtigten Elternteil in der Bundesrepublik oder in West-Berlin nach den in den letzten Monaten gemachten Erfahrungen grundsätzlich nicht mehr zugeführt. Die Geltendmachung des Herausgabe-Anspruchs wird vielmehr von den sowjetzonalen Behörden in der Regel zum Anlaß genommen, die Sorgerechtsentscheidung zu überprüfen und zugunsten des in der Sowjetzone oder in Ost-Berlin zurückgebliebenen Elternteils abzuändern. Gestützt werden diese Anordnungen auf § 10 der "Verordnung über Eheschließung und Eheauflösung" vom 24. November 1955 (Gesetzblatt I, Seite 850), in dem es heißt, daß Änderungen der Entscheidung über die elterliche Sorge getroffen werden können, "wenn sich die Umstände, die für die Entscheidung über das Sorgerecht maßgebend waren, so grundlegend geändert haben, daß eine anderweitige Entscheidung über das Sorgerecht im Interesse des Kindes unabweisbar erscheint".

Zusammenfassend ist festzustellen, daß es heute nicht mehr ohne Risiko ist, wenn ein Kind, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt bei dem sorgeberechtigten Elternteil in der Bundesrepublik oder in West-Berlin hat, in die Sowjetzone oder nach Ost-Berlin fährt, um dort den nicht sorgeberechtigten Vater oder die nicht sorgeberechtigte Mutter zu besuchen.

LIQUIDIERUNG DES HANDWERKS UND DER PRIVATINDUSTRIE WIRD FORTGESETZT

Aus Statistiken, die in den Januar-Heften sowjetzonaler Fachorgane veröffentlicht wurden, geht hervor, daß im vergangenen Jahr die Liquidierung des Handwerks und der Privatindustrie in der Sowjetzone stark vorangetrieben wurde. Im Bezirk Magdeburg z.B. bestanden am 30. September 1957 23 Produktions-Genossenschaften des Handwerks. Ein Jahr später, am 30. September 1958, hatte sich diese Zahl auf 213 Genossenschaften mit 4783 Mitgliedern erhöht. In Ost-Berlin existierten am 1. Januar 1958 31 Produktions-Genossenschaften des Handwerks, am 31. Dezember 1958 waren es dagegen bereits 110 Genossenschaften.

In der gesamten Sowjetzone (ohne Ost-Berlin) bestanden nach dem "Statistischen Jahrbuch der DDR 1957" 295 Handwerker-Produktions-Genossenschaften mit 10 361 Mitgliedern. Bis zum 3.7.1958 hatte sich die Zahl der Genossenschaften nach Angaben der Fachzeitschrift "Staatshaushalt" (Nr. 15/1958) auf 1100 mit rund 30 000 Mitgliedern erhöht. Sieben Wochen später, am 20.8.1958, waren aus den 1100 Genossenschaften bereits 1547 geworden. Berichte von geflüchteten Handwerksmeistern lassen den Schluß zu, daß sich dieses Tempo der Liquidierung des privaten Handwerks in den letzten

Wochen noch verschärft hat.

Den gleichen Niedergang hat die Privatindustrie der Sowjetzone zu verzeichnen. 1956 hatten 814 Privatbetriebe einen Antrag auf staatliche Kapitalbeteiligung gestellt. Im nächsten Jahr, als sich die Nachteile einer staatlichen Kapitalaufnahme vielerorts schon bemerkbar machten, suchten nur noch 560 Privatbetriebe um eine Staatsbeteiligung nach. Daraufhin wurde Anfang 1958 der Druck auf die Inhaber von Privatbetrieben zu einer staatlichen Kapitalaufnahme derart verstärkt, daß in den ersten fünf Monaten des Jahres 896 Unternehmer um eine Kapitalbeteiligung nachsuchten. Diese Zahl erschien den Finanzfunktionären aber immer noch nicht hoch genug; der Druck auf die selbständigen Unternehmer wurde noch intensiver ausgeübt, so daß in den Monaten Juni, Juli, August und September des Vorjahres 1730 weitere Anträge auf staatliche Kapitalbeteiligung gestellt wurden.

Im Privathandel wird als Vorstufe der Liquidierung gern der Kommissionsvertrag angewandt. Im Bezirk Magdeburg gab es am 30. September 1957 nur 62 Kommissionshändler. Am 30. September 1958 hatte sich ihre Zahl auf 815 erhöht.

NICHTWÄHLER WURDE ZU VIER MONATEN GEFÄNGNIS VERURTEILT

Vom Kreisgericht Bischofswerda wurde am 22. Dezember 1958 unter Ausschluß der Öffentlichkeit der selbständige Geschäftsmann Herbert WOLF aus Bischofswerda wegen Staatsverleumdung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte hatte am 16. November 1958 nicht gewählt. Zwei Wahlhelfer der "Nationalen Front" suchten ihn darauf in seiner Wohnung auf, um ihn doch noch zu einer Beteiligung an den "Volkswahlen" zu bewegen. In einer längeren Diskussion mit den Wahlhelfern ließ sich WOLF schließlich zu der Äußerung hinreißen, daß er als selbständiger Geschäftsmann nicht seine eigenen Henker wählen könne, denn auf dem V. Parteitag der SED sei doch offen verkündet worden, daß die sozialistische Wirtschaft auf Kosten der Privatwirtschaft stärker gefördert werden müsse.

Nach dieser Äußerung wurde vom Vorsitzenden der "Nationalen Front" in Bischofswerda, dem Leiter des dortigen Postamtes SETTLER (SED) ein Strafverfahren ins Rollen gebracht. Von SETTLER wurde auch eine Durchsuchung des Hauses des Verurteilten veranlaßt.

EIN GRUNDSTÜCK GENÜGT

Nach vertraulichen Anweisungen der Justizverwaltungsstellen der Bezirke sollen in der Sowjetzone die Staatlichen Notare, die von einem Zonenbewohner um Beurkundung eines Grundstück-Kaufvertrages gebeten werden, den Käufer unauffällig darüber befragen, ob er noch anderen Grundbesitz habe. Für den Fall, daß diese Frage bejaht wird, soll der Notar den Vertrag zwar beurkunden, die beiden beglaubigten Abschriften für die zuständige Kreisverwaltung jedoch mit einem Vermerk versehen, der darauf hinweist, daß der Käufer bereits ein Grundstück besitze. Der Rat des Kreises pflegt dann die Genehmigung zum Kaufvertrag zuerst hinauszuzögern und dann endgültig zu versagen.

RICHTER FLÜCHTETEN NACH WEST-BERLIN

In West-Berlin bat um Notaufnahme der Oberrichter und Vorsitzende eines Senats beim Bezirksgericht Chemnitz Horst WAGNER. WAGNER, der nur in Zivilsachen tätig war, wurde im August vom Bezirksvorstand Chemnitz wegen parteischädigenden Verhaltens aus der CDU ausgeschlossen. Ende September erhielt er eine Vorladung zum Justizministerium in Ost-Berlin, wo ihm vom Kaderleiter SEIFFERT mitgeteilt wurde, daß er infolge des Ausschlusses aus der CDU für den Richterberuf nicht mehr tragbar sei. Der Parteiausschluß war damit begründet worden, daß er bei Diskussionen über den Ungarn-Aufstand und über die Jugendweihe eine falsche Einstellung gezeigt habe. Auf WAGNERS Einspruch wurde der Ausschluß in eine strenge Parteiverwarnung mit dem Verbot, in den nächsten zwei Jahren innerhalb der Partei und der Justiz tätig zu sein, umgewandelt.

Ebenfalls nach West-Berlin geflüchtet ist der Volkerichter Werner THOMAS aus Wanzleben, der beim Bezirksgericht Magdeburg in Zivilsachen beschäftigt war. Er flüchtete, weil ihm seiner religiösen Einstellung wegen Schwierigkeiten bereitet wurden.

JENAER OBERSCHÜLER WERDEN ALS MECHANIKER AUSGEBILDET

In Jena wurde in der Oberschule Am Anger jetzt mit dem Versuch begonnen, Schüler der oberen Klassen bei den Zeiß-Werken als Mechaniker ausbilden zu lassen. Vorgesehen für die Mechaniker-Ausbildung sind vier Jahre. Ziel der Ausbildung ist, daß die Oberschüler mit der Reifeprüfung auch eine Facharbeiterprüfung ablegen. Die für die Mechaniker-Ausbildung vorgesehenen Oberschüler, mit denen die Zeiß-Werke einen offiziellen Lehrvertrag abschließen, erhalten nur noch 21 Tage Urlaub, von 16 Jahren an sogar nur noch 18 Urlaubstage wie die Lehrlinge in der "völkseigenen" Industrie. Während der übrigen Schulferienzeit müssen sie in den Zeiß-Werken als Lehrlinge arbeiten. Die Zeiß-Werke haben für die Schüler bestimmte Fachausbilder eingesetzt, bei denen die Oberschüler auch während der polytechnischen Unterrichtstage arbeiten.

In Jena soll das Facharbeiterzeugnis im selben Jahr wie das Abitur erworben werden. Die Facharbeiterprüfung soll jedoch erst etwa sechs Monate nach dem Abitur abgelegt werden. In der Zwischenzeit sollen die Schüler im Betrieb arbeiten.

Herausgeber: Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen
Berlin-Zehlendorf-West, Limastraße 29 - Telefon: 84 30 61

Auf den Seiten 47 bis 54 die Kopien von zwei Zeitungen, wie sie an Funktionäre der KPD in der BRD verschickt wurden.

Bitte schickt mich nach Westdeutschland!

Mitteldeutsche Tageszeitung **Freiheit**

Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands / Bezirk Halle (Land Sachsen-Anhalt)

3. Jahrgang

Halle (Saale), den 16. Januar 1953

Nr. 5

Die Ruhrkumpel im Kampf für Brot und Frieden

„Ich mag schon gar nicht mehr einkaufen gehen, kein Tag vergeht, an dem nicht dies oder das teurer geworden ist. Mal sind es hier fünf Pfennig, mal dort eine Mark und oft ist schon am Anfang der Woche das Geld alle, das bis zum Freitagabend reichen sollte. Dabei drehe ich doch wirklich jeden Pfennig dreimal in der Hand herum...“ So schrieb uns kurz vor Weihnachten eine Arbeiterfrau aus dem Rheinland.

Seit damals ist es noch viel schlimmer geworden, die Brotpreiserhöhung steht vor der Tür, die Kohlenpreise für das Inland wurden um 5 D-Mark je Tonne erhöht, die Benzinpreise werden folgen. Allein die Erhöhung des Preises für das Konsumbrot um 25 Pfennig bedeutet für eine vierköpfige Familie, die täglich einen Laib Brot braucht, eine zusätz-

liche Ausgabe von 7,50 D-Mark im Monat.

Die Arbeiter ziehen aus diesen Tatsachen natürlich die einzig mögliche Schlußfolgerung: Die Löhne müssen erhöht werden. Und weil sich herumgesprochen hat, daß die Herren Unternehmer nicht einen Pfennig mehr zahlen, wenn man sie nicht dazu zwingt, sind die Arbeiter entschlossen, zu kämpfen. An ihrer Spitze stehen die Ruhrkumpel. Sie wissen, durch ihre schwere und gefährvolle Arbeit profitieren die Bergherren Millionen und aber Millionen, während sie immer mehr verschulden, ihr Lohn von den Gläubigern gepfändet wird, während sie täglich ihr Leben aufs Spiel setzen, wie ein Blick in die Unfallstatistik zeigt.

Es hagelte Proteste der Belegschaften. Im Opelhaus in Bochum,

dem Sitz des Hauptvorstandes der IG Bergbau, gab eine Delegation der Bergarbeiter der anderen die Türkinke in die Hand: „Wir wollen uns nicht mehr von einer Woche auf die andere vertrösten lassen“, „Wir verlangen, daß jetzt Ernst gemacht wird“ — eine Abordnung nach der anderen gab im Auftrage ihrer Belegschaften solche Erklärungen ab.

Streik ab 19. Januar

Aber es blieb nicht bei den Erklärungen. Die Kumpel der Zeche „Nordstern“, die schon oft der Bergarbeiterschaft an der Ruhr durch ihre mutigen Aktionen den Weg gewiesen haben, riefen zum Streik ab Montag, den 19. Januar, auf. Die Kumpel haben schon seit einigen Wochen für diesen Kampf ihre Vorbereitungen getroffen. Auf zahlreichen

NEUBAUTEN
DER BEREITSCHAFTSPOLIZEI WUPPERTAL
BAUHERR: DER MIN. DES INNERN DES LANDES NORDRH.-WESTF.
AUSFÜHRUNG: STAATLICHE HOCHBAUVERWALTUNG
ENTW. u. BAULEITUNG: C.J. MANGNER ARCH. B. D. A. WUPPERTAL-B.
STABSGEBÄUDE | GEBÄUDE DER 3. MUHDETSCHAFT

Dieses Schild wurde in Wuppertal fotografiert, einer Stadt, in der 57 000 Familien auf eine anständige Wohnung warten. Ihnen wird gesagt: Es ist kein Geld da. Für Adenauers Söldner ist Geld da. In der Deutschen Demokratischen Republik bauen wir Wohnungen für die Werktätigen. Jeder von

Ihnen hat schon etwas von der Stalinallee gehört, in der in wenigen Wochen 10 000 Menschen in neuen Wohnungen wohnen werden. Stalinallee oder „Stabsgebäude“, das ist die Frage. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes beantwortet diese Frage mit Stalinallee.

Zechen wurden von den Belegschaften Streikleitungen gewählt. Die Streikleitungen haben auf vielen Zechen ihre Arbeit bereits begonnen. Sie haben in Waschkauen-Versammlungen die Belegschaften über die Verhältnisse der rechten Gewerkschaftsführung eingehend unterrichtet. Sie haben einen Streikschutz aufgestellt und Solidari-

ter haben die Lehren des großen Streiks der Drucker gut verstanden. Der Druckerstreik hatte ja gezeigt, wie wichtig die gute Organisation des Streikschutzes ist, wie durch Streikschutzkolonnen in vielen Fällen Streikbruch verhindert werden konnte.

Als die ganze Wahrheit über die sogenannte „Waffenruhe“, die von August Schmidt mit den Zechen-

Hauptvorstand der IG Bergbau hat der Forderung auf eine erhöhte Förderleistung zugestimmt. Offenbar reicht es noch nicht, daß allein auf Zeche „Nordstern“ von Januar bis September 1952 976 Unfälle passierten und fünf Kumpel ihr Leben zur höheren Ehre der Aktionäre hingeben mußten. Offenbar reicht es noch nicht, daß allein im letzten Jahr im westdeutschen Bergbau 900 tödlich verunglückte Kumpel gezählt wurden. Das war das Ergebnis der Antreiberei, der mangelhaften Schutzvorrichtungen. Auf dieser Straße will der Herr Generaldirektor der Deutschen Kohlenbergbauleitung, Herr Dr. Kost, Arm in Arm mit August Schmidt weitermarschieren, denn sie brauchen noch mehr Kohle für die Rüstung. Aber die Kumpel marschieren auf dieser Straße nicht mit. Aus der Lohnerhöhung schließlich ist nichts geworden, statt dessen gab es neue Preiserhöhungen, das heißt also auf deutsch: Lohnkürzungen.

Der Kampf an der Ruhr ist für die Arbeiter, für die Werktätigen in ganz Deutschland von außerordentlicher Bedeutung. Setzen die Ruhrbergarbeiter ihre Forderungen durch, dann wird dadurch die Verwirklichung der Forderungen der Werktätigen in allen anderen Industriezweigen sehr erleichtert. Deswegen ist es selbstverständlich, daß die Werktätigen in ganz Westdeutschland, mehr noch, daß die Werktätigen ganz Deutschlands die Ruhrkumpel mit aller Kraft unterstützen müssen und werden.

Der Kampf an der Ruhr ist ein Kampf für den Frieden

Aber nichts wäre einfältiger, als das Ringen zwischen Kumpel und Zechenherren, zwischen Kumpel und Adenauer-Regierung nur als einen Kampf um kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn anzusehen. An der Ruhr geht es um mehr! Um was geht es? Adenauer will seinen Generalkriegsvertrag Ende Januar ratifizieren lassen. Das heißt, er will mit der Aufstellung der westdeutschen Armee Ernst machen. Rüstung ohne Kohle, das gibt es nicht. Wenn ihm die Kumpel also zeigen, daß sie zu kämpfen verstehen, daß sie entscheiden, ob Kohle gefördert wird oder nicht, dann wird man in Bonn diese Sprache sehr gut begreifen. Dann wird man wissen, daß die Bergarbeiter, die für einen höheren Lohn gekämpft haben, auch bereit und imstande sind, ihre jungen Kollegen zu schützen, die



„Das Geld war für den Bau von Wohnhäusern bewilligt, aber gebaut hat man nur ein Stabsquartier.“
Aus „Krokodil“, Moskau

tätsausschüsse gebildet, denen die wichtige Aufgabe zukommt, die übrige Bevölkerung über den gerechten Kampf der Bergarbeiter aufzuklären, denn dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn er von der Sympathie aller Werktätigen getragen wird. Es wurden engere Streikleitungen gebildet, die in verschiedenen Fällen Verhandlungen mit den Direktoren der Zechen der einzelnen Schachtanlagen aufgenommen haben und die Forderungen der Kumpel überreichten. Man sieht also, die Bergarbei-

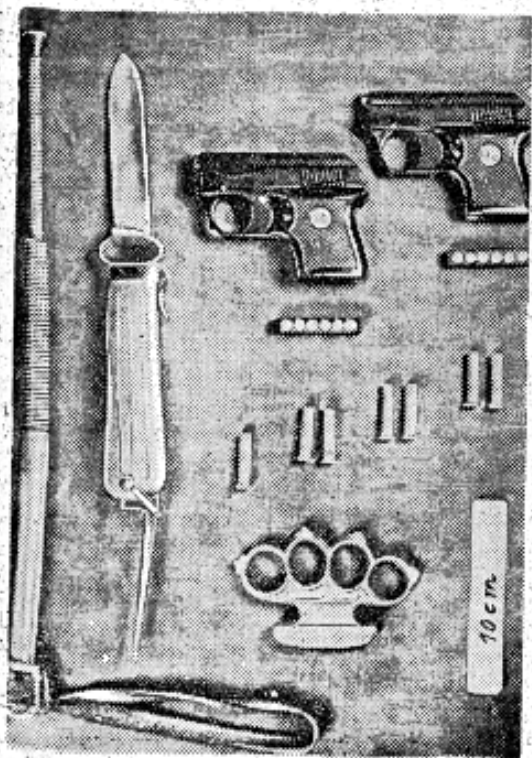
baronen ausgehandelt worden war, vor Ort bekannt wurde, da kannte die Empörung keine Grenzen mehr, da gab es überall nur eine Meinung: Jetzt aber Schluß mit dem Kuhhandel, jetzt streiken.

Was hatte der Kuhhandel ergeben? Zunächst einmal das sogenannte „Mehrarbeitszeitabkommen“, durch das die bisherige achtstündige Schicht praktisch erhalten bleibt, nur, daß die letzte halbe Stunde als Mehrarbeitszeit gerechnet wird. Weiterhin eine nochmals verstärkte Antreiberei, denn der

Die Mittel, die anfänglich von den westdeutschen Behörden für Wohnungsbauten bestimmt worden waren, werden jetzt für Gebäude verausgabt, die für die Okkupationstruppen oder die Lehr-Söldner bestimmt sind.

Adenauer als Söldner an die Amis verkauft hat, daß sie bereit und instande sind, für den Frieden zu streiken. Eine solche Warnung der 500 000 Bergarbeiter Westdeutschlands würde — das ist nicht zuviel gesagt — die Kriegsgefahr in ganz Europa vermindern.

Und täuschen wir uns nicht, diese Kriegsgefahr ist nach wie vor groß. Werfen wir einen Blick in die bürgerlichen „Aachener Nachrichten“ vom 13. Januar, dort wird uns einiges berichtet, was diese Feststellung unterstreicht: „Erste amerikanische Lieferungen für eine kommende westdeutsche Armee sollen in Kürze in der Bundesrepublik eintreffen. Die ganze Ausrüstung steht schon in Amerika bereit: Düsenjäger aus England, Artillerie und Flak aus den USA“, unter diesen Ueberschriften bringt das Blatt einen alarmierenden Eigenbericht aus Bonn. Dieser Bericht wird durch die amerikanische Wochenzeitschrift „US News and World Report“ noch erhärtet. Das Blatt stellt unverblümt fest, daß die USA jetzt um so mehr auf die westdeutsche Aufrüstung drängen werden, da in Europa allgemein die Tendenz herrsche, die Aufrüstung zu verlangsamen. Auf gut deutsch heißt das: Die Franzosen und Italiener, die Belgier und Holländer wollen nicht für Amerika sterben, also sollen es die Westdeutschen tun.



Die Mordinstrumente, die Sie auf unserem Bilde sehen, wurden von der örtlichen Polizei, die gegen den Willen von Bonn ein-griff, auf einer „Tagung“ des faschistischen BDJ den Tagungsteilnehmern at-gegenommen. Mit Gaspistolen, Tot-schlägern, Schlagringen und Dolchmessern wol-len Adenauers Schoß-kinder „argumentieren“

VOBLÄUFIGES MERKBLATT
**BAUTECHNISCHER
LUFTSCHUTZ**

Erste Fassung Mai 1952

Herausgegeben vom Bundesminister für
Wohnungsbau im Einvernehmen mit dem
Bundesminister des Innern

BAUVERLAG G.M.B.H. - WIESSBADEN

Dieses „Vorläufige Merkblatt“ für den bautechnischen Luftschutz wurde vom Ministerium für Wohnungsbau in Bonn bereits im Mai 1952 herausgegeben. Der Bürger der westdeutschen Bundesrepublik kann aus diesem Merkblatt zweierlei entnehmen: Erstens, wie die Strahlen der Atombombe fallen und zweitens, daß man in Bonn alles tut, um das Fallen von Atombomben bereits psychologisch vorzubereiten und nichts, um es zu verhindern. Das wird die Bevölkerung um so gründlicher besorgen.

Der neue USA-Hochkommissar — Atombombenspezialist

Gleichsam um die Ziele der amerikanischen Politik in Westdeutschland vor aller Welt noch-

mals zu unterstreichen, gibt Washington bekannt, daß zum neuen amerikanischen Hochkommissar in Westdeutschland Mister Conant ernannt wurde, der seines Zeichens — Atombombenspezialist ist. Da ist wirklich jeder Kommentar überflüssig.

Wenn der neue Hochkommissar sich in Bonn mit seinem Wirkungsbereich vertraut gemacht haben wird, dann wird er ohne Zweifel in den Lobgesang der Clay, Cloy und Donnelly auf Mister Adenauer aus vollem Herzen mit einstimmen. Adenauer tut (für Eisenhower) wirklich, was er nur irgend kann. Wie ein Wiesel läuft er von einer Geheim-sitzung mit Ollenhauer zu einer Geheimsitzung mit Reber, dem stellvertretenden Hochkommissar der USA, eilt von dort zu einer Pressekonferenz, um für den Generalvertrag die Propagandatrommel zu rühren. Einen getreueren Lakaien wie diesen findet die Wallstreet in ganz Europa nicht.

Gehen wir mal hinein in seine Pressekonferenz, hören wir, was er zu sagen hat. Nebenbei gesagt, es ist ein erlesenes Forum, vor dem der Herr Bundeskanzler spricht, 30 ausgewählte Journalisten, alle garantiert adenauer- und hitlertreu: wer des geringsten anti-amerikanischen Gedan-

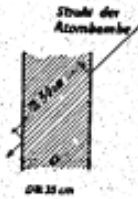


Bild 1. Strahlung.
Aus dem Bild 2 und 4 folgt, daß die von Strahlungsdruck abhän-gende Beanspruchung wachsend (Wand nach innen) (Decke) gemessen 10 m beträgt.

Bilder 5, 7 und 8. Begriffsbestimmung.

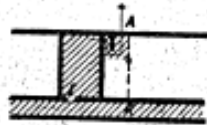


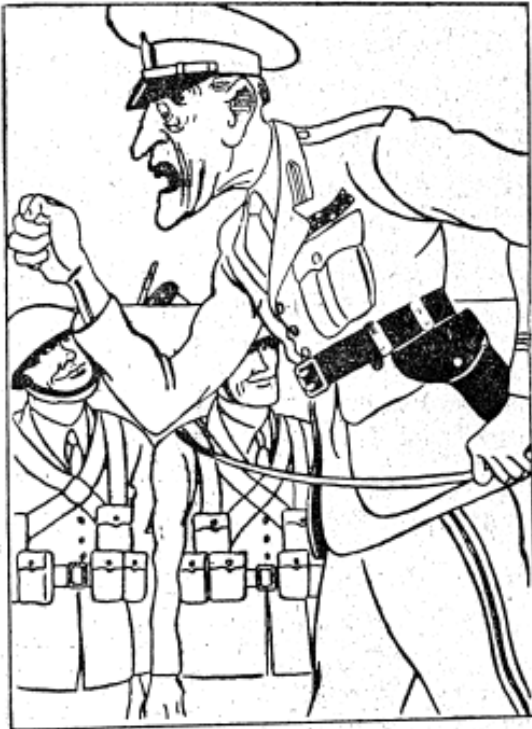
Bild 6. Die LÖSUNG.
Jeder 10 Meter bei einer Dichtung B und einer Ausparung A. Er ist durch die Anordnung B mit anderen 10 Zentimetern verbunden. Die Ausparung A ist durch eine Schutzschicht (siehe auch Bild 8) geschützt.

kens verdächtig ist, kommt hier gar nicht herein. Adenauer setzt diesen 30 Auserwählten die außerordentliche „Gefahr einer Verständigung“ zwischen der Sowjetunion und den Westmächten auseinander. Eine solche Verständigung, so beteuert er, werde nur auf Kosten Deutschlands gehen.

Adenauer fürchtet, daß er mit den Besatzungsmächten abziehen muß

Ihnen sträuben sich die Haare? Uns auch, als wir diese Sätze

Für Westdeutschland zur Nachahmung empfohlen



„He, ihr verdammten Kerle — was fällt euch ein, 16 Panzer ins Meer zu werfen?“
 „Es waren nicht mehr da, Colonel!“
 Aus „Frischer Wind“, Berlin

lesen. Es ist doch nachgerade eine Binsenweisheit: Einigen s'ich die Großmächte, dann werden wir einen Friedensvertrag bekommen, dann werden die Besatzungsmächte abziehen. Jeder gute Deutsche träumt von diesem Augenblick, kämpft dafür, daß diese nationalen Ziele recht bald verwirklicht werden. Für Adenauer aber ist das eine „Gefahr“, offensichtlich fürchtet er, daß er mit den Besatzungsmächten abziehen muß.

Adenauer versucht es mit der alten Leier, der „Bedrohung aus dem Osten“. Das haben mal viele

Leute geglaubt, aber inzwischen haben die Tatsachen eine gar zu deutliche Sprache gesprochen. Selbst stockbürgerliche Kreise geben zu bedenken, daß die Sowjetunion, hätte sie die Absichten gehabt, die man ihr unterschiebt, vor fünf Jahren leichtes Spiel gehabt hätte.

Die Sowjetunion aber hat vor fünf Jahren genauso wie heute immer wieder Vorschläge unterbreitet, wie man zu einer Einigung kommen könnte. Das Interview, das J. W. Stalin einem

mütig abgelehnt wird, dadurch schmackhaft zu machen, daß er „Verbesserungen“ verspricht, wobei er selber zugeben muß, daß nur an der Stukkatur etwas geändert werden soll, der Bau selbst bleibt, was er war, ein Zuchthaus für das deutsche Volk.

Das „Staatsbegräbnis 1. Klasse für die Europa-Armee“

Zur gleichen Zeit, da Adenauer die Bevölkerung Westdeutschlands in dieses Zuchthaus hineinzuzwingen versucht, wagen es die Regierungen in den anderen westeuropäischen Ländern schon gar nicht mehr, offen für die Kriegsverträge von Bonn und Paris Stellung zu nehmen. In Frankreich stürzte Monsieur Pinay gerade über diese Verträge und sein Nachfolger, der im übrigen nicht um ein Haar besser ist als er, war immerhin geschickt genug, den bisherigen Außenminister Schuman, der sich zum Anwalt der Kriegsverträge gemacht hatte, gar nicht mehr in seine Regierung hineinzunehmen. Eine Schweizer bürgerliche Zeitung nennt Schumans Sturz ein „Staatsbegräbnis erster Klasse für die Europaarmee“.

Selbst in den USA beginnt man sich der Politik, deren Verwirklichung die Kriegsverträge dienen sollen, entgegenzustellen. Ein Mann wie der Großbankier Warburg, der bestimmt alles andere als ein Friedensfreund ist, schlägt jetzt vor, Westdeutschland nicht in das amerikanische Paktsystem einzubeziehen, sondern die Schaffung eines einheitlichen Deutschland zuzulassen. Warum sagt er das? Weil er begriffen hat, daß sich die amerikanische Politik gegen den Willen der Völker Europas einfach nicht durchsetzen läßt.

Eigentlich zweifelt niemand, der sich nicht von der Adenauer-Propaganda besoffen machen läßt, daran, daß die Tage aller derjenigen, die sich mit den heutigen Machthabern Amerikas verbunden haben, in Europa gezählt sind, daß die Zeit derjenigen gekommen ist, die für die Unabhängigkeit der Nationen, für ihr friedliches Miteinanderleben eintreten. Es gilt jetzt, die Frist abzukürzen, während der uns die Adenauer das Leben noch sauer machen.

Wie man das macht, lehren uns die Kumpel von der Ruhr.

Korrespondenten der „New York Times“ im vergangenen Monat gewährte, hat nicht nur die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion aufs neue unterstrichen, es hat auch den Weg, der beschritten werden kann, den Weg des geduldigen Verhandeln, möglicherweise zwischen Stalin und Eisenhower selbst, nochmals gezeigt. Mit der „Bedrohung aus dem Osten“ sind da wirklich keine Geschäfte mehr zu machen.

Adenauer versucht schließlich den Generalvertrag, der vom ganzen deutschen Volk fast ein-

Bitte schickt mich nach Westdeutschland!

Mitteldeutsche Tageszeitung
Freiheit

Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands / Bezirk Halle (Land Sachsen-Anhalt)

3. Jahrgang

Halle (Saale), den 16. Januar 1953

Nr. 6

Karl und Rosa - Kämpfer für Frieden, Demokratie und Sozialismus

Alljährlich am 15. Januar gedenken die deutschen Arbeiter zweier ihrer Besten — Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die an diesem Tage im Jahre 1919 ermordet wurden.

Mit ihnen trauern nicht nur deutsche Patrioten aller Weltanschauungen, sondern die aufrechten, fortschrittlich gesinnten Menschen der ganzen Welt. Selten sind zwei Menschen so mit den gehässigsten Verleumdungen überschüttet worden wie Karl und Rosa. Aber umsonst versuchten und versuchen die Schreiberlinge der Geldsäcke, das Gedächtnis an diese beiden Großen unseres Volkes in einer Flut von

Schmutz zu erstickern. Karl und Rosa leben fort und werden immer weiter leben im Herzen der deutschen Arbeiterklasse. Selbst die zwölfjährige Nacht des Faschismus vermochte nicht, ihr Bild zu verdunkeln.

Was waren das für Menschen? Welches waren ihre großen Verdienste, daß ihnen solche Ehre zuteil wird?

Kämpfer für den Frieden

Die älteren unter unseren Lesern werden sich noch der Zeit

des ersten Weltkrieges erinnern, — wenn auch nicht in dem Maße wie der Hitlerkrieg — großes Elend über unser Volk und alle anderen Völker Europas gebracht hat.



Karl Liebknecht — Rosa Luxemburg

Damals bekam unser Volk nicht die Schrecken der Kriegführung auf eigenem Boden zu spüren, die deutschen Städte und Dörfer wurden nicht vom Bomben- und Granatenhagel zerstört. Waren auch Hunger und Elend groß, die Wohnungen blieben unzerstört, die Arbeitsstätten blieben erhalten, das Land wurde nicht zum Schlachtfeld.

Wessen Verdienst war das? War das das Verdienst des Generalstabs, der die Aussichtslosig-

keit des Krieges eingesehen hatte? Oder war es vielleicht das Verdienst des Kaisers, der nach Holland flüchtete?

Der Generalstab wußte längst, daß der Krieg verloren war.

Trotzdem hetzte er noch im Frühjahr 1918 Hunderttausende von Soldaten in den Tod. Trotzdem gab noch im November 1918 die kaiserliche Admiralität der Flotte den Befehl, auszulaufen und der englischen Flotte eine Seeschlacht zu liefern. Das hätte den sinnlosen Tod von 80 000 deutschen Matrosen bedeutet!

Und der Kaiser? Der Kaiser flüchtete aus nackter Angst um sein Leben, aus Angst, daß das Volk, wie in Rußland, ihn richten würde.

Nein, die Beendigung des Krieges, buchstäblich in letzter Minute, bevor Deutschland zum Schlachtfeld wurde, hat das Volk selbst erzwungen, hat es unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erzwungen, die sich mit ihren Genossen an die Spitze der revolutionären Massen stellten.

Aber nicht erst, seit der Krieg

offensichtlich verloren war, kämpften Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg für den Frieden. Ihr ganzes Leben war ein ständiger, harter Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Beide waren Kinder der revolutionären Arbeiterbewegung. Beide hatten die Not und das Elend kennengelernt, in dem die Arbeiter unter der Herrschaft des Imperialismus lebten. Sie wußten, daß es in dem imperialistischen Kriege, der schon lange vorbereitet worden war, nicht um die Interessen irgendeines Volkes gehen würde, sondern ausschließlich um die Interessen der Monopolkapitalisten aller Länder, die sich bereichern wollten.

Ständig arbeiteten Karl und Rosa daran, die Menschen über diese Tatsache aufzuklären, sie für den Kampf für den Frieden zu gewinnen und wurden deshalb von der Regierung, der Regierung der Monopolkapitalisten, erbittert verfolgt.

Und als der Krieg dennoch ausbrach, als eine künstliche Welle von „Begeisterung“ für die „Verteidigung des Vaterlandes“ alle vernünftigen Gedanken hinwegschwemmen sollte, als von den Kanzeln herab „der Segen Gottes für den Sieg der eigenen Waffen“ erfließt wurde, als auf den Straßen und Plätzen die Frauen und Mädchen den ins Feld ziehenden Soldaten Blumen an die Waffe steckten, als die damalige rechte Führung der Sozialdemokratischen Partei die Arbeiter und das Volk verriet und auf die Seite der „Vaterlandsverteidiger“ überging — da war es Karl Liebknecht, der im Reichstag als einziger gegen die Kriegskredite stimmte und die Ehre der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes rettete.

Es ist nicht schwer, der Revolution die Treue zu halten, wenn die revolutionäre Welle mächtig ansteigt, wenn die Massen des Volkes die Politik der Kriegstreiber durchschauen und zum Kampf gegen diese Politik bereit sind. Aber im Dezember 1914, als große Teile der Bevölkerung, vom Rausch des Krieges vergiftet, den Lügen der Kriegstreiber Glauben schenken, aufzustehen und als einzelner den Kampf zu nehmen gegen eine Front von Feinden, gegen eine Front,

die vom Kaiser über Krupp bis zur rechten sozialdemokratischen Führung reichte — dazu gehört der wahrhaft unerschütterliche Mut eines großen Revolutionärs, die unerschütterliche Treue zu den Interessen des Volkes, die selbst den Tod nicht fürchtet. Dazu gehörten solche Menschen, wie Karl und Rosa es waren.

Am 1. Mai 1916, mitten im Kriege, klagte Karl Liebknecht in einer Massenkundgebung auf dem Potsdamer Platz die deutschen Imperialisten an und bewies, daß sie den Krieg angezettelt hatten

Bewegung gegen den Krieg einzudämmen. Die Bewegung wuchs, dehnte sich aus, verbreiterte sich und nahm immer mehr zu an Popularität und Aktionsfähigkeit. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 ging eine Welle von Streiks und Demonstrationen über Deutschland dahin.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Karl und Rosa wußten, daß der Krieg nicht eine Naturerschel-



Karl Liebknecht beim Verlassen des Abgeordnetenhauses in Berlin (um 1912).

und daß der Krieg nur ihnen Vorteile brachte. Mitten im Krieg mitten in Berlin, wagt es ein Mann, öffentlich den Massen die Losung zuzurufen: **Krieg dem imperialistischen Kriege!**

Die Regierung warf zwar Karl Liebknecht ins Zuchthaus. Aber sie konnte nicht verhindern, daß die Arbeiter diese Losung weitertrugen in die Betriebe, daß die Urlauber, die an dieser Kundgebung teilnahmen, die Losung mitnahmen an die Front.

Umsonst warfen die Imperialisten Karl und Rosa ins Zuchthaus, umsonst versuchten sie die

Losung, nicht ein „von Gott gewolltes“ Uebel ist, sondern daß er von denen vorbereitet und angezettelt wird, die daran verdienen, von den Imperialisten. Diese Eroberungssüchtigen Monopolherren, im Bunde mit dem reaktionären Junkertum — das war der Hauptfeind des deutschen Volkes und nicht irgendein erfundener „Erbfeind“. Mutig stellten sie deshalb der verlogenen Losung von der Vaterlandsverteidigung ihre Losung entgegen: **Der Hauptfeind steht im eigenen Land!**

Sie wußten, daß der Kaiser und die deutschen Imperialisten den Krieg bis „5 Minuten nach 12“ führen würden, so, wie Hitler es 27 Jahre später tat, sie wußten, daß es für die deutsche Nation nur einen Ausweg aus dem Kriege geben konnte, und das war der Sturz der herrschenden Klassen und die Errichtung einer sozialistischen Republik. Ein Sieg der deutschen Imperialisten, für den die rechte SPD-Führung eintrat, wäre nur der Ursprung neuer, noch furchtbarer Kriege gewesen.

Deshalb gründeten sie innerhalb der SPD den Spartakusbund, der unablässig und trotz schärfsten Terrors diese Wahrheit verbreitete und ständig an Ansehen und Einfluß bei der werktätigen Bevölkerung zunahm, den Spartakusbund, aus dem später die Kommunistische Partei Deutschlands hervorging.

Der Spartakusbund wurde damals und später von den Feinden des deutschen Volkes auf das übelste verleumdet. In der Tat aber war der Spartakusbund im Weltkrieg und bis zur Gründung der KPD die einzige Gruppe in Deutschland, die konsequent und beharrlich die wirklichen Interessen des deutschen Volkes vertrat. Der Spartakusbund wurde zum Sammelbecken für alle ehrlichen und zielbewußten Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg.

Im Kampf für Demokratie und Sozialismus

Wie eine Bombe schlug überall in der Welt am 7. November 1917 die Nachricht von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und von dem Angebot eines demokratischen Friedens an alle kriegführenden Mächte ein. Auch in Deutschland gab es einen gewaltigen Aufschwung des Massenkampfes gegen den Krieg. Bereits im Januar 1918 brach der berühmte Munitionsarbeiterstreik in ganz Deutschland aus. Ende Januar streikten allein in Berlin eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen.

Dieser Streik konnte zwar noch abgewürgt werden, aber die Bewegung war unaufhaltsam geworden. Am 23. Oktober 1918 mußte Karl Liebknecht unter dem Druck der streikenden und demonstrierenden Arbeiter aus dem Zuchthaus entlassen werden. Mit Massendemonstrationen empfingen ihn die Berliner,

Im November sollte die Flotte auslaufen. Die Matrosen weigerten sich, in den sicheren Tod zu gehen. Am 3. November wurde eine Antikriegsdemonstration der Matrosen und Arbeiter in Kiel beschossen. Am 4. November wurde ein Soldatenrat gebildet, hinter dem 40 000 Soldaten und bewaffnete Arbeiter standen. Am 5. November traten die Arbeiter Kiels in den Generalstreik, die Werften und Schiffe wurden besetzt und die rote Fahne gehißt. Am 9. November rief Karl Liebknecht in Berlin vor dem Schloß die sozialistische deutsche Republik aus.

Scheidemann ungefähr zur gleichen Zeit, wo Karl Liebknecht vor dem Schloß zu den Arbeitern sprach, die Republik aus.

Die Imperialisten erreichten, was sie wollten. Den Einfluß der ihnen dienstbaren Ebert-Regierung bei den Massen ausnutzend, konzentrierten sie reaktionäre Truppenteile um Berlin, die die Aktionen der revolutionären Arbeiter blutig niederschlugen und eine grausame Terrorherrschaft über Berlin errichteten.

Seitdem sind viele Jahre vergangen. Aber wieder ist eine rechte SPD-Führung dabei, die



Ein Panzer vor dem Eden-Hotel in der Kurfürstenstraße, in dem sich das Hauptquartier der weißen Banditen befand. In dieses Hotel wurden Karl und Rosa geschleppt, bevor man sie ermordete.

Der Verrat der rechten SPD-Führer

Die Macht der Hohenzollern war gestürzt, der Frieden war erzwungen — gegen den Willen der Imperialisten und ihrer Lakaien, der rechten SPD-Führer Ebert und Scheidemann, die noch während des Krieges in die Regierung eingetreten waren.

Aber die Imperialisten gaben sich nicht geschlagen. Noch hatten ihre getreuen Stiefelputzer, die rechten SPD-Führer, eine große Autorität bei den Massen des Volkes. Um ihre Herrschaft zu erhalten, erlaubten die Imperialisten den Ebert und Scheidemann, sich als die Führer der Revolution aufzuspielen, um das Volk zu betrügen. Deshalb rief

Interessen des ganzen deutschen Volkes zu verraten, mit dem einzigen Unterschied, daß Ebert ein Agent der deutschen Imperialisten war, während Ollenhauer ein Agent der amerikanischen Imperialisten ist.

Wieder der gleiche Betrug: Durch scheinheilige Opposition sollen die Werktätigen von Massenaktionen, diesmal gegen Generalkriegsvertrag und für die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag, abgehalten werden, während gleichzeitig Verhandlungen über die Einbeziehung der SPD in die Regierung laufen, in eine Regierung, die schließlich der unverschleierte Militärdiktatur den Weg bereiten soll. Und das alles im Interesse des amerikanischen Krieges!

Aber diesmal wird der Betrug nicht gelingen. Zu bitter sind die Erfahrungen der Geschichte und zu leuchtend ist das Beispiel, das die Deutsche Demokratische Republik mit ihrem friedlichen Aufbau, mit ihrem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, allen Deutschen gibt.

Die Ermordung von Karl und Rosa

Am 30. Dezember 1918 hatte sich die Kommunistische Partei Deutschlands gebildet, an deren Spitze Karl und Rosa standen.

Mit Recht erblickten die Feinde des Volkes in ihr die Kraft, die das Volk in den Kampf für seine berechtigten Interessen würde führen können. Sie bezannen deshalb eine wüste Mordhetze gegen die Führer dieser Partei, gegen Karl und Rosa zu betreiben.

Damals waren die deutsche Arbeiterklasse und ihre Partei noch nicht stark und erfahren genug, ihre Führer vor den Mordbanden schützen zu können. Karl und Rosa wurden ergriffen und nach grausamen Mißhandlungen von den Banditen der sogenannten Gardekavallerie-Schützendivision ermordet.

*

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg — niemals wird Deutschland sie vergessen. Der Sieg der Sache, die sie verfochten, hätte Deutschland und der Welt den grauenvollen zweiten Weltkrieg erspart.

Karl und Rosa wurden ermor-

Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:

Von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten

Mit solchen Plakaten forderte die Reaktion — unter Duldung und Mitverantwortung der rechten SPD-Führer — offen zum Mord an Karl und Rosa auf. —

det. Aber ihr Werk lebt. Ihre Namen tragen die besten Brigaden in den volkseigenen Betrieben in unserer Republik. Ihr Bild findet man in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der Deutschen Demokratischen Republik. Und an der Spitze unserer Republik steht ihr treuer Mitkämpfer, unser Arbeiterpräsident Wilhelm Pieck, der gemeinsam mit ihnen gegen den imperialistischen Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfte, der wie sie sein

ganzes Leben in den Dienst der Arbeiterklasse und des Volkes stellte. Er setzt heute das Werk von Karl und Rosa fort. Als Präsident unserer Republik und als Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands führt er uns vorwärts auf dem Wege zum Sozialismus, lehrt er uns kämpfen für Einheit und Frieden. Unter seiner Führung werden wir unser Ziel erreichen.

Karls und Rosas Feinde von einst, die Imperialisten, sind noch kleiner und noch häßlicher geworden. Die Arbeiterklasse aber ist mächtig und stark geworden. Sie baut sich in den Ländern, wo sie bereits die Macht hat, ein Leben, von dem Karl und Rosa träumten, für das sie kämpften und schließlich starben.

Karl und Rosa, wir werden euch nie vergessen!



So versuchte die Reaktion den Mord zu verschleiern. So wie damals lügen sie auch heute!

Rundfunkprogramm für Westdeutschland

Berlin I: Montag, den 19. bis Donnerstag, den 22. Januar um 1 Sonnenabend, den 24. Januar, 21.30 Wir sprechen für Westdeutschland

Berlin II: Montag, den 19. bis Freitag, den 23. Januar, 12.00: Wir sprechen für Westdeutschland.

Berlin III: Montag, den 19. bis Sonnabend, den 24. Januar, 8.15: Wir sprechen für Westdeutschland.

PRESSE-Rundschau

für die Bewaffneten Organe

„Soo nicht, Genosse Ulbricht!“

Professor Havemann sprach die Meinung der Funktionäre offen aus
Der Wortlaut seines Interviews mit dem „Hamburger Echo am Abend“

FRAGE:

Herr Professor, der Inhalt Ihrer Vorlesungsreihe hat zu heftigen Reaktionen geführt. Haben Sie das vorausgesehen?

HAVEMANN:

„Vorausgesehen“ ist zu wenig. Ich habe diese Wirkung beabsichtigt. Was in den anderen Ländern des sozialistischen Lagers schon seit langem möglich ist, sollte auch in der DDR möglich sein. Mir kommt es darauf an, alle Entartungserscheinungen der stalinistischen Zeit dadurch zu überwinden, daß ich sie offener kritisiere und schonungslos beim Namen nenne. Keine Gesellschaftsordnung kann es sich leisten, Mißstände, die als solche erkannt sind, auf die Dauer bestehen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß den Bürgern der DDR Mut gemacht werden, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

FRAGE:

Sie meinen also, daß zwischen dem

politischen und geistigen Leben der DDR und dem der anderen sozialistischen Länder ein Unterschied besteht?

HAVEMANN:

Sie nicht? Ich möchte den Unterschied so beschreiben: In der DDR denken die meisten Funktionäre dasselbe, was ich gesagt habe. In den anderen sozialistischen Ländern sprechen sie es auch aus.

FRAGE:

Es gibt noch andere Unterschiede?

HAVEMANN:

Ganz gewiß. Wir Deutschen machen alles besonders gründlich. Und so auch die Fehler beim Aufbau des Sozialismus.

FRAGE:

Von Schnitzler und andere SED-Funktionäre argumentieren: Wegen der besonderen Verhältnisse im geteilten Deutschland sei in der DDR manches nicht möglich, was in den anderen sozialistischen Ländern selbstverständlich ist.



Inzwischen v. Ulbricht abgeschossen:
Prof. HAVEMANN

HAVEMANN:

Ich erkenne die besonderen Verhältnisse an, ziehe daraus aber die entgegengesetzte Schlussfolgerung: Den Bürgern der DDR muß mehr Freiheit gegeben werden, als sie Bewohner westlicher Länder genießen. Nur auf dieser Grundlage kann der Sozialismus wieder offensiv und erfolgreich sein.

FRAGE:

Reisefreiheit ist ein Teil der Freiheit, von der Sie sprachen. Würden nicht die meisten Bewohner die DDR verlassen, wenn Sie die Freiheit dazu hätten?

Philosoph Havemann: „Wer sich vor den Folgen einer eingeschränkten Information fürchtet und sie darum behindert, schafft dadurch gerade die Bedingungen für eine unheilvolle Entwicklung. Womit sich eine alte These der griechischen Tragödie bewahrheitet, daß der Mensch sein Schicksal dadurch herbeiführt, daß er es abzuwenden trachtet“.

HAVEMANN:

Man darf nicht nur eine teilweise Freiheit gewähren. Sie muß umfassend sein. Wäre man von vornherein diesen Weg gegangen, hätte die DDR-Führung sich manches ersparen können.

FRAGE:

Es gibt Stimmen in der Bundesrepublik, die Sie als einen grundsätzlichen Gegner der DDR bezeichnen.

HAVEMANN:

Ich kenne das Gerede. Manche meinen, ich sei vom Sozialismus enttäuscht. Sie sehen in mir so etwas wie einen ideologischen Konvertiten . . .

FRAGE:

Sindermann behauptet, Sie wollten den dialektischen Materialismus über Bord werfen . . .

HAVEMANN:

Nichts davon trifft zu. Nicht als Enttäuschter des sozialistischen Gedankens, sondern als sein überzeugter Anhänger fordere ich die restlose Überwindung von Stalinismus und Dogmatismus in allen Erscheinungsformen. Das Ziel muß eine Gesellschaftsordnung sein, in der der freiheitliche Sozialismus verwirklicht ist. Was den dialektischen Materialismus betrifft, so halte ich ihn für die höchst entwickelte Form der Philosophie. Das kann jeder in meinen Vorlesungsmanuskripten nachlesen, die ich habe vervielfältigen lassen.

FRAGE:

Wenn man diese Thesen hört, Herr Professor, drängt sich ein Vergleich mit dem Programm von Wolfgang Harich auf.

HAVEMANN:

Harichs Programm kenne ich nicht in allen Einzelheiten. In seiner Methode jedenfalls hat er einen unentschuldbaren Fehler gemacht: Seine Gruppe hat konspirativ gearbeitet. Das

kann keine Staatsordnung dulden. Mir dagegen kommt es darauf an, in aller Öffentlichkeit über Mißstände zu diskutieren.

FRAGE:

Und Sie zu beseitigen?

HAVEMANN:

Die Beseitigung stellt sich zwangsläufig ein. Das Entscheidende ist die Diskussion, das Beim-Namen-Nennen der Fehler. Das bewirkt eine politische Klimaänderung. Das offene Wort wird die schöpferischen Kräfte der Volksmassen mobilisieren.

FRAGE:

Herr Professor, wir sprachen vorher von den anderen Ländern des sozialistischen Lagers. Wie eng sind Ihre Kontakte dorthin?

HAVEMANN:

Besonders nahe Beziehungen habe ich zu meinen Kollegen in der Sowjet-Union. Einer von ihnen, der Philosoph Prof. Kedrow, ist sozusagen mitverantwortlich für meine Vorlesungsreihe. Ich legte ihm zu verschiedenen Fragen meine Auffassungen dar und wir stellten völlige Übereinstimmung fest.

FRAGE:

Auch in der Thematik, die Sie in Ihrer Vorlesung behandelt haben?

HAVEMANN:

Gerade darin. Das gab mir grünes Licht, meine Vorlesungsreihe zu beginnen.

FRAGE:

Verhaftet sind Sie nicht, wie man sehen kann. Rechnen Sie mit anderen Maßnahmen? Wie steht es mit einem Vorlesungsverbot?

HAVEMANN:

Ich weiß von keinen anderen Maßnahmen und rechne auch nicht damit. Meine naturwissenschaftlichen Vorlesungen stehen überhaupt nicht zur Debatte. Die Fortsetzung der philosophischen Vorlesungen hat man mir überlassen. Dabei kann allerdings darüber kein Zweifel bestehen, daß eine Fortsetzung politisch unerwünscht ist . . .

Das sagte Havemann in seinen Vorlesungen:

„Hegels Satz: Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit ist in der Vergangenheit oft einseitig, sehr mechanisch, sehr armselig interpretiert worden.“

„Freiheit kann man nicht dadurch erkaufen, daß man freiwillig tut, was man tun muß, weil man sonst eingesperrt wird!“

„Jede Behinderung und Einschränkung der Information u. des Informationsaustausches hemmt die Aktivität der Gesellschaftsmitglieder und damit die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse!“

„Zu allen Zeiten haben reaktionäre Regime danach gestrebt, das Volk in Dummheit zu halten.“

„Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen den Menschen durch ihre vielfältigen materiellen Abhängigkeiten viel abgestufter, viel mannigfaltiger, als es dieses grobe Schema des Historikers überhaupt erkennen läßt.“

Altkommunist Havemann: „Der Mensch wurde zur Heuchelei und zur Unwahrhaftigkeit erzogen. Ständig wurden von ihm politische Bekenntnisse verlangt, ohne daß sie aus ehrlichem Herzen kamen. All das müssen wir vollständig überwinden. Wir müssen es schamlos offen beim Namen nennen.“

Mitteldeutsche Arbeiter Zeitung

SONDERAUSGABE FÜR DIE ANGEHÖRIGEN DER BEWAFFNETEN ORGANE

Bescheidenes 1967:

Lohnerhöhungen für mehr als 7 Millionen

Trotz wirtschaftlicher „Talsole“ durchschnittliche Lohnzunahme von 4% erreicht — Weitere höhere Lohnsätze ab Anfang 1968

Die Tarifverdienste der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik sind im Jahre 1967 um rund 4% gestiegen, erklärt das Deutsche Industrie-Institut in Köln. Das Statistische Bundesamt hatte schon in seinem letzten amtlichen Bericht für September 1967 eine Zunahme der Tarifeinkommen um 3,5% errechnet. Nach den Feststellungen der Gewerkschaften galt die tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,5% im September 1967 für rund 3,1 Millionen Arbeitnehmer, das

waren etwa 30% aller Arbeitnehmer, für die sie 1967 die Lohn- und Gehaltstarife gekündigt hatten. Seit September sind für weitere über 3,5 Millionen Arbeitnehmer, vor allem in den verschiedenen Tarifgebieten der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik von den Gewerkschaften neue Tarifabschlüsse erreicht worden, die die Schätzung einer Durchschnittszunahme der Arbeitnehmerinkommen um 4% eher noch als zu gering erscheinen lassen.

Für weitere fast 4 Millionen Arbeitnehmer herrschte noch am Jahresende ein tarifloser Zustand, da sich die Arbeitgeber mit dem Hinweis auf den noch nicht in allen Wirtschaftsbereichen erzielten Konjunkturaufschwung weigerten, die von ihren Arbeitnehmern geforderten tariflichen Verbesserungen ad hoc jetzt zuzugestehen. Im Februar und März 1968 sind weitere Tarifverträge für mehrere Millionen Arbeitnehmer, vor allem im Baubereich, in der Chemie- und

Metallbranche kündbar bzw. schon gekündigt, so daß es in diesem Jahr evtl. harte Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften geben wird. Es wurden bereits höhere Lohnforderungen als 1967 angekündigt, denn die Gewerkschaften stellen sich auf den Standpunkt, daß die Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik am bereits jetzt sichtbar werdenden wirtschaftlichen Erfolg der „Großen Koalition“ (CDU/SPD) bevorzugt teilhaben sollen.

Weitere neue Tarifverträge in der Metallindustrie werden in den vergangenen Wochen abgeschlossen, zum Beispiel für

- Nordrhein-Westfalen: 15 Pfennig Erhöhung je Stunde im Akkord- und Eckgrundlohn — Einkommenssicherungsklausel;
- Hessen: 12 Pfennig Erhöhung je Stunde im Eck- und Akkordgrundlohn von DM 3,49 (Zeitarbeiterleistungssatz von 7,5%), 5% mehr für Angestellte;
- Berlin: 15 Pfennig Erhöhung je Stunde auf den Ecklohn von DM 3,29 — Leistungszulage von mindestens 11% der Grundlohnsumme des Betriebes.

Auch in anderen Tarifgebieten der Metallindustrie, z. B. im Schwabing-Hotelfein, Saarland und Südbaden, erhöht sich die Ecklohn um 12 bis 14 Pfennig.

In der niederrheinischen Gummiindustrie wurde eine zwischen 1963 und 1971 von 44 auf 173 Tarifstundenhöhe steigende Jahresleistungsprämie und ein Arbeitsplatzsicherungsabkommen durchgeführt. Ähnliche Abkommen gelten seit kurzem auch für die Gummiindustrie in Hessen. Die Akkordlöhne wurden um 4% und die Zeitlöhne um 5% zuzüglich einer Zulagenprämie von 6% erhöht. Im großhessischen Gewerbe konnte eine Lohnsteigerung von 3,5% erreicht werden, die sich auf überbetriebliche Zulagen anrechnet wird. Ein Zusatzvertrag wird soziale Härten bei Rationalisierungsmaßnahmen abwenden.



„Soziale Gerechtigkeit in wirtschaftlicher Freiheit“

Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl Schiller (SPD, links auf dem Foto) erklärte am 8. September 1967 zu dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen zweiten Konjunkturprogramm: „Wir sind nicht so verwaschen, die Zukunft in allen Einzelheiten zu planen. Aber wir sind doch nicht so bequem zu sagen: Das wird sich von selbst erledigen und einpendeln. Wir haben uns alle in diesem Hause bemüht, wesentliche Daten neu zu setzen. Wir haben dabei versucht, die beiden Grundsätze, den sozialen Fortschritt oder der sozialen Gerechtigkeit und den Grundsatz der marktwirtschaftlichen Freiheit zu verbinden und ihnen beiden einen neuen Weg zu bahnen in die Zukunft.“ — Im gleichen Sinne äußerte sich Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß (CSU, rechts auf dem Foto) am 6. September 1967 vor dem Bundestag: „Wir sind verpflichtet, nicht alles, was wir verdienen, für den Konsum unseres Tages auszugeben, sondern den notwendigen Teil abzusparen, damit die Generation von morgen, unter den Bedingungen von morgen und mit den Möglichkeiten von morgen ebenfalls ihre gesicherte Existenz hat. Das ist der nationale Sinn dieser Finanzplanung, daß hier Grundlagen geschaffen werden, daß hier Weichen gestellt werden und daß hier Zukunftsziele gesteckt werden, die die kommende Generation erreichen muß.“

Allgemeine Stimmung: optimistisch

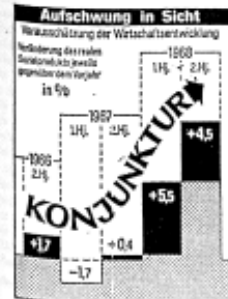
Die Gewerkschaften weisen dabei auf die überwiegend optimistischen Feststellungen anhauflicher Wirtschaftswissenschaftlicher Institute hin, daß auch im Jahre 1968 reale Lohn- und Gehaltserhöhungen um 5% nicht nur im Interesse der weiteren Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft der Bundesrepublik wünschenswert, sondern auch durchaus möglich seien.

gen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen für die Arbeitnehmer vertraglich abzusichern und den Verlust von Arbeitsplätzen auf Grund von Strukturveränderungen und Rationalisierungsmaßnahmen der Wirtschaft zu verhindern oder zumindest in seinen Auswirkungen abzumildern.

Beispiel: Metall

Als Beispiel des Tarifkompromisses in der Metallindustrie von Nord-Württemberg und Nord-Baden wird am besten deutlich, warum es zur Zeit bei Tarifverhandlungen in der Bundesrepublik geht. Wichtigster Punkt dieser neuen Verträge ist das Lohnnennbrennen, es steht u. a. vor:

- Verkürzung der Kärzung der Vorphasen durch eine Anrechnungs- und Besitzstands-klausel;
- Verkürzung der Anlernzeiten in den Lohngruppen 5 und 6;
- Versicherung, daß zwischen dem Vorstand der IG Metall und den Metallindustriellen ein Rationalisierungsabkommen zum Schutz vor Arbeitsplatzverlust ausgehandelt wird;
- Beseitigung des Altersgruppen-schüssels;
- Vereinbarung einer stufenweisen Beseitigung der Ostklassen bis zum 1. Januar 1971 sowie die zusätzliche Überführung von 15 Stufen aus der Ostklasse 1b in die Ostklasse 1a ab 1. Jan. 1969.



ÖTV brauchte nicht zu streiken

Für die 1,6 Millionen Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Gemeinden wurde nach einem „unezulässigen“ (ÖTV) Erstangebot der Arbeitgeber, das in einer Streikabsatzung die Ablehnung der großen Mehrheit der Arbeitnehmer laut, ein Kompromiß ausgehandelt, der die Erhöhung der Angestelltengehälter um 3,5% und der Arbeitergehälter

um 11 Pfennig je Stunde ab 1. Januar 1968 vorsieht. Außerdem soll die Arbeitszeit ab Januar 1969 und noch einmal ab Januar 1971 um je eine Stunde in der Woche auf 42 Stunden verkürzt werden. Gleiche Verträge wurden für die rund 400.000 Arbeiter und Angestellten der Deutschen Bundesbahn und die rund 135.000 Arbeiter und Angestellten der Deutschen Bundespost erreicht. Auch die rund 120.000 deutschen Arbeitnehmer bei den allierten Streitkräften in der Bundesrepublik erhalten seit 1. November 1967 eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 3%. In diesem Zusammenhang verdient es Erwähnung, daß die Deutsche Bundesbahn der größte volkreichste Betrieb Gesamtdeutschlands ist.

IG Bau kündigt Tarif

Die Industriegewerkschaft Bau-Stone-Erden hat die Lohn- und Gehaltstarifverträge für das Baugewerbe zum 30. April 1968 gekündigt.

Fernschreiben des Bundesverteidigungsministers:

betr. die Streikabsatzung der Gewerkschaft ÖTV gegen eine Urabstimmung von Arbeitnehmern der Bundeswehr als Mitgliedern der ÖTV ausserhalb der Arbeitszeit in räumlichen Dienststellen der BW-Verwaltung bestehen keine Bedenken. Ferner die Arbeitnehmer in militärischen Dienststellen, Stäben, Einheiten und Schulen ist eine Urabstimmung in räumlichen Dienststellen der BW-Verwaltung ausserhalb der Dienstzeit zuzulassen.

Worauf stolz sein?

Alle Redakteure dieser Zeitung kommen aus Mitteldeutschland, und keiner hat den Schweiß vergossen, den er dort vergossen hat. Wir haben nicht nur miterlebt, wie die Betriebe und Eisenbahnstrahlen demonstrieren, sondern auch wie sie wieder aufgebaut worden sind.

Unser Stolz auf die Leistungen der Arbeiter, Bauern und Technischen in Mitteldeutschland ist kein bloßes Gefühl, sondern ein sehr realistischer. Auch wir haben unseren Anteil an dieser Leistung, und auch uns kränkt die Überheblichkeit mancher Bürger Westdeutschlands. In diesem Punkt unterscheiden wir uns nicht einmal von den Politbürokraten in der NVA.

Der wichtigste Unterschied in der Berechnung durch die „Mitteldeutsche Arbeiterzeitung“ und durch das „Neue Deutschland“ besteht in der Würdigung der Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei dem, was man – nicht grundlos – das „mitteldeutsche Wirtschaftswunder“ nennt. Unsere Zeitung ist der Überzeugung, daß man mit mehr wirtschaftlicher Vernunft und weniger Holzhammermethoden erheblich mehr erreicht hätte. Nicht ganz soviel erreicht wie in Westdeutschland, das einen etwas besseren Start hatte, aber eben sehr viel mehr als heute. Weder 1945 noch bei der Staatsgründung 1949 fehlte es in Mitteldeutschland am politischen Willen und fählichen Kräften der Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler. Aber die SED hat den politischen Willen nicht mehr genützt und Millionen von Arbeitern und Technikern außer Landes getrieben. Es war nicht „Republikflucht“, es war „Vertreibung“.

Wenn die SED heute als ihre Erfolge besichtigt, was 1967 über Jahrzehntelangen unqualifizierten Elmschmuck in Arbeit und Wirtschaft geschafft worden ist, dann ist das eine Beleidigung der wertvollen Väter und Mütter der Soldaten der NVA. Die SED hat nicht „geführt“, die Partei hat lediglich und stündlich behindert! Stolz kann deshalb jeder Mitteldeutsche sein, der irgendwo und irgendwas einsteckt. „Mehrwert“ geschaffen hat, der jetzt zwischen Straßband und Plauen in einem Hochhaus oder Kindergarten steckt. Aber die SED kann bestenfalls stolz darauf sein, daß sie wirtschaftlich und hinsichtlich des Lebensstandards nicht noch schlimmer als Bremen gewirkt hat. Sie hätte es, wenn nicht Millionen von „DOB-Vertriebenen“ sie zur späten, unvollkommenen und – noch immer nur – zähneknirschenden Einsicht gezwungen hätten.

Wenn wir also in dieser Zeitung Daten und Fakten über die westdeutschen Löhne und Preise, Konsumgüter, Reisensmöglichkeiten, Kfz, usw. abdrucken, dann geschieht das nicht zum „Vergleich“ zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Wir drucken das ohnehin nicht so sehr aus eigenem Antrieb, sondern weil uns Hunderte von Lesern aus der NVA dazu anlässlich aufgelordert haben. Wir möchten nur zeigen, wohin – mit allen Stärken und Schwächen – ein Teil Deutschlands gelangt ist, in dem die Politiker auf das Volk, die Parteien auf ihre Mitglieder, die Gewerkschaften auf die Arbeiter und die Unternehmer auf Fachleute hören müssen.

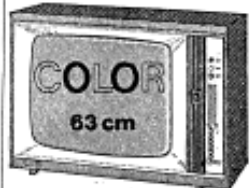
Übrigens führt einer unserer Redakteure hier in Westdeutschland einen WARTBURG. Vielleicht auch ein Solus. Jedenfalls ist der WARTBURG hier viel billiger. Wieso eigentlich?



Typischer Discount-Laden im Rheinland: Viel Ware, niedrige Preise, eine Frau an der Kasse und alles in einem ehemaligen Tauschsal. Berge leerer Kartons stehen vor der Tür, auch darin herrscht Selbstbedienung. Hier kauft man nicht täglich, sondern 2-3 mal im Monat, und dann in Mengen. Ein voller Auto-Kofferraum erspart ca. 25 DM.

Kriegsdienst und Gelangenschaft müssen auf die Betriebszugehörigkeit angerechnet werden

Die Zeit des Kriegsdienstes und der Gelangenschaft der Arbeitnehmer muß nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom Arbeitgeber auch dann auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit angerechnet werden, wenn der Arbeitnehmer vor seinem Tätigwerden im öffentlichen Dienst in die Privatwirtschaft eingetreten ist. So muß nach einer weiteren Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom Arbeitgeber in gleicher Weise wie die tatsächliche Arbeitsleistung auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit angerechnet werden. Das gilt beispielsweise für die Jubiläumsgeldifikation.



Farb-Fernsehgerät, 63 cm, 22 Transistoren, 14 Röhren, 42 Dioden. Drucktest-Programmwerk. 1790,-

In Discount-Läden ist alles viel billiger!

Ob Butter oder Schmierseife: 20 bis 30 Prozent Rabatt

Wie Pilze aus der Erde geschossen sind in den letzten Jahren in Westdeutschland Hunderte sogenannter „Discount-Läden“. Ihre Zahl nimmt noch immer zu. „Discount“ (aus dem Englischen) bedeutet Abzug vom Preis. Es handelt sich also um Läden, in denen man nur gegen bar kaufen kann unter Gewährung eines Rabatts gegenüber den Preisen in den Läden gewohnter Art. Dieser Abzug richtet sich nach den Kalkulationsmöglichkeiten des Geschäftsinhabers und beträgt zumeist für die verschiedenen Waren zwischen 20 und 30 Prozent! Auch Markenartikel werden erheblich billiger angeboten.

Für den Kunden bedeutet der billigere Preis in einem Discount-Laden Verzicht auf jede geübliche Aufmachung des Ladens und der stets abgepackten Ware, die in schmutzigen Massenregalen steht, aus denen sich der Käufer selbst bedienen muß. Verkaufspersonal gibt es nicht, auch keine Kundenberatung, nur die Kassiererin am Ausgang. Discountläden existieren nicht nur für Lebensmittel, sondern

auch für Elektroartikel, Haushaltswaren, Foto, sogar für Möbel. Oberster Grundsatz aller Discount-Läden ist: Größter Umsatz bei knappster Kalkulation unter Vermeidung aller überflüssigen Kostenfaktoren.

Die Discount- (oder „Diskant“-) Läden sind – wie der hier abgebildete – zumeist in ehemaligen Tanzsälen oder Kinos errichtet worden. Die „billige“ Aufmachung sieht kaum noch einem Kunden, der mit einem Kofferraum voll Ware abfährt, an, der er z. B. 25,- DM geparkt hat. Allerdings kann man keine einzelne Rolle Kassettenpapier kaufen und kein Achtel Butter.

Während es anfangs als „unfein“ galt, in einer „Scheune“ zu kaufen, parken jetzt auch dicke Mercedes-Autos vor diesen Läden, die eher als „Hallen“ zu bezeichnen sind. Einige haben deshalb auch gleich „Diskant“-Tankstellen vor der Tür.

- 8-mm-Kamera Jello, m. Zoom-Objektiv 149,50
- Autos. Diaprojektor, 24 V, 150 W, Niederwert, mit Fernbedienung 190,-
- Super-8-Projektor, autom. Fileneinführung, stufenlose Geschwindigkeitseinstellung 258,25
- Elektronenblitzgerät, Leuchtd. 14/18 29,50
- Qualitätsfernplager, 3 Jahre Garantie, 7x50 = 48,50 10x50 = 53,00, 20x50 = 89,-
- Halbbrunnen-Elektorgitarre, verstellb. Hals, stahlverstärkt, 4 Tonabnehmer 185,50
- Elektr. Orgel, 144 Transistoren, 4 Oktaven, mit Tonchwell-Fußpedal und Vibrato, abschraubbare Füße, im Koffer 998,-
- Instrumenten-Verstärker, 5 Watt, mit Tremolo 119,50
- Verstärker, 20 W, Hall u. Tremolo 339,-
- Verstärker, 30 W, mit Hall (Echo) 485,-
- Kugelschreiber 10 Stück = 95
- Bügelreihen, Ia-Qualität 17,50
- Heißlöffel, 3-Stufen-Schutzschaltung 39,50
- Haartrichter, 2-Stufen-Schutzschaltung 16,80
- Trockenschuhe mit Tischsteiv, 3-Stufen-Schutzschaltung 49,50
- Weder 6,80
- Reisewerker, Lederreut 9,90
- Damenuhr, 14-Kt.-Gold 49,50

Verzeichnis typischer „Discount“-Preise Stand: Dezember 1967

Bröchen	6 Stück	-20
Frische Deutsche Markenbutter	250-g-Paket	1,69
Deutsche Markerebutter frisch ausgefressen	250 g	1,59
Feink. Pflanzenöl	0,7-Liter	1,88
Markenkaffee	250 g	2,99
Aufschnitt		
12 verschiedene Sorten	125 g	-79
Rosinen	500-g-Beutel	-79
Eisenhonig naturrein	500-g-Glas	-90
Goldgelbe Bohnen	3 Pfund	1,00
Plirsiche	1/2 Dose	1,99
Ananas	1/2 Dose	1,45
Spargelschnitte, geschält	1 Dose	1,18

Hasel-, Wal- und Paranüsse	500 g	1,68
Brotfertige, zarte Hähnchen	1 Stück	2,98
950-1000 g		
Corstons SC, Deutscher Sekt	1/2 Flasche	4,98
Deutscher Sekt	3 Flaschen	9,88
Attaché, Deutscher Weinbrand	1/2 Flasche	4,98
Jamaica-Rum-Verschnitt	38 Vol. %	4,98
Hassan-Rum	1/2 Flasche	4,78
Eckes Edelkirsch	1/2 Flasche	9,78
Cinzano, Vermouth rot und weiß	1/2 Flasche	4,78

Verdienstopyramide bekam einen „Bauch“



Auch Statistiker müssen lernen. Es galt als Regel, daß die Einkommensschichtung die Form einer Pyramide hat: Unten die große Masse der kleinen Einkommensempfänger, oben die kleine Schicht der Spitzenverdiener. 1950 galt diese Faustformel noch uneingeschränkt. Auch 1955 herrschte noch deutlich die Pyramidenform vor. Aber schon fünf Jahre später heit sich das Bild stark gewandelt. Die Unterschicht der ganz kleinen Familieneinkommen ist stark zusammengeschmolzen. Die Tendenz zur gleichmäßigeren Verteilung des Volkseinkommens hat sich bis 1967 weiterhin verstärkt.



Im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes hat die Bundesregierung beschlossen, die Zuschüsse an die Rentenversicherungen von 1967 bis 1971 um insgesamt 2532 Millionen DM zu erhöhen.

WOLKSARMEE

Herausgegeben und verantwortet von Harald Witsch, 402 Detmold, Bismarckstraße 30 — Mithen Sie antworten, bitte folgendes beachten: Nicht zahlende Abonnenten, Brief nicht in ihrem Postzustellbereich einwerfen!

Große Verbesserungen im innerdeutschen Post- und Fernmeldeverkehr

In Zukunft 166 Telefonleitungen — Bis 1974 Selbstwählferndienst — Verkürzung der Laufzeit von Briefen und Paketen — Farbfernsehverbindung Gartow (BRD)—Dequede (DDR)

Die Vernunft hat diesmal gesiegt: Zwischen Delegationen des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen und des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik wurden am 30. September 1971 in Ost-Berlin Verbesserungen im Post-, Telefon-, Telegraf- und Fernschreibverkehr vereinbart. Für den Fernschreibverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sollen bis zum 31. Dezember 1971 insgesamt 60 Leitungen und bis zum 31. März 1972 nochmals 32 Leitungen zusätzlich geschaltet werden. Nach diesem Zeitpunkt werden also für den gesamten Telefonverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 166 Leitungen, d. h. je 83 in jeder Richtung, zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus sind auch für den Fernmeldeverkehr West-Berlins nach außen bedeutsame Verbesserungen erreicht worden. Bis zum 31. Dezember 1971 werden weitere 60 Fernsprechleitungen in jeder Richtung geschaltet, so daß dann insgesamt 150 Leitungen zwischen den beiden Teilen der Stadt sowie zur DDR zur Verfügung stehen. Um auch insoweit die Voraussetzungen für einen Selbstwählferndienst zu schaffen, sollen neue Kabelverbindungen bis Ende 1974 bereitgestellt werden. Eine Automatisierung des Telegrammverkehrs mit einer Schaltung weiterer Leitungen wird schon bis zum Ende dieses Jahres durchgeführt werden können.

Schnellerer Briefverkehr

Ebenfalls von größter Wichtigkeit ist die am 30. September 1971 von der DDR zugesagte Verkürzung der Laufzeit für Briefe, Paketen und Mäpke und die von ihr in Aussicht gestellte Überprüfung der Versandbestimmungen für Geschenkkartendruck auf dem Postwege. Nachdem durch die Vereinbarung vom April letzten Jahres bereits fühbare Verbesserungen des Fernschreibverkehrs erreicht worden konnten, war es ein besonderes Anliegen der Bundesregierung, auch beim Brief- und Paketverkehr zu weiteren Erleichterungen zu gelangen.

Jährlich 30 Mio. DM-West

In dem Abkommen vom 29. April 1970 über den Kostenausgleich für Mehrleistungen der Deutschen Post für die DDR hatte sich die Bundespost zu jährlichen Pauschalzahlungen von 30 Millionen DM verpflichtet. In dem Protokoll vom 30. September 1971 ist eine Wertbegrenzung in Höhe dieser Zahlung bis einschließlich 1979 vereinbart worden. In Ergänzung dieses Kostenausgleichs hat die Deutsche Bundespost sich bereit erklärt, für die von der DDR-Post in der Zeit von 1968 bis 1969 erbrachten Mehrleistungen einen einmaligen Pauschalbetrag in Höhe von 250 Millionen DM zu zahlen.

Die DDR-Postverwaltung hatte erstmals Ende 1966 eine Abrechnung des innerdeutschen Post- und Fernmeldeverkehrs nach den inter-

Außerdem sollen alsbald der halbautomatische Dienst und bis Ende 1974 der Selbstwählferndienst eingeführt werden. Der Telegrammdienst wird bis zum Ende dieses Jahres automatisiert werden und damit die Übermittlung von Telegrammen erheblich beschleunigen. Außerdem soll die Zahl der Fernschreibleitungen wesentlich erhöht werden. Um nicht auf die inzwischen ausgelasteten Kabel, die größtenteils veraltet sind, angewiesen zu sein, und um eine weitere Ausdehnung des Fernmeldeverkehrs sicherzustellen, werden in den nächsten Jahren ein modernes Trägerfrequenzkabel ausgelegt und eine Fernsprechkabelverbindung geschaffen werden. Ferner wurde die Einrichtung einer Funkverbindung für die Übertragung von Fernsehsendungen in Farbe vereinbart. Das ist besonders wichtig wegen der Olympischen Spiele.

nationalen" Abrechnungsrundsitzen und rückwirkend für die Zeit ab 1948 verlangt. Ihre Forderungen gegenüber der Deutschen Bundespost und dem Senat von Berlin bis Ende 1969 beliefen sich auf insgesamt rund 1,8 Milliarden DM. Der damalige Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Dr. Dollinger, hatte zwar eine Abrechnung nach "inter-

nationalen" Grundätzen abgelehnt, sich aber grundsätzlich zu einem Ausgleich der tatsächlichen Mehrleistungen der DDR-Post ab 1967 bereit erklärt. In den späteren Verhandlungen ist vereinbart worden, die von der Ostpost an die Westpost erbrachten Mehrleistungen ab 1967 durch eine Jahrespauschale von 30 Millionen D-Mark auszugleichen.

Westberlin einbezogen

Der politisch bedeutendste Faktor in dem Abkommen ist die Tatsache, daß mit den Zahlungen auch die DOR-Forderungen gegenüber dem West-Berliner Senat abgegolten werden. Die DOR hat damit in einer wichtigen

Kompetenzfrage nachgegeben: Der Bundesrepublik wurde erstmals zugestanden, auch für West-Berlin verhandeln und Verträge abschließen zu können. Die frühere Forderung der DOR, mit Senatsdirektor Müller außer-



Leonid Breschnew zeigte Willy Brandt die schöne Küstenlandschaft der Krim vom Molotow aus.

halb der Bahr-Kohl-Gespräche über Fragen des Durchgangsverkehrs von und nach Berlin zu verhandeln, ist damit endgültig vom Tisch. Sie war vermutlich nur taktisch gemeint. Die Textstreitigkeiten zwischen Bonn und Ost-Berlin über die deutsche Fassung des Vier-Mächte-Abkommens sind durch dieses Abkommen ausgeräumt worden. Ost-Berlin hatte in einem Schreiben an den West-Berliner Wirtschaftssenator König angeboten, daß im Zuge des Postabkommens auch die „Bindungen“ West-Berlins zur Bundesrepublik respektiert werden sollten, obwohl West-Berlin „kein konstituier-

Teil“ der Bundesrepublik sei. Im Ergebnis des Übereinkommens der beiden Postverwaltungen ist es zum erstmalig seit Kriegsende gelungen, eine detaillierte und umfangreiche Liste von Verbesserungen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu ermitteln. Im 20. Jahrb der deutschen Teilung sollen nun fast über Nacht die so lange gestörten Verbindungsmöglichkeiten von hüben nach drüben und umgekehrt wesentlich erweitert und bis zum vollautomatischen Fernschreibverkehr modernisiert werden.

Ein Stück weniger Unmenschlichkeit

Aber auch aus einem anderen Grund ist die Vereinbarung bedeutsam. In den zwanzig „Kasseler Punkten“ Willy Brandt ist unter anderem von der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens die Rede. Ein weiterer Punkt sieht vor, daß sich beide Seiten verpflichten sollten, die Bemühungen der vier Mächte um eine Normalisierung der Lage in und um Berlin zu unterstützen. Auf beiden Gebieten sind inzwischen wesentliche, entscheidende Voraussetzungen geschaffen worden. Wer die Kasseler Punkte heute, nach anderthalb Jahren, noch einmal

durchliest, wird erkennen, daß einiges von ihnen in der Zwischenzeit tatsächlich auf dem Weg gebracht worden ist. Wenn während der fünf Monate vergangen sein werden, wird manches davon noch deutlichere Konturen angenommen haben. Jedenfalls scheint es, daß diese Forderungen der Bundesregierung ganz allmählich konkretere Formen annehmen. Mit der Postvereinbarung ist es erstmals seit Jahren, im Grunde genommen seit 1945, gelungen, der Spaltung wenigstens ein Stück ihrer Unmenschlichkeit zu nehmen!

Minenräumen eingestellt

Die Minen zünden nicht mehr Große Leistungen der Bundesmarine für die Handelsschifffahrt

26 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges hat jetzt das Bundesministerium der Verteidigung mit Zustimmung des Bundesministeriums für Verkehr die Minenräumarbeiten gegen Seeminen in Nord- und Ostsee einstellen lassen. Eingehende Untersuchungen haben ergeben, daß die Batterien der Grundminen mit magnetischem oder akustischem Zündgerät derart veraltet sind, daß sie einen für eine Zündung ausreichenden Strom nicht mehr liefern können, wenn ein Schiff eine Mine überläuft. Daher wird die von etwa noch vorhandenen Minen ausgehende Gefahr nicht länger eingestuft als die Gefahr, die ohnehin der Seefahrt eigenmächtig ist.

Die Minensuchboote gehörten 1945 zu den wenigen Marine-Einheiten, die ihre Aufgaben praktisch ohne Unterbrechung fortführten. In der „German Minesweeping Administration“ und der „Labour Service Unit Bremerhaven“ arbeiteten deutsche Besatzungen unter alliierten Oberbefehl und sorgten dafür, daß die Schifffahrt in Nord- und Ostsee wieder aufgenommen werden konnte. Wichtige Beispiele für die zunächst freigeäumten Schifffahrtsrouten waren der Borkum-Weg und der Elbe-Eisjerp-Weg. Diese minenfreien Wege dienen zum großen Teil auch heute noch der Schifffahrt. In den 1950er Jahren waren dann Minensuchboote und Räumboote der wiedererstandenen deutschen Marine ununterbrochen im Einsatz, um vor allem die bereits minenfreien Wege

zugunsten des ständig wachsenden Handelsschiffverkehrs zu verbreitern. Darüber hinaus wurden Trassen für internationale Kabelverbindungen, Bodenabschnitte für Leuchttürme und Bohrinseln sowie Übungsgelände der Marine freigeräumt. Insgesamt wurden nahezu 1400 Quadratseemeilen abgeseucht, was einem Gebiet von der doppelten Größe des Saarlandes entspricht. In den zurückliegenden Jahren war ständig ein Minensuchgeschwader mit durchschnittlich 5 Booten an insgesamt 80 Räumaufgaben beteiligt. Obwohl seit 1953 keine Minen mehr aktiviert, d. h. gerundet wurden, mußte dieser hohe Arbeits- und Materialaufwand betrieben werden, um ein Höchstmaß an Sicherheit zu erzielen. Denn allein in den deutschen Gewässern waren rund 10 000 Minen gelegt worden.



Zeichen der Normalisierung: L. Breschnew verabschiedet den Piloten der Bundeswehr-Maschine Willy Brandt, Major Schöne mann, auf dem Flughafen von Simferopol mit Handschlag. Zum ersten Mal haben auch sowjetische Navigatoren in Sitzen der Luftwaffe der Bundesrepublik.

AUF MINUTEN GENOSSE

Stimmt die Richtung?

10 Jahre „antifaschistischer Schutzwall“ sind 10 Jahre unbeschwerter Frage, ob denn die Richtung der Mauer und des Zaunes stimmt. Noch heute gibt die SED-Propaganda und die des Politbüros vor, es sei die Funktion der NVA-Grenztruppen und nicht ihr bewachen Mauern und Zäune, die DDR so vor dem Westen zu schützen wie die friedliche Herde vor dem bösen Wolf. Nun hat es tatsächlich in diesen zehn Jahren ein paar Fälle gegeben - man kann sie jetzt in die Finger abzählen - in denen sich die DDR oder nach Ostberlin durch die DDR oder nach Ostberlin durch die DDR wollten. Es waren fast immer DDR-Bürger, die sich selbst oder ihren Zockgruppen ihren Mut bewiesen wollten. Die politische Hauptaufgabe der NVA hat wohlweislich nicht darauf verzichtet, nur solchen Vorkommnisse die Begründung für das permanent, finanziell und materiell anstrengend aufwendige Unternehmern herzuholen, das die beiden deutschen Staaten und die beiden Teile Berlins trennt.

Die Reiseerlaubnis für DDR-Bürger, die westliche Eigenart von Sperrvorrichtungen gegen Kitz-Durchbrüche und die Einreiseerlaubnis, und Passierscheinregelungen für Westdeutsche und Westberliner haben es auch den Dämmstein Märgemacht, auf alle Mauern, Zäune, Minenfelder, Bunker und Doppelstreifen ausschließlich dem Zweck dienen, die Mauer der DDR-Einwohner an der Mauer zu hindern. Es handelt sich also keineswegs um einen „antifaschistischen Schutzwall“ gegen äußere Feinde, sondern um eine Sperrmaßnahme gegen die eigene Bevölkerung. Die SED läßt nun gut daran, mit dem Eingeständnis dieser erfahrungsgemäßen Tatsache zugleich auch Überlegungen anzustellen, ob diese Einparrieren noch notwendig und zweckmäßig ist.

Mauer = Fluchtursache!

Wenn auch nur ein Teil der diesbezüglichen SED- und FDGB-Propaganda wahr wäre, hätten DDR-Werkstoffe jetzt längst keinen objektiven Grund mehr, sich aus der DDR fortzuschicken zu sehen, jedenfalls nicht auf Dauer. Es ist auch tatsächlich Unsinn und durch die übermäßige Mehrheit der pürrisch zurückkommenden Reisler widerlegt, daß Molekulargenie, Forscher oder Ostberliner sich mit Leib, Seele und Familie danach orientieren, wo die Schokolade süß ist und die Strumphose billig ist. Wenn man - wie wir - Gelegenheit hat, die DDR-Bewohner zu sprechen, teil ihnen weder Mauer und Zäune noch NVA-Grenztruppen ihre Funktion erfüllt haben, mit Flüchtlingen also, dann kommt man hinter eine bedenkliche Wahrheit: Die Mauer ist in den zehn Jahren ihres Bestehens zur Ursache der Flucht geworden.

Provokation

Den Wänsel, Westdeutschland und Westberlin persönlich kennenzulernen, haben nicht nur mitteldeutsche und Ostberliner Verwandte von Ost- und Flieger in Hamburg oder Tante Emma in Garmisch-Partenkirchen. Mit dem Münchener Olympiastadion ist niemand in Leipzig verschüßert oder verschüßert. Und der NVA-Grenzschutz riskiert keine am Stadtdach zerrissene Hose, um seine Vetter in Dingsda (am Rhein) endlich kennenzulernen. Er sind Wänsel begriffliche Wünsche des Schein- und Erlebenswollens, und man könnte sie in 14 Tagetät Besichtigungsreisen gut erfüllen. Wer die Reisen aber nicht erlaubt, muß seine Bürger mit Gewalt daran hindern. Und dadurch, daß er sie mit Gewalt hindert, provoziert er Fluchtgedanken, die zuh. ein großes Risiko mit in Kauf nehmen. Die Mauer erzeugt ihre Notwendigkeit also selbst.

Wohlstandsbremsen

Die DDR könnte außerdem an Mauer und Grenze viele Milliarden Mark sparen und dadurch - kollektiv und individuell - sehr viel wohlhabender werden. Da in entliege sogar für ausserprochene Lebensstandards-Opferleistungen der Auswanderungsgrund.



Olympia-Hosessen über 16 Mädchen feilscht und gibt nur gute Aussehen und Lächeln. Allgemeines Bedauern herrscht darüber, daß die DDR nicht ihr volles Konting. an Einheitskardern in Anspruch nimmt. Warum nicht?

Für die Armee-„Amateure“ fand nur einmal wöchentlich militärische Ausbildung statt

In der langen Kette von SED-Nadelstichen gegen die Olympia-Männer 1972 nehmen die gegen den Amateur-Charakter westdeutscher Sportler einen besonderen Platz ein. Tatsächlich kann man da Haare in der Suppe finden. Und ein Fachmann, Willi Knecht, bringt jetzt ein ganzes Buch darüber mit dem Titel „Amateur 72“ auf dem (westdeutschen) Markt. Weil die andere VOLKSARMEE sicherlich nur die Abschnitte über BRD-Sportler herauspicken wird, haben wir uns die Mühe gemacht und Auszüge aus Interviews zusammengestellt, die Knecht mit ehemaligen DDR-Sportlern hatte.

Axel Mitröner (Mitglied der DDR-Schwimm-Nationalmannschaft, fünftes 1969 durch die Ostsee): „Ich erhielt also Einzelunterricht, das heißt, für jedes Fach hatte ich einen eigenen Lehrer. Eine unserer Lehrerinnen hat mir einmal gesagt, das kostet den Staat 30000 Mark pro Einzelschüler im Jahr.“
Hans-Joachim Reuling (Weltrekordler im Jüngen Kissen (Welterkordler im Mannschafts-Verfolgungsfahren, trennte sich 1964 bei der Olympia-Ausscheidung von der DDR-Equipe): „Mein Klub beschloß, daß ich zum 1. September 1963 formal zu studieren beginnen sollte. Weshalb wird ich nicht. Ich wurde also bei der

de, galt er als der jüngste Offizier dieses Ranges.“

Drimal 4 Stunden in der Woche

Dietmar Räucher (dreimaliger DDR-Meister im Gewichtheben, seit 1964 in der Bundesrepublik): „Die Arbeitszeit hat geschwankt. Grundsätzlich dreimal in der Woche je vier Stunden... Dafür bekam ich vom VEB Motoren- und Maschinenbau einen monatlichen Lohn von 524,50 Mark.“
Hector Scholz (dreimaliger Meister im Bahnradsport, bis 1965 in der DDR): „Entweder man erreichte die individuelle, für die einzelnen Fahrer erreichte Norm und blieb kontinuierlich im Mann, dann verbesserte sich das Gehalt. Oder die Norm wurde nicht erreicht. Dann gab es zuerst einmal eine Karenzzeit, in der man durch verstärkten Einsatz seine Norm nachholtes konnte. Gelang das nicht, dann hat man für den betreffenden Fahrer mal für vier Wochen in seinem Tragetriebs arbeiten lassen, damit

er die Alternative sah. Wenn der Unglücksrabe keinen Anschlag an den Leistungspann mehr fand... war er seine K-Stelle los. Nun ja, zwischendurch hab' ich hin und wieder meine Kollegen besucht und einen Kasten Bier mitgenommen.“
Wulf Reinkens (Weltmeister im Karudisport, verließ 1971 die DDR-Equipe): „Ich habe hin und wieder die Kollegen besucht. In letzter Zeit allerdings bin ich nicht mehr hingegangen, weil man von den Arbeitern unendlich angesehen wurde. Dann hob es: Na, kennst du schon wieder aus dem Trainingslager, hast du schon wieder Urlaub gemacht oder so.“
Perleberg: „Also für den Meister des Sports und ‚Verdienter Meister des Sports‘ gab es früher einmalige Prämien. Aus dem Vaterländischen Verdienstorden ergab sich eine Rentenzahlung auf Lebenszeit, je nach Farbe - Bronze, Silber oder Gold. Gustav Adolf Schur wird so auf 875 Mark gekommen sein. 125 Mark für Bronze, dazu für Silber das Doppelte, also 250 - dazu für Gold nochmal das Doppelte dazu, also 500 Mark - macht 875 Mark.“
Hannes Koch (Olympia-Teilnehmer im Gehen, bis 1962 in der DDR): „Die lebenslange Monatsrente konnte man sich auf einen Schlag auszahlen lassen, berechnet auf 40 Jahre.“

Bargeld im Umschlag

Hans-Joachim Reuling (Erfolgreicher DDR-Rudermann, bis 1962 in Leipzig): „Für die Olympiaqualifikation erhielt ich eine Prämie von 1500 Mark. Für eines Olympiasieg... die Summe lag bei 7000 Mark damals. Und dann noch Stiefelgeld.“

Mitröner: „Ich sage nur, was viele Leute wissen, weil sie es selbst gesehen haben. Letztendlich von der roten Wänselung von Margitta Gummel. Den erhielt es unmittelbar nach ihrem Olympiasieg in Mexico City. Kennzeichen SG 961. SG stand für Sport Club, 961 für 1961 Meister - die Siegeswonne von Mexico. So ein Wänselung kostet 1000 Mark.“

Perleberg: „... Bargeld in einem Umschlag, und zwar im Astoria-Hotel in Leipzig. Das spielte sich so ab, daß die ein Raum für organisatorische Zwecke freigehalten wurde, oben auch, um Gelder juszuzahlen. Der erste Gang war diesen Zimmer war aufs Gehen, weil man dort ungefähr die Scheine zählen konnte. Ich kann mich ziemlich genau erinnern, daß ich bei 2000 Mark war; denn die Summe von 5000 Mark, Gott, war für mich doch recht trapphaft.“

Michael Polyrwe (Mitglied des Fußball-Olympiateams, bis 1966 in der DDR): „Wir haben ein Normsystem. In etwa gab es 60 bis 70 Normsysteme in der Oberliga-Mänselung 400 Mark, für einen Auswärtskiosk 600 Mark. Pro Spiel wurde für ein Heimort



Deutsch für Polen

Die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen hinterläßt Spuren: Von Oktober an stimmt der polnische Rundfunk erstmals deutschen Sprachentricht in sein Programm auf. Ein Lehrbuch zu den Sendungen ist an jedem Zeitungskiosk zum Preis von 18 Zloty (1,80 Mark) erhältlich.

Scheel fährt nach Moskau

Bundesaußenminister Scheel wird von 25. bis 30. November auf Einladung seines sowjetischen Amtskollegen Gromyko nach Moskau reisen.

108 Personen pro Monat

Walter Bargatzky, Präsident des West-Deutschen Roten Kreuzes vertritt vom 13. bis 18. September mit Vertreter des sowjetischen Roten Kreuzes über eine Intensivierung der Familienzusammenführung. Zur Zeit können pro Monat 108 Personen das Sowjetland verlassen.



Der neue Innesieur der Marine, Generalleutnant Erich Schürer, hat am 1. Oktober Generalleutnant Schöneberg abgelöst.

Der neue Innesieur der Marine, Generalleutnant Erich Schürer, hat am 1. Oktober Generalleutnant Schöneberg abgelöst.



Der neue Innesieur der Marine, Generalleutnant Erich Schürer, hat am 1. Oktober Generalleutnant Schöneberg abgelöst.

Bundeswehr und Olympiade

Aus einem Interview mit Bundesverteidigungsminister Schmidt.
Frage: Die Tatsache, daß die Soldaten der Bundeswehr entschuldigend dazu beitragen, daß die Olympischen Spiele 1972 organisatorisch geklärt sind, ist von Ostberliner Seite mit entsprechenden propagandistischen Vorwürfen bedacht worden. Welche Aufgaben erfüllt die Bundeswehr bei der Vorbereitung und Durchführung der Spiele der XX. Olympiade 1972 in München und in Kryn?
Antwort: In keinem Land der Welt werden Olympische Spiele durchgeführt, ohne daß die Streitkräfte des jeweiligen Landes mehr oder weniger stark ihren Anteil dazu beitragen. So war es in der zurückliegenden Zeit in Rom, Innsbruck, Tokio, Mexiko und Grenoble.
Die Hilfseinheiten der Bundeswehr in München und Kiel legen auf personellem und materiellem Gebiet: Feldmelder sorgen mit ihrem Gerät für eine schnelle Übermittlung der Ergebnisse, Köche helfen bei der Verpflegung, Ärzte und Sanitäter der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit DRK, Malteserhilfswesen u. a. im Sanitätsdienst. Ebenso sind Soldaten als Helfer im Olympischen Dorf und im Pressezentrum eingesetzt.
Die Marine sorgt mit Schiffen, Booten und anderem Gerät für einen reibungslosen Ablauf der Olympischen Segelwettbewerbe. Für Unterkünfte und Arbeitsräume der Sportler und Journalisten in München und Kiel stellt die Bundeswehr teilweise Mobilz. zur Verfügung. Insgesamt werden ca. 13.000 Soldaten als Helfer auf den verschiedensten Gebieten tätig werden.

Gefunden, Januar 1972 am Nordrand unseres Ortes. Diese Blätter lagen in großer Anzahl in unserer Feldflur. (Seite 62 bis 65)

Gegen den Krieg „aus Versehen“

Sowjetunion und USA vereinbaren System gegen atomare Mißverständnisse „Heißer Draht“ jetzt drahtlos abgesichert

„Ausdrücklich Feindschaft“, wie die anwesenden Journalisten belächeln, haben der amerikanische Außenminister Rogers und sein sowjetischer Kollege Gromyko Abkommen zur Verhinderung zufällig ausbrechender Atomkriege und zur Herstellung einer störungslosen Nachrichtenverbindung über Satelliten (Spuznik) getroffen. Die Regierungserklärung wird sofort mit ihrer Unterzeichnung in Kraft getreten, was ihnen eine bemerkenswerte hohe Dringlichkeitstafel gibt. Die Verträge werden in emeritalescher Sicht von folgender Überlegung geschäftigt: Daß eine der Supermächte vorzüglich eine nukleare Auseinandersetzung auslösen könnte, muß als sehr unwahrscheinlich angesehen werden. Die Aufmerksamkeit hat sich daher auf die Fälle zu konzentrieren, in denen durch eine technische Panne oder auch durch ein Mißverständnis eine Atomwaffe gezündet wird und die andere Seite entsprechende Maßnahmen trifft, die einen vollen Atomkrieg auslösen.

Künftig werden die beiden Supermächte — die Abkommen sind bilateral und nicht auf weitere Partner zugeschnitten — über neue Nachrichtenverbindungen in Verbindung treten, wenn die Gefahr akut wird, daß zu einer ohne Befehl oder aus unbekannten Gründen, eine Atomwaffe gezündet wird und durch ihre Explosion einen Atomkrieg auslösen könnte. Die für die betreffende Partei verantwortliche Vertragspartei muß dann nicht nur alles unternehmen, um die gezündete Atomwaffe zu neutralisieren oder zu vernichten, sondern die andere Seite auch sofort schriftlich informieren. Selbst verlässliche Beobachtungen auf den Radarschirmen der beiderseitigen Frühwarnsysteme sollen ausgetauscht und auch Raketenversuche zu

Übungswecken über die eigenen Grenzen hinaus bekanntgegeben werden, um alle Möglichkeiten von Mißverständnissen auszuschalten.

Besser als Fernschreiben

Da die bisherigen Fernschreibverbindungen über den „heißen Draht“ der in Wirklichkeit aus zwei verschiedenen Kabelleitungen besteht, mindestens einmal schon unterbrochen werden konnten, wird in 18 bis 24 Monaten die bis dahin fertiggestellte Verbindung über Nachrichtensatelliten eine für Atomwarnungen notwendige, schnelle und sichere Informationsübertragung gewährleisten. Die elektronische Verbindung selbst ist auf Knopfdruck herstellbar, aber Niederschrift, Verschlüsselung und Weiterleitung einer Mel-

dung werden nach Ansicht von Fachleuten eine Reihe von Minuten in Anspruch nehmen. Für beide Länder sind mehrere Empfangsstationen vorgesehen. Die Schlüsselgeräte nebst Antennen, Ersatzteilen und sonstigem Bedarf werden der Sowjetunion von den Vereinigten Staaten verkauft. Jedes der beiden Länder trägt im übrigen alle Kosten für Einrichtung und Betrieb der Empfangsanlagen auf der anderen Seite, die im eigenen Lande liegen.



Ausland kauft Bundeswehr-Ausbildungsfilme

Großes Interesse bekunden ausländische Staaten für Bundeswehr-Ausbildungsfilme. So kauft Belgien 1970 mehr als 30 Filme und zahlreiche Kopien. Als Käufer haben sich bisher die Streifen über die Wartung des Startgürtels, die Panzerschlepper und das Fahren mit Radfahrzeugen unter winterlichen Bedingungen erwiesen. Besonders internationales Interesse fand der preisgekrönte Lehrfilm „Im Geiste der Genier Abkommen“, der die Schutzbestimmungen für das rote Kreuz erläutert. Er wurde von der Liga der Roten-Kreuz-Gesellschaften eingekauft.

Sowjet-Militärmission zieht nach Düsseldorf um

Die sowjetische Militärmission beim britischen Hauptquartier, die seit 1968 in Bünde stationiert ist, wird nach Düsseldorf verziehen. Diese Maßnahme entspricht dem britischen Wunsch nach besserer Kontaktpflege in Hauptquartiersnähe, Ursprunglich lag das britische Hauptquartier in Bielefeld. Sowjetische Militärmissionen sind auch bei den amerikanischen und französischen Hauptquartieren in der Bundesrepublik akkreditiert. Dementsprechend bestehen Militärmissionen der Westmächte in der DDR beim sowjetischen Oberkommando.

3,1 Prozent DKP-Simmen in Bremen

Kommunisten haben meißens Pech, wenn sie sich zur Wahl teilen müssen, der Wahler aber einfach die Wahl hat. Bei den jüngsten Landtagswahlen in Bremen erhielt die DKP ganze 3,1%, was trotz eines riesigen Propagandaaufwandes, dessen Kosten in Millionen gingen, Selbstverstärkung kam das Geld nicht von den verstauteutschen Kommunisten.

„Freiheitssender“ schweigt

Seit dem 1. Oktober lassen ost- und westdeutsche Liebhaber flotter Musik ihren Bedarf wieder direkt bei Radio Luxemburg gden. Der „Deutsche Freiheitssender“ (DF) (331,5 m = 904 kHz), der seit ein KPD-Verbot im Ather war, schweigt. Damit hat zugleich eine Inanspruchnahme ihr Ende gefunden. Der Sender, der groß wie ein Scheunentor bei Burg im Beckumfeldung stand, gab häufig vor, unersenen Bedingungen der Illegalität in der Bundesrepublik zu arbeiten, da er für westdeutsche Hörestraktiv sein wollte, mußte er ein rottes Programm machen, das sich von der normalen Agitproppe politischer Sendungen des israelen DDR-Rundfunks vorteil unterscheidet. Genau aus diesem Grund hatte die politische Hauptverwaltung der NVA auch gar nicht hören dürfen. Die Behauptung, es handle sich um einen illegalen B-Sender, war nach Max Reiman Eintritt in die (legale) DKP unbear geworden. Ebenfalls unhaltbar angesichts der umfangreichen, lenen DKP-Programme dan Sendebot hörten. Die Behauptung, es handle sich um einen illegalen B-Sender, war nach Max Reiman Eintritt in die (legale) DKP unbear geworden. Ebenfalls unhaltbar angesichts der umfangreichen, lenen DKP-Programme dan Sendebot hörten.



Stratagemm, das den Einsatz von 15 Monaten Verwehrrdienst für 15 Monate verkürzt.

Kürzung des Grundwehrrdienstes

Kabinetts beschließt: Künftig nur 15 Monate — Mehr Gerechtigkeit

Die jungen Männer, die in der nächsten Zeit ihren Wehrrdienst in der Bundeswehr ableisten, werden in Zukunft in sehr viel höherem Maße als bisher das Gefühl haben, daß die Wehrrpflicht vom Staat gerecht gehandelt werde, erklärte Verteidigungsminister Helmut Schmidt in einem Fernseh-Interview zu der vom Bundeskabinett beschlossenen Verkürzung der Grundwehrrdienstzeit von 18 auf 15 Monate. Der Minister: „Natürlich muß die Ausbildung leistungsfähig sein. Es wird auch ein bösen Gemetzelt wegfallen. Das finde ich sehr erwünscht.“

nach das Parlament einer entsprechenden Änderung mehrerer Gesetze zustimmen. Die Zustimmung der NATO liegt bereits vor. — Die Grundwehrrdienstzeit wurde zuletzt im Jahre 1962 von 12 auf 18 Monate verlängert.

Flaggenreiß

Auf Weisung des Bundesverwaltungsministeriums werden Einheiten der Bundesmarine ab sofort mit Schiffen und Booten der DDR-Volkmarine das international gültige Flaggen- und Grußzeremoniell austauschen.

Schmidt:

„Innerdeutsche Grenze“ Bundesverwaltungsminister Helmut Schmidt hat angeordnet, daß im Sprachgebrauch der Bundeswehr die DDR künftig so benannt werden soll, im gleichen Erlaß wird vorgeschrieben, daß die Demarkationslinie zwischen beiden deutschen Staaten „innerdeutsche Grenze“ heißen soll.

Luftverkehrsabkommen BRD-UdSSR

Der Entwurf für ein Luftverkehrsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ist in Moskau parafiert worden. Voraussichtlich vom Frühjahr 1972 an werden die westdeutsche Lufthansa und die sowjetische Aeroflot je zweimal wöchentlich die Strecke zwischen Frankfurt a. M. und Moskau befiegen. Die Lufthansa soll auch über Zentralasien und Sibirien fliegen dürfen.

Jugoslawien übte den Volkskrieg

Mit Mann, Frau und Kind gegen „Aggressoren“

Große Manöver aller Waffengattungen und der organisierten Miliz sowie der Partisaneneinheiten Jugoslawiens, die unter dem Namen „Freiheit 1971“ in Kroatien und Bosnien zur Erprobung des „Volkskrieges“ abgehalten wurden, sind erfolgreich beendet worden. Gegen die „blauen“ Feinde war ein unbarmherziger Partisanenkrieg im Gange, und jugoslawische Beobachter berichteten, daß die „Blauen“ schon nicht mehr wagten, das Wasser der Tümpel und Teiche zu trinken, aus Furcht, es sei vergiftet. Offenkundig war die gesamte Bevölkerung Zentraljugoslawiens alarmiert; ein „geheimer Sender“ verbreitete die Aufrufe der Partei und der Regierung, den „Aggressor“ zu vernichten. Dort, wo die Manöver

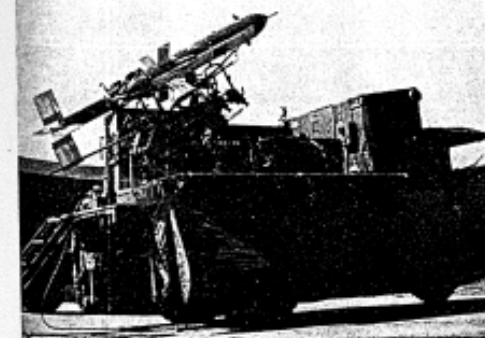
stattfanden, um die Stadt Kafovao herum, südlich von Agram, war praktisch jedem Mann am Kriegsspiel unmittelbar beteiligt. Die Jugendlichen „spielten“ nicht nur Mörder, sondern übernahmen die Rollen wilder, und Halbblutige zerschnitten die Reihen von „blauen“ Kitz. Die Partisanen kämpften „überall zugleich und mit allen Mitteln der Division, der Sabotage und des Boykotts“, berichteten Reporter und ausländische Militärattachés. Die Offiziere der Verteidiger waren zufrieden, aber sie mußten das Übereinstimmen der unterstellten Partisaneneinheit mahnen, die „Blauen“ seien auch Jugoslawen, dies sei nur ein Manöver, „ein sehr ernstes allerdings, aber doch nur ein Test für den Mechanismus der Verteidigung“.

VOLKSARMEE - SAMMELBLATT



„Boteage“ (REDEYE) heißt diese neuartige Waffe der US-Armee und der Bundeswehr gegen Tiefflieger. Der Flugkörper hat einen Infrarot-Zielaufsuchkopf. Er wird aus einem einfachen Abschußrohr mit Zieleinrichtung, ähnlich einer modernen Panzerart, verschossen. Der Schütze richtet das Ziel grob ein, nimmt eine Art „Druckpunkt“, durch den das System „angehört“ wird, drückt ab und geht in Deckung. Alles andere läuft von selbst, der Flugkörper erteilt selbständig dem Ziel nach, im Sinne von „Bliebter“, der Pilot des angegriffenen Flugzeugs bemerkt ihn nicht. Er muß jederzeit damit rechnen, von rückwärts durch diese Waffe ertötet zu werden.

Dieser „Drohne“ genannte Flugkörper wird zur Aufklärung von Zielen (die zu einer Eindringtiefe von 45 Kilometern) eingesetzt, die durch starke Luftabwehr geschützt sind und von benannten Aufklärungsflugzeugen nicht erreicht werden können. Die „Drohne“ wird mit einer Startrakete aus einem Startgestell abgeschossen, das auf einem Lastkraftwagen montiert ist. Nach etwa 2,5 Sekunden fliegt sich die Rakete automatisch. Von diesem Zeitpunkt an übernimmt das Strahltriebwerk „Drohne“ den Antrieb. Der Flugkörper folgt einem vorgeprogrammlierten Kurs, überfliegt und fotografiert das Zielgebiet und kehrt zum Absetzplatz zurück, wo er weich mit dem Fallschirm landet. Die Flugzeit dauert bei einer Flughöhe zwischen 300 und 1200 m nur 3 Minuten. Eine in der „Drohne“ eingebautete empfindliche Kamera liefert gestochen scharfe Fotos. Auch nachts können Ziele überfliegen und mittels Bildschirmdarstellungen, die aus dem Flugkörper abgeteurt werden, fotografiert werden. Die Filme werden durch ein neues Schnellverfahren innerhalb kürzester Zeit am Boden entwickelt. Die geringe Radar-Rückreflexion und Größe (200 cm lang, 33 cm Durchmesser), das Fehlen von Fernleitsignalen und Datenübertragungsverbindungen sowie die große Geschwindigkeit (736 km/h) geben der „Drohne“ eine hohe Überlebenschance gegenüber feindlicher Luftabwehr. Ende 1972 sollen fünf Divisionen des Meeres mit diesem Aufklärungssystem ausgerüstet werden. Die „Drohne“-Batterie wird in Beobachtungsbattalionen der Division eingesetzt. Jede Batterie hat zwei Werfer mit insgesamt 12 Flugkörpern.



WAFFEN-LEXIKON

VON SOLDAT ZU SOLDAT

Honeckers Feindbild durch die ganz alte Brille

In jedem Herbst setzt die Ansprache des Ersten Sekretärs an die Absolventen der Militärakademie militärische Richtlinien. Als Überblick des vorigen Jahr zum letzten Male hat es den jungen Volkswirtschaftlern ein für seine Begriffe detailliertes Bild der Lage in Deutschland: Neben der Aufforderung zu weiterer Wachsamkeit verweist er auf gewisse Mängel, die ihn zweimal von „Jugoslawischer Koexistenz“ sprechen lassen. Ein Vergleich dieser Übersicht mit der Rede seines Nachfolgers im darauffolgenden Jahr 1971 gibt einen scharfen Kontrast. Honecker spricht weder differenziert vom

„Imperialismus“ und dessen Versuch, den Sozialismus zu beseitigen: Deshalb bestehe nicht der geringste Anlaß, „an dem Feindbild, das den Angehörigen unserer Nationalen Volksarmee vermittelt wird, Abstriche vorzunehmen“. Jedoch scheinen inzwischen selbst die jüngsten NVA-Soldaten an diesem Feindbild zu zweifeln. Die VOLKSARMEE gab in der gleichen Ausgabe, in der sie das Viermächte-Abkommen über Berlin veröffentlichte, einem Getreiden Raum für eine offenbar vieldiskutierte Frage: „Wird uns gegenwärtig die Gefährlichkeit des Imperialismus nicht etwas überspitzt dargestellt? Es war die Stimme der Truppe.“

DDR-Monteur arbeiten in der BRD

40 Mann montieren Fertighäuser aus Thüringen

An der Eckmünder Bucht, bei dem kleinen Ort Damp, ist das Vorkommando von 40 DDR-Monteuren ein- und dort 203 Zehntausender Häuser zu je 45 Quadratmetern und für knapp 14.000 DM errichtet werden. Lieferant ist das Wermigeder Holzbaue-Kombinat. Vermutlich ist das Ganze nur der Anfang eines größeren Arbeitsvorhabens, denn die „Union für Metall- und Eisenwaren“ hat das von Westdeutschen entwickelte Fertighaus inzwischen in ihr Exportprogramm aufgenommen. „Damit folgt die DDR Rumänien, Polen und Ungarn, die „Baubrigaden“ in die Bundesrepublik entsenden und schon mehrere

große Objekte übernommen haben. darunter einen Wohnblock in Frankfurt, eine Kuranlage für 18 Millionen DM in Lüneburg und Fabrikhallen in Niederbayern. In der Regel liegen die Angebote der Ostblock-Baunternehmer preislich 15-20% unter denen der westdeutschen Baufirmen.

2,24 Mill. Gastarbeiter

In der Bundesrepublik sind jetzt rund 2,24 Millionen Gastarbeiter beschäftigt. Mit dieser Zahl ist ein neuer Höchststand erreicht worden, nachdem von Juni bis September weitere 70.500 Arbeitskräfte aus dem Ausland gekommen waren.



Auf eine bittige Verwirklichung des Viermächte-Abkommens über Berlin hatten Tausende von West- und Ostberlinern, die endlich wieder ihr Verwandten besuchen wollen. Wir hoffen, daß auch diese alte Dame, die Ostem 1956 mit Passierschein über die Oberbaumbrücke nach Ostberlin fuhr, die Neuregelung noch auskosten kann.

Weltweiter Beifall für Brandt

Kossygin in Kanada: „Er hat den Preis verdient“

Die ersten ausführlichen – und sehr wohlwollenden – Kommentare kamen aus Polen; die Glückwünsche des bekannten Deutschland-Spezialisten Ryszard Wojas in ZYCIE WARSZAWY waren fast herzlich gehalten. Die Nachrichtenagentur PAP brachte das Glückwunschkommunikat des polnischen Ministerpräsidenten Janczowski, und auch der stellvertretende polnische Außenminister Winiewicz hat AFP gegenüber seine Glückwünsche zum Ausdruck gebracht. „Pog was na ten Mut in, der zur Durchführung von Brandts „realistischer Politik“ notwendig gewesen sei. In Jugoslawien äußerten sich Presse und Fernsehen mit großer Anerkennung und Sympathie; der Sprecher des Außenministeriums hat große Befriedigung zum Ausdruck gebracht und die Auszeichnung als „verdienst“ bezeichnet. Auch die rumänischen Massenmedien haben über die Verleihung ohne die sonst übliche „erzögernde Berichterstattung“ berichtet. Ministerpräsident Kossygin, derzeit in Ottawa, äußerte spontan: „Er hat ihn verdient!“

ZYCIE WARSZAWY schrieb am 21. Oktober 1971: „Wir schließen uns aus ganzem Herzen den Glückwünschen an den Preisträger an, obwohl wir viele seine Ansichten zu Problemen des Friedens und der Sicherheit in Europa nicht teilen. Wir schließen uns diesen Glückwünschen an, obwohl wir uns die Tatsache bewußt sind, daß Entspannung nicht ein Ziel an seiner selbstwillen ist, sondern nur ein Instrument der Politik zur Erreichung eines bestimmten Ziels. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt ist in Polen ein großes internationales Ereignis. In ihr kommt die Billigung unserer Ostpolitik zum Ausdruck, die Würdigung der Tatsache, daß er durch Verträge mit der Sowjetunion und Polen im Namen der Bundesrepublik die Realitäten in Europa anerkennt hat, die aus dem von deutscher Faschismus entlassenen und verlorenen Krieg resultieren.“

Ähnlich reagierte RADIO WARSCHAU am 21. Oktober 1971: „Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt ist in Polen ein wohlwollendes Auftrags. Abgesehen von den persönlichen Charaktereigenschaften Willy Brandts, von seiner antizistische Vergangenheit, sei-

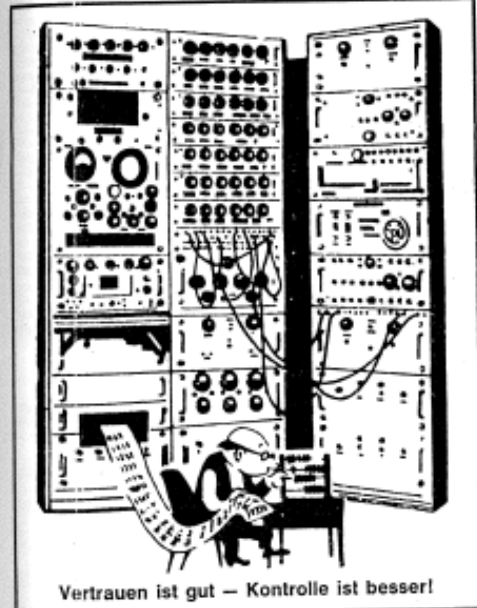
ner Teilnahme an der antizistische Widerstandsbewegung werden in Polen seine politischen Konzeptionen mit großer Sympathie und Anerkennung aufgenommen. Ihnen liegt der Wille zugrunde, jene politischen und territorialen Realitäten zu festigen, die in Europa auf dem Boden der Niederlage Hitler-Deutschlands in dem von ihm entfesselten Krieg entstanden... Seine Worte verankerten sich tief im Bewußtsein der polnischen Öffentlichkeit. Und obwohl die Endziele, die der Staatsmann Willy Brandt anstrebt, nicht unsere Ziele sind, finden doch seine Anstrengungen und das von ihm Vollbrachte im Bereich der internationalen Verständigung, der Zusammenarbeit und der freundschaftlichen Beziehungen in ganz Europa unsere Anerkennung und Sympathie.“

In Jugoslawien schrieb der Zagreber VJESNIK: „Diese Preisverleihung geht in die Geschichte ein und damit auch der Preisträger, eher als seine Freunde hofften und im Gegensatz zu dem, was seine Feinde gewünscht haben.“

WA IST DER ANSICHT

Innerdeutsch in Warschau

Mit Auto oder Eisenbahn kamen sie nach halb- oder ganztägiger Fahrt an, wenige mit einer Hotelbuchung, manche auch ohne Eintrittskarte. Sie kampierten in Freizeitanlagen oder zusätzlich in den Hotelzimmern westdeutscher Besucher. Die Sportfreunde aus der DDR warteten stundenlang vor dem Hotel der westdeutschen Mannschaft auf ein Autogramm, sie schrieen sich im Stadion die Kehlen heiser und zeigten Transparenze mit Aufschriften wie „Leipzig grüßt die Deutsche Mannschaft“. Ihre Reaktionen im Warschauer Stadion waren manchmal absichtlich übertrieben: Wenn nur einer der bundesdeutschen Spieler den Ball richtig traf, klatschten sie begeistert. Ihre Detailkenntnisse über die westdeutschen Spieler und die Vorgänge in der Bundesrepublik vertrieben immer wieder kamen Fragen: Warum spielt der nicht? Was ist mit dem? Sie fragten ständig nach westdeutschen Fußballsituationen und meinten, es wäre schön, auch einmal eine westdeutsche Mannschaft in der DDR zu sehen. Demnach muß nun die Vorstellung, eine westdeutsche Auswahlmannschaft im Leipziger Zentralstadion einlaufen zu sehen, der DDR-Regierung Alpträume verursachen? Aber das wäre eine unzulässige Verwechselung von Ursache und Wirkung. Denn jahrelange, normale Sportbeziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands hätten längst jegliche „politische Luft“ aus dem Ball gelassen, der für west- und mitteleuropäische Strategien des grünen Rasens fast soviel wie den Erdball selbst bedeutet. Die lautstarken Leipziger und Pösterler in Warschau hatten – mit Recht! – an den Kästen der Elf der Bundesrepublik dann auch etwas zu bemängeln gehabt. Und es wäre einer DDR-Auswahlmannschaft bei einem Spiel in der Bundesrepublik längst nicht mehr peinlich, was „patriotischen“ Gründen über Gebühr gefeiert bzw. wegen schlechter Datalarbeit ausgepfiffen zu werden. Die Polen mögen nun dabei zurüch wieder eine Gänsehaut bekommen haben: Aber wahrscheinlich nur zu un- n- h- e- t- S- Sie sind nämlich sehr nationalbewußt, die Polen, und das gilt bei ihnen nicht als schändlich. Folglich können sie sich ungefähr vorstellen, wie sich Polen unter ähnlichen Bedingungen wie diesmal Deutsche verhalten hätten.



Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser!

Helmut Schmidt: Truppenverminderung möglich

Auch bei einem ausgewogenen gegenseitigen Abbau von Truppen und Rüstung ist nach Ansicht von Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt das Gleichgewicht in Europa nur durch die fortwährende militärische Anwesenheit der USA in Europa zu gewährleisten. In einem Interview mit dem „Bonner General-Anzeiger“ äußerte der Minister die Ansicht, daß sich gegenwärtig zum erstenmal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa die Möglichkeit abzeichnet, in Verhandlungen über Truppen- und Rüstungsvermindierungen einzutreten. Helmut Schmidt warnte jedoch vor überhasteten Hoffnungen. Er sagte, die europäische Landschaft würde nicht in Kürze verändert werden. Die Verhandlungen könnten ein ganzes Jahrzehnt beanspruchen. Den Rahmen für die Verhandlungen läßt nach Ansicht des Ministers fol-

gende Grundzüge ab. Sie stehen noch seiner Auffassung im Einklang mit den Interessen der anderen europäischen Länder:

- Die beiden Großmächte entscheiden nicht allein über eine Truppenverminderung.
- Das Kräftegleichgewicht in Europa muß unter allen Umständen gewahrt bleiben.
- Der Bereich der Verminderung soll sich nicht allein auf die Bundesrepublik im Westen und die DDR im Osten beschränken, sondern auch Belgien, Holland und Luxemburg einerseits und mindestens Polen und die Tschechoslowakei andererseits einschließen.
- Auch die Bewegung von Truppen in den Raum hinein soll beschränkt werden.

Weiss da nicht mehr in e DDR

Der prokommunistische Dramatiker Peter Weiss gilt die DDR neuerdings als „unersichere Person“. Mit dieser Begrüßung wurde dem Schriftsteller Übergang von West-berlin in den Teil der Stadt verweigert. Noch am Oktober hatte sich Weiss zu Verhandlungen in Ost-Berlin aufgehalten. Seit seinem Solik „Trotz in Exil“ Weiss, dessen Stücke bisher über DDR viel gespielt wurden, drun heftig kritisiert werden.

Diese Anzeige in einer westdeutschen Automobiltzeitschrift besonders die „Autostiegwilligen“ unter den VW-Fahrern.

Polski Fiat 125p Der grosse Unbekannte



Groß ist er, 4 Türen, 5 Sitze. Und reichlich Platz für die Kiste – ganz zu schweigen vom Gepäck. Groß ist die Leistung: 100 km/h in 14,4 oder 13,9 Sek. Groß auch in der Technik: 4 Schalbenbremsen, serienweise, kopplungslose Lenkung, TP-Wasser, elektronische...

starke Vierganggetriebe. Warum ist er unbekannt? Weil er ihn noch nicht gab. Jetzt gibt es den Polski Fiat endlich. Sei es!

1200 ccm / 54 PS – DM 893,93 ab Kreislauf
1600 ccm / 68 PS – DM 983,-- ab Kreislauf



Die unverwundlichen Autos bieten zur Problemlösung Was – sagen wir Ihnen gern: Allein-Importeur für die Bundesrepublik WALTER HAGEN & CO. GMBH 335 KIRCHFELD Postfach 228 20 Tel. 0 41 91 / 73 18 61

Auf den Seiten 64 bis 71, die Kopien von zwei Flugblättern. Gefunden 1968/69 in großen Mengen am Nordrand unseres Ortes.

SONDERAUSGABE FÜR DIE BEWAFFNETEN ORGANE DER DDR

DOKUMENTE ZUR BESETZUNG DER ČSSR

herausgegeben und bearbeitet von: Hans-Georg Eißler, 211 Buchholz in der Nordheide, Poststraße 1 - Mithras Sie erwidert, folgendes besendeten Felischen Absender - Brief nicht in Ihrem Postzustellbereich einwerfen!

Kein Geschehen der letzten Jahre hat die Weltmeinung so tief empört und erschüttert wie der heimtückische militärische Überfall der fünf Staaten des Warschauer Paktes auf die Tschechoslowakei. Die Entfesselung und ihre Nachwirkungen sind

darum so unübersehbar, weil sehr viele Politiker und Menschen aller Schichten wirklich an eine Wandlung, an eine Vermenschlichung des Kommunismus geglaubt hatten. Es ist eine Tragödie - nicht nur für die 14 Millionen in der ČSSR,

Helle Empörung von Tokio über Washington bis Bukarest

„NEW YORK TIMES“: Die Stimmen der Verdammung reichen von Johnson bis de Gaulle, von Italiens KP-Chef Longo bis zu Mao Tse-tung. Krenl zum stalinistischen Pessimismus zurückgekehrt.

„THE ECONOMIST“ (London): Breschnew und Ulbricht haben die Entspannung um fünf Jahre zurückgeworfen.

„TIMES“ (London): Größere Rüstungsausgaben und eine allgemeine Verschärfung des politischen Klimas sind nun zu erwarten. Ulbricht hat eine wichtige Rolle dabei gespielt, die Sowjets zur Resignation zu bewegen.

„THE GUARDIAN“ (London): Je lauter die weltweite Empörung ist, um so weniger wahrscheinlich werden weitere Verbrechen der Sowjets.

„SVENSKA DAGBLADET“ (Stockholm): Werden die Russen künftig weniger warblich sein?

„LE FIGARO“ (Paris): Was die Sowjets künftigh machen, die Glaubwürdigkeit wird fehlen.

„DER BUND“ (Bern): Die Moskauer haben sich in ein Dickicht

verirrt. Sie suchten lediglich nach einem Querschnitt und konnten keinen finden.

„BORBA“ (Belgrad): An Stelle von Konterrevolutionären haben die verwirrten Panzer und ihre verlegenen Besatzungen in Prag, Pilsen und Brünn einen friedlichen Mann und seine Frau angegriffen, die in verzweifelter Hilfslosigkeit weinten. Wer immer dafür verantwortlich ist, er muß eines Tages Rechenschaft geben.

„NEUE ZÜRCHER ZEITUNG“: Die Vorgänge in Prag übersteigen die Dankweise der Roten Armees in jeder Hinsicht.

„CORRIERE DELLA SERA“ (Mailand): Den sowjetischen Falken bleiben nur zwei Möglichkeiten: langsamer Völkermord oder langsamer Rückzug.

Die kommunistische „HUMANITE“ (Paris): Die Intervention ist ein furchtbarer Fehler.

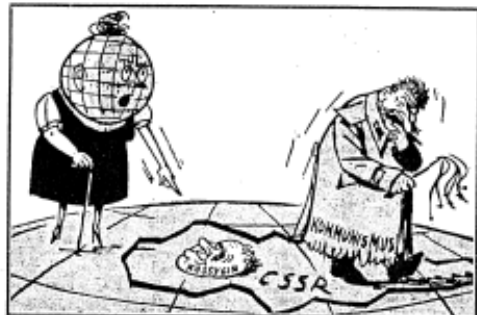
„LE FIGARO“ (Paris): Die Tschechoslowaken wurden von der Freiheit befreit.

„COMBAT“ (Paris): Die Sowjets haben sich eine Wunde ins eigene Fleisch geschlagen.

„DAILY TELEGRAPH“ (London): Ulbricht könnte das nächste Mal die Sowjets davon überzeugen, daß West-Berlin geschluckt werden muß. Hört auf mit den Einsparungen bei der NATO.

„SALTZBURGER NACHRICHTEN“: Ein Sowjetsoldat beging Selbstmord, ein anderer bekam einen Nervenzusammenbruch. Reif für die Heilanstalt! Sind das nur die armen, unwissenden und gelackten Sowjetsoldaten?

„WASHINGTON POST“: Weder Krieg noch Kriegsdrohungen werden den Durs der Tschechen noch größerer Freiheit ertrocken. Es mag jetzt zunächst eine Periode



HALLO - Sie haben Ihr Gesicht verloren... Mit dieser nachdenklich machenden Karikatur erschien Europas größte Sonntagszeitung nach der erfolgten Besetzung der ČSSR.

neuen Vasallentums kommen. Aber sie wird nicht ewig dauern.

„BERLINER ZEITUNG“ (Ost-Berlin): Bonn die Suppe versalzen.

„DAGENS NYHETER“ (Stockholm): Der Triumphator des Tages heißt Stalin. Es sind seine Erben, die die Freiheit zerschlagen haben, die sie auf der Jagd nach einer Sicherheit fürchten, die sie niemals erreichen können.

Artikel 3 des Warschauer Paktes hat folgenden Wortlaut:

„Die vertragsschließenden Parteien erklären, daß sie im Geiste der Freundschaft und der Zusammenarbeit für die Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen untereinander in Bedienung der Grundätze der gegenseitigen Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichtverletzung in ihre inneren Angelegenheiten handeln werden.“

Albanien verläßt Warschauer Pakt Revolutionärer Schritt „wegen des imperialistischen Aggressionsaktes“

„Der Warschauer Pakt dient nicht mehr dem Sozialismus und dem Frieden, er dient der revisionistischen Bourgeoisie. Nachdem die 5 Länder auf Befehl der UdSSR die ČSSR durch Okkupation erzwungen haben, kann Albanien nicht mehr Mitglied dieses Paktes sein.“

Ministerpräsident Shehu begründete damit in einer langen Rede am 13. September vor der Nationalversammlung in Tirana diesen revolutionären Schritt.

In einem Kommentar der offiziellen

Nachrichtensagentur ATA hatte es am 21. August geäußert: „Die Sowjetunion und ihre treuen Anhänger haben einen imperialistischen Aggressionsakt begangen. Die revisionistische tschechoslowakische Führung ertrotzt, getreu ihrer ständigen verästelten Haltung, einen Aufbruch des Volk, keinen Widerstand zu leisten.“

Fünfzehn Soldaten auf einen „Konterrevolutionär“

Radio Pilsen warf schon unter den Bedingungen der neuen Zensur die Frage auf, ob die angeblichen



„Was soll ihr nur für Menschen?“ sagt der junge Tscheche. Er distanziert als Kommunist, der er bleiben will. Der Sowjetsoldat hat keine Argumente - doch die Pistole. Wer möchte in seiner Haut stecken? Armes Böhmen!

40 000 „Konterrevolutionäre“ in der Tschechoslowakei eine solche Macht darstellen, daß die Sowjetunion 600 000 Soldaten gegen sie aufbringen müsse. Der Sender kommentierte damit die Darstellung der Moskauer „Pravda“, wonach es in der ČSSR mehr als 40 000 „Konterrevolutionäre“ gäbe, die unverzüglich „aktionsunfähig“ gemacht werden müßten.

Zunächst einmal sind 40 000 Konterrevolutionäre bei einer Bevölkerungszahl von 14 Millionen keine sonderlich eindrucksvolle Zahl. Wenn das aber stimmt, dann müssen sie außerordentlich machtvoll sein, da die Sowjets 600 000 Besatzungssoldaten brauchen, um sie niederzuwerfen.“ Der Sender zog Bilanz: Die Besatzungsmächte brauchen „für jeden einzelnen Konterrevolutionär 15 Soldaten ins Land“.

Größter Zorn auf die NVA der „DDR“

„Den größten Zorn hat die Bevölkerung in der ČSSR auf die Soldaten aus der DDR“, berichtete der stellvertretende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Ferdinand Eichhorn, der Funktionär gehörte zu einer zehnköpfigen Delegation der Gewerkschaft, die zu einem Informationsbesuch nach Prag geflogen und von der Besetzung des Landes durch die Truppen der Warschauer Paktestaaten überrascht worden war.



„Faschistische Agenten“? Ein disziplinierteres Volk als Slowaken und Tschechen hat es in der Geschichte kaum gegeben. Hut ab vor Ihnen!

Ceausescu: Tragischer Fehler! Warschauer Pakt ist nur zur Verteidigung da

Als einen tragischen Fehler, der ernste Folgen für die kommunistische Bewegung haben wird, bezeichnete der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu auf einer Sonderveranstaltung der Nationalversammlung den Überfall der fünf orthodoxen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes auf die Tschechoslowakei.

„Die Maßnahme ist durch nichts zu rechtfertigen. Die von Moskau angegebenen Gründe für die militärische Intervention sind von Personen geliefert worden, die niemanden in der ČSSR repräsentieren. Für eine Rückkehr zur Vernunft ist es noch nicht zu spät.“

Einwandfrei: Echte Aggression

Die militärische Intervention gegen die ČSSR, an der auch Truppen der Nationalen Volksarmee der „DDR“ beteiligt sind, wird nach Auffassung des Untersuchungsausschusses freihändlerischer Juristen zurecht als völkerrechtswidrige Aggression bewertet.

Paragraph 86 des seit dem 1. 7. 1968 geltenden neuen Strafgesetzbuches der „DDR“ bedroht mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren denjenigen, der es unternimmt, „einen Aggressionsakt gegen die

territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der „DDR“ oder eines anderen Staates durchzuführen oder an einer solchen Handlung mitzuwirken.“

Dazu die Rechtsgrundlagen:

1. „Die DDR wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen.“
Artikel 2, Absatz 1 der GDR-Verfassung
2. „Kein Bürger darf an kriegerischen Handlungen und ihrer Vorbereitung teilnehmen, die der Unterdrückung eines Volkes dienen.“
Artikel 23, Absatz 2 der GDR-Verfassung
3. „Aggressor ist derjenige Staat, der als erster einen bewaffneten Angriff auf das Territorium oder die Streitkräfte eines anderen Staates durchführt. Keinerlei Erwägungen politischer, wirtschaftlicher oder strategischer Art und keine Motive, die sich auf die innere Lage des Staates beziehen, können als Rechtfertigung einer bewaffneten Einmischung dienen.“
Offizielle Definition des Begriffs Aggression von DDR-Generalsekretärin Josefa Strel

"Nur noch nackte Gewalt kann den Kommunismus sichern!" Stimmen aus aller Welt - Von Empörung bis Verachtung

Größe westliche KP:

"Diese militärische Entscheidung ist unvorstellbar, sie ist in keiner Weise mit der Selbständigkeit kommunistischer Parteien zu vereinbaren." Panajachel Longo (zu Beginn der Invasion auf Urlaub in Moskau) "Habe die Genossen unverblümt die Ablehnung erklärt." Parteizeitung UNITA (Sonderausgabe); "Erregung und Feuersturm in der internationalen Arbeiterbewegung"; "Tragischer Fehler". Longo am 10. September im Parteitag "RINASCITA": "Wir vertagen nochmals den Abzug der Truppen des Warschauer Paktes aus der CSSR. Solange sich ausländische Truppen auf dem Territorium der CSSR befinden, sind alle Bemühungen westeuropäischer Kommunisten, einen Rückfall in den kalten Krieg zu verhindern, nutzlos."

Schwedische Reaktionen:

Schwedische KP-Chef Hermansson: "Die sozialistische Regierung ist eine Schande für die sozialistische Bewegung." Schwedischer Leichtathletikverbands, Landesrat der Jugendorganisationen, drei graphische Gewerkschaften: "Alle Verbindungen werden sofort abgebrochen in die Teilnahmestunden der Invasion. Verein für freundschaftliche Beziehungen Schweden-DDR": "Wir protestieren energisch gegen Katholiken der DDR an Intervention... wir zweifeln jetzt hinsichtlich des häufig von der DDR proklamierten Willens einer friedlichen Lösung von Konflikten zwischen den Staaten."

Die französische KP:

Erstmals seit ihrem Bestehen (1951) hat die "Partei der unverbrüchlichen Treue zur UdSSR", die KP Frankreichs, eine sowjetische Aktion öffentlich verurteilt. "Das ZK beschließt die vom Politbüro ausgesprochene Verurteilung der Intervention. Die Ereignisse in Prag stehen im Gegensatz zu den Selbstbestimmungsrechten aller kommunistischen Parteien."

"Dritte Welt" empört:

"Das Ansehen der Sowjetunion in der sogenannten dritten Welt der Entwicklungsländer hat durch die Invasion in der CSSR einen entscheidenden Schlag erlitten. Man kann kaum ermaßen, in welchem Maß dieser Schritt eines wiederholten imperialistischen Empörung zugeführt hat. In den jungen afrikanischen Staaten hat man die Aktion als einen Stoß gegen sich selbst empfunden", erklärte Ministerpräsident H. Kühn in Düsseldorf nach Rückkehr von einer sechswohigen Reise durch Lateinamerika und Afrika.

Die Regierung der USA:

"Es gibt kein geheimes Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Aufteilung Europas in Einflußbereiche. Diese Gerüchte sind ungeheuerlich. Die

Intervention der Fünf Staaten des Warschauer Paktes in der CSSR wird von uns auf das Schärfste verurteilt", erklärte US-Außenminister Dean Rusk auf seiner Pressekonferenz. "Eine Überschreitung der durch das Jalta-Abkommen festgelegten Schranke in Europa würde unzweifelhaft Krieg bedeuten."

Jugoslawische Partei:

"Der 21. August wird in schwarzen Buchstaben in der Geschichte geschrieben bleiben, besonders in der des Sozialismus. Die Souveränität, die Unabhängigkeit und die Freiheit eines sozialistischen Staates und seiner Bevölkerung wurde mit Panzern und Streitkräften einer Gruppe von sozialistischen Staaten als Interventionisten niedergedrückt. Die Tragödie begrüßt gradlos alle grundlegenden Werte des Sozialismus."

Brillische Regierung:

"Die militärische Intervention in der Tschechoslowakei ist eine flagrante Verletzung der Charta der Vereinten Nationen. Sie steht im eklatanten Widerspruch zu wiederholten Versicherungen der sowjetischen Regierung, nicht mit Gewalt in innere Angelegenheiten souveräner Staaten eingreifen zu wollen."

Der Papst namens 400 Millionen Katholiken:

"Wir glauben, daß nicht mehr möglich sei, was jetzt geschehen ist. Die verantwortlichen Grundkräfte des internationalen Rechtes sind erneut ins Wanken gebracht worden. Daß einem Volk Polizeierückung aufgezwungen wird, vergrößert die seelischen Spannungen der Bevölkerung. Dies ist eine Belastung für jene Nation und verbreitet Unruhe und Furcht bei jedermann in der freien und zivilisierten Welt."

Die Sozialistische Generalratskonferenz:

"Dieser Akt unverhüllter Aggression, der die Invasion in der CSSR durch Hitler ins Gedächtnis zurückruft, verewaltigt das souveräne Recht des tschechoslowakischen Volkes, sein eigenes Schicksal zu bestimmen, und beseitigt den Anstrich der Toleranz, den sich die Sowjetunion gegeben hat." Die diesjährige Generalratskonferenz der Sozialistischen Internationalen in Kopenhagen stand ganz im Zeichen des Überfalls auf die CSSR. "Wir fordern den Rückzug der Invasionstruppen und erklären uns voll solidarisch mit den CSSR-Volk."

Belgische Regierung:

"Der Einmarsch von Besatzungstruppen des Warschauer Paktes in die CSSR ist eine Rückkehr zu den alten Methoden der Zwangsherrschaft und des kalten Krieges. Ganz Belgien ist bestürzt über das durch nicht gerechtfertigte Vorgehen und verurteilt es."

KP Albanien:

"Die Sieger von Stalingrad und Berlin sind zu Würgern der Freiheit der Völker Europas geworden."

Kairo nach 10 Tagen:

Nach zehntägigen Schweigen der Regierung schreibt der Chefredakteur des offiziellen Regierungsorgans "AL ACHRAM": "Die militärische Intervention in die Angelegenheiten anderer Staaten ohne Rücksicht auf die Gründe ist in jedem Fall unannehmbar. Wenn man der Meinung war, die KP der CSSR sei unfähig, ihr Volk im eigenen Lande zu führen, kann man den Kommunismus dem Volk nicht durch militärische Macht aufzwingen."

Österreichische KP:

KPD-Chef Mahr öffentlich im Rundfunk: "Die Intervention ist ein schwerer Schaden für die kommunistische Bewegung." Politbüro-Mitglied Philipp E. Fischer: "Diese Aggression ist ein Bruch des Völkerrechts und aller Grundätze des Sozialismus. Die Panzer haben eine große Hoffnung zermalm."

Regierung von Israel:

"Die geheiligten Grundätze politischer Unabhängigkeit und territorialer Unantastbarkeit, friedlicher Koexistenz, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Staates, ob klein oder groß, auf Sicherheit und Freiheit - Grundätze, auf denen sich die Beziehungen unter Staaten aufbauen - sind willkürlich mit Füßen getreten worden."



Die internationale Ausgabe der großen amerikanischen Tageszeitung "HERALD TRIBUNE" erschien mit dieser Zeichnung. Die heutigen Mächthaber sind nicht besser als Stalin, aber so dumm wie Hitler, kommentierte man.

Flugblatt aus der Tschechoslowakei

Die zehn Gebote des gewöhnlichen Bürgers

Mit den "Zehn Geboten des gewöhnlichen Bürgers", die auf kleinen gelben Flugblättern von Hand zu Hand gehen, bestärken sich die Bewohner der CSSR gegenseitig im passiven Widerstand gegen die Okkupationsmächte. Folgende brachten ein Exemplar dieser Flugblätter nach München. Handeln so Konterrevolutionäre! Dieses Flugblatt ist ein Schlag ins Gesicht für die verlogenen Agitatoren der KPdSU, SED usw. Sein Inhalt liest inzwischen um die ganze Welt.

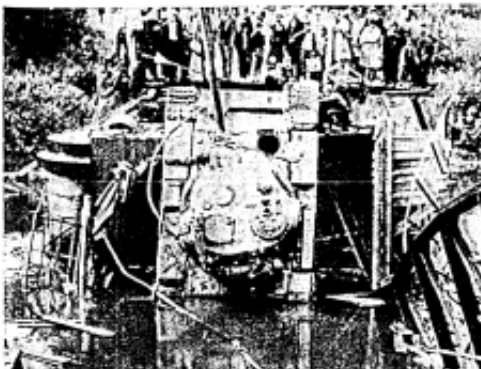
Die "Zehn Gebote des gewöhnlichen Bürgers" der Tschechoslowakei lauten auf deutsch:

1. Niemals werde ich, auch nicht durch die geringste Tat, einen Verrat an der Idee der Demokratie, der Freiheit, der Souveränität und des humanitären Sozialismus begehen.
2. Als einzigen Präsidenten der CSSR werde ich nur Ludvík Svoboda und als einzigen Führer des Zentralkomitees der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei nur Alexander Dubček anerkennen.
3. Ich werde nie den Rat eines anderen befolgen, auch niemand anderem helfen, als nur diesen beiden Repräsentanten des Staates und der tschechischen KP.
4. Ich werde davon nie ablassen, solange ich nicht festgestellt habe, wer um diesen aggressiven Eingriff in die Souveränität meines Heimatlandes ersucht hat.
5. Ich werde diese internationalen Gewalttat nie vergessen.
6. Darum werde ich in Zukunft peinlichst darauf achten, daß ich über die um mich betreffende Verhandlungen, wo und wann immer sie auch stattfinden, so informiert werde, daß ich stets auf alles vorbereitet bin.
7. Verbündeter und Freund wird für mich nur der sein, der mich davon durch seine Handlungsweise überzeugt.
8. Auf Gewalt werde ich mit Ruhe, Besonnenheit und Verzicht antworten.
9. Selbst in dieser schweren Zeit werde ich Mensch sein, selbst wenn mich andere Leute nicht für einen Menschen halten.
10. Nie werde ich den Weißen Berg, den 15. März 1939 und den 21. August 1968 vergessen.

Zur Erinnerung: In der Schlacht am Weißen Berg im Jahre 1620 wurde der Freyer Anführer slowakischer und tschechischer Adlige Ottavůš Nepomucký. Am 15. März 1939 marschierte die deutsche Wehrmacht in die Tschechoslowakei ein. Am 21. August 1968 begann die Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten.

Das weitere Weltecho

88-jährige Schriftstellerin in Brief an CSSR-Bewegung, am 10. Sept. von Lord Bethell im britischen Fernsehen bekannt gemacht. Die Forderungen sind heute nicht nur in der CSSR, sondern auch in der UdSSR erhört. Vereint uns und vereine den Rußland! Noch können wir nicht frei sprechen. "Cerele Da Manha", große brasilianische Investierende. Morgenbildung: "Diesmal ist kein Kádár Truppen, diesmal kamen sie nach Kambodscha, auf dessen Weisheit die Nichteinmischung versichert wurde. Diesmal gibt es keine Rechtfertigung für das Vorgehen. Letzte Worte eines jungen Tschechen, der sich mit aufgearbeitetem Herd Panzen ergebnisse (Foto ging durch Weltpresse) und durch MG-Garbe starb: "Wollt ihr ein KZ aus unserem Land machen? Dann schloß mich lieber tot!" USA-Präsident auf Gerichte über Invasionenpläne Richtung Rumänien und Jugoslawien: "Könner möge es wagen, die Pulen des Krieges anzuzetteln, ich warne vor einer fahelchen Einschätzung der Vereinten Staaten. Es wird keine Beschwichtigungspolitik mehr geben. Panzerdorf der KPC über Kuznetsk von Radio Prag: "Genossen, die CSSR wurde heute gegen den Willen der Regierung und der Nationalversammlung und gegen die Willen der Tschechoslowaken und des gesamten Volkes von den Truppen der fünf Länder des Warschauer Vertrages okkupiert. Genossen, protestiert mit uns gegen die besaperrte Verletzung des sozialist. Internationalismus! "L'Aurore", Paris: "Die Tschechoslowaken hatten naiverweise gedacht, daß ein kommunistischer Staat über sich selbst bestimmen könnte. Die Panzer aus Moskau haben sie an die Wirklichkeit erinnert. Armeetote Hoffnungen! Arms UNOT"



DAS TSCHSCHOSLOWAKISCHE VOLK leistete keinen aktiven Widerstand mit Waffen, aber die Truppen der Intervention trafen auf Widerstand. Dieser Panzer brach mit der Brücke in Karlsbad in die Tiefe, weil die Schlichter abmontiert waren (Gewichtsbegrenzung). Der Sowjet-Hauptmann, der sich in Prag aus Scham erschöß, und der tschechische Oberstleutnant Jiri Kment, der nach seinem Selbstmord in der Kaserne den Spruch hinterließ: "Ehre ist keine abstrakte Idee", wußten, daß dieses Volk ein Freund der Russen war und sein wollte, es aber nie mehr sein kann.

New York Post: "Bei dem Versuch, den Fuß nach Australien und Unabhängigkeit innerhalb des kommunistischen Lagers zu erörtern, hat der Krieg eine neue Revanche in den kommunistischen Bewegungen Italiens, Frankreichs und vielleicht in Ostasien selbst angelockt." "Svenska Dagbladet": "Auch die Sowjetunion hat mit der Gebrauch von Freiheit zu rechten, nicht selbst unter ihren eigenen Individuellen und ihre heranwachsenden Mittelschicht. In dieser Lage ist die Tschechoslowakei gelockt worden." "Les Echos", große Wirtschaftszeitung: "Die Penetration für die Männer des Krieges haben erst begonnen. Der letzte Krieg hat gezeigt, daß es für eine Besatzungsmacht sehr schwierig ist, ein Land zu verwahren, wo die bestehenden Bedrohungen sich aktiv oder passiv gegen sie wenden." Außenminister Sharp, Kanada, erklärte: "Die kanadische Regierung schenkt mit Bedauern und Abscheu auf die Invasion der CSSR. Wir verurteilen diesen Gewaltakt. Alle Kanadier teilen die tiefe Sorge und das tschechoslowakische Volk." Kopenagener große Zeitung "Politiken": "Noch einmal werden die Völker der Tschechoslowakei auf dem Altar der inneren Schwierigkeiten anderer Länder geopfert - und dieses Mal von ihren eigenen allwissenden und sozialistischen Kameraden." Die Volksrepublik China ruhrnt die Invasion der CSSR als "eine kolonial-imperialistische Aggression, die mit einer empfindlichen Niederlage endet wird. Der Oberbel ist die tschechische Frage der sowjetischen revolutionären Renegatenpolitik. Es gibt auch für die Cliquen von Gomuts, Ulbrich, Kádár und Schwiloff. Die revolutionäre Subjekt-Clique hat Verrat an CSSR-Volk geleist, indem sie die Bevölkerung nicht zum bewußten Widerstand gegen die Aggressoren gelockt hat."

TANSANIA gegen NVA-Einsatz

Der afrikanische Staat, der die meiste Wirtschaftskraft von der DDR und den Staaten des Warschauer Paktes erhält, hat nicht geögert, sofort nach Bekanntwerden des Einmarsches in die CSSR scharf zu protestieren.

"Die Regierung Tansanias ist durch die Invasion der CSSR durch Truppen der Sowjetunion, Polens, Bulgariens, Ungarns und Ostdeutschlands tief erschrocken. Dieser Akt ist ein Verrat an allen Prinzipien der Selbstbestimmung und der nationalen Souveränität, welche die Regierungen dieser Länder vorgegeben und unterstützen und aufrecht erhalten. Der Akt steht im Widerspruch zu den Grundprinzipen des internationalen Rechtes und ist eine direkte Verletzung der UNO-Charta. Die Regierung Tansanias bekämpft den Kolonialismus alle Art, sei es alt oder neu, in Afrika, in Europa oder sonstwo."



Widerwärtig

Dem wütenden Anprochungsredner, welcher Wäre von Lügen mit welcher Freiheit und Massenverbreitung aufgedeckt werden, kann keine Freude zu Hilfe sein...

Zweimal Abscheu

Der Korrespondent des 'DDR'-Deutschland-Senders in Stockholm, Hans Joachim Wehlt, hat auf den Überfall der Warschauer-Pakt-Staaten...

Die Mitschuld der SED Verleumdungen gegen Bundesrepublik und CSSR zurückgewiesen

Unzulässige Einmischung

Die Bundesregierung sieht mit Bedauern, daß wir Deutsche Zeuge sein müssen der Bedrückung eines Nachbarvolkes...

Heimtücke wie 1938/39

Eine Woche vor dem Einmarsch erklärte W. Ulbricht laut 'ND' in Karlbad: 'Liebe Freunde, wir begründen den Wunsch, den Erfahrungsaustausch zu aktivieren...'



lichen Sünde schuldig machen, die dem Hitler-Regime anzulasten ist.

Einsatz deutscher Truppen

Bundesaussenminister Willy Brandt: 'Uns muß es besonders bedrücken, daß Streitkräfte aus dem anderen Teil Deutschlands zur Teilnahme an der Invasion aufgeboten wurden...'

Tatnahme an diesen imperialistischen Akt läßt die DDR selbst ihren Anspruch, der erste friedliebende Staat auf deutschem Boden zu sein, ad absurdum.

Bundeswehr betrieb keine Geheimsender

Lügen der 'VOLKSARMEE' widerlegt - Ministerium-erlaubte Presse-Einblick in den Nummern 25 und 26 der 'VOLKSARMEE' vom 29. 3. und 3. 4. 1968 wurde nach einer in der westdeutschen Presse erschienenen Vermutung wahrheitswidrig als bewiesene Tatsache hingestellt...

RADIO PRAAG stellt richtig

In seiner Mitteilung vom 11. Sept., ausgehört in italienischer Sprache, verlässliche Radio Prag sagendes Wort.

Einige erklärten, daß man Militärredner verwendet habe, die aus dem Westdeutschland und aus Österreich geflüchtet worden seien.

Die Verfasser dieser Behauptungen vergessen, daß alle Rundfunksender, die einseitlich in ständiger Verbindung mit der tschechoslowakischen Regierung...



EME ZATPEK, stellv. Oberst der CSSR-Armee, weltbekanntes Sportidol (Lokomotiv) und Olympiasieger, Oberst als Vorbild junger Menschen verehrt, hat es gewagt, die Intervention als zu beschreiben, was sie ist, als Verrat am Sozialismus, als unendlich und hässlich.

Denjenigen, die die Grundregeln des Journalismus vergessen und die Wahrheit entstellen, sollten sich darüber klar sein, daß in der Tschechoslowakei heute dieselbe Regelung, die vor drei Wochen bestand, im Ansatz ist. Es ist also dieselbe Regierung, der der Zustand bei der Aufrückführung von Ruß und Ost aus den Tagen höchster Spannung befehligt war...

Bundesregierung: Ausgeschlossen

Die Bundesrepublik hat sich die ganzen Monate hindurch strikt an ihre Politik der Nichtteilnahme gehalten. Sie wird es auch weiterhin tun.

Bundesministerium der Verteidigung: Aburteil

Im allgemeinen antwortet das Ministerium nicht auf Vorwürfe, die von Presse, Rundfunk- oder Fernsehorganen der BRD erhoben werden...

'STERN'-Chef: Panne

In der Propagandakampagne der Bundesrepublik ist unter anderem auch die Behauptung aufgestellt worden, daß die Bundeswehr hätte die tschechoslowakische Widerstandsbewegung in ihrem Kampf gegen die Okkupanten mit getarnten Sendungen unterstützt.

Verleumdungen, Lügen

'Gedezze eine Diffamierung ist es für die CSSR, sie sei auf das Einschmuggeln deutscher Sender angewiesen oder die Hilfe aus dem Westen. Die Tschechoslowakei haben ein hervorragend ausgebildetes Rundfunknetz mit feinsten technischen Geräten...

Prager kritisiert 'Ston'

Der Deutsche Presserat erlaubt sich davon zu überzeugen, daß solche Verdächtigungen falsch sind. Es gehört zu dem Vordringen einer freien Presse, Mißstände auch in eigenen Land zu exponieren.

Prager kritisiert 'Ston'

Der Deutsche Presserat erlaubt sich davon zu überzeugen, daß solche Verdächtigungen falsch sind. Es gehört zu dem Vordringen einer freien Presse, Mißstände auch in eigenen Land zu exponieren.

Zweifel an Fähigkeit der KGB-Offiziere

Auszüge aus einem „Die Welt“-Report: „Die gefährlichen Pannen des Genossen Andropow“

Die Zweifel, ob die Weltmacht Sowjetunion die Realitäten in- und außerhalb ihres Machtbereiches richtig einschätzt, sind im Westen nach den Prager Ereignissen erheblich gewachsen. Denn die Aktionen der sowjetischen Okkupanten

Zuverlässige Berichte aus Moskau lassen darauf schließen, daß in den Kreml Amtsstuben bereits nach Schuldigen für die zum Teil grotesken politischen und militärischen Fehlentscheidungen gesucht wird, die der Sowjetführung zur Beurteilung ihres Vorgehens gegen die Tschechoslowakei vorgelegen hatten. Im Mittelpunkt der Untersuchungen, die noch viele Wochen, wenn nicht Monate, in Anspruch nehmen dürften, steht ein Name: Junj Wladimir Andropow. Erster Vizepräsident des Komitees für Staatssicherheit und somit Chef des Geheimdienstes KGB.

Dem Genossen Andropow und seinem KGB kann heute bereits im Westen vorgerechnet werden, in welchen Fragen der sowjetische Geheimdienst und wohl auch die sowjetische Botschaft in Prag die Kriertatung durch falsche, nicht realistisch ausgewertete und ideologisch gefälschte Informationen zu falschen Schlüssen und zum Teil schmerzhaften politischen Fehlentscheidungen veranlaßten.

Die Macht der sowjetischen Militärmaschine hat diese Fehlentscheidungen zunächst ausgeglichen, dennoch wird der Kreml von Andropow darüber Auskunft verlangen, warum es geschehen konnte, daß:

- die Partei und die Bevölkerung einen äußerst erfolgreichen passiven Widerstand gegen die Okkupanten organisieren konnten,
- Geheimender und falsche Karten die Truppen in die Irre führten,
- keine Regierung aus Kollaborateuren gebildet werden konnte,

passionemacht in der CSSR lassen darauf schließen, daß die Moskauer Führung in mehr als einem Fall falsch, unvollständig oder nur „ideologisch“ unterrichtet war. Was sind die Gründe für das Versagen des KGB?

- Dubček zunächst als „Konterrevolutionär“ verhandelt und dann doch als Verhandlungspartner eingestuft wurde,
 - sich die Arbeiter und die Fabrikmilitz nicht auf die Seite der Sowjets stellten.
- Das KGB, wahrscheinlich stets auf „ideologische“ Rücksichten bedacht und damit auf Linientreue, mag als Erklärung anführen, daß seit dem „Prager Frühling“ die Sowjetagenten aus der tschechoslowakischen Ge-

heimpolitik entfernt und daß Moskauer Parteifunktionäre weitgehend eliminiert worden waren. Außerdem war der Drift des Prager Sowjetbüchlers Tscherevotnik zur Parabelnähmung der CSSR politisch wohl kaum noch in Ordnung. Trotzdem hat der sowjetische Geheimdienst auch in der Vergangenheit schon so oft falsche Interpretationen, politische und militärische Fehlentscheidungen geliefert, daß westliche Stellen mit Besorgnis die Urteilsbildung der Krem-Herren beobachten.

Die auffälligsten Fehlbeurteilungen des sowjetischen Nachrichtendienstes

- **November 1939** = Sowjetischer Winterkrieg gegen Finnland. Nach heimlichem Überfall und wochenlangen Recherchen das damalige NKWD schließt die Rote Armee. - Verantwortlich Lawrenti Berija, 1953 im Verlauf der Krem-Nachfolgekämpfe hingerichtet. Aus NKWD wurde MWD.
- **November 1958** = Berlin-Ultimatum Chruschtschows wird nach einer Serie von Fehlalkulationen und Spekulationen in die Welt gesetzt. Völlig andere westliche Reaktionen erwartet. Am 9. Dezember 1958, zwei Wochen nach Berlin-Fred Chruschtschows wird sein Gespräch der Französisch-Akademie, einmündet und auf das Posten des Vorsitzenden der Gewerkschaften abgesehen. Nachfolger Wladimir Semitschajew.
- **April 1967** = Aufhebungsanträge Flucht der Stein-Tochter Swetlana. Einschweren für den KGB-Direktor kommt der vorkriegs Venist des Obersten Prokwesti bis zu, Nachfolger Junj Andropow.
- **Mai 1967** = Falschmeldungen über die Stürken und Schwächen in der Nahost-Krise. Fehlentscheidung eines sowjetischen Militärkommandos, das getarntes militärisches Gefährte für etwa eine Milliarde Mark.
- **August 1968** = Invasion der CSSR. Geht auch zu Lasen Andropow, der schon 1956 Botschafter in Budapest war. Keine realistische Analyse geliefert.

„kollaborieren will.“ — Haben Sie schon Angehörige der sogenannten Volksarmee in Prag gesehen? „Nein, wir haben nur davon gehört, daß sie auch in Prag im Verborgenen geübt werden sind. Und daß eben für diese Leute hier die Erinnerung an die deutsche Wehrmacht, durch die in sehr ähnlichen Umständen, unermesslich ist.“

Heinrich Böll: „Es ist zum Weinen!“

Der in Osteuropa meistgelesene deutsche Schriftsteller war Augenzeuge in Prag

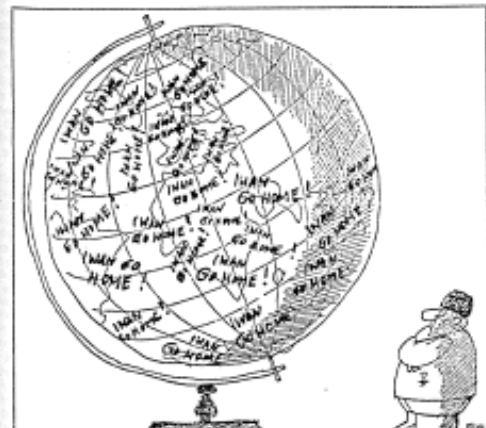
Ein auch für mitteleuropäische kommunistische Funktionäre ansehbarer, unbestechlicher Augenzeuge erlebte zufällig in Prag mit Frau und Sohn den Einmarsch der Okkupantenstruppen: Heinrich Böll, der in Millionenauflagen in der Sowjetunion und des übrigen kommunistischen Ländern verbreitete und meistgelesene Schriftsteller deutscher Sprache („Bildet ein halb zeh“, „Aschichten eines Clowns“, „Haus ohne Hinter“, ... und sagte kein einziges Wort“, „We wart Du, Adam?“ usw.).



Auf Einladung des Prager Schriftstellerverbands sollte Böll Verträge in der Nationalbibliothek haben, zu dem er jedoch nicht mehr kam.

Köbler Redakteur erschüttert und föhrt bewegt: „Es ist zum Weinen. Die Panzer stehen hier überall rum. Es gehen keine noch welche in die Stadt rein. Haben Sie irgendwas Schisses gehört? „Ja, ab und zu mal näher oder ferne. Die Menschen auf der Straße sind völlig verzweifelt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die Situation noch zum Guten wenden kann. Ich kann mir keine militäere Lösung mehr vorstellen. Vor allen Dingen, weil niemand mit den Sowjets

Von Freunden gesucht und sich Journalisten um seine Meinung pollert. berichtete Böll in seinem ersten Telefongespräch nach der Invasion eines



NIEMALS ZU VOR gab es eine solche Isolierung des sowjetischen Imperiums und seiner Anhang-Staaten wie nach dem Bekanntwerden des brutalen Überfalls auf die kleine CSSR, gerade weil Tage zuvor Bruderküsse und schüchtlige Nichtselbstmischungszuicherungen gewechselt werden waren. Besonders die asiatischen Staaten reagierten sehr scharf. Das „wan geh nach Hause“ steht an den Hausmauern der Weltstädte und in vielen Dörfern aller Kontinente.



„SAG, DASS DU MICH GERUFEN HAST“... war die wohl wirksamste Karikatur der Weltpresse in diesen Tagen. Herausgebracht von der Süddeutschen Zeitung, München, ließ sie als Flugblatt um die ganze Welt.

„Es gibt jetzt Konterrevolutionäre bei uns...“

AUS EINEM AUFRUF DES CSSR-SCHRIFTSTELLERS JUAN SVITAK

„Wir leben in einem sowjetischen Protektorat, in einem besetzten Land. Jede Okkupation ist illegal. Jede Aggression ist ein krimineller Akt, auch unter den Anschuldigungen einer Konterrevolution.“

Gibt es in der CSSR eine Konterrevolution? Ja, sie sind da. Sie sind diejenigen, die die Panzer der Armee des Warschauer Paktes dirigieren. Das sind die, die heute die Repräsentanten eines souveränen Staates arrondieren, das sind diejenigen, die heute Konzentrationslager errichten. Das sind die einzigen Konterrevolutionäre in der Tschechoslowakei.

Soldaten und die Intelligenz, die entschlossen sind, die Souveränität, die Freiheit und das Sozialismus zu verteidigen. Wir wollen nichts mehr als leben nach unseren Vorstellungen, und das ist ein Recht, das jedem kleinen afrikanischen Staat geschenkt, zugebilligt wird. Wir protestieren gegen den sowjetischen Neo-Kolonialismus.“

„Die Tragödie meines Lebens“

KP-Chef Dubček wurde durch den Einmarsch der Russen völlig übermachtet. Als er von der sowjetischen Invasion erfuhr, sagte er unter Tränen: „Mein ganzes Leben hängt an der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gewollt. Was sie mir jetzt antun, ist die Tragödie meines Lebens.“

Wer steht gegen sie? Das Volk und das Ideal der Freiheit, ein sehr mächtiges Ideal, an dem sich schon viele Armeen die Zähne zerschlagen, ausgelassen haben. Das Volk ist die größte, stärkste Kraft. Wer ist das Volk? Das sind die Arbeiter in den Fabriken, die

Prominente Intellektuelle protestieren:

Fünf Armeen, darunter abermals eine deutsche, haben, drei Wochen nach der Vereinbarung von Bratislava, die Tschechoslowakei überfallen; gegen sie lagte Regierung, gegen den Willen des Volkes, gegen die Geschlässe der Kommunistischen Partei, die in keiner Stunde die Kontrolle über die sozialistische Festung in ihrem Land verloren hat, wird der Versuch, den bürokratischen und im Dogmatismus erstickten Sozialismus zu überwinden, in ein zentrales zu verbinden. Die sowjetischen, ungarischen, bulgarischen, polnischen und DDR-Armeen, die durch ihren Einmarsch vom 20. August 1968 die staatliche Souveränität ihres Bundesgenossen verliert hatten, verniedigen nicht, wie sie vor-

UdSSR, gibt Verant an der jahrzehntelangen Arbeit der europäischen Linken für Wandel und Fortschritt durch Entspannung.

- Theodor W. Adorno — Ilse Ahlberg — Jürgen Becker — Thomas Brudner — Peter Buser — Heide Klü — Hans-Ulrich Seebeck — Arnold Gehlen — Jürg Feiler — Ernst Fischer — Max Frick — Günter Grass — Wolfgang Hildesheimer — Rolf Hochhuth — Uwe Johnson — Heide Jule Kravchik — Wolfgang Klopfer — Reinhold Lettow — Karl Lorber — Rolf Mack — Arne Seifried — Harald Steinfeld — Hans-Joachim Lauth — Hans-Joachim Lauth — Hans-Joachim Lauth — Hans-Joachim Lauth

Professor Marcuse fordert neuen Kommunismus

150 marxistische Philosophen und Assistenten aus 12 Ländern für baldigen Kongress

Als Reaktion auf die militärische Besetzung und Vergewaltigung der Tschechoslowakei haben 50 marxistische Philosophen aus der ganzen Welt und etwa 100 junge Marxsisten aus 12 Ländern auf dem Internationalen Philosophenkongress in Curzola, Jugoslawien, anlässlich des 100. Geburtstages von Karl Marx am 24. August die Gründung einer neuen Form des Kommunismus gefordert.

Professor Ernst Bloch, 1961 nach dem Mauerbau nicht in die „DDR“ zurückkehrte, in Tübingen lehrend, hat eine direkte Aktion als Demonstration für die CSSR vorgeschlagen. Die Pariser Marxisten empfehlen, einen Philosophen-Kongress bald einzuberufen.

Der bekannte deutsch-amerikanische Professor Marcuse, der als einer der Ideologen der „revolutionären Jugend“ gilt, machte sich mit französischen, rumänischen, deutschen und jugoslawischen Universitätslehrern zum Befürworter einer anti-imperialistischen, aber von der sowjetischen und chinesischen „Hypothek“ betretenen neuen Doktrin.

Widerstand zu groß — zurück in die Eiszeit

Die britische sozialistische Zeitschrift „New Statesman“ begrüßt die Hoffnung, daß jemals ein menschlicher Kommunismus in Ost- und Westeuropa entstehen könnte.

Die Sozialisten im Westen — und die internationalen westlichen Marxisten — haben zwölf Jahre lang der Überlegung angehängt, daß sich in Osteuropa ein friedlicher Wechsel vorziehen könnte. Es liegt jetzt auf der Hand, daß sie falsch lagen. Wir stehen wieder am Anfang: Nicht nur im Jahre 1956, sondern im Jahre 1968, der ursprünglichen Eiszeit des kalten Krieges. Die russische Politik in Osteuropa gründer sich, wie jetzt beweisbar ist, auf den monolithischen Widerstand gegen den Wandel.“

Manchen gehen die Augen aus.

„Ich sah russische, ostdeutsche und polnische Soldaten, denen Tränen in den Augen standen“, berichtete ein amerikanischer Tourist, der aus Prag in der Bundesrepublik eintraf. Der Amerikaner „KinPole“ sagte mir, daß er am liebsten seine Waife wegwerfen würde, weil er wisse, welche ein schredendes Unrecht sein Land der CSSR antun.“

Arbeiter Zeitung

SONDERAUSGABE FÜR DIE ANGEHÖRIGEN DER BEWAFFNETEN ORGANE

Neuer Sieg der Löhne über die Preise!

1969: Wirtschaftserfolg ermutigt Lohnforderungen bis 9% 1968: 4,2% für 9,3 Millionen Arbeiter — 4% für 4,2 Millionen Angestellte

1,3 Millionen Arbeiter erhielten im Jahre 1968 Lohnserhöhungen von durchschnittlich 4,2 Prozent. Für 4,2 Millionen Angestellte wurden Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 4 Prozent wirksam. Diese Zahlen betreffen die reinen Tariflöhne. Die Effektivverdienste, also die tatsächlich gezahlten Löhne bzw. Gehälter

sind 1968 noch wesentlich stärker gestiegen als der Tariflohn. Spitzenrollen der Tarifbewegung war nach den Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften der Bergbau mit 5,3 Prozent Lohn- und 5,5 Prozent Gehaltserhöhung. Nicht un- wesentlich niedriger lag dies bei dem Baugewerbe.

Die Tarifverträge der drei vereinbarten Tarifverträge des Jahres 1968 wurden bereits weitere Erhöhungen, einer zweiten Stufe festgelegt, z. B. in der Metallindustrie, in der Holz- und in der Bekleidungsindustrie, in verschiedenen Zweigen der Nahrung- und Genussmittelindustrie und in einzelnen Dienstleistungsbereichen. Auch höhere Löhne konnten 1968 auch zahl- reiche Sicherungsmaßnahmen gegen

den Verlust des Arbeitsplatzes ein- geleitet werden. In der Textilindustrie, in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Luft- und Raumfahrtindustrie und in der chemischen Industrie wurden über höhere Urlaubsgelder erreicht. Die Leistungen der Arbeitgeber für den Urlaub liegen zwischen 8 und 12 DM je Urlaubstag oder in einer Pauschalsumme, die sich zwischen 100 und 250 DM, je nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit, gestaltet. Es handelt sich um zusätzliches Urlaubsgeld.

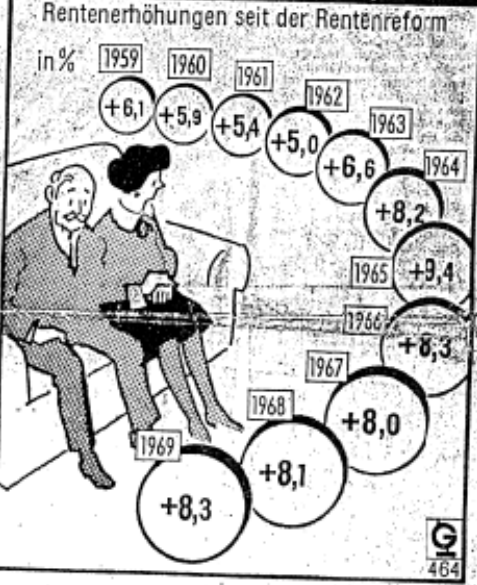
Der Arbeitgeber sollte an die Angehörigen der Gewerkschaften und die Umwandlung des Lohnes in einen Monatslohn nicht werden.

Vollbeschäftigung

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik stand bis zum Jahresende 1968 unter dem Einfluss des sich verstärkenden Konjunkturaufschwungs der Wirtschaft. Mit 266 372 liegt der Gesamtbestand an Arbeitslosen am Jahresende die Hälfte unter der Zahl von Ende 1967. Der Stand an offenen Stellen ist ge- noch höher als im Vorjahr. Die Zahlen — bedeutet — uneingeschränkte Vollbeschäftigung. Die guten Auf- tragspolster in der Wirtschaft — ein- schließlich Baugewerbe — sowie die wachsende Investitionsbereitschaft lassen den Schluss zu, daß man im Jahre 1969 vielleicht wieder mit einer gewissen Überhitzung rechnen muß.

Als etwa jedem zwanzigsten Arbeitsplatz in der Bundesrepublik ist ein Ausländer tätig. Die Branche mit dem höchsten Ausländeranteil ist das Baugewerbe. Die Ausländeranteile der Bundesanstalt für Arbeits- vermittlung und Arbeitslosenver- sicherung vermittelten 1968 zusam- men 194 100 Gastarbeiter gegenüber 17 200 im Jahr zuvor. Zum Jahres- ende lagen noch rund 36 000 Anfor- derungen für Ausländer vor. Wie die Zahl der männlichen, so hat auch die der weiblichen ausländischen Arbeitnehmerinnen stark zuge- wunnen. 230 000 Ausländerinnen sind heute in der Bundesrepublik tätig.

Das jährliche Rentenplus



Westdeutsche Gewerkschaften halten über die Flaute hinweg

Trotz der zahlreichen tariflichen Verbesserungen verschiedenster Art in den Einzelbereichen der west- lichen Wirtschaft war das Jahr 1968 nach den Feststellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes das Jahr mit den niedrigsten Tarif- erhöhungen seit der Währungsreform. Dies liegt in der Hauptsache darin begründet, daß die Gewerkschaften der Bundesregierung zugestimmt hatten, während der Dauer der Rezession, mit denen der Rückgang der Wirtschaft in den Rezes-

sionsjahren 1966/67 befristet wurde, in der Durchsetzung von Lohnfor- derungen zurückhaltend zu sein. Diese Haltung hat mit dazu beigetragen, daß der wirtschaftliche Aufschwung wieder einsetzte und zu einer neuen Blüte der Wirtschaft in der Bundes- republik führte, die auch wieder ein sehr gutes Jahr 1969 erwarten läßt. Die verhältnismäßig niedrigen Tar- iflohnserhöhungen im Jahre 1968 haben demnach zu einer recht be- deutlichen Reallohnerhöhung ge- führt.

Minister Schiller: 6,5 Prozent mehr Lohn sind möglich

Im neuen Jahr wollen die west- lichen Gewerkschaften diese Rückhaltung aufgeben und eine wesentlich stärkere Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an finan- ziellem Erfolg der Arbeit in der Wirtschaft durchsetzen. Zwar sind die meisten Gewerkschaften durch bestehende Tarifverträge bis weit in das Jahr 1969 hinein gebunden, aber innerhalb sind die Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 15 Mil- lionen Arbeitnehmer kündbar. Bei den neuen Verhandlungen soll u. a. auch der vom Schwereindustriensek- tor der Bundesregierung für erforder- liche gehaltene Nachholbedarf an Lohn- und Gehaltserhöhungen von 2,5 Prozent mit berücksichtigt wer- den, auf dem Arbeiter, Angestellte und Dienstleistungen als Beitrag zur Wieder- erlangung der Wirtschaft in den vergangenen Jahren verdienen sollten. Um diesen Prozentsatz höher als Löhne und Gehälter schon im Jahre 1968 stärker steigen könn- ten, ohne das Preisniveau und Wirtschaftswachstum gefährdet wor- den wären, Bundeswirtschaftsmini- ster Schiller hat auf Grund der zur Zeit möglichen Prognosen für 1969 eine Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer um 6,5 Prozent als möglich eingeschätzt. Die Forderungen der Gewerkschaften bewegen sich nach einer Errechnung des Nachholbe- darfs um 8 bis 9 Prozent. Die Indus- triegewerkschaft Metall will bei- spielsweise Anfang Februar mit den Arbeitgeber über 9 Prozent Lohn- erhöhung verhandeln, zugleich auch über Urlaubsverlängerung, ho-

heres Urlaubsgeld und einen zu- sätzlichen Bildungserwerb. Für die Arbeiter und Angestellten im öf- fentlichen Dienst will die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Trans- port und Verkehr (ÖTV) 8 Prozent mehr Lohn und Gehalt durchsetzen. Außerdem soll die Heranführung

Gehälter und Löhne in Nordrhein-Westfalen

Die Wochenverdienste der nord- rhein-westfälischen Industriearbei- ter waren mit durchschnittlich 232 Mark Brutto im Oktober vergange- nen Jahres um 3,9 Prozent höher als

im Oktober 1967 — Der Durch- schnittsverdienst eines Industrie- arbeiter lag mit 5,21 DM um 5,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Der größeren prozentuale Anstieg der Wochenverdienste ergibt sich aus einer etwas höheren Arbeit- stundenzahl pro Woche als 1967. Bei den Angestellten hatten die des Baugewerbes mit durchschnittlich 1386 Mark im Oktober das höchste Gehalt. Auch der Bergbau mit 1346 Mark, die Energiewirtschaft und Wasserversorgung (1313 Mark), die Gummi- und Textilindustrie, die Investitions- und Traktorenindustrie (1232 Mark) sowie die In- vestitions- und Traktorenindustrie (1191 Mark) zahlten Gehälter, die über dem Lan- desdurchschnitt lagen. Dagegen blie- ben in den Bereichen Handel, Kre- ditinstitute und Versicherungsgewer- be die Gehälter mit durchschnit- tlich 827 Mark erheblich unter dem Mittel.

Zu wenige Ruhrkumpel

Zechenstilllegungen sind künftig weniger aus Absatzsorgen, sondern eher wegen Mangels an Bergleuten zu befürchten. Diese Ansicht äußerte der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Walter Arendt. Um be- stimmte Zechen voll auslasten zu können, werde der Ruhrbergbau möglicherweise Zechen stilllegen und die Belegschaften verlegen müssen.



Gerade noch erschwinglich: Opel-GT („Feverstahl“). Es gibt ihn in zwei Ausführungen. Der GT 1100 ccn hat 60 PS und leistet 155 km/h, der GT 1900 schafft mit seinen 90 PS bis zu 185 km/h. Die Tester loben die rasante Beschleunigung und die ausgezeichnete Straßenlage. Gesamtpreis: 10 767,- bzw. 11 877,- DM.

Ein wichtiger kleiner Unterschied

Wenn ein hoher Wirtschaftsfunktionär in Mitteldeutschland herumreist und die Werklötigen und Gewerkschaften ermahnt zu stellen, dann wären ihm die schwedischen Gefährten sicher. Tatsächlich hat sich aber der Bundeswirtschaftsminister 1968 so verhalten und zum Jahresende noch einmal öffentlich betont, kräftige Lohnerhöhungen seien notwendig, damit die Lohnsteigerungen weiterhin so stark oder gar noch stärker raschen.

Die Lage ist so: Die Bundesrepublik produziert trotz höherer Löhne z. T. billiger als andere Länder. Deshalb werden ihre Waren vom Ausland gekauft, und deshalb fließt viel ausländisches Geld nach Westdeutschland. Das wiederum macht z. B. das französische Franc und das englische Pfund etwas schwächer auf der Brust. Der primitivste Weg, das zu ändern, wäre eine Herabsetzung des Wertes der D-Mark („Aufwertung“). Es würde die westdeutschen Waren verteuern und wäre deshalb zugleich eine Art Strafmaßnahme gegen die westdeutsche Industrie und ihre Belegschaften, die eine hohe Arbeitsproduktivität erreicht haben. Stattdessen hat die Bundesregierung die westdeutsche Ausfuhr durch steuerliche Maßnahmen etwas gebremst und die Einfuhr verbilligt. Damit die auf Hochrechnungen laufende Produktion dennoch genügend Absatz findet, sind weitere Lohn erhöhungen im Inland wünschenswert.

Ulbricht hätte das zweifelsfrei ändern gemacht. Während sich die Bundesregierung den Wünschen der USA, Frankreichs und Englands nach Aufwertung der D-Mark erfolgreich widersetzt, hätte die SED schon auf dem ersten Weltkongress reagiert. Aber nicht nur, daß ihm die Bundesrepublik sich ein Beispiel nationaler Unabhängigkeit vorzusehen hat, ist ihm unangenehm: Er liebt es offensichtlich nicht, wenn die Interessen der westdeutschen Werklötigen erfolgreich verteidigt werden. Lieber schlägt er sich auf die Seite von „Wollstret“ und der englischen und französischen Unternehmern.

Was bedeutet das nun alles konkret für den Gefährten der Bundeswehr? Hier nur ein paar Beispiele: Das Benzol für seinen VW ist schon billiger geworden. Wenn er mit einem neuen Auto feilscht, so darf es diesmal ein „Fremdauto“ oder „Hollener“ sein; auch die Preise dafür sind schon gesenkt. Der ausländische Kolben in der Kantine wird noch billiger. Seine Ersparnisse sind verstaatlicht geblieben, und wenn er seine 18 Monate hinter sich hat, erwarten ihn höhere Löhne als je zuvor. Außerdem erwarten ihn mehrere Arbeitsplätze zur Auswahl.



Der dienstälteste Minister der Bundesrepublik, Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder.

Sozialisierung durch Privatisierung

Der „Volksaktionär“ behält Aktien - im Wert gestiegen

Man kann Betriebe verstaatlichen und dem Arbeiter sagen: „Sie sind Deini“. Das ist der kommunistische Weg zur „Sozialisierung“. An seiner Ende stehen „Eigentümer“, die nicht viel zu sagen haben, denn der wahre Besitzer wird die Partei. Die Bundesrepublik ist vor 10 Jahren erstmals dem umgekehrten Weg gegangen und hat an 4,3 Millionen Staatsbürger, bevorzugt an solche mit kleineren und mittleren Einkommen, „Volksaktien“ verkauft. Diese Aktien geben den Erwerbern ein echtes Eigentumsrecht an das bisher im Staatsmonopol befindlichen Betrieben (VW, Preussag, VEBs).

Die Bundesregierung verfolgte mit diesem Privatisierungsaktionen vor allem zwei Ziele: Es sollte der Gedanke des Aktienparens in die breiten Schichten des Volkes getragen werden, um die einkommensschwächeren Teile der Bevölkerung

an Wachstum der Wirtschaft teilhaben zu lassen. Die Privatisierung war als Initialzündung für diese neue Form der Vermögensbildung gedacht. Zugleich wollte die Bundesregierung weitere Aktien-Emissionen breiterer Streuung anregen und so die „Eigentümerschaft“ für jedermann populär machen. Heute, zehn Jahre später, können wir feststellen, daß diese Ziele weitgehend erreicht worden sind.

Die Ausgabe der ersten Volksaktien war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Privatisierung des Aktienparens. Das Wertpapierparens wurde Allgemeingut und löste mit zunehmendem Wohlstand vielfältige neue Formen der Vermögensbildung aus. Neben die klassischen Formen des Sparens trat der verstärkte Erwerb von Schulverschreibungen, Aktien und Investmentaktien. Die neuen „Volksaktionäre“ hielten in der überwiegenden Mehrheit ihren Aktienbesitz die Treue, widerstanden weitgehend der Versuchung von Gewinn nützlichem bei Kurssteigerungen und ließen sich von vorübergehenden sinkenden Kursen in ihrer Einstellung zum Aktienbesitz nicht beeinflussen.

IG Metall wurde vielsprachig

Für Jugoslawen, die als Arbeitnehmer in Metallbetrieben der Bundesrepublik beschäftigt sind, gibt die IG Metall ab Januar 1969 ein Mitteilungsblatt in serbo-kroatischer Sprache heraus. Damit erhöht sich die Zahl der fremdsprachigen Mitteilungsblätter der IG Metall auf fünf (spanisch, griechisch, italienisch, türkisch und serbo-kroatisch).

Unfallversichert in der Freizeit

Eine Freizeitunfallversicherung hat die IG Metall für ihre Mitglieder eingeführt. Sie trat am 1. Januar in Kraft getreten und soll bei Tod, Invalidität und bei längerem Krankenhausaufenthalt eine Nothilfe leisten.

Wie in der Postkutschzeit: Zoll

Am vorletzten Tage des alten Jahres verbreitete ADN eine Mitteilung des Presseamtes, nach der in der Sowjetunion vom 1. Januar 1969 an neue Regelungen für den „grenzüberschreitenden Reiseverkehr“ in Kraft träten. Einige bisher bestehende administrative Regelungen, so ließ es sich überdies weiter, sollten entfallen, die bereits übliche Erhebung von Abgaben sollte künftig stärker dazu benutzt werden, um die Ein- und Ausfuhr von Waren „im Einklang mit den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu regulieren und Spekulationen zu unterbinden“. Zwei Tage dauerte das Rätselraten, ob die neuen Vorschriften nach den Interzonenverkehr betreffen, dann war es klar: Ulbricht hatte für Geschenke und Souvenirs den Binnenzoll wieder eingeführt. Die neuen Bestimmungen, deren Wortlaut - außer in der Überschrift - das Wort „Zoll“ vermeidet und statt dessen von „Gemeinschaftsgebühren“ spricht, errichtet praktisch jene Zollbarrieren mitten in Deutschland von neuem, die 1834 der Deutsche Zollverein scheinbar endgültig beseitigt. Dessen Vorkämpfer Friedrich List mußte gleichwohl seinen Namen für die Verkehrshochschule in Dresden hergeben.

Allein durch jenen Satz, daß für die Zollbemessung die in Mitteldeutschland geltenden Einzelhandelspreise zugrunde zu legen sind, wird der einzelne Besucher über jedes zumutbare Maß hinaus belastet. Vor allem bei Tagesbesuchen im Ostteil Berlins, wie sie vor allem zu den Festtagen von Tausenden Westdeutschen vorgenommen werden, entstehen künftig erheblich höhere Kosten, sofern die Besucher nicht mit leeren Händen kommen wollen. Offensichtlich will die SED diesen Besucherstrom stören und drosseln, nicht nur daraus verdienen.

Staatsprofil an Verwandengeschenken

Schon eine einzige der im Zeitalter des Minirotas begehrten Strumpfhoes - im Wert für zehn DM in Spitzenqualität zu haben - kostet ihren Spender beim Passieren von Ulbrichts Zollgrenze weitere acht DM. Er macht folgende Rechnung auf: Verkaufspreis in der Zone 40 Mark, abzüglich 20 Mark gemeinnütziger Einlieferbetrag, mit Genehmigunggebühr zuzulegender Betrag demnach 40 Mark, darauf 20 Prozent Zoll laut der Tabelle, also acht DM an die Staatskasse zu zahlen.

Mit der westdeutsche Besuchsfamilie gar noch eine Flasche Wein, die im Wert für 14 DM geladen, so muß der Besucher angesichts des Großplakats „Willkommen in der Deutschen Demokratischen Republik“ sogar 24 DM Zoll zahlen. Befinden sich noch ein Pfund Bohnenkaffee und ein Paar noll-lauer Strümpfe für die Ostberliner Hausfrau in der Einkaufstasche, so

kostet das zusammen mindestens 4,60 DM Zoll. Eine wollene Strickjacke (Kaufpreis im Westen 40 DM) würde den Dienstreisenden der SED-Regierung um volle 20 DM vermehren.

Vier Personen: 76,60 DM Visa und Zoll

Eine vierköpfige Familie hoffe demnach, neben Visagebühren von 20 DM, nach 56,60 DM Zoll für Waren zu zahlen, die überhaupt nur 75 DM gekostet haben. Besuch der Familie mit dazugehörigen gewiß nicht übermäßig aufwendigen Geschenken im Gepäck ihre Ostberliner Verwandten im eigenen Wagen, so sollte das Familienoberhaupt tustlich seinen Reservestempel zu Hause lassen. Denn Benzine ist im Reiseverkehr bei Aufenthalt von weniger als drei Tagen mit 40 Prozent zu verzollen.

Pakete in West-Ost-Richtung sind vorläufig von den Zollvorschriften noch nicht betroffen. Vielleicht ist Ulbricht noch kein Trick erpfindend, wie er den Zoll dafür in Westgeld kostieren kann.

Gewerkschaftsbesuch aus der CSSR

Eine Gewerkschaftsdelegation der CSSR hat Mitte Dezember 1968 zum ersten Mal seit dem 1. August 1968 wieder die Bundesrepublik besucht. Dabei handelte es sich um Mitglieder der tschechoslowakischen Lehrgewerkschaft, die unter ihrem Vorsitzenden Vladim Vanek damit den Besuch einer Delegation der westdeutschen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vom Dezember 1967 erwiderte.

7 Milliarden DM Weihnachtsgeld

Durchschnitt: 260 DM netto

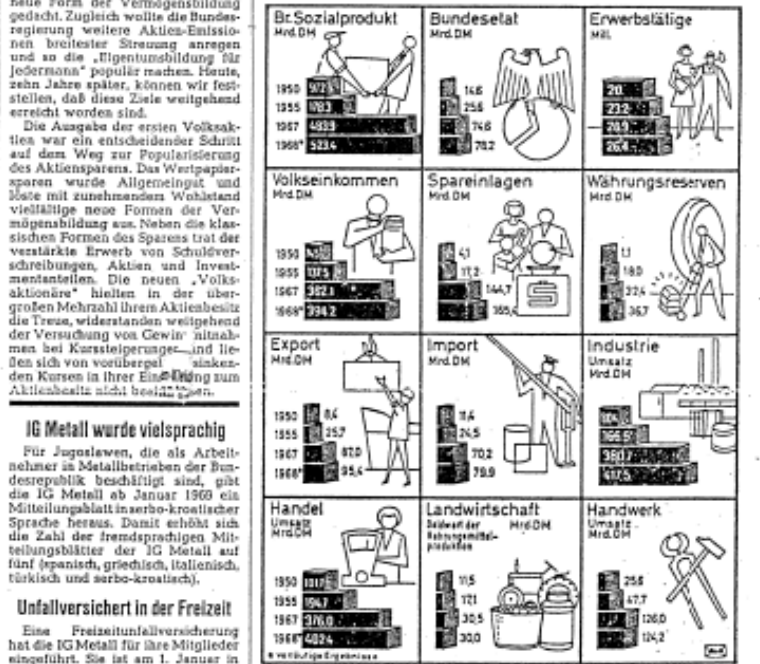
Rund sieben Milliarden DM haben die Wirtschaft und des öffentlichen Dienst 1968 an Weihnachtsgeldern bezahlt. Rechnet man davon rund 1,4 Milliarden DM die Lohnsteuer und 120 Millionen D-Mark für die Kirchensteuer ab, so bleibt für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Bundesrepublik ein Betrag von 5,5 Milliarden DM. Für jeden einzelnen Arbeitnehmer machte das im Durchschnitt 260 DM bares Weihnachtsgeld.

In der Industrie - so ergab eine Kapitalmarktuntersuchung - erhielt jeder einzelne Arbeitnehmer ein Weihnachtsgeld von 260 bis teilweise im Frühjahr und Sommer Hilfen - Jahresprämie durchschnittlich 540 Mark. Hier muß man sich wohl differenzieren. Das Gehälte zwischen Kleinbetrieben und Großbetrieben war auffallend: Bei den kleineren Betrieben lag der

Mittelwert bei 250 DM und bei den großen bei 700 DM.

Insgesamt zahlte die Industrie etwas mehr als der öffentliche Dienst, der 40 Vies Monatslohnkornens gewährte. Im Baugewerbe und in weiten Bereichen des Handels und des Handwerks wurde dieser Satz allerdings nicht entfernt erreicht. Das gilt auch für so wichtige Industriegruppen wie des Maschinenbau, der Textil- und Bekleidungsbranche sowie für die meisten Betriebe der großen Industriegruppe von Nahrung und Genuss.

Auf der anderen Seite legten eine Reihe industrieller Großunternehmen, vor allem in der Chemie, im Laufe des Jahres für treue Dienste ein Monatslohn und mehr dazu. Und Bankbeschäftigte z. B. kamen nicht selten in den Genuss eines 13. oder sogar 14. Monatsgehälts.



Das Jahr 1968 stand in Zeichen eines bundesweiten Konjunkturaufschwungs. Lediglich im Handwerk und in der Landwirtschaft konnten die Leistungsziffern des Vorjahres nicht ganz erreicht werden.

Wer verdient wieviel?



Kunst und Unterhaltung	
Maskenbildner	800-1.200
Soubrette	600-1.200
Schauspieler (mittl. Stadtbesetzer)	500-1.800
Schauspieler (Staatstheater)	2.000-6.000
Dramaturg (große Bühne)	2.000-3.500
Regisseur (Theater) (pro Inszenierung)	2.000-12.000
Inszenent - Schauspiel (Kammersaal Theater)	2.000-3.800
1. Geiger (philharm. Staatsorch.)	3.000-3.800
Bariton (mittlere Qualität)	2.500-4.500
Generalmusikdirektor (mittlere Bühne)	2.800-4.500
Showmaster (pro Sendung)	15.000-25.000
Zirkusclown	2.500-4.500
Domepter (eigene Haupttiere)	10.000-25.000
Catöne (15-20 Kämpfe)	3.000-7.000
Fotomodel	1.000-20.000
Relax und Erholung	
Kellner	
(ohne Trinkgelder)	575-1.000
Koch	600-1.500
Schwimmlehrer	600-1.800
Reiseleiter (ohne Spesen)	500-1.250
Bäderführer	600-3.000
Schwabengastwirt	550-1.100
Recht und Ordnung	
Kriminalkommissar	800-1.325
Polizeipolizeistand	2.000-4.000
Gefängniswächter	620-930
Feuerwehrführer	850-1.180
Staatsanwalt	1.700-2.900
Soldat (auf Zeit)	550-740
Sturmführer-Pilot (Scharführer)	1.300-1.450
Kapitänleutnant	1.210-1.670
Major	1.300-2.047
Oberst	1.700-3.280
Garnisonsozial (im Bundesgrenzschutz)	3.050-3.966
Behörden	
Betriebsräte	
(Finanzamt)	800-2.100
Regierungsrat	1.380-2.047
Ministerialrat	1.700-2.600
Finanzprüfer	1.700-2.380
Statistiksekretär	5.500-6.000
Bundesminister	7.800-8.000
Bundeskanzler	10.000
Sonstige Berufe	
Steuergastgeber	1.500-4.000
Rechtsanwalt	1.210-3.000
Nachwächter	300-600
Grundstücksmakler	1.200-3.000
Plattler (evangelisch)	1.200-2.600
Bischof (evangelisch)	2.400-4.640
Plattler (katholisch)	1.200-1.420
Bischof (katholisch)	2.200-2.800

Landwirtschaft	
Milcher	
(bei freier Wohnung)	750-1.800
Gärtner (mittlere Betriebe)	1.800-2.900
Gärtnergehilfe	600-850
Gartenbauingenieur	1.050-2.000
Winzer (mittlere Weinlage)	600-1.900
Waldbesitzer (ohne Akkordzuschlag)	620-700
Ernährung	
Konditor	600-900
Metzger (eigene Schlachtereier)	1.200-3.500
Käseproduzent	800-1.200
Bierbrauer	650-850
Einzelhandel	
Verkäufer (Lebensmitteleinzelhandel)	380-750
Filialleiter	670-1.250
Lebensmitteleinzelhandeler (mittlere Betriebe)	1.250-3.000
Tabakwarenhersteller	750-2.500
Kleidermacher (Bekleidung)	600-1.800
Buchbinder	800-2.000
Körperpflege	
Frisiergehilfe (ohne Trinkgelder)	500-800
Perückenmacher	400-800
Inhaber eines Kosmetiksalons	1.200-4.000
Perückenmacherin	600-800
Verkehr	
Zugschaffner (Bundesbahn, ohne Fahrzulage)	630-800
Lokomotivführer (ohne Fahrzulage)	780-1.036
Bundesbahnführer	1.650-2.050
Strassenbahnführer (ohne Fahrzulage)	680-800
Draisinführer (ohne Fahrzulage)	750-1.000
Kapitän auf großer Fahrt (Ostl. Auslandszulage)	2.670-3.707

Informationen	
Fernsehmagazine	1.500-2.250
Redakteur	800-2.000
Pressefotograf (angestellt)	750-6.000
Rundfunkintendant	5.000-10.000
Landwirtschaft	
Milcher	
(bei freier Wohnung)	750-1.800
Gärtner (mittlere Betriebe)	1.800-2.900
Gärtnergehilfe	600-850
Gartenbauingenieur	1.050-2.000
Winzer (mittlere Weinlage)	600-1.900
Waldbesitzer (ohne Akkordzuschlag)	620-700

15 Millionen Volkswagen

Der 15.000.000. Volkswagen, ein „Käfer“, ist in Wolfsburg von Band gelaufen. Seit 1945 wurden rund elf Millionen „Käfer“ und weit über zwei Millionen VW-Transporter hergestellt. Mehr als neun Millionen Volkswagen wurden auf ausländischen Märkten verkauft. Für die Herstellung der ersten Million VW



Es muß nicht Spanien oder Tunesien sein: Oberbayern und die bayerischen Alpen sind im Sommer und Winter die begehrtesten Reiseziele der Westdeutschen. Auch fast jeden sowjetischen Touristen, der die Bundesrepublik besucht, zieht es nach Bayern.

25 Std. Farbfernsehen pro Woche

150.000 neue Farbfernseher werden allein im letzten Drittel 1968 in der Bundesrepublik hergestellt. Die Fertigung war im Jahresverlauf größtenteils ausverkauft. Die Sender hatten Anfang Oktober 1968 ihre Farbfernzeit auf 25 Stunden in der Woche erhöht. Verkaufsförderer waren Apparate mit 62er-Bildröhre zwischen 2.200 und 2.500 DM, nicht die billigeren und kleineren zwischen 1.500 und 2.000 DM. Die Marktforscher stellten fest: Käufer der teuren Farbfernseher waren zu 41% Arbeiter und Rentner, zu 49% Angestellte und Beamte, nur 10% Selbstständige und Freiberufler. Fast 30 Prozent aller westdeutschen Haushalte wollen in den nächsten Jahren einen Farbfernseher kaufen. Der Bedarf für die kommende Saison wird auf 450.000 bis 500.000 Color-Geräte geschätzt, 60% der Käufer haben ihren Schwarz-Weiß-Fernseher als Zweitgerät behalten.

720 DM pro Jahr für das Auto

Wie die Statistiker errechnen haben, macht ein westdeutscher Vier-Personen-Arbeitsnehmerhaushalt mit einem mittleren Einkommen von rund 1000 DM monatlich rund 720 DM pro Jahr für den fahrbaren Unterhalt. Das ist mehr, als solche Haushalte für Oberbekleidung, Möbel, Teppiche, technische Haushaltsgeräte oder für Genussmittel (mit jeweils rund 650 DM im Jahr) ausgeben. Insgesamt machen die Kosten fürs Auto 6,5% der Gesamtausgaben aus. Bei Familien mit 2000 DM Einkommen erreicht der durchschnittliche Etat für die „Familienkutsche“ sogar 11% aller Ausgaben. **Steigendes Privatvermögen der Arbeitnehmer** Fast zwei Drittel des nach 1950 in der Bundesrepublik gebildeten privaten Vermögens gehört Arbeitnehmern und Rentnern. Von 1950 bis 1967 sind in den privaten Haushalten Vermögen in Höhe von 312,5 Milliarden DM gebildet worden.



Jetzt
13% Rabatt an ALLE!
KGV
 für jeden
 VORTEILE

- | | |
|--------------------------------|---------------------------------|
| Suppenhühner 2,99 | Knacker, einfach 3,98 |
| Brechspargel 1,18 | Tomatenketchup -98 |
| Weil. Champignons 1,38 | Goldenes Maiskeimöl 1,78 |
| Langkorn-Reis -39 | Rouladen oder Schmorbraten 3,98 |
| Ig. Erbsen -75 | Amselfelder Spätzburgunder 1,99 |
| Linsen -78 | 1967er Binger Rosengarten 1,53 |
| Rotkohl -89 | Alter Mosan-Rom-Verschnitt 6,98 |
| Gel. Doppelkekse -98 | Reifd. Jam.-Rom-Verschnitt 6,45 |
| Wegerkäse -48 | Wüstelzucker Mecke -73 |
| Neue 2 Vitaminbombs -78 | |
| Schoko-Milch-Desert-Riegel -87 | |

- Severieren Sie Abendkostgeude!*
- | | |
|--------------------------------------|------------------------------|
| Circlee Tee -88 | Heringsfilets -58 |
| Circlee Röstkaffee 5,98 | Almschnitten -79 |
| „Eldenhof“-Salami -98 | Ramee Camembert 1,09 |
| „Eldenhof“-Zerkletofwurst -98 | Scheibletten-Aufschnitt 1,58 |
| Leberwurst, fein, Hausen-Leberw. -88 | Weißbrot -58 |
| Hausen-Rohwurst -88 | Rama -71 |
| Hausen-Tafelsülze -88 | Bananen -98 |
| Comed beef 1,99 | Tafeläpfel -98 |
| Delikatessenschlender -71 | Porree -48 |
| OND 1,28 | |
| UHI 1,18 | |

... und außerdem 3% Rabatt an alle!

KGV KGV

- | |
|-------------------------|
| Rhm. „Fillet York“ 1,52 |
| Rhm. Impenwurst -64 |

- zum Wochenende*
 in allen Filialen
- | |
|---------------------|
| Schweineleber 2,80 |
| Vorferschinken 2,80 |
| Metzwurst -56 |
| Winterschlacken -96 |

DAS SIND LEISTUNGEN

Zur eigenen Schenkung:

Bratwurst -35
Schweineleber 2,75
Frisches Gulasch 3,20

Kaufhaus **KARSTADT**

Große Zeit für kleine Preise

500 Bechelnäher -95	Romer-Kochbrot 5,95	De. Rindfleisch 12,95
500 Eier-Bettlacher 6,95	Franken-Vollkornbrot 7,95	Romer-Kleber 19,50
Bienen-Geschäft 4,95	Bienen-Polster 10,00	Bienen-Kastlitz 49,80
Bienen-Schlundring 8,95	Bienen-Pullover 15,00	Bienen-Kügel 49,80

NECKERMANN Kaufhaus

Mit Pfennigen rechnen!

Schweineschinken 2,85	Pfäfer Leberwurst 1,38	Brechbohnen 68	Weißbrot 4,95
Kaiserschinken 2,95	Mopser Speck 1,98	Ital. Pflaume 1,39	Rom-Verschnitt 5,45

HERTIE

MANTELPARADE

Damen-Wintermantel 159,00	Damen-Pullover 7,50	Herren-Pullover
Damen-Wintermantel 59,75	Kinder-Pullover 3,95	Schiffswand-Halsweiche
Sportl. Herren-Wintermantel 98,00	Kinder-Kleidchen 9,95	Herren-Garnitur
Wintermantel für den Jungen Herrn 118,00	Kinder-Strickweste 4,95	Herren-Futter-Winterhose
	Kinder-Strickhose 6,50	Herren-Schlupfjacke

Scotch Whisky 13,81
 Martini 4,98
 Drogenzell 1,48

Deutsche Markenbutter 1,88
 Rosenkohl 80 Pf
 Lammbraten 2,38
 Tarte US-Leber 1,78

Schwerer Damen-Lackmante 5,00

- KAISER'S**
- | |
|-----------------------------------|
| Libby's Tomatenkraft 69 |
| KAISER'S KAFFEE ROT 3,60 |
| Brücker Speisequark 99 |
| Mischkost 89 |
| Käsechen, befeuchtet, gelber 2,98 |
| Müller's Kochkostwurst 79 |
| Apfelmus, tafelfertig 79 |
| Deutscher Edamer 99 |
| TheoSchokolat 89 |
| Wass. Kalklaktat 79 |
| ROBERT Johannisweizen 1,19 |

* BEI UNS IST IHRE MARK „mehr Wert“

Feinkost Margarine
 Höchstabgabe 3 Becher
 -10

VOX Express Kaffee 3,98
 Romadurküse -25
 Brötchen -02
 Pampelmusen -39
 Vollwachsmitel -4,70
 Express Kaffee 2,38
 Deutsche Teemischung 2,68
 la Rindespilzsch 2,98
 frz. Delicious Apfel -38

Brechbohnen
 Höchstabgabe 3 Dosen
 -59

sensationel

Küchenhandtücher -50	Herrenschachtel 1,-	Frotter-Handtücher 1,-
Geschl. und Cocklaktücher 1,-	Tischdecken 6,-	Frotter-Handtücher 2,-
Frotter-Handtücher 4,-	Bettdecken 5,-	Darmst.-u. Badzettel-Bezüge 12,-
Badelecken 10,-	Commode- u. Linde-Bezüge 6,-	Bettlaken-Bezüge 25,-

remma
 Zwiebelwurst -48
 Rind. Hackbraten -69
 Wellenkorn 5,95
 Eiermehle 7,9

immer aktuell und preiswert

Rindes-Spindel -7	Kohlstrawen 1,6
Königsberger Klops 1,28	Bananen -65
Franz. Tafel-Äpfel 1,48	

Kondensmilch -53	Konfitüre 7,-
Bienenhonig -89	Rotwein 9,-
	Nescafé 2,38

Benzin 49⁹ Super 54⁹
 LITER PI LITER PI

AUTOZUBEHÖR REIFENSERVICE MOTORENOELE

M+S-Reifen mit Spillox und Folge 66,50
 59x2 84,90

...man kauft Lebensmittel bei **HERTIE** BONN

Konfitüre -78	Schinkenspeck -98	Markenbutter 1,6
---------------	-------------------	------------------

Unsere Blockküche bietet kalte Platten und diverse Salate für Ihre Feiern!

Auch Flugblätter, die an sowjetische Soldaten gerichtet waren, wurden über unserem Ort abgeworfen. Sie sollten sowjetischen Soldaten in die Hände gegeben werden.

Immer wieder neue Möglichkeiten der gegenseitigen Beeinflussungen wurden gefunden. Die traditionsreiche Ausstellungsfläche in Berlin „Unter dem Funkturm“ wurde bald wieder für die „Grüne Woche“ oder eine Industrieausstellung genutzt. Diese, auch durch Bewohner aus dem Osten stark besuchten Ausstellungen wurden ebenfalls für die Verteilung von Hetzblättern genutzt. Darüber hinaus verteilte man an Ostbesucher kostenlos kleine Geschenke für den täglichen Bedarf, z.B. kleine Pakete mit Nägelsortimenten, Südfrüchte usw.

Die westdeutsche Tageszeitung „Der Telegraf“ wurde durch Kurier, die mit der Bahn fuhren, an Bahnhofskiosken in der DDR abgegeben und dort verkauft.

Der Eulenspiegelverlag der DDR vertrieb seine Zeitung auch in Westberlin.

Auch die Kirche wurde als Instrument der starken Beeinflussung ausgenutzt. So wurden den Gemeindepfarrern Hirtenbriefe übersandt, die sie vor dem sonntäglichen Gottesdienst verlesen sollten. Hierbei muss erwähnt werden, dass die Amerikaner in der größten Notzeit auch eine Spendenaktion für die notleidende Bevölkerung in Europa einleiteten. Die Bevölkerung in Amerika wurde aufgefordert, den Verwandten gebrauchte Kleidung und vor allem Lebensmittel zu übersenden. Wer keine Verwandten hatte, konnte seine Spende an die Pfarrämter schicken, die dann die Verteilung an die Kirchengemeinde vornahm. Ganze Schiffsladungen mit Spenden gingen so nach Europa ab. Die amerikanische Vereinigung „Care“ hatte sich das Ziel gestellt, Liebesgabenpakete in notleidende Länder zu schicken. Mit Hilfe von Geldspenden wurden Firmen beauftragt, solche Pakete zu packen und zu versenden. Zucker, Mehl, Reis, Milchpulver aber auch Kakao und Kaffee gingen nun auch bei unseren Pfarrämtern ein.

Rundfunk und Fernsehen standen ebenfalls im Dienste des „Kalten Krieges“. Von westlicher Seite waren die Sender „Rias Berlin“, Stimme Amerikas sehr stark bei uns hörbar. Der Sender Torfhaus wurde bei uns ebenfalls sehr gut empfangen.

Flugblatt, gefunden hinter den Gärten der Thiestraße.

Vordere Seite:

Deutsche Freunde! Das ist ein antikommunistisches Flugblatt für sowjetische Soldaten und Zivilisten. Seid vorsichtig damit! Falls ihr wisst, daß unsere Flugblätter wirklich in sowjetische Hände gekommen sind, bitten wir euch darüber persönlich unserem westberliner Büro zu berichten oder uns ohne Angabe des Absenders zu schreiben

Свободу и Родину мало любить — за них нужно бороться!

СВОБОДА

Центральное Объединение Политических Эмигрантов из СССР

К военнослужащим Советской Армии

25-27 апреля 1957 года в голландской столице Гааге состоялся Конгресс русских политических, научных и общественных деятелей, а также деятелей культуры и искусства, находящихся за рубежом. Конгресс проходил под названием «За права и свободу в России».

Конгресс этот, в котором участвовали русские деятели, съехавшиеся из 16 стран мира — в том числе пришедшие на свободный Запад из Советского Союза за последний год — единодушно принял резолюцию по международной политике. В этой резолюции говорится:

«Выражая стремления лишенных возможности говорить на международном форуме народов России, Конгресс утверждает:

1. Жажда мира есть основное стремление наших народов, что совпадает и с чаяниями народов свободного мира. В

этом залог единства и солидарности между народами нашей страны и народами свободного мира.

2. Коммунистический режим вообще и советское государство представляют собой препятствие на пути к обеспечению мира во всем мире.

3. Коммунистический режим неспособен к эволюционному изменению своей агрессивной сущности. Поэтому свержение коммунистического режима в его цитадели — нашей стране — единственный способ обеспечить мир на земле.

4. Освобождение поработанных коммунизмом народов возможно лишь революционным путем. Все возрастающая освободительная борьба поработанных коммунизмом народов настоятельно требует объединения усилий как этих народов, так и свободного мира.

Rückseite:

Подчиняя внешнюю политику на-
ц) государства интересам мирового
коммунизма и поддерживая на средства,
отнятые у нашего народа, иностранные
коммунистические режимы и партии, со-
ветское правительство тем самым сеет
во всем мире семена ненависти к нашей
стране. Наши народы требуют прекра-
щения этой преступной политики совет-
ского правительства.

6. Вопреки утверждениям коммуни-
стической пропаганды, ни одно государ-
ство свободного мира не может готовить
агрессию против нашей страны, по-
скольку, в противоположность существ-
ующему в СССР положению, прави-
тельства этих стран свободно избраны
народом и находятся под его постоян-
ным и действенным контролем.

7. Народы России заинтересованы во
всеобщем разоружении, как средстве со-
хранения мира — при условии осуществ-
ления всех видов эффективного меж-
дународного контроля и инспекций.

8. Сосуществование с коммунистиче-
ской системой должно быть заменено
настоящим мирным сожительством на-
родов всего мира.

Справедливость, общечеловеческая мо-
раль и право в международных отно-
шениях!

9. Народы России, считая своим идеа-
лом дружную семью сотрудничающих
между собою держав, ожидают от пра-
вительств стран свободного мира ответ-
ственных заверений в том, что освобо-
дительная революция не будет ими ис-
пользована для какого-либо ущемления
национальных интересов или историче-
ских прав России и ее народов.

M 8008

Издание Центрального Объединения Политических Эмигрантов из СССР
(ЦОПЭ)

ЦОПЭ, Мюнхен 2, Гайгльштрассе 25.
ZOPE, München 2, Gaiglstr. 25.
Тел. 55 74 85.

ЦОПЭ, Берлин, Мартин Лютер штр. 88.
ZOPE, Berlin W 30, Martin Luther Str. 88
Тел. 55 74 85.

Друг! Всегда помни, что ты не одинок. Мы, бывшие солдаты и офицеры
Советской Армии, работаем для освобождения Родины и тем самым для твоего
блага. Вступай с нами в связь. Пользуйся помощью немецких друзей. Мы
готовы тебе помочь во всех твоих делах. Всегда помни о нас.

Die freie Übersetzung des in russischer Sprache geschriebenen Textes lautet:

„Die Freiheit und die Heimat zu lieben, das ist zu wenig- Man muß für sie kämpfen !

Freiheit

Zentralverein der politischen Emigranten aus der UdSSR
An die Soldaten der sowjetischen Armee

In der Zeit vom 25. bis 27. April 1957 findet in der holländischen Hauptstadt „Den Haag“ der Kongreß der russischen politischen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Funktionäre, sowie der Kultur und Kunst statt, die sich zur Zeit im Ausland befinden.

Der Kongreß trug das Motto- „Für Recht und Freiheit in Rußland“ Dieser Kongreß, an dem russische Funktionäre aus 16 Staaten der Welt teilnahmen - darunter auch aus der UdSSR - hat eine Resolution der künftigen internationalen Politik angenommen.

In der Resolution steht:

Der Kongreß unterstützt das Streben der Völker der Sowjetunion, die am Kongreß nicht teilnehmen konnten.

1. Das Streben nach Frieden ist Vordergrund unserer Völker, Was mit dem Wunsch der Völker der freien Welt übereinstimmt.

In diesem Punkt sehen wir die Vereinigung und die Solidarität zwischen allen Völkern der Welt.

2. Das kommunistische Regime und der sowjetische Staat schaffen von sich aus Hindernisse auf dem Weg zur Sicherung des Friedens in der Welt.

3. Das kommunistische Regime ist nicht fähig, seine aggressive Politik zu ändern, deshalb ist die Vernichtung des kommunistischen Regimes in seiner Zitadelle (in unserem Lande) die einzige Möglichkeit der Sicherung des Friedens auf der Erde.

4. Die Befreiung der unter dem Kommunismus versklavten Völker ist nur möglich mit Hilfe einer Revolution. Der wachsende Freiheitskampf der unter dem Kommunismus versklavten Völker braucht einen Zusammenschluß der Kräfte und ein Bündnis mit den Völkern der freien Welt.

5. Die sowjetische Inlandspolitik wird den Interessen des Weltkommunismus untergeordnet. Der sowjetische Staat unterstützt mit den dem Volk entnommenen Mitteln die Politik der internationalen Regime und Parteien und sät damit die Samen der Feindseligkeit zu dem sowjetischen Staat.

Unsere Völker rufen auf zur Beendigung dieser verbrecherischen Politik der sowjetischen Regierung.

6. Entgegen den Behauptungen der kommunistischen Propaganda, kein Staat der freien Welt ist bereit, eine Aggression gegen unser Land vorzubereiten, haben die von den freien Völkern gewählten Regierungen ein wachsames Auge auf die Entwicklung des Kommunismus.

7. Die Völker von Rußland sind zu einer gemeinsamen Entmilitarisierung zum Zwecke der Erhaltung des Friedens bereit.

Das ist möglich unter Voraussetzung der Verwirklichung aller Arten von effektiver internationaler Kontrolle und Inspektion.

8. Das Nebeneinander mit dem kommunistischen System muß ausgetauscht werden durch ein aufrichtiges Miteinander der Völker der ganzen Welt. Die Aufrichtigkeit, eine allumfassende Moral und gleiche Rechte für alle in der internationalen Politik sind gefragt.

9. Die Völker Rußlands halten eine freundschaftliche Gemeinschaft für ihre Ideale der miteinander zusammenarbeitenden Länder und erwarten von den Regierungen der Staaten der freien Welt entsprechende Schritte, dafür zu sorgen, daß die befreiende Revolution dieser sowjetischen Völker nicht zur Erniedrigung der nationalen Interessen oder historischen Rechte Rußlands und ihrer Völker benutzt wird.

Mein Freund! Vergiß nicht, Du bist nicht allein. Wir ehemaligen Soldaten und Offiziere der sowjetischen Armee arbeiten für die Befreiung unserer Heimat und damit auch für Dein Wohlergehen. Setze Dich mit uns in Verbindung !

Benutze die Hilfe unserer deutschen Freunde. Wir sind bereit, Dir in allen Deinen Angelegenheiten zu helfen, vergiß das nicht.“

EULENSPIEGEL

Zeichnung: Scharl Kader

Ein gutes Werk kommt nie zu spät;
werdet ihr mal durchgedreht!

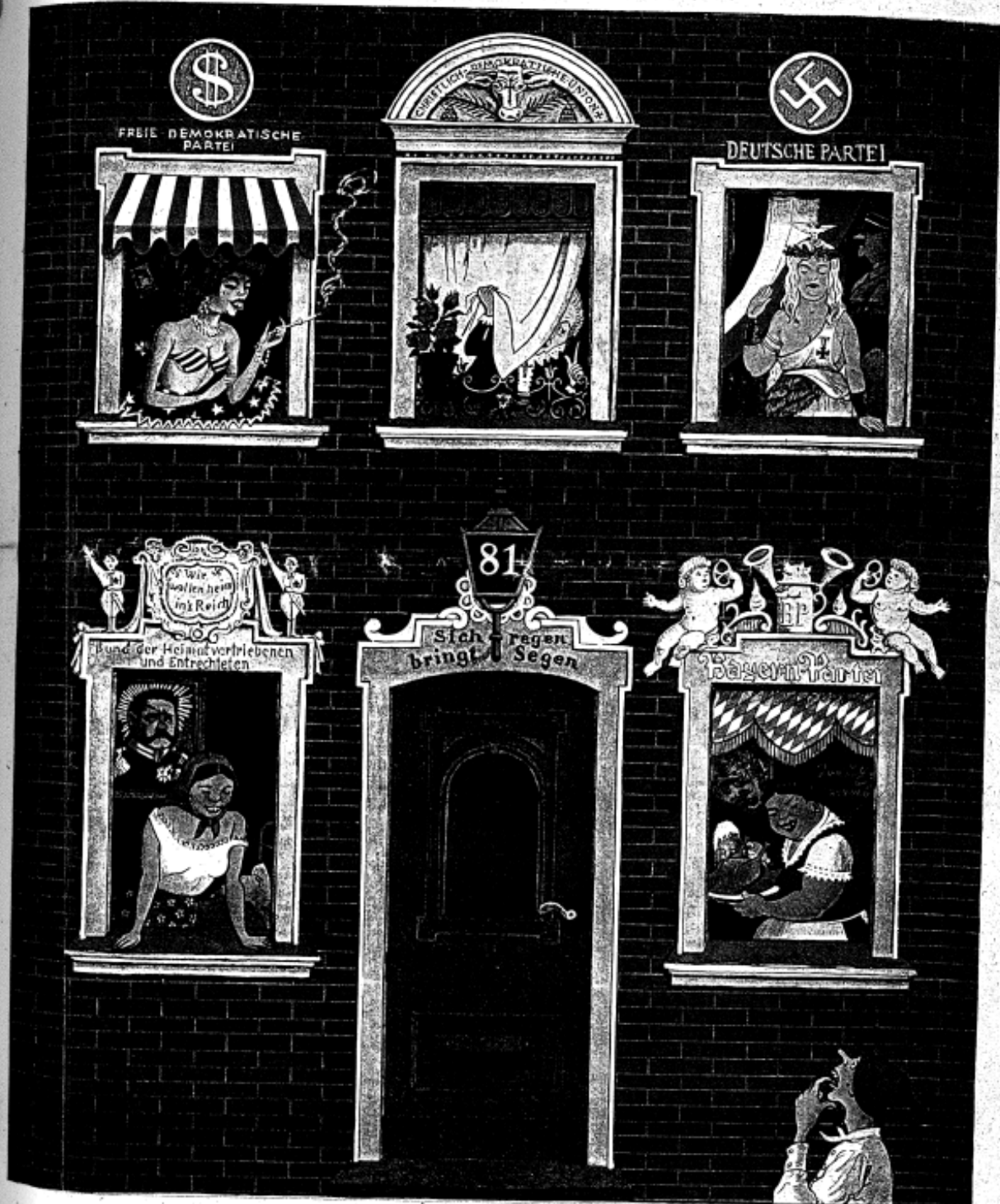


Explosives Sonderheft 1956 · Berlin · 11. Jahrgang · Unbezahlbar 15,-



EULENSPIEGEL

3. AUGUSTHEFT 1957 · BERLIN · 4. (12.) JAHRGANG · NR. 34 · 40 P.F.



„Wenn du die SPD in die Geschäftsleitung schickst, Michel – das wäre der Untergang des ganzen Etablissements!“

Zeichnung: Karl Feisch

Der evangelische Bischof
der Kirchenprovinz Sachsen

Magdeburg, den 27. März 1953

An die
Evangelischen Gemeinden
der Kirchenprovinz Sachsen

Liebe Gemeinden !

Als Euer Bischof dessen Aufgabe es nach der Grundordnung unserer Kirche ist, für die Gemeinden „mahndend und warnend das Zeugnis des Evangeliums in allen entscheidenden Fragen des öffentlichen Lebens“ abzulegen, spreche ich zu Euch in erster Stunde.

Ich halte es für notwendig, unseren Gemeinden zu sagen, daß heute wieder Notzeit der Kirche ist. Unsere Junge Gemeinde auf die wir mit besonderer Freude schauen, wird in aller Öffentlichkeit angegriffen, als wenn sie eine illegale und staatsfeindliche Organisation sei. Ihre Zusammenkünfte, ihren Rüstzeiten und Tagungen werden unter Kontrolle gestellt oder verhindert. Ihre zentrale Arbeit im Schloß Mansfeld, das der Kirche durch Staatsgesetz zum Missbrauch überlassen war, wird zurzeit lahmgelegt. Führer der Jugendarbeit wie Studentenpfarrer Hamel und Landeswart Diakon Hoffmann werden in Haft gehalten.

Darüber hinaus neuerdings in allen Teilen unserer Kirche eine große Unruhe in das kirchliche Leben hineingebracht durch die Forderung polizeilicher Anmeldung und Genehmigung aller kirchlichen Veranstaltungen außer dem regelmäßigen Gottesdienst, Evangelisationen, bei Bibelstunden, Verkündigungsspiele und andere Veranstaltungen, denen der Charakter der Verkündigung des Wortes Gottes für jeden Einsichtigen klar ist, werden davon betroffen. Ihre Veranstaltungen werden mit Strafe belegt, vielerorts wird das Stattfinden kirchlicher Veranstaltungen in Privathäusern beanstandet. Selbst eine so bedeutende, seit mehr als 80 Jahren gehaltene und in der ganzen evangelischen Welt bekannte Einrichtung wie die Missionskonferenz in Halle wird verboten. An die schweren Behinderungen kirchlichen Gemeindelebens in der Grenzzone sei nur mit diesem Satze erinnert.

Zu allen diesen Behinderungen konnte die schwere Existenznot, die zahlreiche Glieder unserer Gemeinden besonders auf dem Lande, aber auch in der Stadt in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes auf das Schwerste bedroht und die dazu geführt hat, daß eine große Zahl unter dem lastenden äußeren und inneren Druck ihre Rettung nur darin sieht, ihre Scholle und ihren Betrieb im Stiche zu lassen und zu fliehen. Viele treue Glieder unserer Gemeinden, auch viele verantwortliche Mitarbeiter in unseren kirchlichen Körperschaften und Arbeitskreisen sind darunter.

Ich sage das alles nicht, um anzuklagen. Das kann ich schon deshalb nicht, weil ich weiß, daß seitdem Kreuze des Herrn des

Leiden der gottgewollte Zustand keiner Gemeinde ist. Soweit es nötig ist, die Innehaltung der Kirche in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik gewährleisteten Rechte und der bestehenden Gesetze zu fordern, sagen wir das den verantwortlichen Stellen unmittelbar.

Wenn ich dagegen Euch, die evangelischen Gemeinden, anrede, dann tue ich es in der Absicht, Euch mit allem Ernst zu sagen, was Ihr aus dem Wissen um die Not der Kirche und um die Gewissensnot der ungezählten Menschen unter uns tun sollt. Es ist Dreierlei: Schließt Euch nur noch fester in Gottesdienst der Gemeinden zusammen; werdet nicht müde, in Eurer Not zu Gott zu schreien; und schließlich bittet Gott, daß Er unter Euch den Geist der Liebe, in der einer des anderen Last trägt, lebendig zu machen.

a) Der Mensch, auf sich allein gestellt, ist in Gefahr, den äußeren und inneren Anfechtungen dieser Zeit restlos zu erliegen. Entweder gerät er in Verzweiflung oder er ergibt sich widerstandslos dem Geist der Zeit. Darum stellt Euch in die kirchliche Gemeinschaft, besucht die Gottesdienste und sonstigen Veranstaltungen der Gemeinde, nicht, um auf eine Stunde Eure Sorgen zu vergessen, sondern um Euch durch Gottes Wort die Kraft geben zu lassen, sie zu überwinden und auch heute als frohe Gotteskinder Euren Weg zu gehen. Und wenn Ihr dann aus Gottes Wort etwas vom Zorn und Gericht Gotte hört, dann schüttelt dies nicht von Euch ab, sondern laßt Euch auch dies dazu dienen, den Willen Gottes über Euch zu erkennen und Euch unter Gottes gewaltiger Hand zu beugen. Ihr werdet es dann unter der vergebenden Gnade unseres Herrn erleben, daß sich Gottes Gerichte, wenn sie mit uns innerlich zum Ziele gekommen sind, in Segen wandeln.

b) Das Zweite steht in engem Zusammenhang damit: hört nicht auf, im stillen Kämmerlein und in der Gemeinschaft christlicher Brüder und Schwestern unaufhörlich zu Gott zu rufen. Beten heißt, sich nicht mehr auf sich selbst und sein eigenes Können zu verlassen, nicht mehr auf Menschenmacht zu vertrauen, sich nicht mehr einer vagen Hoffnung auf ein mögliches glückliches Hindurchkommen durch alle Not hinzugeben. Beten heißt, sich ganz in Gottes Hand und Willen geben und Gottes Kraft in die eigene Schwachheit ziehen. Wer das Beten lernt und übt, der wird erleben, was noch alle treuen Beter erfahren haben, daß Gottes Friede in das Herz einzieht und daß nichts, aber auch nichts uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserem Herrn.

c) Und schließlich: Wenn in der Welt rings um uns her die Geister des Hasses, der Lüge und der Gewalt herrschen, dann setzt ihnen nichts anderes entgegen als die liebe Christi. Erweist sie allen Menschen, die ins Elend gekommen sind und Eure Hilfe brauchen; erweist sie Euren Brüdern, mit denen Ihr in dem Herrn Christus verbunden seid, erweist sie auch denen, die Feinde der Gemeinde des Herrn sind und betet für sie, auf daß Ihr Kinder seid Eures Vaters im Himmel. Die Liebe ohne Macht ist stärker als die Macht ohne Liebe.

In der Gemeinschaft der Not und des Glaubens und des für
bittenden Gedenkens mit Euch verbunden, grüßt Euch
Euer Bischof
gez. D. Rudolf Müller

Wir wollen beten:

2. Herr, der du bist vormals gnädig gewesen deinem Lande und
hast die Gefangenen Jacobs erlöst;
3. der du die Missetat vormals vergeben hast deinem Volk und
alle ihre Sünde bedeckt;
4. der du vormals hast allen deinen Zorn aufgehoben und ich
gewendet von dem Grimm deines Zorns;
5. tröste uns, Gott, unser Heiland, und laß ab von deiner Ungnade
über uns!
6. Willst du denn ewiglich über uns zürnen und deinen Zorn gehen
lassen für und für?
7. Willst du uns denn nicht wieder erquicken, daß sich dein Volk
über dich freuen möge?
8. Herr, erzeuge uns deine Gnade und hilf uns!
(Psalm 05, 2 - 8)

Die Antenne des BRD-Senders Torfhaus und Parabolspiegel, die auf die DDR gerichtet sind.

Ein Foto aus dem Jahre 1995 aufgenommen vom Parkplatz Torfhaus. Es zeigt den Gittermast des Senders Torfhaus. Im Vordergrund befinden sich die Schüsseln einer großen Empfangsanlage. Sie sind auf den Bereich der ehemaligen DDR gerichtet.



Der schnellere Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland veranlasste manchen Bürger der DDR auszuwandern. Dies wurde noch unterstützt durch gezielte Abwerbung von bestimmten Personengruppen, wie Ärzten, Wissenschaftlern und Angehörigen des Mittelstandes.

Auch in Weddersleben gingen eines Tages Abwerbungsbriefe ein. Bestimmte Personen erhielten plötzlich fernmündliche Anrufe, in denen ihnen vertraulich Hinweise gegeben wurden, so schnell wie möglich die DDR zu verlassen, weil ihre Verhaftung vorgesehen sei. Einige Betroffene meldeten dies ihrem Bürgermeister. Andere verließen überstürzt ihren Wohnort. Der damalige Bürgermeister Soldin trat diesen Machenschaften mit aller Kraft entgegen. Er holte selbst einige Auswanderer zurück und entlarvte damit diese Machenschaften des kalten Krieges.

Es gab auch Versuche der offiziellen persönlichen Kontaktaufnahmen mit Bevölkerungsteilen aus Quedlinburg in die BRD, um persönliche Kontakte aufzunehmen. Sie wurden verhaftet und waren mehrere Wochen lang eingesperrt. Dies löste eine Protestbewegung im gesamten Kreisgebiet aus. Die Beschäftigten vieler Betriebe sandten Protestresolutionen an die Regierung der BRD.

Schon seit 1955 stand es fest, dass eine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten in weiter Ferne lag. Auf der Genfer Gipfelkonferenz der vier Großmächte (USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR) im Juli 1955 kam es wiederum zu keiner Einigung in der deutschen Frage. Daraufhin verkündeten die Sowjetführer Nikita Chruschtschow und Nicolaj A. Bulganin in Ost-Berlin die zwei-Staaten-Theorie, nach der eine Wiedervereinigung zukünftig nur durch Errichtung des Sozialismus in der BRD möglich sein sollte.

Auch militärisch spitzte sich die Situation zu. Am 5. Mai 1955 trat die BRD der NATO bei. Wenige Monate später begann die Aufstellung der Bundeswehr.

In der DDR zog man nach. Aus Einheiten der kasernierten Volkspolizei entstand nach und nach die Nationale Volksarmee. Im September 1955 folgte der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR“. Dadurch wurde die DDR formal unabhängig. Als Verbündete des „Warschauer Vertrags“ waren sowjetische Truppen jedoch auch weiterhin auf dem Gebiet der DDR stationiert. Nun standen sich die beiden deutschen Staaten, unterstützt durch die jeweiligen Großmächte auch bewaffnet gegenüber.

Die wirtschaftliche Situation in der DDR gestaltete sich unterschiedlich. Ein Aufschwung auf bestimmten Gebieten führte oft zur Vernachlässigung anderer wichtiger Positionen. Die politische Situation wirkte sich immer stärker aus.

Im November 1958 forderte Chruschtschow in ultimativer Form Westberlin den Status einer „freien, entmilitarisierten Stadt“ zu geben. Durch den Besitz von Atomwaffen und die großen Erfolge in der Raumfahrt fühlte sie sich stark genug, den Abzug der Westalliierten aus den Westsektoren Berlins binnen eines halben Jahres zu fordern. Die offenen Grenzen in Berlin waren ein neuralgischer Punkt zwischen beiden deutschen Staaten. Diese Forderungen konnten jedoch nicht durchgesetzt werden. Nachdem amerikanische Präsident Kennedy am 25. Juli 1961 noch einmal den Anspruch auf die Anwesenheit westlicher Truppen im Westen Berlins, den freien Zugang nach Berlin und die politische Freiheit der West-Berliner betont hatte, begann die UdSSR die Vorbereitungen für die vollständige Abriegelung West-Berlins von seinem Umland. Die enorm ansteigenden Flüchtlingszahlen im Sommer 1961 veranlassten die DDR in Übereinstimmung mit der UdSSR schnell zu handeln. Nach einer Zusammenkunft aller Parteisekretäre der sozialistischen Staaten in Moskau vom 3. bis 5. August 1961 gab Chruschtschow die Anweisung, eine Mauer um Westberlin zu bauen. In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 begannen Einheiten der Nationalen Volksarmee und der Kampfgruppen der DDR entlang der innerstädtischen Sektorengrenze Drahtverhaue und Mauern zu errichten. Die „Berliner Mauer“ wurde Wirklichkeit. Sie war als antifaschistischer Schutzwall propagiert worden. Damit war der spontanen Abwanderung aus der DDR ein Riegel vorgeschoben. Für viele Familien bedeutete die Mauer jedoch eine Trennung von Bekannten und Verwandten auf lange Zeit.

Außenpolitisch war die DDR mehr denn je politisch isoliert. Die BRD sorgte mit Hilfe der „Hallstein-Doktrin“ für diese Isolierung. Entsprechend ihrem Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen unterhielt sie diplomatische Kontakte nur zu Staaten, die zur DDR keine diplomatischen Beziehungen unterhielt. Dies hatte indirekt zur Folge, dass zwischen der DDR und der UdSSR ein Freundschafts- und Beistandspakt abgeschlossen wurde, der nach und nach auch zu weiterer Anerkennung der DDR führte.

(7)

FREIHEIT

für die von der Adenauer-Justiz eingekerkerten Quedlinburger Volksvertreter:

Bruno Adler, Kreistagsabgeordneter, Quedlinburg, Münchenhof
Rudolf Ludwig, Kreistagsabgeordneter, Quedlinburg, Steinbrücke 14
Arno Lutz, Stadtrat, Quedlinburg, Wallstraße 23
Otto Liebau, Kreistagsabgeordneter, Gernrode, Häuschenstraße 12

Am 17. Dezember 1960 in der Westzone verhaftet!

Polizeiwillkür gegen Verständigung und Frieden!

Es vergeht kein Tag, an dem nicht ein neuer Gewaltakt des Bonner Polizei- und Justizapparates an Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verübt wird.

Unsere Volksvertreter erfüllten ihren Wählerauftrag. Sie handelten wie alle aufrechten Menschen, die bereit sind, für die größte Forderung der Menschheit, den Frieden, persönliche Opfer zu bringen. Sie wollten in Westdeutschland nichts anderes

als über die Erhaltung des Friedens

mit westdeutschen Kommunalpolitikern sprechen!

Bonn hat Angst und fürchtet diese Begegnung unter Deutschen!

Darum

sollen unsere Volksvertreter Weihnachten, das Fest des Friedens, hinter Kerkermauern verbringen.

Bürger des Kreises Quedlinburg! Eure Solidarität

gibt den unschuldig eingekerkerten Volksvertretern im Landgerichtsgefängnis Krefeld die Gewißheit, nicht allein in ihrem gerechten Friedenskampf zu stehen.

Schickt Eure Proteste

an das Amtsgericht Krefeld

an die Abgeordneten der Stadtverordneten-Versammlung Mülheim/Ruhr
(Rathaus)

an den Landrat Kempten/Krefeld

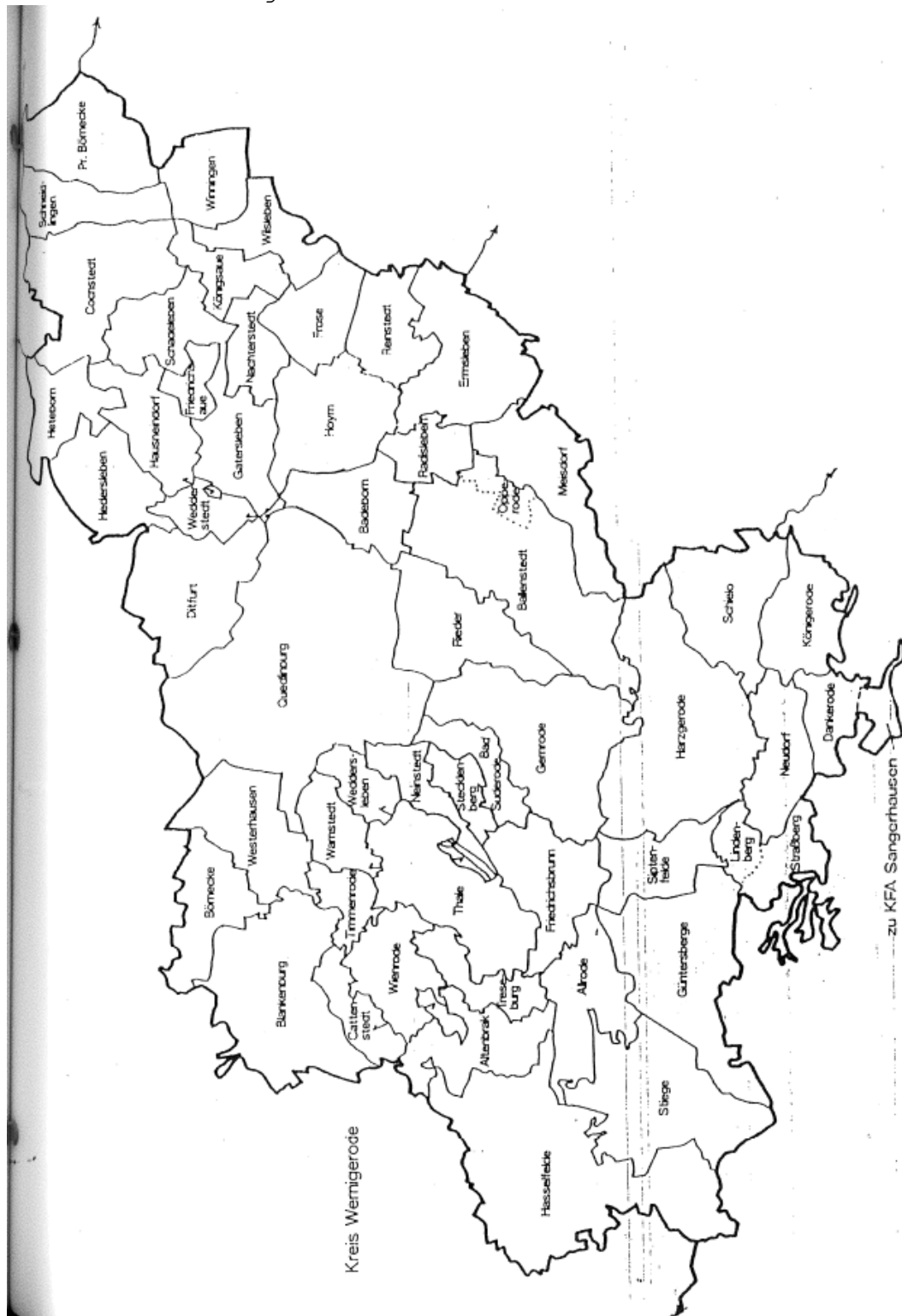
an die Stadtverordneten-Versammlung Kempten/Krefeld

Fordert die Freiheit für unsere Friedensfreunde!

Kreisausschuß der Nationalen Front
des demokratischen Deutschlands
Quedlinburg

Die politische Zugehörigkeit unseres Ortes nach 1949.

Kreis Quedlinburg bestand von 1949 bis 1952 aus den Orten gemäß Zeichnung auf Blatt 86. Er gehörte zum Regierungsbezirk Magdeburg. In den folgenden Jahren wurden die Kreise wieder verkleinert. Der Kreis Quedlinburg hatte jetzt nur noch 23 Orte und kam zum Bezirk Halle. Diese Entwicklung blieb bis auf kleinere Veränderungen bis zum Jahre 1990 bestehen.



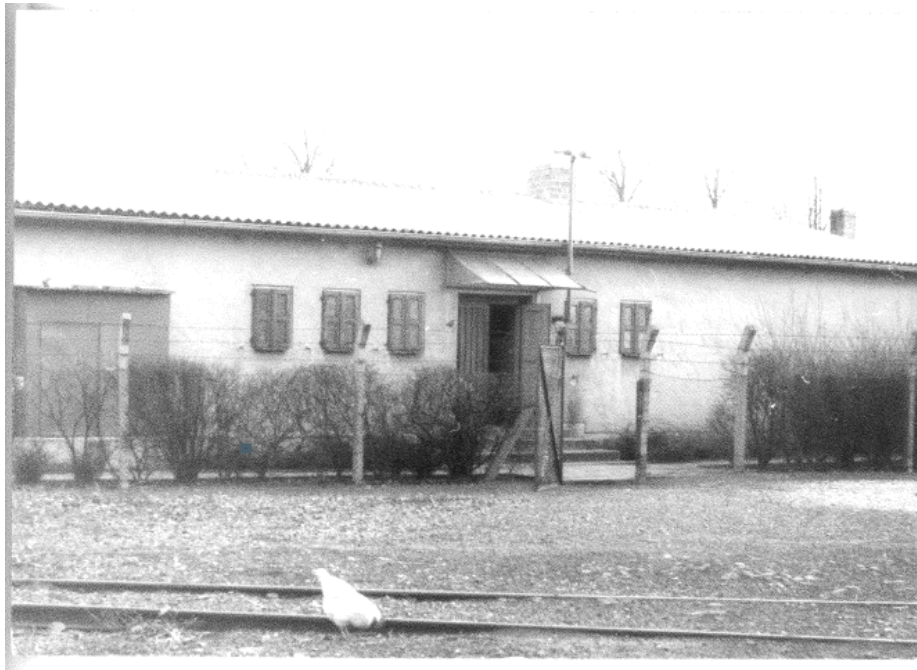
Kampfgruppen und Stäbe für die Zivilverteidigung.

Die Siegermächte des 2. Weltkrieges waren von Anfang an in zwei gegensätzliche Lager gespalten. Die USA und ihre Verbündeten sahen im Kommunismus ihren Klassenfeind und machten kein Hehl daraus. Die Sowjetunion betonte immer wieder ihren Friedenswillen, war aber gezwungen, zum Schutze der Westgrenzen ständig weiter aufzurüsten. Beide Lager besaßen Atomwaffen. Während die USA eine "Strategische Luftwaffe" mit Atombomben an Bord unterhielt deren Flugzeuge ständig in der Luft kreisten, bereit zu Blitzangriffen, setzte die UdSSR mehr auf weitreichende, atombombenbestückte Raketen. Sie war in Raketenbau und -erprobung weltweit die Spitze. Mobile Abschussrampen, auch von Unterseebooten aus, waren, wenn man den Berichten glauben kann, auf alle Großstädte der USA gerichtet. Im Ernstfall drohten die USA mit einem atomaren Sperrgürtel quer durch Mitteleuropa. Darüber hinaus wurden Giftgas und andere grausame Waffen der chemischen und bakteriologischen Kriegsführen in Massen produziert. Viele solcher Waffen wurden von den Amerikanern im Krieg gegen Vietnam ausprobiert. Das Arsenal der Atomwaffen wurde auf beiden Seiten immer größer. Im Ernstfall hätte damit die gesamte Erde vernichtet werden können. Die Westgrenze der DDR teilte die beiden Lager. Unser kleines Land war die Pufferzone, die im Falle eines Blitzkrieges das meiste abbekommen würde.

Dem Rechnung tragend, wurden auch bei uns bereits 1955 die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ gegründet. Männer bis zum Rentenalter wurden in den Betrieben angesprochen, sich zur Verteidigung der Heimat im Ernstfall zur Verfügung zu stellen und an der entsprechenden Ausbildung teilzunehmen. Diese Ausbildung fand meist an den Wochenenden statt, oft an den Sonnabenden und Sonntagen. Viele Arbeiter waren mit der Trennung von der Familie am Wochenende nicht einverstanden und so wurden teilweise auch Verlagerungen in die Arbeitszeit vorgenommen. Die Betriebe richteten Schulungsräume und Materiallager ein. Bei den Übungen wurden die Teilnehmer gepflegt, als Anreiz für gute Ausbildungsleistungen wurden Prämien ausgereicht usw.

Eine weitere Maßnahme war die Bildung von Stäben für die Zivilverteidigung. In allen Betrieben und in allen Orten wurden Teils hauptamtlich, teils nebenamtlich solche Stäbe gebildet. Sie hatten die Aufgabe, bei einem Krieg der Großmächte das Überleben weiter Teile der Bevölkerung zu sichern. Sowohl in den Orten als auch in den Betrieben wurden mit allen Menschen Schulungen über die Wirkung von Massenvernichtungswaffen und dem Schutz davor durchgeführt. Eine Flut von Schulungsmaterial wurde den zirkeln zur Verfügung gestellt. Viele ehrenamtliche Helfer wurden zu Lehrgängen delegiert und für den Ernstfall geschult. Der Aufforderung, in der Zivilverteidigung mitzuhelfen, konnte sich keiner entziehen. Auch hier wurde viel Material angeschafft. Die hauptamtlichen Stäbe machten Pläne über Schutzräume, es wurden keine Kosten gescheut, um alles Mögliche

anzuschaffen. Jeder größere Betrieb baute Schutzräume aus und die Räte der Kreise bauten eigene Zentren für die Zivilverteidigung aus. Ein solches Zentrum, mit Büros, Materiallager, Schulungs- und Ausbildungsstätten entstand auch auf dem Gelände der ehemaligen Holzwarenfabrik Maaß-Mühle direkt an der Bode.



Eine der Baracken (Foto Lerche 1983)



Moderne Stromversorgung und Heizung für das Objekt. (Foto Lerche 1983)



Ausbildungsobjekte. (Foto Lerche 1983)

Eine weitere Maßnahme, die ein Überleben bei einem Blitzüberfall sichern sollte, war die Einführung von ständigen Bereitschaftsdiensten in den größeren Betrieben, den öffentlichen Einrichtungen wie Post, Bahn usw. und den Räten der Kreise, Bezirke und Ministerien. Leitende Mitarbeiter mussten abwechselnd ständig für jeweils eine Woche, also sieben Tage bei Tag und bei Nacht erreichbar sein, um bei Anzeichen für einen Blitzkrieg sofort Maßnahmen einleiten zu können. Diese Bereitschaftsdienste wurden regelmäßig kontrolliert. Anrufe bei Tag und des nachts sorgten für die strikte Einhaltung dieser Anordnung.

Regelmäßig wurden auch Einsatzübungen durchgeführt. Sie dauerten oft mehrere Tage waren in manchen Fällen auch mit praktischen Einsätzen zur Verhinderung von Katastrophen verbunden und wurden auch von Versorgungseinheiten des Territoriums unterstützt, um die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu erproben.

Die Tätigkeit dieser Stäbe wurde streng geheim gehalten. Alle Anweisungen und Schriftstücke hatten einen hohen Geheimhaltungsgrad, auch wenn ihr Inhalt ganz simpel war. Die für solche Zwecke hergerichteten Verwaltungsräume wurden extra gesichert und mussten ständig versiegelt werden. Obwohl alle erreichbare Technik in den Dienst dieser Sache gestellt wurde, kostete es was es wolle, muss doch eingeschätzt werden, dass unsere Stäbe und überhaupt der Stand der Landesverteidigung in der DDR in Bezug auf Technik und den Mitteln der Kommunikation weit hinter dem internationalen Stand zurück waren.

Alle in diesem Abschnitt geschilderten Maßnahmen haben unserem jungen Staat jedoch sehr viel Kosten verursacht, viele Wirtschaftsfunktionäre wochenlang von ihrer eigentlichen Arbeit und damit unseren Aufbau sehr behindert. Menschen, und finanzielle Mittel hätten in unserer Wirtschaft viel nutzbringender eingesetzt werden können. (8)

Trotz alledem ging es auch bei uns langsam bergauf. Das Quedlinburger Blumenfest vom 15. bis 18.09.1955.

Die Kreisstadt Quedlinburg versuchte seit Gründung der DDR auch in kultureller Hinsicht ihrer Funktion gerecht zu werden. Ganz bewusst kämpfte sie um die Anerkennung der geschichtlichen Bedeutung dieser alten Stadt und um die Wiedererringung des Titels „Blumenstadt“, der durch den unseligen Krieg und die Flucht der alteingesessenen Samenzüchter Familien in den Westen verloren gegangen war wieder zu gewinnen. In unregelmäßigen Abständen wurden Blumenfeste organisiert.

Das Blumenfest vom 15. bis 18.09.1955 verdient besonders hervorgehoben zu werden. Ein Veranstaltungsplan der Tageszeitung „Freiheit“ auf der folgenden Seite 91 zeigt das reichhaltige Festprogramm, welches Von der Bevölkerung sehr gut besucht wurde.

Das Blumenfest im September 1960 war mit einer großen Blumenschau verbunden. In der Ritterstraße und auf dem Gelände der Word waren große Hallen gebaut, in denen die Erzeugnisse der Quedlinburger Blumenzucht gezeigt wurden.

Eines der hervorragendsten Ereignisse waren die Tage des Rundfunks und Fernsehens am 27. und 28. Mai 1961 in Quedlinburg. Monatelange Vorbereitungen waren erforderlich, um dieses große Fest gelingen zu lassen. Alle großen Rundfunk- und Fernsehstudios wollten ihre Programme „live“ aus Quedlinburg senden. Zu diesem Zweck wurden 8 große Bühnen im Stadtgebiet, auf dem Kleers, dem Marktplatz, dem Schlossberg und an anderen Stellen aufgebaut. Das bedeutete z.B. für das Fernsprechwesen enorme Anstrengungen zu machen, um alle diese Punkte mit genügend Fernsprechleitungen zu versorgen. Die Anforderungen seitens der Technik waren hoch. Kabel stand nicht genügend zur Verfügung. Ich glaube, in diesen Wochen wurde die gesamte Kabelproduktion, einschließlich der Importe für die Installation in Quedlinburg zur Verfügung gestellt. Auch viele Häuser wurden hergerichtet, um einen guten Gesamteindruck für die Fernsehübertragungen zu schaffen. Noch Jahre danach zehrte Quedlinburg von den kurzfristig geschaffenen Werten.

Ein herrliches Wetter lud geradezu ein, die Stadt zu besuchen und dem Rundfunk und Fernsehen hinter die Kulissen zu schauen. Große Veranstaltungen wurden vorher geprobt. Manch einer der Sänger oder Schauspieler ging aufgereggt hin und her, man konnte ihm das Lampenfieber ansehen. Auf einer Freilichtbühne fand eine Sendung für die Landwirtschaft statt. Frauen aus Westerhausen wurden für besonders gute Leistungen ausgezeichnet. Professor Becker vom Institut für Pflanzenzüchtung führte eine neue, duftende, cremefarbene Levkojen Art vor. Ein Strauß davon wurde unter den zahlreichen Zuschauern dieser Veranstaltung herumgereicht. Auch der

„berühmt-berüchtigte Polit-Kommentator“ Karl Eduard von Schnitzler gab seinen Kommentar „live“ von einer der Bühnen ab. Das gesamte umfangreiche Programm kann auf den folgenden Seiten 92 bis 95 nachgelesen werden.

- 100 -

Mitteldeutsche Tageszeitung

Freiheit

Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands / Bezirk Halle (Land Sachsen-Anhalt)

Um den vielen Wünschen unserer Leser und Festteilnehmer nachzukommen und die Spannung etwas zu mildern, überreichen wir unseren Lesern heute den

Zeitplan

der Großveranstaltungen zum Quedlinburger Blumenfest

in der Zeit vom 15. bis 18. September 1955

<p>Donnerstag, den 15. 9. 1955, 20.00 Uhr, Marktplatz:</p> <p>Große Eröffnung des Blumenfestes unter Mitwirkung der Städtischen Bühnen Quedlinburg, des Kulturorchesters Ballenstedt, Chor des Instituts für Lehrerbildung (verstärkt durch Chor der Med. Fachschule, Chor der VP und der Forstfachschule Ballenstedt — 200 Sänger), Volkstanzgruppe Neinstedt, Hörnerchor der Forstfachschule Ballenstedt.</p> <p>Anschließend Tanz unter dem Erntekranz bis 24.00 Uhr.</p> <p>Freitag, den 16. 9. 1955, 19.30 Uhr, Marktplatz</p> <p>Erstmaliges Gastspiel eines Künstlerensembles aus der Volksrepublik Albanien. Anschließend „Wir schließen Freundschaft“ und tanzen nach den Klängen des Orchesters der KVP Halle, dem Tanzorchester KRAHE und dem Tanzorchester unserer sowjetischen Freunde. Ende 24.00 Uhr.</p> <p>Sonnabend, den 17. 9. 1955, 6 bis 12 Uhr:</p> <p>Großer Bauernmarkt.</p> <p>15.00 Uhr: Großmodenschau des staatlichen Handels auf dem Marktplatz.</p> <p>14.00 Uhr: Fußballgroßkampf. Einleitungsspiel der Schüler.</p> <p>15.00 Uhr: Vorspiel mit unserer Bezirksklassenmannschaft Motor Quedlinburg.</p> <p>17.00 Uhr: Hauptspiel Oberliga Motor Zwickau I. gegen Stahl Thale I., DS-Liga, auf dem Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportplatz.</p> <p>15.00 Uhr: Ring-frei-Sendung der Jungen Pioniere und Schüler, durchgeführt vom Pionierhaus Quedlinburg am Mathildenbrunnen unter Mitwirkung der Kulturgruppen unserer Schulen.</p> <p>19.30 Uhr: „Wer schaffen will, muß fröhlich sein“ auf dem Marktplatz mit dem Rundfunkblasorchester Werner Krumbain, Leipzig, und den</p>	<p>Solisten Hans Ahne, Gisela Zitzmann, Calov, Willi Kahle, Rolf Schirmer.</p> <p>20.00 Uhr: Im Winzendorf tanzen wir nach den Klängen des Tanzorchesters Alo Koll, Berlin, mit den Solisten Traude Blecha, Hans Schultze.</p> <p>U. a. Tanzorchester der FDJ Weißenfels, Kabarett „Die Mücken“, Magdeburg.</p> <p>Kinder-Autorennbahn, Rummel, Schwimm-Tanzfläche, Klein-Venedig, Preiskegeln für aktive Kegler, Schießstände, Freilichtkino, Fernsehen, Kleinkunstbühne usw.</p> <p>Sonntag, den 18. 9. 1955:</p> <p>9.00 Uhr: Blumenkorso — Festzug, Trachtengruppen, Festwagen, Blumenmädchen.</p> <p>10.30 Uhr: Autorennen auf 8 Wagen Typ „MAFA-Pionier“. Die Rennfahrer Rosenhammer und Edgar Barth geben den Startschuß und sind Ehrengäste zum Blumenfest.</p> <p>10.45 Uhr: Lied und Tanz auf allen Plätzen.</p> <p>Hallenschwimmwettkampf, Tischtenniswettkampf, Volleyballwettkampf, Schachwettkampf, Rollschuhkunslaufen.</p> <p>14.30 Uhr: Konzert des Ballenstedter Kulturorchesters (Marktplatz).</p> <p>Gegen 15.30 Uhr: Öffentliche Ziehung des VEB Zahlenlotto (Marktplatz).</p> <p>17.00 Uhr: Gastspiel des Gesangs- und Tanzensembles der DHfK, Leipzig (Republikstieger im Volkskunstwettbewerb 1954), auf dem Marktplatz.</p> <p>19.00 Uhr: Klingende Schläger mit Kurt Henkels, Rundfunkanzorchester Leipzig, mit den Solisten Brigitte Rabald, Fred Froberg, Irma Baltuttis, Fips Fleischer (Marktplatz).</p> <p>20.00 Uhr: „Für alt und jung der richtige Schwung“ mit dem Rundfunkblasorchester Werner Krumbain im Winzendorf Mathildenbrunnen.</p> <p>21.00 Uhr: Kabarett „Die Mücken“, Magdeburg, im Stadtgarten.</p> <p>24.00 Uhr: Abschlußfeuerwerk.</p>
---	---

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Zugverbindung nach Blankenburg, nach Ballenstedt—Aschersleben, nach Thale nach 24.00 Uhr, außerdem Sonderlinien des VEB Kraftverkehrs im Kreis Quedlinburg, die in den Orten durch den Bürgermeister bekanntgegeben werden.

D 12.14 - Pn G 0150 54 - 17 000 - 1162 (9,3)

RUND

1000 Gesangssolisten, Musiker und Kabarettisten, Schauspieler, Reporter, Redakteure und Techniker mit Übertragungswagen und Fernsehzeugen, mit Mikrofonen, Kurzwellensender und Flugzeugen werden am 27. und 28. Mai 1961 den Tag des Rundfunks und des Fernsehens mit den Bürgern der näheren und weiteren Umgebung der schönen Stadt Quedlinburg feiern.



27./28. Mai

FUNK

und Fernsehtage gehören seit 11 Jahren zu den bedeutendsten kulturpolitischen Ereignissen der DDR, bei denen Künstler und Journalisten Anregungen, Hinweise und gute Ideen von unseren Hörern erhalten.

UND

unsere Mikrofone und Kameras werden am 27. und 28. Mai mit den Bürgern der Blumenstadt Quedlinburg eine Nacht und einen Tag lang Freude und Fröhlichkeit aufnehmen.
Aus nah und

FERN

aus Leipzig und Budapest, aus Rostock, Warschau und Dresden, aus Prag, Berlin und Paris, kommen bekannte Künstler von Fernsehen, Bühne, Film und Funk!

SEHEN

Sie sich auf Bühnen, Tanzflächen, in Sälen und Pavillons das glanzvolle Programm an, das in der Stadt 30 Stunden lang abrollt!
Nicht nur Künstler, Journalisten und Techniker, alle Mitarbeiter

GRÜSSEN

Sie und laden ein in das riesige Rundfunkstudio und Fernsehatelier unter freiem Himmel. Deshalb führen zum Tag des Rundfunks und Fernsehens auch Ihre Wege nach

QUEDLINBURG!

Programminformation

Sonnabend, 27. Mai 1961

BÜHNE 1 (Marktplatz)

- 14.00–15.30 „Auftakt“
mit dem Rundfunk-Tanzorchester Leipzig, Leitung Walter Eichenberg und dem Rundfunk-Blasorchester Leipzig, Leitung MD Otto Kayser
- 16.00–17.30 „Das wissen Sie bestimmt“
eine Veranstaltung der Redaktion Schulfunk von Radio DDR
- 18.00–18.50 Märchenrevue
mit den bekannten Märchenfiguren von Funk und Fernsehen
- 18.50–19.00 „Der Sandmann ist da“
- 20.00–23.00 „Großer Tanzabend“
mit dem Rundfunk-Tanzorchester Budapest, Ltg. Imre Zsoldos, dem Günter-Friess-Sextett und vielen Solisten

BÜHNE 2 (Mathildenbrunnen)

- 20.00–23.00 „Tanz um den Mathildenbrunnen“
mit den Dresdner Tanzsinfonikern, Ltg. Günter Hörig, den Köpenicker Stadtmusikanten, Ltg. Hans Rüsing und mehreren Solisten

BÜHNE 4 (Freilicht-Studio auf dem Kleers)

- 16.00–16.30 Meister Nadelöhr
für unsere Kleinsten
- 20.00–24.00 Generalprobe der Sonntagabendveranstaltung des DFF
„Quedlinburger Extrablätter“

BÜHNE 7 (Schloß Quedlinburg)

- 16.05–17.00 Eine Dokumentation der Redaktion Hörbericht von Radio DDR
- 19.30–20.15 Festliches Chorkonzert
mit dem Radio-DDR-Jugendchor, Ltg. NPT Dr. Hans Sandig

Sie sehen und hören:

Sonntag, 28. Mai 1961

BÜHNE 1 (Marktplatz)

- 9.00–10.30 „Unser musikalischer Frühschoppen“
mit dem Rundfunk-Blasorchester Leipzig, Ltg. MD Otto Kayser, Herbert Roth mit seinen Instrumentalsolisten, Maria Alexander, Lutz Jahoda, Werner Stüvecke, Rudi Riebe, den Isarspatzen und den Virginias
Ansage: Siegfried Loyda
- 11.15–12.30 „Links wird überholt!“
eine Matinee mit dem Zentralen Orchester des MDI, Ltg. Major Heinz Opitz, Elfriede Voß, Rudi Marks, Marlis Findeisen, Eva Lorenz, Karl-Heinz Weichert, Sergio Günter und dem Kampfgruppenchor des Staatlichen Rundfunkkomitees, Ltg. Ehm Kurzweg
- 13.00–13.10 Kommentar zum Sonntag,
es spricht Manfred Klein,
stellv. Chefredakteur von Radio DDR
- 13.10–14.30 „Nach Tisch serviert“
mit dem Radio-DDR-Unterhaltungsortchester, Ltg. Günter Joseck, dem Rundfunk-Tanzorchester Leipzig, Ltg. Walter Eichenberg, Elvira Bischoff, Helga Brauer, Fred Froberg, Herbert-Ernst Groh, Hanns Petersen, Trio Harmonie und den Capris
Ansage: Beate Riehmann
- 15.00–16.00 Volkskunstprogramm der örtlichen Ensembles
- 16.30–17.30 „Euch zur Freude“
mit dem Zentralen Orchester des MDI, Ltg.

Major Heinz Opitz, Trio Harmonie, den Capris, Hans Hick, den Isarspatzen, Elfriede Voß und Rudi Marks
Ansage: Ulli Busch

- 17.30–18.10 Öffentliches Forum mit Karl-Eduard von Schnitzler

- 18.50–19.00 „Der Sandmann ist da“
anschließend das Abendlied von Kinderradio DDR

- 19.00–19.15 Nachrichten, Wetterbericht, Trefferzahlen Toto, Zahlen- und Bärenlotterie
Sprecher: Horst Link

- 20.00–22.00 Programm des Zentralen Gesangs- und Tanzensembles der Polnischen Armee

- 22.30–24.00 „Großer Tanzabend“
mit dem Tanzorchester Schwarz-Weiß, Ltg. Karl Meyer, dem Günter-Friess-Sextett, Irmgard Hase, Regina Tabbert, Jean Galtier, Günter Geisler, Helmut Kluwe und den Perdidos
Ansage: Georg Hanke

BÜHNE 2 (Mathildenbrunnen)

- 11.00–12.30 „Kleine Premiere“
mit Rolf Krickow und dem Staatlichen Unterhaltungsortchester Halle, Ltg. Erich Donnerhack und Solisten aus den Theatern in Quedlinburg und Halberstadt

- 13.00–15.30 „Cocktail international“
Es wirken mit:
aus der CSSR das Tanzorchester Karel Vlach und Yvetta Simonova, Juditha Cerovska, Milan

Chladil, Jiri Popper, Frantisek Koci, Ota Czermak und das Pastell-Trio,
aus der Volksrepublik Polen das Instrumental-septett Jan Walasek, Carmen Moreno, Rene Glaneau und das Duo Exotika,
aus der Volksrepublik Ungarn das Rundfunk-Tanzorchester Budapest, Ltg. Imre Zsoldos, Katalin Sarosi, Maria Toldi, Lechel Nemeth,
aus der DDR Irmgard Hase und Fred Froberg
aus Holland Peter Macroy
aus Paris Jean Galtier
Ansage: Ingeborg Medschinski und
Dieter Bisetzki

16.15–17.45 „Sie wüßten – wir spielen“
mit dem Estradenorchester des Deutschland-senders, Ltg. MD Werner Krumbein
Ansage: Rolf Ripberger

18.30–20.00 „Zwischen Wochenende und Alltag“
mit Musik – wirtschaftlichen Informationen –
und den 1000 kleinen Dingen für dich und
mich...

20.30–22.15 „Musik und gute Laune“
mit dem Rundfunk-Tanzorchester Leipzig, Ltg. Walter Eichenberg, Helga Brauer, Rosemarie Heimerdinger, Peter Macroy, Günter Geisler, Erhard Juza, Trude Lehmann, Hans Hick, den Kolibris, den Virginias, den Isarspatzen- und Schwabenhansel
Ansage Ulli Busch

BÜHNE 3 (Karl-Ritter-Straße)

10.00–11.00 „Ein Platzkonzert“
mit dem Orchester der Luftstreitkräfte der NVA, Standort Cottbus, Ltg. Major Horst Hoffmannbeck, Elvira Bischoff, Werner Stüvecke, den Virginias
Ansage: Karl-Heinz Drechsel

12.30–14.30 „Das singende und spielende neue Dorf“
Bauernorchester, Musikgruppen, Chöre und Solisten aus den Dörfern, LPG und MTS auf dem Wege nach Markkleeberg zur 9. Landwirtschaftsausstellung – öffentlicher Zwischen-ausscheid eines großen musikalischen Wettbewerbs der ländlichen Kulturgruppen
Ansage: Alfred Knoop

15.00–16.30 „Für das Kofferradio“
mit den Dresdner Tanzsinfonikern, Ltg. Günter Hörig, dem Simon-Franz-Quintett, Monika Grimm, Jiri Popper, dem Pastell-Trio, Perry Friedman, Hermann Hähnel und Ralph Paulsen
Ansage: Fritz Beyer

17.00–19.00 „Mach mit uns mit!“
Die Zeitgeschehen-Redaktion von Radio DDR mit ihrem aktuell-politischen Fragespiel und großen Überraschungen
Macht mit uns mit – gewinnt mit uns mit...

20.00–22.00 „Berlin grüßt Quedlinburg“
mit dem Tanzorchester des Berliner Rundfunks, Ltg. Günter Gollasch und den Köpenicker Stadtmusikanten, Ltg. Hans Rüsing, dem Simon-Franz-Quintett, Eva Schröder-Branzke, Trude Lehmann, Ute Kannenberg, Ingeborg Nass, Ralph Paulsen, Erwin Hartung, Rudi Marks, Rudi Riebe, den Kolibris und Solisten vom Ensemble der Luftstreitkräfte und vom Kabarett „Ampel“ sowie Heinz Quermann

22.30–23.30 „Prager Spezialitäten“
mit dem Tanzorchester Karel Vlach, Yveta Simonova, Juditha Cerovska, Milan Chladil, Jiri Popper und dem Pastell-Trio
Ansage: Beate Riehmann

BÜHNE 4 (Kleers)

10.00–11.00 „Was ist denn hinterm Bildschirm los?“
Kinderstrade mit Ausschnitten aus der Arbeit des Kinderfernsehens

13.00–14.00 „Alte Stadt mit neuem Leben“
Eine Reportage-Sendung der Redaktion Landwirtschaft des DFF

15.15–16.45 „Ihr Autogramm, bitte...“
und für die Visitenkarte dieser Veranstaltung zeichnen das Tanzorchester des Berliner Rundfunks, Ltg. Günter Gollasch, das Rundfunk-Blasorchester Leipzig, Ltg. MD Otto Kayser, Erika Engelhardt, Julia Axen, Günter Geisler, Erwin Hartung, Lutz Jahoda, Erhard Juza, Heinz Schulze, Trio Harmonie, die Isarspatzen und Schwabenhansel
Ansage: Rolf Krickow

19.30–21.00 „Quedlinburger Extrablätter“
die große Abendveranstaltung des Deutschen Fernsehfunks mit dem Radio-DDR-Unterhaltung-orchester, Ltg. Günter Joseck, dem Tanz-orchester Alo Koll, Maria Alexander, Ota Czermak, Frantisek Koci, Fred Froberg, Lutz Jahoda, Helga Brauer, dem Pastell-Trio, den Capris, Gerd Pallesche und Artisten
Ansage: Joachim Preil und Rolf Herricht

Freilicht-Studio des DFF auf dem Kleers

16.00–17.00 Unser Angebot:
„flott und rhythmisch!“
Als Verkäuferinnen im „Warenhaus der Jugend“ fungieren: Erika Rathke und Beate Hanspach.
Als Gäste werden erwartet:
Yveta Simonova, CSSR, Jean Galtier, Frankreich, Helmut Kluwe und das Günter-Friess-Sextett

BÜHNE 5 (HO Gaststätte Brühl – Konzertmuschel)

9.30–12.00 Ein Vormittag mit Kinderradio DDR,
es singt der Radio-DDR-Kinderchor Leipzig
und es spielt das Pionier-Blasorchester Dittfurt
Ansage: Marianne Haude

14.00–15.00 „Ja, das ist meine Melodie“
Tanzmusik am Nachmittag mit dem Tanzorchester Alo Koll, dem Heinz-Kunert-Quintett, Regina Tabbert, Ralph Paulsen, Helmut Kluwe, Liane Breeks und den Perdidos
Ansage: Renate Klaua

15.30–16.30 Zu Tee und Tanz
mit Walter Kaiser, seinen Solisten und dem Alfred-Fritsche-Septett, Detta Karbach und Gerd Pallesche
Ansage: Ruth Päch

17.00–18.00 Beschwingte Grüße aus Budapest
übermittelt vom Rundfunk-Tanzorchester Budapest, Ltg. Imre Zsoldos, Katalin Sarosi, Maria Toldi und Lechel Nemeth
Ansage: Georg Hanke

18.30–19.30 Hootenany
mit Perry Friedman, Hermann Hähnel, Lin Jaldati, Sonja-Vera Korch, Karl-Heinz Weichert und dem Ensemble Henry Kaufmann

20.00–22.00 „Rhythmus ist Trumpf“
am Ausspielen: die Dresdner Tanzsinfoniker, Ltg. Günter Hörig, Julia Axen, Irmgard Hase, Carmen Moreno, Rene Glaneau, Heinz Schulze, die Vier Teddys, das Instrumental-Septett Jan Walasek und das Duo Exotika
Ansage: Irmgard Lehmann und Siegfried Loyda

Kinderstadt am Brühl (an der Bühne 5)

14.00–18.00 Der Treffpunkt der jüngsten Bürger Quedlinburgs lädt ein:
zu Geschicklichkeitsspielen,
zur Puppenbühne,
zur Bastelstraße,
zum Pionierfußballturnier
und vielen anderen Überraschungen

BÜHNE 7 (Schloß Quedlinburg)

11.00–12.30 „Herzklopfen kostenlos“
mit Heinz Quermann und dem Simon-Franz-Quintett

Aus dem Rahmenprogramm empfehlen wir Ihnen:

Sonntag, 28. Mai 1961

11.00–12.00 Schriftstellerlesung im Geburtszimmer Klopstocks im Klopstockhaus Quedlinburg
Es liest Herbert Nachbar aus seinem Buch „Hochzeit auf Länneken“.

13.00–14.00 Platzkonzert
auf dem Bahnhofsvorplatz mit dem Orchester der Luftstreitkräfte der NVA, Standort Cottbus, Ltg. Major Horst Hoffmannbeck,

ferner den Besuch des Freilicht-Studios des Deutschen Fernsehfunks auf dem Kleers, wo Ihnen von

morgens bis abends ein Einblick in die Arbeit des Fernsehfunks gegeben wird,

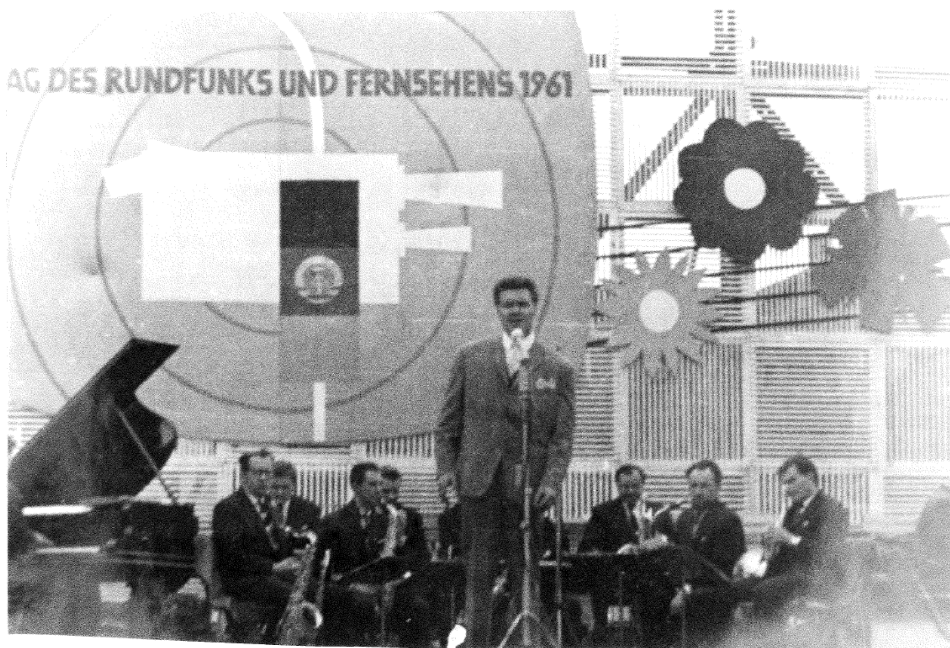
das Telefilm-Café im Stadtsaalbau und das Freilicht Kino in der Weberstraße

Von allen Sendern und Hauptabteilungen, dem Deutschen Fernsehfunk und der Funkzeitung werden in den aufgestellten Pavillons interessante Programme dargeboten und Aussprachen mit den Hörern durchgeführt

22.15 Uhr Großes Abschlußfeuerwerk



Eine der 8 Bühnen.



Ein Rundfunk- Blasorchester spielt.

Auch in Weddersleben gibt es nach dem
verheerenden
Kriege ein kulturelles Erwachen.

Der Molkschor „Maiengruß“

Mitglieder des vor dem Kriege aufgehobenen Arbeitergesangvereins „Maiengruß“ gründeten am 22. März 1946 einen gemischten Chor und nannten ihn „Volkschor Maiengruß“. Ausnahmsweise sollen hier die Namen der Teilnehmer an der Gründungsversammlung genannt werden:

„Hermann Weidling	Marie Papenmeier	Anni Klinke
Ernst Göbel	Liesbeth Stegmann	Renate Leggewig
Walter Fischer	Eliese Pieper	Charlotte Weise“
Ernst Clauditz	Frieda Decker	
Ernst Kleye	Ida Sahn	
Richard Reimer	Margit Plock	
Karl Fessel	Hanna Wolter	
Ernst Stegmann	Lieselotte Hotopp	
Willi Decker	Helga Lerche	
Walter Eschenröder	Erika Weinberg	

Das Amt des Dirigenten übernahm Herr Lehrer Krüger. Jeden Freitag wurden Singstunden abgehalten. Der Chor begann seine Tätigkeit mit vielen Aktivitäten. Sobald die ersten Lieder eingeübt waren, wurden öffentliche Werbeveranstaltungen durchgeführt. Am 1. Mai fand ein Singen unter dem Maibaum statt. Bereits am 19. Mai 1946 wurde ein Vereinsausflug nach Altenbrak unternommen. 60 Personen nahmen daran teil. Nach diesem Ausflug erhöhte sich der Mitgliederstand auf 78 Personen. Der Verein prägte nun mehr das kulturelle Leben in unserem Ort für viele Jahre.

Auf Wunsch der Mitglieder wurde am 01.09.46 ein Kinderfest durchgeführt. Am 29.06.1946 wurde ein geschlossenes Vergnügen im großen Saal des „Weißen Schwan“ durchgeführt. Durch Gesang umrahmt wurde eine Parteiversammlung am 16.07.46 und die Schulentlassungsfeier am 14.07.1946. Am Ende des Jahres zählte der Verein 106 Mitglieder. Jetzt wurde auch ein öffentliches Tanzvergnügen vorbereitet. Es fand am 1. Weihnachtsfeiertag statt. 45 Sänger nahmen an der Ausgestaltung teil. Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Beklagt wurde jedoch die Interessenlosigkeit des Gastwirtes. Der Saal sah trostlos aus. Es war das erste Mal in der Vereinsgeschichte unseres Ortes, dass die Vereinsmitglieder den Saal zu ihrer Veranstaltung selbst in Ordnung bringen mussten. Dies hat sich später noch oft wiederholt.

In den kommenden Jahren wurde jährlich eine Hauptversammlung durchgeführt, in der Rechenschaft über die geleistete Arbeit abgelegt und ein neuer Vorstand gewählt wurde. Es wurde festgelegt, dass Entscheidungen über das Vereinsleben

stets vom gesamten Vorstand zu treffen sind. Ein Veranstaltungsplan für das gesamte Jahr wurde aufgestellt. Er enthielt sowohl geschlossene Veranstaltungen als auch öffentliche Vergnügen im großen Saal. Ein Vorstandsmitglied schlug vor für die Vergnügen einen Antrag auf Befreiung von der Vergnügungssteuer zu stellen. Im Gegenzug könnte sich der Chor bereiterklären, anlässlich öffentlicher Veranstaltungen kostenlos die kulturelle Ausgestaltung zu übernehmen. (spaßig war es, dass dieser Vorschlag von einem Beschäftigten des Finanzamtes kam.)

In der Generalversammlung am 10.01.1948 wurde der Sangesbruder Ernst Thiel zum Vereinsvorsitzenden gewählt.

Auszug aus dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1948:

- „23.01.1948 Übungsstunde. 70 aktive Mitglieder waren anwesend. Die Gaststube in der „Goldenen Krone“ reichte nicht aus. Es wurde beschlossen, künftig den kleinen Saal zu nehmen.
- 28.02.1948 Der Chor singt anlässlich eines Elternabends der Schule in der „Goldenen Krone“.
- 21.02.1948 Im „Weißen Schwan“ wird ein Kostümfest als „geschlossenes Vergnügen“ durchgeführt. Es war ein gelungener Abend, der bis zum frühen Morgen dauerte.
- 28.02.1948 Zum Dorfgemeinschaftsabend im großen Saal des „Weißen Schwan“ singt der Chor und bringt Lieder, die vor allem für die zahlreichen Umsiedler gedacht waren. Das hat zur Folge, dass innerhalb weniger Tage der Mitgliederstand auf 150 Mitglieder anstieg. Davon nahmen 120 Mitglieder aktiv am Singen teil.
- 18.03.1948 Anlässlich der 100sten Wiederkehr der Revolution von 1848 findet im „Weißen Schwan“ eine Feierstunde statt. Der Chor singt dazu.
- 25.12.1948 Der Chor singt anlässlich einer Kundgebung zum „Volksbegehren“.
- 22.05.1948 Öffentliches Singen auf dem Bodeberg unter Mitwirkung des Band. Orchesters Wisse. Anschließend gemütliches Beisammensein in der „Goldenen Krone“.
- Inzwischen hat im „Weißen Schwan“ ein Gastwirtswechsel stattgefunden. Die Familie Stange ist eingezogen und man verspricht sich eine Verbesserung der Verhältnisse in dieser Gaststätte.
- 13.11.1943 Nach mehreren Proben wird ein öffentliches Gesangskonzert im großen Saal des „Weißen Schwan“ durchgeführt. Mitwirkende: „Frau Alice Goetze Thale als Sängerin, Herr König, Klavierbegleitung, Kapelle Erich Düfer“. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Veranstaltung war ein großer Erfolg.
- 27.11.1948 Der Volkschor singt zum Dorfgemeinschaftsabend im „Weißen Schwan“:
„Brüder reicht die Hand zum Bunde.
Rosen auf den Weg gestreut.
Horch, die alten Eichen rauschen.

Wies daheim war.
Ich kenn ein Land...
Wo raue Felsen ragen."

25.12.1948 Nachmittags 15 Uhr Weihnachtsfeier für die Kinder.
Als Geschenk vom Chor bringt der Weihnachtsmann jedem Kind eine Überraschung. Mehrere Kinder tragen Gedichte vor.
Abends 20 Uhr: öffentlicher Unterhaltungsabend.
Gesang und musikalische Darbietungen.
Gesänge:
„Hymne an die Nacht.
Stille Nacht...
Weihnachtsgesang.
Schön Rotraut.“
Unter Beteiligung von acht Chormitgliedern wurde das Lustspiel „Susi“ von Felix Becher aufgeführt.
Schon um 19.30 Uhr war der Saal voll und immer noch strömten Besucher herbei. Bänke wurden aufgestellt und Stühle herbeigeholt, damit alle Platz bekommen konnten. Bis zum frühen Morgen wurde getanzt.
Die Veranstaltung hat allen Besuchern sehr gut gefallen.

Zusätzlich brachte der Chor allen Mitgliedern Geburtstagsständchen und Ständchen anlässlich von Hochzeiten und Ehejubiläen. Ähnliche Veranstaltungen gab es auch in den folgenden Jahren.

Im Mai 1949 wird der Wedderslebener Volkschor Maiengruß der Volksbühne angeschlossen. Die Volksbühne ist eine Dachorganisation, die alle angeschlossenen Chöre juristisch vertritt. Dafür muss je Mitglied ein monatlicher Beitrag in Höhe von 0,15 Mark abgeführt werden. Jedes Mitglied muss einen Fragebogen ausfüllen.

Am 09.07.1948 wird ein Werbesingen in Cochstedt durchgeführt. Um 20:30 Uhr findet dort ein gemeinsames Essen statt. Anschließend findet das Singen unter einer großen Eiche statt. Nach dem Singen war ein gemütliches Beisammensein mit Gesangseinlagen im Schwarzen Adler. Leider nahm die Bevölkerung von Cochstedt nicht wie erwarteten Anteil. Das lag wahrscheinlich daran, dass nicht genügend Propaganda gemacht worden ist. Die Rückfahrt fand gegen 2 und 4 Uhr früh statt.

Am 01.09.1948 gestaltete der Chor eine Friedensfeier aus dem Anger aus.

Auch im Jahre 1950 bot der Chor ein reichhaltiges Programm.
„26.01 Kulturelle Ausgestaltung einer Kundgebung der Nationalen Front.
18.02 Geschlossenes Kostümfest.
17.03 Wertungssingen im Klubhaus Thale.
18.03 Der Chor singt anlässlich der Gründungsversammlung der Betriebssportgemeinschaft „Eintracht“.
22.03 Der Chor singt anlässlich einer Kundgebung der Nationalen Front.

- 09.04 Am 1. Osterfeiertag wird im großen Saal ein Unterhaltungs-
abend durchgeführt. Es wird das Theaterstück „Perpetum
mobile“ zur Aufführung gebracht.
- 17.04 Kundgebung der Nationalen Front. Der Chor singt einige
Lieder.
- 01.05 Der Chor versammelt sich vor dem Konsum und nimmt am Umzug
durch das Dorf teil. Anschließend singen unter dem Maibaum
auf dem Bodeberg.
- 03.06 Tag des Kindes. Der Chor singt auf dem Bodeberg.

Im Monat Juni nimmt der Chor zweimal an Veranstaltungen der
Nationalen Front teil.

- 04.11 Einführung der neuen Gemeindevertretung. Der Chor trägt
zur kulturellen Umrahmung bei.
 - 02.12 Beteiligung des Chores am Dorfgemeinschaftsabend.
 - 19.12 Der Chor singt einige Lieder anlässlich der öffentlichen
Gemeindevertreterversammlung mit Bürgermeisterwahl.
 - 25.12 Öffentliches Weihnachtsvergnügen mit Theaterstück „Hopp
hopp, hopp“ und „Tombola“.
 - 31.12 Gemütliches Beisammensein im Vereinslokal zum
Jahreswechsel.
- Nachtrag:
- 28.05 Singen in der Turnhalle zu Neinstedt anlässlich des 100-
jährigen Bestehens des Neinstedter Chores.
 - 27.09 Versammlung der Nationalen Front im großen Saal. Der Chor
singt einige Lieder.

Da sich viele Veranstaltungen jährlich wiederholen, will ich
bemüht sein, nur besondere Veranstaltungen herauszupicken.

- 30.06.51 Gartenfest bei Lindaus. Es war sehr frisch und deshalb
fand die Veranstaltung in der Veranda statt. Es war
trotzdem sehr schön und dauerte bis gegen morgen.
- 22.07.51 Der Chor leistet der Einladung des Männerchores
Friedrichsbrunn Folge und nimmt am Sängertreffen
anlässlich seines 50-jährigen Bestehens teil.
Vormittags Mitwirkung am Kurkonzert, nachmittags ein
Wertungssingen. Unter den 18 beteiligten Chören kann
Weddersleben den 5. Platz belegen und erhält ein
Chorwerk.
- 02.10.51 Der Chor singt einige Lieder anlässlich der
Gründungsfeier der Betriebssportgemeinschaft „Chemie
Weddersleben“.
- 02.11.51 bis
- 28.11.51 Wegen des Ausbruchs der Maul- und Klauen Seuche fallen
die Singestunden im Monat November aus.

In der Jahreshauptversammlung am 12.01.1952 wird gerügt, dass an
den öffentlichen Veranstaltungen zu wenig Sänger teilnehmen. Es
ist immer der gleiche Personenkreis, der anwesend ist. Die
durchschnittliche Teilnehmerzahl an den Singestunden und den
öffentlichen Auftritten betrug nur 41. Im Jahre 1951 nahm der
Chor an 10 Veranstaltungen der Nationalen Front, des
Ortsfriedenskomitees, der Schule sowie des Sportvereins teil.
(ob das den Sängern zu viel war?) Dazu kamen ja noch die

wöchentlichen Singestunden, die Ständchen für die Mitglieder anlässlich von Familienfeiern und die öffentlichen und geschlossenen Vergnügen.

08.06.1952. Der Chor nimmt an einem vom Rat des Kreises, Abteilung Kulturangelegenheiten einberufenen Massensingen teil. Am Vormittag fand auf dem Marktplatz in Quedlinburg ein gemeinsames Singen aller Chöre statt, während am Nachmittag die beteiligten Chöre im Brühl einzeln auftraten. Von 20 Chören erhielten nur einige darunter auch Weddersleben, in der Zeitung eine gute Kritik.

14.06.1952. Der Volkschor Neinstedt veranstaltet im Weißen Schwan ein Kulturprogramm.

Schon 1952 stellte sich bei öffentlichen Auftritten heraus, dass der Chor bei politischen Versammlungen vor leeren Stuhlreihen sang. Das Interesse der Einwohner an öffentlichen politischen Veranstaltungen hatte gewaltig nachgelassen. Wenn die zirka 50 Chormitglieder auf die Bühne gingen, war der Saal leer.

Auf der Jahreshauptversammlung 1953 wurde bekanntgegeben, dass die „Volksbühne“ zum 01.04.53 aufgelöst wird. Dem Chor wird geraten, sich einem Betrieb anzuschließen. Verhandlungen mit der Papierfabrik stießen auf Ablehnung. Es wurde beschlossen, sich dem VEB Stahlhandel anzuschließen.

Auf der Jahreshauptversammlung am 23.01.1954 gab es eine rege Diskussion über die Gründe für den Rückgang der Zahl der Mitglieder. Es kam der Vorschlag, dass neue Lieder eingeübt werden müssten. Diese mussten jedoch vorher zwischen dem Chorleiter und den Mitgliedern abgesprochen werden. Der Chorleiter erklärte sich einverstanden. Es mussten jedoch neue Notenbücher beschafft werden. Aus der Diskussion ging hervor, dass nicht alle Lieder den Geschmack der Sänger getroffen hatten. Dies sollte nun geändert werden.

Im Februar 1954 fand im Weißen Schwan ein Kostümfest statt. Es spielte die Kapelle der Ziegelei Quedlinburg. Es wurde allgemein bedauert, dass schon um 3 Uhr Polizeistunde war.

Am 20.03.1954 fand ein Dorfgemeinschaftsabend statt. Wieder spielte die Kapelle der Ziegelei Quedlinburg. Die Kulturgruppe des VEB Stahlbau brachte ein Kulturprogramm. Die Zusammenarbeit mit diesem Betrieb entwickelte sich recht gut.

Am 27.06.1954, einem Wahltag, wurde das Wahllokal um 6 Uhr eröffnet. Der Chor wählte geschlossen und ging anschließend auf große Fahrt nach Wörlitz in den Park. Obwohl sich 120 Personen für diesen Ausflug angemeldet hatten, konnten nur 42 mitfahren, weil nur ein Bus vorhanden war. Die Fahrt blieb allen Teilnehmern in Erinnerung. Auf der Rückfahrt gab es leider eine Reifenpanne. Gegen 1 Uhr kam man wieder zu Hause an. Die Fahrt hat allen Teilnehmern sehr gut gefallen.

Die Singestunde am 30.10.1954 und auch eine Adventsfeier am 27.11.1954 werden durch eine „neue Hauskapell musikalisch begleitet, die auch zum Tanz aufspielt. (9)

Auf der Jahreshauptversammlung am 22.01.1955 wurde festgestellt, dass der Anteil der aktiven Sänger stark

zurückgegangen ist. Die durchschnittliche Besucherzahl bei den Singstunden betrug nur noch 27,3 Teilnehmer. Das ist ein Rückgang von mehr als 10 gegenüber dem Vorjahr. Der Grund ist überwiegend Verzug nach auswärts bzw. Absetzung nach dem Westen. Es wurde der Antrag gestellt, die Singstunden alle 2 bis 3 Monate auf einen Sonnabend zu verlegen, damit auch die Angehörigen an einem gemütlichen Beisammensein teilnehmen können. Es soll auch öfter Theater gespielt werden.



Foto anlässlich einer Weihnachtsfeier in den Fünfziger Jahren. (Kopie von Eike Lerche)

Am 05. Februar 1955 fand ein Kostümfest im Weißen Schwan statt. Es spielte die Kapelle der Ziegelei Quedlinburg. Es wurde allgemein bedauert, dass schon um 3 Uhr Polizeistunde war.



Kopie eines Fotos vom 05.02.1955.



Kopie eines Fotos vom 05.02.1955.

Am 05.06.1955 beteiligte sich der Chor an einem großen Sängerkongress an der Radiumquelle in Stecklenberg, an dem 23 Chöre teilnahmen. Der Chor war an 7. Stelle platziert und sang die Lieder „Hoho du stolzes Mädel“ und „Das Morgenlied“. Für einen Preis hat es nicht gereicht, aber allein die Teilnahme brachte für alle einen großen Gewinn.





An der Radiumquelle. (Kopie von Eike Lerche)



Die Musikkapelle der Ziegelei Quedlinburg.
(Kopie von Eike Lerche)

Der Chorleiter Ernst Krüger, der mit viel Einsatzbereitschaft von Beginn an den Chor geleitet hatte, scheidet auf eigenen Wunsch aus und wird am 8. September 1955 verabschiedet. An seine Stelle tritt der allen Mitgliedern bekannte (weil viele schon bei ihm in die Schule gegangen waren) Lehrer Hans Schafhirt.

Am 22. Juni 1956 besuchte der Chor Berlin-Ruch der sich auf einer Harzreise befand, auch unseren Ort. Es wurde ein gemeinsames Singen im Freien durchgeführt, anschließend war ein gemütliches Beisammensein. Die Gäste wurden dann in Privatquartieren untergebracht. Später wurde der Besuch durch unsere Chormitglieder in Berlin erwidert.

Am 19. August wurde eine Eisenbahnfahrt nach Blankenburg unternommen. Wanderungen führten zum Mönchmühlenteich und zur Gaststätte Waldfrieden. Es war ein wundervoller Sonnentag.

Am 25. Dezember 1956 wurde ein öffentliches Weihnachtsvergnügen durchgeführt. Der Chor singt einige Lieder und führt das Theaterstück „Mieles Hochzeitsreise“ auf. Die Stimmung war sehr gut.

In der Jahreshauptversammlung am 14.01.1957 wurde beschlossen, bei öffentlichen Auftritten eine einheitliche Kleidung zu tragen. Frauen weiße Blusen und dunklen Rock. Männer weiße Hemden und dunkle Hose. Es wurde auch beschlossen, bei öffentlichen Vergnügen die Fahne des Chores mitzunehmen.



Ein öffentlicher Auftritt in einheitlicher Kleidung.
(Kopie von Eike Lerche)



Die Fahne im Vordergrund. (nur halb zu sehen)
Kopie von Eike Lerche.



Kinderfest bei Linaus am 23.06.1958
Kopie von Eike Lerche



Ein Kostümfest mit dem Chorleiter, Herrn Schafhirt.
(Kopie Eike Lerche)

Der Chor wird immer mehr in das politische Leben unseres Ortes einbezogen. Im Jahre 1958 erhält er auch finanzielle Unterstützung vom VEB Papierfabrik. Dafür geben die Mitglieder des Chores in der allgemeinen Verpflichtungsbewegung neben der Ausgestaltung der regelmäßig stattfindenden politischen Veranstaltungen noch weitere Verpflichtungen ab. Sie wollen 82 Arbeitsstunden in der LPG 7. Oktober leisten.

Ein Kostümfest im Vereinslokal am 22.02.1958 verdient besonders erwähnt zu werden. Die wunderschöne Dekoration wurde sehr gelobt. Einige Sangeschwestern hatten Kuchen gebacken und Heringssalat zubereitet. (Zu der Zeit war das bewundernswert!). Es wurde sehr bedauert, dass die Polizeistunde dem Fest um 4 Uhr früh ein Ende setzte.



Der Umzug am 1.Mai 1958. (Kopie von Eike Lerche)

Nach dem Umzug wurden auf dem Bodeberg einige Lieder gesungen.

Am 6. Juli 1958 unternahm der Chor mit dem Omnibus Eisermann 3 eine Harzfahrt nach Schierke. Von dort aus ging es mit der Brockenbahn auf den Brocken.



Kostümfest am 21.02.1959. (Kopie Eike Lerche)



Nochmals ein Kostümfest im Vereinslokal.
(Kopie Eike Lerche)

In der Jahreshauptversammlung am 09.01.1960 wurde ein weiterer Rückgang der aktiven Sänger festgestellt. Es wurden 36 Übungsstunden abgehalten mit durchschnittlicher Beteiligung von 31,3 Personen. Das sind zwei Personen weniger als im Vorjahr.

Es wurden viele öffentliche Veranstaltungen durch das Auftreten des Chores bereichert. Auch sang der Chor anlässlich von Geburtstagen der Mitglieder und bei anderen Familienfeiern. Insgesamt waren immer noch 97 Mitglieder vorhanden.

Im folgenden Jahr 1960 ging der Anteil der Sänger weiter zurück. Nur noch 23,8 aktive Sänger nahmen im Durchschnitt an den Übungsstunden teil. Der Rückgang wurde damit erklärt, dass der Wirt der Goldenen Krone den Saal nicht mehr heizen wollte. Nach längeren Verhandlungen wurde dann die Konsumgaststätte das neue Vereinslokal.

Das Kostümfest am 04.02.1961 wurde erstmalig in Verbindung mit dem Dorfklub als öffentliche Veranstaltung durchgeführt. Die Klubhauskapelle des EHW Thale sorgte für Stimmung. In der Jahreshauptversammlung am 26.01.1962 zeichnet sich eine Wende im kulturellen Geschehen ab. Wahrscheinlich in Vorbereitung der 900-Jahrfeier wurde ein Dorfklub gegründet. Dieser sollte nun die öffentlichen Veranstaltungen in unserem Ort koordinieren und vorbereiten helfen. Vorstandsmitglieder des Volkschores waren gleichzeitig auch Mitglieder des Dorfklubs. Die Zahl der aktiven Sänger war weiter zurückgegangen, was sich auch in den nächsten Jahren fortsetzte und so entschloss man sich, für das neue Rechnungsjahr keinen Veranstaltungsplan festzulegen.

So wurde z.B. am 17.02.1962 ein öffentliches Kappenfest durchgeführt, bei dem der Chor mitfeierte.

In der Jahreshauptversammlung am 18.04.1963 kam zur Sprache, dass Singstunden oft ausfallen mussten, weil die Teilnahme zu gering war. Einige Mitglieder schlugen deshalb vor, den Verein aufzulösen. Die anwesende Bürgermeisterin, Frau Schöneberg, versuchte, den Anwesenden Mut zu machen, den Chor nicht aufzulösen, sondern die aktive Tätigkeit einige Zeit ruhen zu lassen. Die Lehrkräfte unserer Schule wären bestrebt, mit den Schülern eine Kulturgruppe zu bilden, die dann nach einiger Zeit in den Chor integriert werden könnte. Dann wäre für jüngeren Nachwuchs gesorgt.

Am 26.02.1964 wurde vorgeschlagen, die Chorarbeit wieder neu zu beginnen. Der Chorleiter, Herr Schafhirt, trat aus gesundheitlichen Gründen zurück und so war man bemüht, den Lehrer Herrn Blüthgen als Dirigenten zu gewinnen. Ab April 1964 wurde die Übungsarbeit wieder fortgesetzt. Lag es an dem neuen Chorleiter? Neben den örtlichen Einsätzen und den Geburtstagsständchen für die Mitglieder nahm man sogar an auswärtigen Veranstaltungen teil. Am 24. Mai 1964 beteiligte sich der Chor an einem Sängertreffen in Ballenstedt.

Am 24. September 1964 nahm der Chor an einem Sinfoniekonzert im Volkstheater Quedlinburg teil.

Am 27. September 1964 wurde ein Tagesausflug mit Kind und Kegel nach Blankenburg unternommen.

Am 12. Dezember wurde eine geschlossene Adventsfeier durchgeführt. Hier war wieder der alte Geist zu spüren. Die Hauskapelle spielte zum Tanz auf und keiner wollte nach Hause gehen.

Am 29. Januar 1965 sang der Chor zirka 30 Lieder im Feierabendheim Wipertistraße in Quedlinburg. Die Rentner waren begeistert.

Auch das Jahr 1965 lief ähnlich ab. Die Zahl der aktiven Sänger hatte sich etwas erhöht, so dass das Singen wieder Freude machte. Hervorzuheben ist ein Konzert mit dem Kreiskulturorchester unter Leitung des Musikdirektors Erich Kley am 14. Dezember 1965 in der Konsumgaststätte. Der Freiheitschor aus „Nabucco“ wurde gespielt und der Chor sang dazu.

Am 22.02.66 sang der Chor sogar anlässlich des 48. Jahrestages der Sowjetarmee in der sowjetischen Kaserne in Quarmbeck. Auch im Jahre 1966 nahm der Chor an mehreren auswärtigen Veranstaltungen teil. Im Juni dieses Jahres wurde der Dirigent Herr Blüthgen feierlich verabschiedet. Er verzog nach auswärts. Die Erfolgsserie unseres Chores ging trotzdem weiter. Der Schlüssel dafür war die gute Zusammenarbeit mit dem Volkstheater Quedlinburg und dem Kreiskulturorchester. Wiederholt gastierte das Orchester in Weddersleben und der Chor sang einige Lieder dazu.

Am 09.09.1966 wurde als neuer Dirigent Herr Schmidt aus Quedlinburg eingeführt.

Im Jahre 1967 wurden viele Veranstaltungen zusammen mit dem Kreiskulturorchester Quedlinburg durchgeführt. Am 03.03. erfolgte ein Konzert im Silikoseheim Bad Suderode. In Verbindung mit dem Kreiskulturorchester nahm der Chor auch an der musikalischen Umrahmung der Jugendweihefeiern in Weddersleben und in vielen Orten der Umgebung teil. Bad Suderode schien es den Wedderslebern angetan zu haben. Mehrmals im Jahr traten sie dort auf. Insgesamt 18 Auftritte waren im Jahr 1966 zu verzeichnen. Dazu kamen noch die Übungsstunden. Eine wahrhaft grandiose Leistung. Auch in den folgenden Jahren wurde ein so reichhaltiges Programm durchgeführt. Dazu kamen noch Fahrten nach Mecklenburg und Magdeburg. Auch viele Veranstaltungen mit anderen Chören wurden durchgeführt.

Mit der Eintragung einer Vorstandssitzung am 16. Februar 1973 enden die recht interessanten Aufzeichnungen im Protokollbuch des Volkschores „Maiengruß“ Weddersleben.

Der Letzte Satz lautet: „Beratung und Besprechung über die Abschlussfeier unseres Chores am 02. März 1973.“ Über ein Weiterbestehen des Chores gibt es keine Aufzeichnungen mehr. Tatsache aber ist, dass anlässlich politischer Veranstaltungen meist ein Schülerchor in Erscheinung tritt. Weshalb hatte der Chor zu bestehen aufgehört? Nach Aussage ehemaliger Mitglieder war der stress zu groß. Die Teilnahme an großen Veranstaltungen und an Leistungsvergleichen mit anderen Chören verlangte straff gelenkte Übungsstunden. Der Chorleiter, Herr Schmidt, wusste, worauf es ankam und war nicht damit einverstanden, dass während der wöchentlichen Übungsstunden Pausen eingelegt wurden, um

Neuigkeiten zu erzählen, oder die letzten Handarbeiten zu zeigen und zu begutachten. Kurz, die Sangesfreunde wollten gemäßigte Singstunden und dadurch kam es zu Zwistigkeiten zwischen den Mitgliedern und dem Chorleiter.

Auch das Fernsehen, das immer mehr Wohnungen beherrschte, wird in hohem Maße dazu beigetragen haben, dass die Singstunden immer weniger besucht wurden. Schade der Chor hat wirklich Großes auf kulturellem Gebiet geleistet.

(10.)



Noch ein Foto aus den letzten Jahren des Bestehens des Volkschores Maiengruß.

Der Dorfklub zu Weddersleben und seine Aktivitäten.

Wie schon angedeutet, war der Volkschor Maiengruß viele Jahre lang der einzige Kulturträger in unserer Gemeinde. In den sechziger Jahren bildeten sich Interessengruppen, die in Verbindung mit den örtlichen Betrieben eine Tanzgruppe und einen Laienspielzirkel gründeten. Beide Gruppen zerfielen aber bald wieder, weil es an praktischer Anleitung fehlte.

In Erinnerung an alte Traditionen wurde erstmalig im Jahre 1958 an Stelle der früheren Schützenfeste ein Volksfest organisiert. Dieses Volksfest wurde von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen. Anfang 1959 setzten sich Einwohner aus allen Bevölkerungsgruppen zusammen und bildeten einen Dorfklub, der fortan die kulturellen Belange vorschlagen und lenken sollte. Neben den regelmäßig durchgeführten Tanzveranstaltungen wollte man das kulturellen Leben in unserem Ort auf eine breitere Basis stellen. Unter der Bezeichnung „Nationales Aufbauwerk“ wurden auf freiwilliger Basis Arbeitseinsätze durchgeführt. Erfahrungen in dieser Hinsicht lagen vor, denn ein Feuerwehrdepot, die Gestaltung des Bodeberges und viele andere Ortsverschönerungen waren auf dieser Basis schon realisiert worden. Mit Hilfe der Betriebe wurde ein neuer Sportplatz gebaut. Auf dem Schützenplatz wurde vor dem Musikpavillon die Tanzfläche, insgesamt 153 qm, mit Terrazzoplatten belegt. Vorher gab es eine Tanzfläche aus Holzdielen, die jedes Mal aufgebaut und wieder abgebaut werden musste. Sie war jedoch schon längere Zeit nicht mehr vorhanden. Auch ein Kleinkaliberschießstand wurde gebaut. Der alte Schießstand hinter dem ehemaligen Schützenhaus lag auf dem neuen Sportplatzgelände und musste weichen. Der neue Schießstand entstand hinter der Kegelbahn. Er wurde jedoch nicht lange genutzt. Insgesamt wurden bis 1962 Werte in Höhe von 85.000 Mark geschaffen.

Ein weiterer Schwerpunkt für die Durchführung der Volksfeste auf den Anger war die Beschaffung eines großen Zeltes mit Tischen und Stühlen, denn nicht immer herrscht an den Festtagen eitel Sonnenschein. Ein solches Zelt musste gemietet werden. Die wenigen Gemeinden der Nachbarschaft, die ein solches Zelt besaßen, gaben es nicht her, denn das Verleihen war immer mit einem Risiko verbunden. Der Dorfklub entschloss sich deshalb, ein eigenes Zelt anzuschaffen. Wedderslebener Tischler und Zimmerleute sagten ihre Hilfe zu und stellten einen Bedarfsplan für das benötigte Bauholz auf. Sie stellten fest, dass zirka 20 Festmeter Bauholz benötigt werden. Ein Vertrag mit dem Forstamt an der Georgshöhe sah vor, dass Freiwillige aus unserem Ort in Sondereinsätzen Holz fällen und das gefällte Holz. nach Angaben des Försters an den Wegrändern lagern für die geleistete Arbeit erhielt die Gemeinde dann die benötigten Holzstämmen in der richtigen Länge und Stärke. Ein solcher Einsatz an einem Sonntag sah etwa so aus:

„Abfahrt mit einem LKW der Papierfabrik gegen 6 Uhr früh. Frauen des DFD hatten große Körbe mit Frühstücksbroten vorbereitet. Die Gemeinde hatte auch Getränke spendiert. Im Revier Georgshöhe wurden die schon geschlagenen Stämme, meist lange Stangen aus dem Wald gezogen und gestapelt. Auch Pferde aus der Gemeinde standen bereit und zogen die dickeren Stämme aus dem Wald. Am späten Nachmittag kam die Truppe müde, aber guter Dinge, wieder im Ort an. Die Arbeit hatte großen Spaß gemacht“.



Die Wedderslebener Handwerker, die das Zelt herstellten.
Kopie von Eike Lerche.

Die Hölzer, die der Forst geliefert hatte, mussten geschält und getrocknet werden. Dann wurden sie in Balken geschnitten usw. Die Zeltplane wurde wie üblich für wenig Geld von der Firma Koch in Quedlinburg ausgeliehen. Tische und Stühle mussten ebenfalls angeschafft werden. Hierzu räumten die 4 ehemaligen Gaststätten ihre Böden und Schuppen auf und stellten die dort gefundenen eisernen Stuhl- und Tischeile zur Verfügung. Die Holzwarenfabrik lieferte die fertig zugeschnittenen Brettchen und die örtlichen Rentner bauten Tische und Stühle zusammen und gaben ihnen einen farbenfrohen Anstrich.

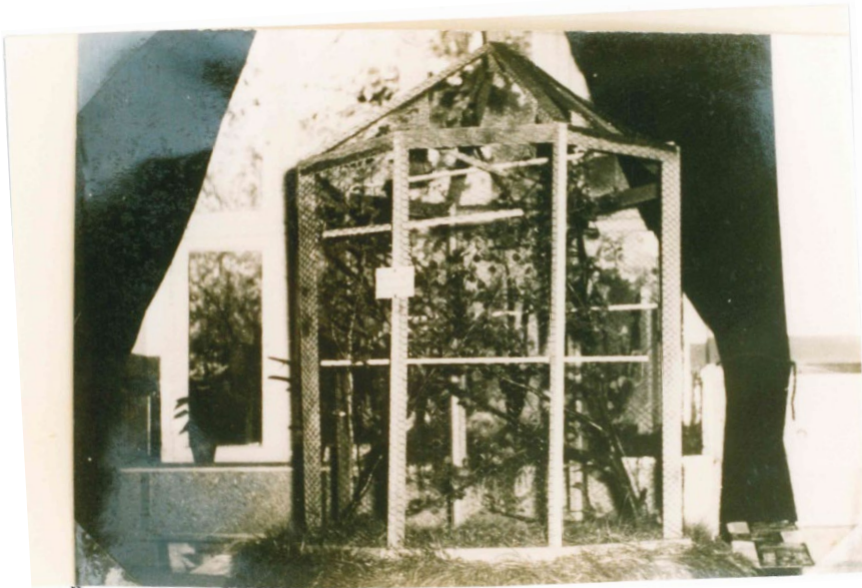


Eines der ersten Volksfeste nach dem Kriege. Antreten zum Festumzug auf dem Bodeberg. (Kopie von Eike Lerche.)

Der Rat des Kreises, Abteilung Kultur, gab den inzwischen in fast allen Orten des Kreises gegründeten Dorfklubs Unterstützung. Eine Kreiskonferenz aller Dorfklubs im Jahre 1962 gab weitere Impulse. Unser Dorfklub beschloss daraufhin, unter Mitwirkung breiter Teile der Bevölkerung die Zirkelarbeit zu verstärken.

Die Ausstellung „Meine Liebhaberei“.

Zunächst wurde eine Aussprache durchgeführt, an der mehr als 50 Einwohner teilnahmen. Sofort wurde ein Organisationsstab gewählt, der alle organisatorischen Fragen zu lösen hatte. Schon am 08.05.1962 konnte im großen Saal des Weißen Schwan die Ausstellung eröffnet werden. Sie war ein großer Erfolg. Die regionale Presse, der Harzkurier und alle Organisationen lobten die Initiative unseres Ortes, forderten zum Nachahmen auf und waren voll des Lobes. Mehr als 20 verschiedene Hobbygruppen stellten ihre Exponate aus. Viele ausgestellte Dinge waren künstlerisch wertvoll und zeigten auf, welche wertvollen Talente in unserem Ort schlummerten.



Voliere mit Waldvögeln der Vogelzüchter.



Elektrische Eisenbahn.
(Kopien von Eike Lerche)



Zeichnungen und Ölbilder.



Kakteenzucht.
Kopien von Eike Lerche.



Flaschenmalerei.



Drechslerarbeiten.
Kopien von Eike Lerche.



Steinsammlung.



Mechanisches Spielzeug.
Kopien von Eike Lerche.



Jagdtrophäen.



Die Muschelsammlung einer Schulklasse.
Kopien von Eike Lerche.



Die Bürgermeisterin begutachtet einen Stand.
Kopie von Eike Lerche.

(11)

Eine Glosse über die Konsumgaststätte Weißer Schwan.

Bei der Durchsicht der Akten des Dorfklubs fand sich folgendes Gedicht:

„Am Fuße des Harzes, am Bodestrand
liegt unser Dörfchen, Weddersleben genannt.
Es ist bekannt als ein solider Ort
nur manchmal zieht es uns alle fort.

Es passierten Dinge, drum merket auf,
wie diese hier nahmen ihren Lauf.
Es ist gar nicht so einfach, hier alles zu sagen
denn alle können die Wahrheit nicht vertragen ?

Das Beste ist, wir nehmen ne Lupe
und untersuchen manches mit lautem Getute.
Ich schlage vor, wir fangen beim Konsum an,
denn da haben wir gleich den richtigen Mann.

Wir haben hier ein sehr nettes Lokal
dazu auch noch einen großen Saal.
Herr Stuttmeyer ist der Gaststättenleiter
außer Bockwurst, Bier und Schnaps gibt es hier nichts
weiter.

Wie gern möchten wir mal was anständiges essen,
aber da scheiden sich die Interessen.
Der eine ißt Braten mit Kohl und Salat,
der andere auch gern mal Ei mit Spinat.

Aber leider, leider, was schaut ihr mich an,
bin ich in der Bütt' etwa Schuld daran ?
Der Eisschrank ist da, er steht wie ein Mann,
aber was hilft es, daß man mit ihm nicht kochen kann.

Es fehlen die Töpfe, die Schüsseln und Kellen
der Konsum ist arm, ich kann's euch vertellen.
Die Lösung heißt dann: geh ruhig nach Haus,
ihr wohnt auf dem Lande, drum macht euch nichts draus.

Tante Frieda aber, das muß ich euch sagen
ist der ruhende Pol in all diesen Fragen.
Wenn wir sie nicht hätten in diesem Lokal,
die Bedienung wäre dann manchmal fatal.

Aber auch das Gute muß ich heute loben
beseht euch den Saal von unten bis oben.
Ist er nicht herrlich zurecht gemacht
das hat unser Heini mit Stab vollbracht.

Ja, wenn der Dorfklub etwas zustande bringt
auch den Gaststättenleiter dazu gewinnt.
Dann rollt der Rubel, das Pulver kommt rein,
das Quartalssoll erfüllt und die Prämie sein.

Natürlich muß er auch Urlaub nehmen,
das steht im Gesetz, das gibts für jeden.
Er soll sich erholen mit seiner Frau,
sie hatten es nötig, wir wissens genau.

Die Gaststube zu schließen, drei Wochen lang,
da wurde uns allen etwas bang.
Vertretung war da, er hieß Horst Müller,
Kinder, das war so ein richtiger Knüller.

Das Lokal war besetzt zu jeder Stunde,
das Wörtchen „Herr Gast“ war in aller Munde.
Jawohl, Höflichkeit ist eine Zier
auch beim Schnaps und einem Glase Bier.

Zur Bockwurst gab´s zwar keine Vanille,
aber zum Hackels Tomaten und Petersilie.
Wünschen „Herr Gast“ noch etwas zu speisen
Brathering en gros zu billigen Preisen.

So könnte es sein zu jeder Zeit
„Herr Gast“ hat Zeit zum Zeitvertrieb.
Er ist dann aller Sorgen enthoben,
im Konsum gibt´s alles, das kannste globen.

Von anderen Dingen will ich hier nicht sprechen,
denn das könnte noch manche Herzen zerbrechen.
Wir wünschen uns alle, ob groß oder klein
eine Gaststätte im Ort, schmuck, nett und fein.

Neunhundert Jahre Weddersleben im Jahre 1963.

Die Gemeindeverwaltung wird sehr erstaunt gewesen sein, als sie die Nachricht erhielt, dass unser Ort im Juli 1963 die 900-jährige erste Erwähnung feierlich begehen könnte. Diese Benachrichtigung geschah im Spätherbst 1962. Der ehemalige Lehrer, Herr Alfred Römmer hatte in mehr als 20-jähriger Arbeit während seiner Amtszeit in Weddersleben die örtliche Geschichte erforscht und die Ergebnisse seiner Forschungen in einer Chronik zusammengefasst. Er war, wie alle Lehrer unseres Ortes, 1945 aus dem Schulamt entlassen worden und verzog danach nach Stecklenberg. Später zog er in das Haus seines Vaters nach Darlingerode. Viel Zeit zum Überlegen gab es nicht. Der Dorfklub wurde aktiviert. Mehrmals wurde Herr Römmer aufgesucht, um mit ihm die geschichtlichen Begebenheiten abzusprechen und einen Programmablauf zu erarbeiten. Als Höhepunkt der Feier sollte ein Festumzug mit lebenden Bildern aus der Geschichte unseres Ortes stattfinden. Eine Festschrift sollte erstellt werden. Kurz, das gesamte Dorf sollte in die Vorbereitungen einbezogen werden. Am 22.02.1963 führte der Dorfklub eine Versammlung durch in der eine Reihe von Arbeitsgruppen für die Vorbereitung der Festtage gebildet wurden. Gleichzeitig wurde ein Aufruf an die Bevölkerung verabschiedet, der zu einer breiten Mitarbeit aufforderte. Die Festwoche sollte in der Zeit vom 10.08. bis 18.08.1963 stattfinden. Die Zeit für die Vorbereitungen wurde langsam knapp. Besonders die Erstellung der Festschrift war mit vielen Wegen und Genehmigungen verbunden. Herr Römmer hatte einen geschichtlichen Abriss vorbereitet. Zusammen mit dem Veranstaltungsplan und der Beschreibung des Festumzugs wäre die Festschrift vollzählig gewesen. Der Entwurf wurde gefertigt und der Abteilung Kultur des Rates des Kreises vorgelegt, denn ohne Genehmigung durch diese Dienststelle gab es von der Abteilung Handel und Versorgung keine Papierzuteilung für die Druckerei. Die Genehmigung wurde nicht erteilt. „Wer wird sich schon für die Vergangenheit interessieren,“ sagte man uns. „Ihr müßt schreiben, wie ihr den Wiederbeginn nach 1945 gemeistert habt. Der Aufbau des Sozialismus wurde überhaupt nicht erwähnt!“ Nun standen wir zunächst etwas ratlos da. Dann wurde erneut begonnen. Die Gemeinde, die Abteilung Landwirtschaft, die Schule, die Papierfabrik und die übrigen örtlichen Organisationen, sowie die Handwerker, wurden aufgefordert, in kurzer Zeit ihren Beitrag für die Festschrift abzugeben. Der geschichtliche Abriss musste dadurch leider gekürzt werden und wurde als Anhang aufgenommen. Um ganz sicher zu gehen wurde der Vorsitzende des Rates des Kreises gebeten, ein Geleitwort abzugeben. Dies gelang vorzüglich und so konnte die Abteilung Kultur nicht mehr nein sagen.

Der Veranstaltungsplan sah folgende Veranstaltungen vor:

„Sonnabend, 10.08.1963
20 Uhr Konsumgaststätte feierliche Eröffnung der Festwoche.

Sonntag, 11.08.1963
10 Uhr Konsumgaststätte, Empfang der Gratulanten.
15 Uhr Festumzug durch den Ort.
20 Uhr Konsumgaststätte, Großer Abschlussball anlässlich des Festtages.

Montag, 12.08.1963
Nachmittags, Vorführungen auf dem Anger und dem Sportplatz.
Segelflug und Hundesparte der GST.

Dienstag, 13.08.1963
20 Uhr Konsumgaststätte, Bunter Abend mit Mitgliedern des Stadttheaters Halberstadt „Quer durch die Operette.“

Mittwoch, 14.08.1963
17 Uhr Sportplatz, Fußballspiel Lok Halberstadt gegen eine Auswahlmannschaft von Weddersleben, mit Platzkonzert.
20 Uhr Konsumgaststätte, Sportlerball.

Donnerstag, 15.08.1963
20 Uhr, Konsumgaststätte Modenschau, „Für jeden etwas für Herbst und Winter“

Freitag, 16.08.1963
16 Uhr Anger, Eröffnung des Vergnügenszentrums
16:30 Uhr Austragen der Birken
20 Uhr Konsumgaststätte, Filmveranstaltung.

Sonnabend, 17.08.1963
16 Uhr Konsumkaufhaus, Abmarsch der Bevölkerung zum Volksfestplatz auf dem Anger.

Sonntag, 18.08.1963
9 Uhr Konsumkaufhaus Abmarsch der Bevölkerung zum Volksfestplatz auf dem Anger.“

Und so sah der Festumzug aus.

Musikkapelle

Fahnenblock, dargestellt durch Mitglieder unserer Kampfgruppen

900 Jahre: Weddersleben,-Pioniere tragen das Blumengebinde.

Herolde mit Fanfaren leiten den Festumzug ein. Mönche tragen die Urkunde

Um 1063: Auf Pferden kommen Mönche des Stiftes Goslar, um den Zins zu holen.

Um 1330: Graf Albrecht vom Regenstein reitet mit seinem Gefolge durch unseren Ort.

Um 1400: Paare aus dem Mittelalter schreiten durch das Dorf.

Um 1580: Flüchtlinge und Pilger aus Ungarn mit weißen Stäben betteln in Weddersleben.

Um 1598: die Pest im Dorf-Pestarzt mit seinen Pechfackelträgern.
1618 bis 1648 Dreißigjähriger Krieg, Landsknechte ziehen raubend und plündernd durch die Orte des Harzvorlandes.

Um 1670: Kurbrandenburgische Soldaten besetzen die Grafschaft Regenstein.

1723: Durch einen Brand werden 37 Häuser unseres Ortes vollkommen eingeäschert.

Um 1750: Es werden für Weddersleben typische Berufe gezeigt.

Bodefischer Papiermacher Hirten

Leineweber Pfandemann

Salzverkäufer Hörige Bauern

1757: französische Soldaten besetzen den Regenstein

1808: Westfälische Zeit-Bürgermeister (maire) mit Schreibern

1816: Wedderslebener Schützen in ihrer typischen Uniform mit dem Schützengewinn.

Um 1830: Biedermeierzeit.

Um 1830: Schmuggler kommen aus dem Braunschweigischen nach Weddersleben, um ihr Schmuggelgut umzutauschen.

1848: Die Wedderslebener Bürgerwehr

Um 1900: Kaiserliche Soldaten in Friedensuniform, die durch die herrschende Klasse missbraucht wurden.

Um 1900: Kostüme aus der sogenannten „guten alten Zeit“.

1918: Nach Beendigung des ersten Weltkrieges bildeten sich in allen Ortschaften Arbeiter- und Soldatenräte

1922: Gründung des Volkschores Maiengruß.

Weitere Vereine unseres Ortes aus dieser Zeit

Schaubilder mit der Anzahl der Opfer des 1. und 2. Weltkrieges

Die neue Zeit hält ihren Einzug

Spielmannszug

Musikkapelle

Wir stellen dar:

Die Bodenreform

Die Schulreform

Kapitalistische Betriebe werden volkseigen

Gründung der DDR

Kampfgruppen

Die Feuerwehr

Schon bald nach der öffentlichen Ausschreibung dieses großen Festes meldeten sich neben den üblichen Schaustellern auch Betriebe, die Kostüme vermieten beim Rat der Gemeinde. So konnte ein kostengünstiger Vermieter ausgesucht werden, der sogar an Ort und Stelle die Kostümierung vornahm und in der Lage war alle vorgegebenen Darstellungen auszuführen. Nun galt es, bereitwillige Mitspieler zu finden. Wieder ging es von Haus zu Haus, wurden doch mehr als 400 Mitwirkende benötigt. Unsere Einwohner waren Feuer und Flamme. Mehr als genug stellten sich zur Verfügung und so konnten die benötigten Altersgruppen und Gesichter leicht herausgesucht werden. Dann war es so weit. Bei herrlichem Sommerwetter startete der wunderschöne Festumzug. Das ganze Dorf war auf den Beinen und viele auswärtige Gäste säumten die Straßen. Einige Fotos können hier noch gezeigt werden.



Die Spitze des Festzuges



Blumengebinde



Mitglieder des Dorfklubs, in der Mitte die
Bürgermeisterin, dahinter die Fahnen.



Herolde leiten den geschichtlichen Teil ein.

Mönche tragen die Urkunde
von 1063.
Dahinter, Mönche zu Pferde
Holen den Pachtzins



Albrecht vom Regenstein
mit seinem Gefolge.





Paare aus dem Mittelalter
Pilger um 1580
Pestärzte um 1598
Marketenderwagen aus dem 30-jährigen Kriege



Kurbrandenburgische Soldaten um 1670.

1723, durch einen Brand
werden 37 Häuser unseres
Ortes vollständig
ingeäschert.



Für Weddersleben typische Berufe um 1750.
Bodefischer, Leineweber, Salzverkäufer, Papiermacher,
Hirten, Pfandemann, Hörige Bauern.



Französische Soldaten



1808, Westfälische Zeit. Bürgermeister (maire)
mit Schreibern.



Wedderslebener Schützen um 1816,
dahinter Biedermeierzeit um 1830.



Die Wedderslebener Bürgerwehr.



Kaiserliche Soldaten um 1900.



Arbeiter- und Soldatenräte 1918.



Der Volkschor.



Festwagen der Firma Hecht und Schreiber,
Fabrik für Bürstenhölzer.



Zuschauer am Bodeberg.



Weitere Zuschauer.

Anlässlich der Festveranstaltung wurden zwei Lieder uraufgeführt, die von Einwohnern gedichtet und komponiert worden waren.

Wo graue Felsen ragen am schönen Harzesrand,
dort wo die Bode rauschet, da liegt mein Heimatland.
Steh ich auf diesen Klippen und schau hinab ins Tal,
dann seh ich grüne Auen und auch den Wasserfall.
Ich hör die Vöglein zwitschern, die Grillen musizieren,
das Mühlrad lustig plätschern, die Lerchen tirilieren.

Auf einer Bergeshöhe, da liegt mein Dörfchen klein,
die Straßen führen silbern in diesen Ort hinein.
Die Wege sind begrenzt mit Rosen und Jasmin
und in dem Dörfchen drinnen steht manche Pappel grün.
Der Kirchturm überraget der Dächer roten Schein,
am Spinnrad sitzt und spinnet ein altes Mütterlein.

Und geht die Welt nun schlafen und bricht die Nacht herein,
dann führt der alte Schäfer die müden Schafe heim.
Vom Kirchturm schallt die Glocke und rufet uns zur Ruh,
ein schwacher Nebelschleier deckt nun mein Dörfchen zu.
Und sollte ich auch einmal weit in die Ferne gehn,
ruf ich: o Weddersleben, wie bist du doch so schön.

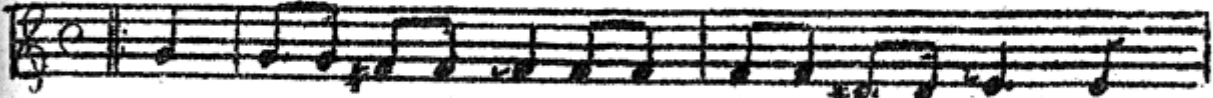
Eisenhut.

Wedderleberer Heimatlied

Musik: Johannmann

von W. Eisenhut

Moderato



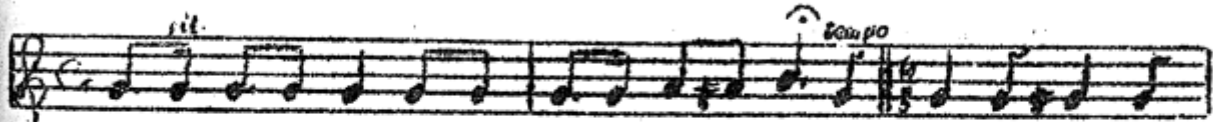
Wo graue Fel-sen ra-gen am schö-nen Marses-land dort



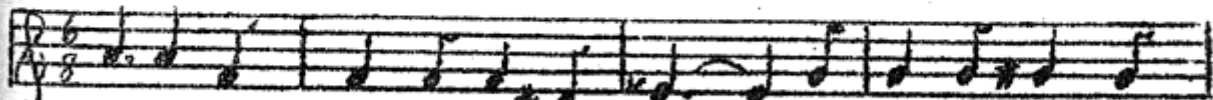
Wo die Bo-de rauschet, da liegt mein Heimat-land Ich seh' ich auf diesen Klippen und



schau hinab ins Thal, dann seh' ich grüne Au-en und auch 'nen Wasser-fall Ich



hör' die Vöglein zwitschern, die Grillen musi-zieren Das Mühlrad lus-tig



plätschern die Lor-chen ti-ri-lieren das Mühlrad lus-tig



plätschern die Lorchen ti-ri-lieren Wedderleben wie bist Du schön!

Auf einer Bergeshöhe, da liegt kein Dörfchen klein
die Straßen führen silbern in diesen Ort hinein
Die Wege sind begrenzt mit Rosen und Jasmin
und in dem Dörfchen drinnen steht manche Pappel grün
Der Kirchturm überraget der Dächer roten Schein
am Spinnrad sitzt und spinnet ein altes Mutterlein

und geht die Welt nun schlafen und bricht die Nacht herein
dann führt der alte Schäfer die müden Schafe heim
Vom Kirchturm schallt die Glocke und rufet uns zur Ruh'
ein schwacher Nebelschleier deckt nun mein Dörfchen zu
und sollte ich auch einmal weit in die Ferne geh'n
ruf' ich: o Wedderleben, wie bist Du doch so schön!

Dem Volks-Chor-Maiengrass HORNHEIM 146 F.
Wedderleben gewidmet.

Ich kenn ein Land wahr klein doch schön und tausend so we-ge-lich aus-ge-schüt.
Aus Hügeln Wäl-dern auf doch ge-bau't, von ten-dent so we-ge-lich aus-ge-schüt.

Wo manchem ich ge-reicht die Hand, es ist mein Harz mein Hei-mat-land. Wo
manchem ich ge-reicht die Hand, es ist mein Harz mein Hei-mat-land.

li hal-lo, hul-li hal-lo, es ist mein Harz mein Hei-mat-land.

ich weiß ein Haus mir wohlvertraut
wo sich mein Leben aufgebaut
auch kenn ich noch so manchen Freund
mit dem im Jugendspiel vereint
Ich ging mit ihm geon Hand in Hand
durch meinen Harz durchs Heimatland.

Schau ich vom Turm der Altenburg
schau übers weite, weite Land
Auf steilem Fels die Quittlingsburg
wo Heinrich einst die Krone fand
Es rauscht von fern das alte Wehr
und rings um mich ein Blumenmeer.
Da ist's wo meine Wiege stand
da ist mein Harz mein Heimatland.

Ich hab ein Bild, das ich so gern
stets bei mir trag - auch wenn ich fern.
Ach könnte ich doch ewig schau'n
auch lieben Täler, Wälder, Auen.
Doch einstens muß die Trennung sein
und kehr' ich dann bei Petrus ein
will ich ihm zeigen mit der Hand,
dort ist mein Harz, mein Heimatland.

Die jährlichen Volksfeste.

Im Jahre 1963 war das Volks- und Schützenfest in die Festwoche anlässlich der 900 Jahrfeier integriert und sollte besonders gut ausfallen. Das große Zelt, die Toilette, der Schießstand für Luftgewehre alles war rechtzeitig fertig geworden. Viele freiwillige Helfer hatten dazu beigetragen. Die Begeisterung war groß. Es wurden die besten Schützen, Jungschützen und die beste Ballwerferin ermittelt. Es gab auch schon Gedanken, den Schlumpschützen wieder einzuführen. Die Anwärter mussten dreimal die 1 treffen. Dies entsprach einer alten Tradition und sollte wieder eingeführt werden.

Auf den folgenden Seiten sind einige Fotos von denen angenommen wird, dass sie aus dem Jahre 1963 stammen.



Die Siegerehrung und Übergabe der Präsente durch die Bürgermeisterin.



Der Abmarsch vom Festplatz.



Im Hintergrund ist sogar das Riesenrad zu erkennen.



Deutlich sieht man die Preisträger mit den Geschenken.

Die Sieger werden nach Hause gebracht.



In der Vorbereitung des Volksfestes wurde bei Fritz Sahm in der Quedlinburger Straße ein Schwein geschlachtet. Davon gab es Frühstücksportionen im großen Zelt.



Veranstaltungsplan des Dorfklubs Weddersleben
anlässlich der Festwoche unserer Gemeinde vom
12.-17.08.1964

- 12.08.1964 20 Uhr Konsumgaststätte
Eröffnung der Festwoche mit dem Volkstheater
Halberstadt-Operettenabend
- 14.08.1964 16 Uhr bis 21 Uhr
Austragen der Birken
- 15.08.1964 16 Uhr Abmarsch vom Konsum zum Festplatz
Schieß- und Sportveranstaltungen
Volksbelustigung auf dem Anger
20 Uhr Tanz in den Sonntag
Ende 03:00 Uhr
- 16.08.1964 09 Uhr Abmarsch zum Festplatz
10 Uhr Frühschoppenkonzert
15 Uhr Kindertanz
Während des ganzen Tages und
Sportveranstaltungen und Schießen, sowie
Volksbelustigungen aller Art.
18:30 Uhr Einzug mit den besten Schützen und
Ballwerferinnen
20 Uhr bis 01:00 Uhr Tanz unter den Kastanien
- 17.08.1964 20 Uhr bis 24 Uhr Ausklang mit gemütlichem
Beisammensein.

Weddersleben, den 10.08.1964

Der Dorfklub.

Ähnliche Veranstaltungen wurden auch in den folgenden Jahren durchgeführt.



Die neu gebaute Tanzfläche
(Foto Lerche)



Anbau an den Musikpavillon 1970
Hier wurden die Meisterschaften im Luftgewehrschießen
und Ballwerfen ausgetragen. (Foto Lerche)



Volksfest 1976.
Der Spielmannszug der Handelsorganisation
Quedlinburg an der Spitze des Festumzuges.
(Foto Lerche)





Das Volksfest vom 17. bis 19.07.1981.

Erhalten ist ein Versorgungsvertrag zwischen dem Rat der Gemeinde und dem Konsum-Gaststättenverband Quedlinburg.

Auszug:

1. Gastronomische Versorgung zum Volksfest auf dem Festplatz
- 1.1. Der Konsumgaststättenverband übernimmt und organisiert über die Gaststätten des Ortes Weddersleben den gesamten Getränkeausschank und die Verpflegung auf dem Festplatz. Die Versorgung auf dem Festplatz ist wie folgt zu gewährleisten:
 - am 17.07.1981 in der Zeit von 19:00 - 24:00 Uhr
 - am 18.07.1981 in der Zeit von 15:00 - 01:00 Uhr
 - am 19.07.1981 in der Zeit von 09:00 - 24:00 Uhr
- 1.2. Der Dorfclub stellt dem Konsum-Gaststättenverband zur Nutzung zur Verfügung:
 1. Ein Bierzelt mit Tischen und Stühlen, Lichtanschluss, fließendem Wasser zum Verkauf
 - von Bier, zwei Zapfstellen
 - Brause 1 Zapfstelle
 - Kaffee
 - alkoholischen Getränken
 - Bockwurst
 - belegten Brötchensowie zur Nutzung anderer Verkaufsaufgaben.
 2. Einen abschließbaren Unterstellraum im Jugendklub auf dem Festplatz
- 1.3. Die Verkaufsmöglichkeiten für Brathähnchen, Bratwurst auf dem Festplatz werden vom Konsum-Gaststättenverband realisiert. Weiterhin werden die Verkaufsmöglichkeiten für eine weitere Zapfstelle für Bier und alkoholische Getränke (gesondertes kleines Bierzelt bzw. Getränkeanhänger) vom Konsum-Gaststättenverband geschaffen, dazu ein Zelt für Süßwaren, Eis, Spirituosen, Fischbrötchen (ev. auch einen Hänger)
2. Es wird eine Kostenbeteiligung durch den Konsum-Gaststättenverband in Höhe von 450,- Mark vereinbart.
3. Für das Abräumen von Emballagen und Leergut u.a.m. ist der Konsum-Gaststättenverband zuständig.
4. Sollten die Witterungsverhältnisse einen planmäßigen Ablauf des Volksfestes nicht zulassen, werden zum gegebenen Zeitpunkt gemeinsam vom Konsum-Gaststättenverband und Dorfklub Ausweichmöglichkeiten ausgearbeitet.
5. Bereitstellung von Bratspieß für Wildschwein, Kochgelegenheit (Gulaschkanone) zum Kochen von Wildgulasch sowie der Verkaufsmöglichkeit durch den Konsum.

Datum, Unterschriften.

Ein ähnlicher Vertrag wurde auch für die folgenden Jahre abgeschlossen.

Ab 1982 werden auch die Bürger, die ihrer Wehrpflicht genügen, zu den Volksfesten eingeladen. Herr Pollack hatte einen Pionierfanfarenzug gegründet, der in diesem Jahr auch in Erscheinung trat. Der Pionierfanfarenzug trat nicht nur in Weddersleben auf, sondern er nahm auch an Umzügen in den benachbarten Orten teil. Im Jahre 1982 marschierte er in Ditzfurt mit.

Im Jahre 1983 beginnt das Volksfest schon am Donnerstag, dem 14.07. mit Jugendtanz und Diskothek auf dem Festplatz.

Am 15.07. werden ab 15 Uhr die Birken ausgefahren.

Am 16.07. ab 15 Uhr Abmarsch zum Festplatz

15:30 Uhr Platzkonzert mit der Combo Rot-Schwarz aus Aschersleben. Dazu gab es Sportveranstaltungen.

20:00 Uhr Tanz auf dem Festplatz mit der Combo.

Am 17.07. 09:00 Uhr Abholen der besten Schützen des Vorjahres . und Festumzug.

Ab 10:00 Uhr Platzkonzert, Schießen und Sportveranstaltungen.

Ab 14:00 Uhr Kindertanz

Ab 15:00 Uhr Ermittlung der besten Schützen und Ballwerferinnen.

ab 17:30 Uhr Siegerehrung und Abmarsch vom Festplatz

09:00 bis 20:00 Uhr Unterhaltungs- und Tanzmusik durch das Tanzorchester Heudeberg.

Ab 20:00 Uhr Tanz, Togos Thale

Am 18.07. 20:00 Uhr bis 00:00 Uhr Abschlussveranstaltung für die Bürger von Weddersleben.

Am 23.07. 20:00 Uhr bis 01:00 Uhr Abschluss und Auswertung des Volksfestes Auszeichnung der besten Aufbauhelfer

Im Jahre 1984 wurden Biergläser mit dem Wedderslebener Wappen auf dem Festplatz verkauft. Die Veranstaltungen fanden wie im Vorjahr statt.

Im Jahre 1985 begann das Volks- und Schützenfest bereits am Mittwoch, dem 17. Juli mit einer Modenschau im großen Saal des „Weißen Schwan“ sie war mit einem Verkauf von Modewaren verbunden. Die übrigen Veranstaltungen fanden wie im Vorjahr statt.

Für 1988 hatte man sich etwas Besonderes ausgedacht, galt es doch , wie 925 Jahre der ersten Erwähnung festlich zu begehen. Wie in den letzten Jahren üblich, fanden in der Vorwoche Diskos und eine Modenschau statt. Am Sonnabend fand auf dem Angerweg ein großer Flohmarkt statt. Der stellvertretende Bürgermeister Herr Bink, hatte schon lange vorher mit den Vorbereitungen begonnen. Der Weg wurde beschottert, Anzeigen in den Tageszeitungen aufgegeben. Aus der Fülle von 160 Bewerbern wurden 125 ausgewählt Pro Stand mussten 15 Mark Standgebühren entrichtet werden. Das Eintrittsgeld betrug für die Festplakette

des Tages 2 Mark. Alle Zugangswege zum Festplatz wurden abgesperrt. Eine Gruppe Jugendlicher Helfer hatte die Kassierung übernommen. Früh ab 6 Uhr wurde der Flohmarkt mit einem Konzert der Blaskapelle aus Königerode eröffnet. Der Ansturm war enorm. Gegen 11:30 Uhr wurden auf dem Parkplatz „Hundesportplatz“ und Richtung Neinstedt 512 Kraftfahrzeuge gezählt. Im Dorf hatte nochmals zirka 250 Autos geparkt. Die Besucherzahl wurde auf mehr als 6.000 Personen geschätzt. Den Mitarbeitern an den Kassen gingen die Festplatzketten aus. Sie mussten sich mit Provisorien behelfen. Die Einnahmen waren enorm. Man spricht von mehr als 12.000 Mark Einnahmen, die dem Volksfest von großem Nutzen waren. Einen solchen Ansturm hatte der Festplatz vorher nicht gesehen.

(13)



Der Einlass auf der Angerbrücke.
Der Bürgermeister gibt letzte Anweisungen.



Weitere Kassen an den Eingängen zum Anger.



Am Eingang zum Angerweg



Die parkenden Autos.



Die Menschenmassen an den Ständen.



Die Anbieter breiten ihre Waren aus.



Unter den Anbietern sind viele Vietnamesen,
die recht fleißig sind und vor allem Handel
mit Textilien treiben.







Weitere Schnappschüsse vom
Flohmarkt.





Früh am Morgen: „Wecken durch die Clowns“

Gegen 9 Uhr Abmarsch zum Festplatz.



Blick auf den Festplatz.



Das große Karussell, ein Spaß für große und klein.
Eine Fahrt kostet 50 Pfennig.

Übrigens, von diesem Volksfest wurde ein Film gedreht, der anschaulich zeigt, mit welcher Begeisterung die Wedderslebener ihr Volks- und Schützenfest feierte.

Das Volksfest des Jahres 1989 wurde in ähnlicher Form wie das des Vorjahres organisiert. Für den Flohmarkt hatten sich 250 Anbieter angemeldet. 180 Bewerber davon wurden zugelassen. Es durfte alles verkauft werden, außer Materialien volksfeindlichen und kriegsverherrlichen Charakters.

Die Zahl der Besucher war noch höher als im Vorjahr. Noch nie hatte unser Volksfest so viel Besucher wie im Jahre 1989.



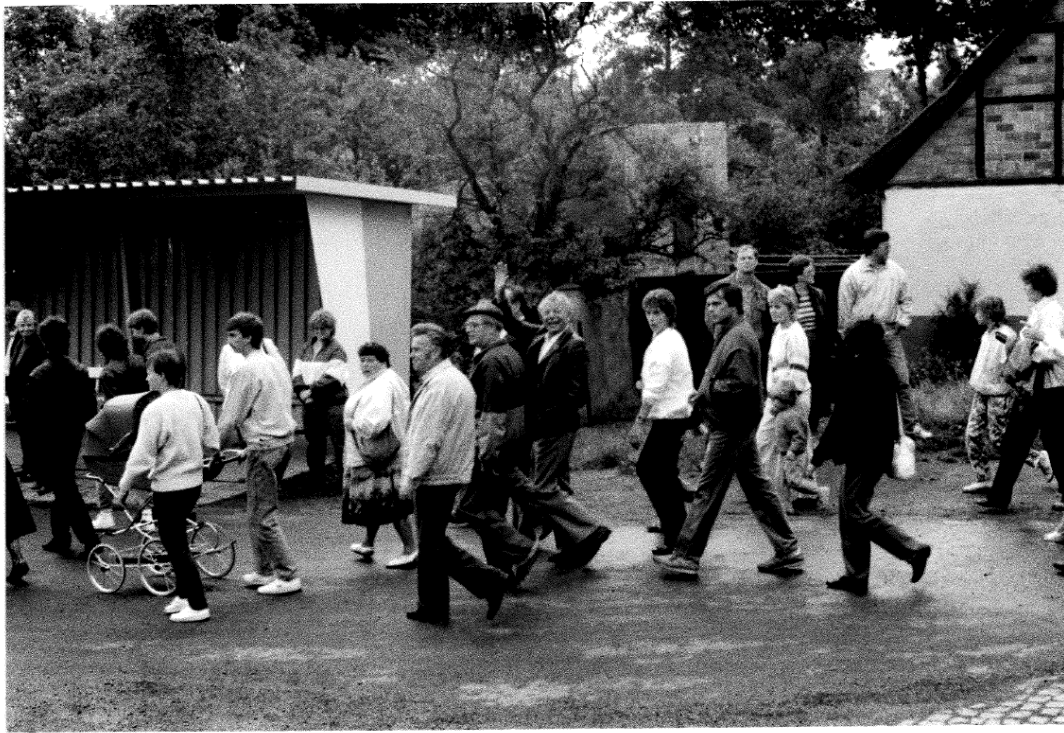


Die Blaskapelle



Die Clowns mit ihrem Festwagen.





Das Festzelt



Der berittene Führer des Festumzuges...



...lässt die Fahnen abmarschieren.



Noch Auszug der Fahnen.



Nach dem langen Marsch wird erst einmal gefrühstückt.

Der letzte Flohmarkt wurde im Juli 1990, nach der Währungsunion, durchgeführt. Es waren nur 30 Anbieter gekommen. Die wenigen Besucher zeigten kaum Kaufinteresse. Am 01.07. war die Mark der DDR im Verhältnis 2 zu 1 umgetauscht worden. Die Bevölkerung hielt das umgetauschte Geld zunächst zurück, um vielleicht größere Dinge, ein Auto, Werkzeug, usw. zu kaufen oder eine Reise zu finanzieren. Das eigentliche Volks- und Schützenfest jedoch litt nicht unter solchen Schwierigkeiten.

Nach wie vor marschierte man gemeinsam zum Festplatz. Besucher aus Werlaburgdorf, der Patengemeinde aus dem Westen eingeladen. Unsere Frauen hatten Kuchen gebacken, der auf dem Festplatz verabreicht wurde. Der Festplatz war gut dekoriert. Auch einige Anbieter aus dem Westen waren erschienen die Gunst der Stunde nutzend, und verkauften z.B. Honigbier.

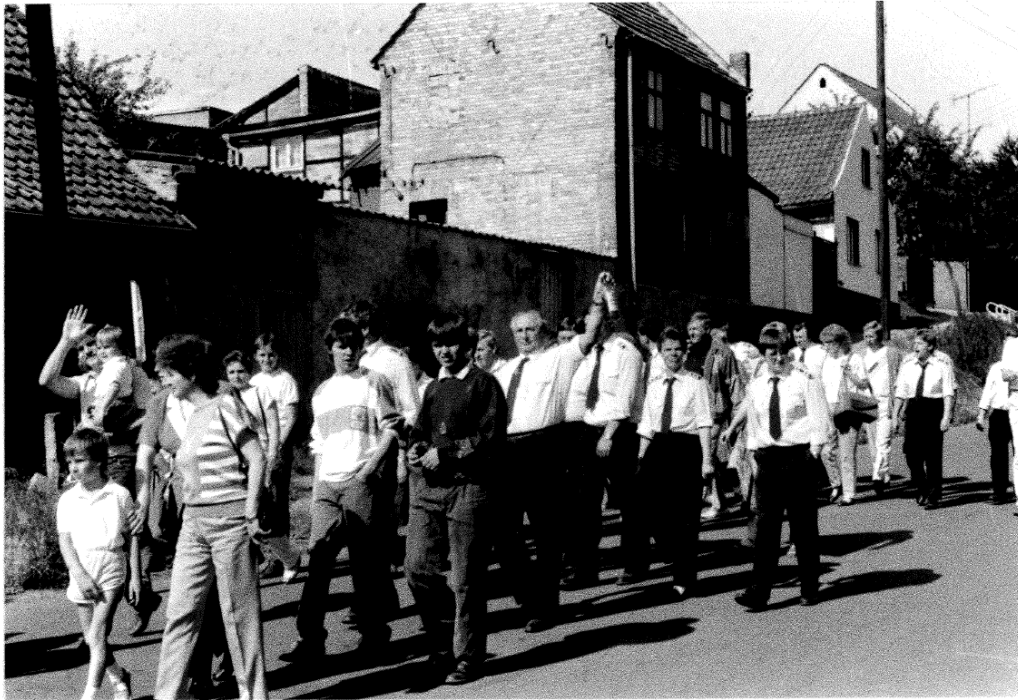


Bilder vom Flohmarkt 1990.



Der große Festumzug.









Der Festplatz wurde wunderschön geschmückt.



Die Sieger im Wettkampf (Schützenkönig, Jungschützenkönig, beste Ballwerferin) werden am Abend heimgebracht.



Antreten auf dem Festplatz.



Die Clowns hatten wieder einen besonders originellen Wagen gebaut.





Abmarsch vom Festplatz. Die Clowns im Umzug.



Vor dem Hause eines Schützenkönigs wird angehalten, ein Ständchen gegeben und ein Gläschen getrunken.



Auch ein Tänzchen mit den Familienangehörigen wurde
Gewagt. Der Alkohol macht es möglich.



Die Masse der Bevölkerung ist dabei.



Der Hauptmann hatte Durst bekommen.



Auf dem „Grauen Hof“ das gleiche Bild.

Alle Fotos von H.J. Lerche

Einige Bemerkungen zu den Volks- und Schützenfesten.

Die Vorbereitung und Gestaltung solcher Feste ist immer von einem guten Organisator abhängig. In den letzten drei Jahren war der Abgeordnete Manfred Bink für die Vorbereitung und Durchführung verantwortlich. Mit Hilfe vieler ehrenamtlicher Helfer hat er eine hervorragende Arbeit geleistet. Das gute Zusammenspiel aller Beteiligten führte zu den Höhepunkten, an die sich unsere Einwohner gerne zurückerinnern.

In den letzten Jahren begann das Volksfest meist schon am Mittwoch mit einer Modenschau, durchgeführt von Kräften des Kaufhauses Thale. Die Vorführungen dauerten zirka 2 Stunden, danach konnte bis gegen 23 Uhr anprobiert und gekauft werden.

Donnerstags war Jugendtanz bei gutem Wetter auf dem Festplatz, bei schlechtem Wetter im Saal. Diese Tanzabende waren immer gut besucht.

Ein Volksfest ohne Speisen und Getränke wäre nicht möglich. Für Getränke war der Konsum zuständig. Er wurde vertraglich verpflichtet. Schwieriger war es in den ersten Jahren für ausreichende Speisen zu sorgen. Etwa ab 1977 hatte man sich vorgenommen, Wildschwein am Spieß zu servieren. Schriftliche Anträge beim Rat des Kreises, Handel und Versorgung, waren notwendig, um mindestens zwei Schweine kaufen zu können. Ein Fleischer mit entsprechendem Gerät war schnell gefunden. Das schlug ein und wurde sehr beliebt. Die Zahl der benötigten Schweine wurde immer größer. Die Einwohner aßen nicht nur auf dem Festplatz ihre Portion, sondern nahmen noch für die Angehörigen Portionen mit nach Hause. Wildschweinbraten und Wildschweinsuppe waren stets schnell ausverkauft. Niemand wusste, wie schwierig oft die Beschaffung war. Es gab auch Kartoffelsalat mit Bockwurst, Broiler usw. Die Frauen des DFD hatten Kuchen bereitgestellt. Zirka 40 Torten, Schmalzkuchen und andere Leckereien wurden zur Verfügung gestellt und verkauft.

Das Ausfahren der Birken jeweils freitags brachte ebenfalls einige Einnahmen für die Finanzierung des Festes. In manchen Jahren gab es Schwierigkeiten mit dem Forstbetrieb. Obwohl die Jugendlichen der Gemeinde beim Einschlag Hand anlegten, wollte der Forst die Birken bezahlt haben. Rat des Kreises und die Partei mussten eingeschaltet werden und es bedurfte mehrmals zäher Verhandlungen. Die Jugendlichen holten gern die Birken aus dem Wald und fuhren sie im Dorf aus. Gab es doch unterwegs ein anständiges Frühstück.

Kontroversen mit dem Rat des Kreises gab es über die Bezeichnung „Schützenfest“. Als 1966 ein Vertreter der erkrankten Bürgermeisterin den Kulturplan des Ortes für den Rat des Kreises aufstellen musste, schrieb er irrtümlich „Schützenfest“. Dies wurde der Gemeinde sehr übelgenommen. „Ein solches Fest kann nicht genehmigt oder gar unterstützt werden, sagte man. In der DDR gäbe es keine Schützenfeste. Was tun? Ohne Genehmigung des Rates des Kreises, Abteilung Kultur, gab es kein

Fest. Der Plan wurde geändert. Es hieß nun „Volks- und Schützenfest“. Der Sicherheit halber wurde eine Befürwortung der SED-Kreisleitung eingeholt, mit der man sich recht gutstand. Damit ging es wieder zur Abteilung Kultur. Nach längerem Warten wurde man vorgelassen. Wieder ein Kopfschütteln. Erst als das Schreiben der Kreisleitung hervorgeholt wurde, gab man die Zustimmung.

Im Jahre 1990 gründete man im Ort nach alter Tradition wieder einen Schützenverein. Er beantragte zur Durchführung des Schützenfestes eine Unterstützung. Diese wurde abgelehnt, weil sonst ja alle örtlichen Vereine das gleiche Recht hätten. Notgedrungen ging man wieder zur alten Bezeichnung „Volks- und Schützenfest“ über. Nun stimmten alle Abgeordneten für den Zuschuss in Höhe von 5000 Mark.

(14)

Beste Schützen nach 1945.

Jahr	Schützenkönig	Jungschützen- könig	Beste Ballwerferin	Schlumpschütze
1958	Günter Braune			
1959	G.Dietz			Klaus Leifholz
1960	H.Dannemann			Horst Müller
1961	Erich Zander			Klaus Leifholz
1962	Günter Suski			Willi Wolter
1963	Ernst Winter			Otto Enick
1964	Ernst Winter		Siegfried Helbich	Annelie Höbbel
1965	Richard Lerche		Erika Papa	H. Hüffner jun.
1966	Karlhe. Behrens		Ursula Grünheid	Kurt Wolter
1967	Hermann Zander		Hannelore Zander	Kurt Mente
1968	Heidem. Schmidt		Marlies Maud	Jochen Köhler
1969	Siegfried Rüge		Käthe Kleye	Annelie Leifholz
1970	Günter Hanse		Waltraud Mente	Kurt Wolter
1971	Hannelore Zander		Käthe Kleye	Dietmar Deike
1972	Reinhard Karl		Käthe Kleye	Siegfried Apel
1973	Helmut Tiebe		Käthe Kleye	Günter Pollack
1974	Helmut Tiebe		Käthe Kleye	Lutz Bettführ
1975	Günter Gasse		Gabi Wolter	Klaus Bartnik
1976	Helmut Tiebe		Leni Grabe	H.D. Schmidt
1977	Lutz Bettführ		Liane Drilling	Carsten Schmidt
1978	Helmut Tiebe		Karin Wolter	Manfred Heinrich
1979	Klaus Leifholz		Waltraut Schütte	Hartmut Tietze
1980	Günter Gasse		Gabi Wolter	Lutz Bettführ
1981	D.Großert	Diana Losse	Liane Drilling	Martin Wolter
1982	Fritz Sahn		Jana Großert	Hartmut Tietze
1983	G.Gröning	Torsten Koroll	Jana Großert	Ralph Metzinger
1984	Herbert Losse	Guido Großert	Jana Großert	Hartmut Tietze
1985	Günter Hampel	Guido Großert	Jana Großert	Hartmut Tietze
1986	Klaus Leifholz	Kerstin Tiebe	Hannelore Löbel	Heiko Großert
1987	Klaus Leifholz	Guido Großert	Jana Großert	H.J. Rodler
1988	Günter Hampel	Sandra Bartnik	Jana Großert	Heiko Großert
1989	Kurt Mente	Alex. Hampel	Waltraud Mente	Andreas Löbel
1990	R. Schawalla	Stephan Tietze	Monika Voigt	Enrico Hampel

Quellenverzeichnis.

- 01.) Eigenes Erleben, Gemeindearchiv Kasten 8.
- 02.) Aufzeichnungen von Ines Wilke, nach Gesprächen mit Oskar Severin und Martin Zander. Festschrift Weddersleben 1963, Protokolle Gemeindearchiv Kasten 7, Freiheit vom 28.1.89.
- 03.) Kasten 1, Kasten 7
- 04.) Kasten 2
- 05.) Tageszeitung von 1956.
- 06.) MZ vom 29.05.und 30.05.1997.
- 07.) Sammlung von Flugblättern, Hans Soldin, persönliche Erlebnisse, Information zur persönlichen Bildung, Heft 231 v.2.Quartal 1991.
- 08.) Eigenes Erleben.
- 09.) Wahrscheinlich Kurt Schmidt.
- 10.) Protokollbuch des Volkschores Maiengruß.
- 11.) Fotoalbum, im Besitz von Frau Elvira Rietz.
- 12.) Hier fehlen vollständige Unterlagen, deshalb können nur Schnappschüsse wiedergegeben werden.
- 13.) Aufzeichnungen von Manfred Bink.
- 14.) wie vordem

Verfasser: Hans-Joachim Lerche, Thiestraße 17, 06502
Weddersleben.

Digitalisiert von Matthias Hohley 2024